G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Dieter S. Lutz und Ulrich Storz
Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD

Günter Wallraff
Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung
Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten

Gerhard Kade
Glanz und Elend der Adam Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie

Ferdinand Sandaglia und Hubertus J. Rescher
Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964

Jutta Menschik
Schwangerschaftsabbruch nach der Neufassung des § 218
Kommentar und Erfahrungsberichte

Kurt Bayertz
Der Popper-Boom in der SPD (II)

4'76

April 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1976

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1976 357

KOMMENTARE UND BERICHTE

Entspannung, Abrüstung und die Rolle der Öffentlichkeit *Achim Maske* 360

Unglauben, Empörung, Protest. Zur Reaktion des Auslands auf die Berufsverbote . . . . . *Horst Bethge* 362

Italien: Politik des Abwartens . . . . . *Wilfried Schilling* 367

HAUPTAUFSÄTZE

Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD *Dieter S. Lutz und Ulrich Storz* 371

Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung. Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallraffs mit „General Walter" alias Spinola und anderen . . . . . *Günter Wallraff* 383

Glanz und Elend der Adam Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie. Aus Anlaß des 200. Erscheinungstages des „Wealth of Nations" . . . . . *Gerhard Kade* 419

Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964 *Ferdinand Sandaglia und Hubertus J. Rescher* 438

Schwangerschaftsabbruch nach der Neufassung des § 218 Kommentar und Erfahrungsberichte . . . . . *Jutta Menschik* 452

Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus (II) . . . . . *Kurt Bayertz* 463

MEDIENKRITIK

Erfahrungen mit dem Tod . . . . . *Günter Giesenfeld* 474

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 476

Unglückliche Entscheidungen . . . . . *Jörg Huffschmid* 479

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 4/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats März 1976

1. 3. — U d S S R. Der XXV. Parteitag der KPdSU (24. 2. — 5. 3.) beendet die Diskussion des Rechenschaftsberichts von Generalsekretär Breschnew (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 235 und 345 ff.) und billigt in einer Resolution „die politische Linie und die praktische Tätigkeit des ZK der Partei insgesamt und vorbehaltlos". Anschließend hält Ministerpräsident Kossygin ein Referat über „Die Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR von 1976 bis 1980", dem sich eine mehrtägige Aussprache anschließt. Zum Abschluß des Parteitages erfolgt am 5. 3. die Wahl des Zentralkomitees, das sich aus 287 Vollmitgliedern (bisher 241) und 139 Kandidaten (bisher 136) zusammensetzt. Das Zentralkomitee wählt die 16 Mitglieder sowie 6 Kandidaten des Politbüros und bestätigt Generalsekretär Breschnew in seiner Funktion.

6. 3. — W e s t s a h a r a. Die Regierung Algeriens anerkennt die von der Befreiungsbewegung Polisario-Front ausgerufene „Arabische Demokratische Republik Sahraoui" (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 235). In einem an die Vereinten Nationen gerichteten Dokument der algerischen Regierung heißt es, diese Anerkennung stehe im Einklang mit der Unterstützung aller Befreiungsbewegungen und sei solange gültig, bis die Bevölkerung von Westsahara „in freier Weise ihr Selbstbestimmungsrecht" ausgeübt habe. — Am 7. 3. reagieren Marokko und Mauretanien mit dem Ab-

bruch der diplomatischen Beziehungen zu Algerien.

10. 3. — BRD/Polen. Der Auswärtige Ausschuß des Bundesrates, dem die Ministerpräsidenten der Bundesländer angehören, behandelt abschließend das „Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung". Den Ministerpräsidenten liegen verschiedene interpretierende Erklärungen auch zu den übrigen zweiseitigen Vereinbarungen (vgl. „Blätter", 9/1975, S 956) vor, darunter eine Erklärung des polnischen Außenministers Olszowski vom 9. 3. sowie der Entwurf eines geplanten Briefwechsels zwischen den Außenministern Olszowski und Genscher. Der Ausschuß lehnt mit Stimmengleichheit eine Empfehlung für die Annahme des Gesetzes ab. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg, Bremen und Berlin (West) stimmen für, Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gegen die Annahme; das Saarland enthält sich der Stimme. An den folgenden Tagen kommt es zu weiteren diplomatischen Kontakten zwischen Bonn und Warschau. Mit Zustimmung der polnischen Regierung wird eine Formulierung in dem schon vereinbarten Briefwechsel geändert, die sich auf das Ausreiseprotokoll bezieht. — Am 12. 3. läßt der Bundesrat das Gesetz zum Abkommen über Renten- und Unfallversicherung ohne Gegenstimme passieren; die Ratifikationsdokumente werden noch am gleichen Tag von Bundespräsident Scheel unterzeichnet. — Am 24. 3. tauschen im Auswärtigen Amt in Bonn der polnische Botschafter Piatkowski und Bundesaußenminister Genscher die Ratifikationsurkunden und Briefe aus.

— Großbritannien. Die Abstimmung über ein langfristiges Sparprogramm führt im Unterhaus zu einer Niederlage für die regierende Labour-Party. Die Vorlage, ein „Weißbuch" der Regierung, wird mit 284 Stimmen (darunter 38 Labour-Abgeordnete) gegen 256 Stimmen abgelehnt. — Am 11. 3. erhält die Regierung im Unterhaus in einer von Premierminister Wilson beantragten Vertrauensabstimmung eine Mehrheit von 297 gegen 280 Stimmen. — Am 16. 3. gibt der Premierminister überraschend seinen Rücktritt bekannt. Wilson erklärt, sein Entschluß sei schon vor einigen Monaten gefaßt und der Königin mitgeteilt worden. Um die Nachfolge Wilsons bewerben sich sechs Kandidaten. In einem ersten Wahlgang (Bekanntgabe des Ergebnisses am 25. 3.) erhalten Arbeitsminister Michael Food 90, Außenminister James Callaghan 84, Innenminister Roy Jenkins 56, Energieminister Anthony Wedgewood Benn 37, Schatzkanzler Denis Healey 30 und Umweltminister Anthony Crosland 17 Stimmen. Im zweiten Wahlgang (Bekanntgabe am 30. 3.) erreicht ebenfalls keiner der Kandidaten die vorgeschriebene Mehrheit. Es entfallen auf Callaghan 141, auf Foot 133 und auf Healey 38 Stimmen.

12.—13. 3. — CSU. Die Christlich-Soziale Union hält in München einen außerordentlichen Parteitag ab. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Annahme eines neuen Parteiprogramms.

14. 3. — EG. Der französische Finanzminister Jean-Pierre Fourcade teilt am Sitz der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel den Beschluß seiner Regierung mit, den Franc erneut aus dem gemeinschaftlichen Wechselkurssystem auszugliedern (vgl. „Blätter", 9/1975, S. 954). Begründet wird die Entscheidung mit dem anhaltenden Druck auf die französische Währung. Dem „Währungsverbund" gehören damit nur noch die Bundesrepublik, die Benelux-Staaten und Dänemark sowie als assoziierte Mitglieder Norwegen und Schweden an.

15. 3. — Ägypten/UdSSR. Die Volksversammlung verabschiedet (bei zwei Gegenstimmen) einen am Vortag von Präsident Sadat eingebrachten und begründeten Gesetzentwurf über die Aufhebung des „Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VAR" vom 27. Mai 1971 (vgl. „Blätter", 6/1971, S. 551; Text in „Blätter", 7/1971, S. 769 ff.). In seiner Rede hatte Sadat die sowjetische Politik gegenüber Ägypten heftig kritisiert. Nach der Abstimmung in der Volksversammlung veröffentlicht die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine autorisierte Erklärung, in der es heißt, die „Verantwortung für die Folgen der von der ägyptischen Führung gegenüber der Sowjetunion in den letzten Jahren betriebenen Politik als Ganzes, wie auch der Aufhebung des Vertrages" müsse „die ägyptische Seite" tragen.

19. 3. — Rhodesien. Die seit Monaten geführten Verhandlungen zwischen Regie-

rungschef Ian Smith und einer Delegation des Afrikanischen Nationalrates (ANC) unter Führung von Joshua Nkomo werden abgebrochen. Nkomo erklärt auf einer Pressekonferenz in Salisbury, die weiße Minderheitsregierung lehne eine Machtübergabe an die schwarze Mehrheit des Landes nach wie vor ab. Smith fordert die britische Regierung auf, jetzt „aktiv zur Lösung des Verfassungsproblems in Rhodesien beizutragen". Die Regierung sei gegebenenfalls zur Rücknahme der einseitigen Unabhängigkeitserklärung von 1965 bereit, „wenn dies im Interesse Rhodesiens nötig ist". — Am 22. 3. antwortet Außenminister Callaghan vor dem Unterhaus in London, Voraussetzung für eine Teilnahme Großbritanniens an künftigen Verhandlungen sei die Anerkennung des Prinzips der Mehrheitsregierung durch Regierungschef Smith.

19.—21. 3. — D K P. Die Deutsche Kommunistische Partei hält in Bonn den 4. Parteitag ab. Teilnehmer sind 630 Delegierte sowie Gastdelegationen aus 38 Ländern. Der Parteivorsitzende Herbert Mies, der erneut in dieses Amt gewählt wird, gibt einen Rechenschaftsbericht und kündigt die Ausarbeitung eines Parteiprogramms der DKP an. Der Parteitag verabschiedet einen Wahlaufruf zu den Bundestagswahlen im Herbst 1976.

21. 3. — T h a i l a n d. Die Regierung ordnet die Einstellung der „militärischen Aktivitäten" der USA in Thailand an. Für die Schließung der Stützpunkte und den Abzug der 3900 US-Soldaten (nur 270 Militärberater sollen im Lande verbleiben) wird eine Frist von vier Monaten gesetzt.

24. 3. — A r g e n t i n i e n. Präsidentin Maria Estela de Perón wird durch einen Staatsstreich des Militärs gestürzt und unter Hausarrest gestellt. Eine Junta, der Generalleutnant Jorge Rafael Videla (Armee), Admiral Emilio Eduardo Massera (Marine) und Brigadegeneral Rolando Agosti (Luftwaffe) angehören, übernimmt die Macht und verhängt das Kriegsrecht. Weitere Maßnahmen sind die Auflösung des Parlaments und der obersten Gerichte. Die Tätigkeit der politischen Parteien, Organisationen und Gewerkschaften wird „suspendiert" und unter staatliche Kontrolle gestellt. — Am 29. 3. tritt General Videla das Amt des Präsidenten an. Die Junta beruft ein Kabinett, das aus sechs Militärs und zwei Zivilisten besteht.

25. 3. — N a h e r O s t e n. Die Vereinigten Staaten verhindern durch ein Veto im UN-Sicherheitsrat die Annahme einer Resolution, die die anhaltende Besetzung arabischer Gebiete (einschließlich Jerusalems) durch Israel verurteilt und die „tiefe Besorgnis" über die dort vorgenommenen Veränderungen zum Ausdruck bringt. Alle übrigen 14 Mitglieder des Rates hatten die von Benin (Dahomey), Guayana, Pakistan, Panama und Tansania eingebrachte Resolution befürwortet. — Am 30. 3. richtet UN-Generalsekretär Waldheim ein Schreiben an den Ratspräsidenten, in dem er auf die Gefahren des Konflikts im Libanon für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit hinweist.

26. 3. — U S A / T ü r k e i. Die Außenminister Kissinger (USA) und Caglayangil (Türkei) unterzeichnen in Washington einen neuen Vertrag, der die weitere Benutzung von Militärstützpunkten auf türkischem Territorium durch die Vereinigten Staaten regelt; die USA unterhalten in der Türkei 26 Militärbasen und ein Truppenkontingent von 6000 Mann. Die türkische Regierung hatte im Juli 1975 die Kontrolle über die US-Stützpunkte übernommen.

29. 3. — B R D / Ä g y p t e n. Der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat trifft auf Einladung von Bundespräsident Scheel zu einem Staatsbesuch (29. 3. — 3. 4.) in der Bundesrepublik ein. Während des Aufenthalts in Bonn werden ein Abkommen über eine Kapitalhilfe der Bundesrepublik in Höhe von 100 Millionen DM und einen Warenkredit in Höhe von 130 Millionen DM an Ägypten unterzeichnet. Sadat konferiert auch mit Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher.

30. 3. — U N O. Die Wirtschaftskommission für Europa (ECE), ein Organ der Vereinten Nationen, beginnt im Palais des Nations in Genf die 31. Jahrestagung. Den Vorsitz führt Gerhard Hahn (DDR). Der Tagung liegt ein Arbeitspapier des ECE-Exekutivsekretärs Stanovnik vor, das die künftige Rolle der Kommission bei der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit in Europa entsprechend der „Schlußakte von Helsinki" behandelt.

Entspannung, Abrüstung und die Rolle der Öffentlichkeit

Im Zeichen der Entspannungspolitik haben die letzten Jahre zu einer spürbaren Festigung des Friedens geführt. Wichtige Verträge zwischen den Staaten in Ost und West sind in Kraft, die den Übergang zu normalen, womöglich gutnachbarlichen Beziehungen in die Wege geleitet haben. Handel und Zusammenarbeit zum allseitigen Vorteil entwickeln sich, zum erwiesenen Vorteil aller Beteiligten. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat die Grundlagen eines dauerhaften Friedens in diesem Teil der Welt gelegt. Diejenigen Kräfte, die versuchen, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in kolonialer oder neokolonialer Abhängigkeit und Unterdrückung zu halten, haben in Vietnam, Guinea-Bissau, Moçambique und Angola lernen müssen, daß ihre Politik zum Scheitern verurteilt ist, weil die internationale Lage sich grundlegend verändert hat. Die Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, der Konferenzen der blockfreien Länder, der Organisation für afrikanische Einheit sprechen eine klare Sprache. Die öffentliche Meinung ist, in dem Maße, in dem sie sich vom Eis des Kalten Krieges befreit hat, zu einem bedeutsamen Faktor der Weltpolitik geworden. Die demokratischen Kräfte in zahlreichen Ländern beginnen immer nachdrücklicher gemeinsame politische Vorschläge zu entwickeln und gewinnen deutlich an Rückhalt — wie jüngst die französischen Departements-Wahlen gezeigt haben.

Es kann in dieser Situation nicht verwundern, daß gewisse Kreise „Sehnsucht nach einem neuen Kalten Krieg" bekommen haben, auch wenn die Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit dieser Leute immer wieder überrascht. Die Londoner „Times" ging soweit, aus einer fünf Jahre alten Privatstudie eines belgischen NATO-Offiziers, der behauptet hatte, die Sowjetunion sei in der Lage, innerhalb 24 Stunden die Bundesrepublik zu erobern, die neueste NATO-Lagebeurteilung zu machen. US-Außenminister Kissinger ist zuzustimmen, wenn er am 22. März 1976 in einer Rede in Dallas zu solchen Manipulationen erklärte:

„Diese Behauptungen ähneln bemerkenswert den Behauptungen über eine ‚Raketenlücke', die in den sechziger Jahren Ängste hervorriefen, um sich dann wenige Wochen nach der Wahl in Nichts aufzulösen" („Wireless Bulletin from Washington", No. 49, 23. 3. 1976). Die Angst mancher Politiker vor dem freieren Klima der Entspannung spiegelt sich in unseren Massenmedien wider. So vergeht z. B. kaum ein Tag, an dem Springers „Welt" nicht neue Schauergeschichten über die sowjetische Bedrohung, sowjetische Rüstung, sowjetische Agenten usw. „meldet" und über Forderung nach verstärkten Rüstungsanstrengungen des Westens berichtet. Es gehört im Grunde in den gleichen verhängnisvollen Kontext, wenn heute in unserem Lande Bespitzelungen und Überprüfungen, die international mit Erschrecken und Protesten registrierten Berufsverbote ein Klima der Angst und der Unterwürfigkeit schaffen, um die Bevölkerung an der Durchsetzung ihrer sozialen und demokratischen Rechte zu hindern. Es ist nicht zu übersehen, daß die reaktionären Kräfte mit dieser Angst- und Einschüchterungskampagne Erfolge erzielt haben. Dies um so mehr, als SPD/FDP-Regierungen, trotz zunehmenden innerparteilichen Widerstands, wesentlichen Anteil daran haben. Die Vor-

gänge in Hannover und die Ergebnisse der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 4. April d. J. weisen darauf hin, daß die Politik des Nachgebens und der Anbiederung an die CDU/CSU auf die Koalitionsparteien zurückschlägt.

Ist die Entspannung aber wirklich am Ende, wie manche fragen? Entspannungspolitik war nie eine Laune aufgeschlossener Politiker, die man beliebig zurücknehmen könnte. Ihr liegen die Kräfteverhältnisse des Atomzeitalters zugrunde, die gebieterischen Notwendigkeiten der ökonomischen und sonstigen Zusammenarbeit zur Überwindung der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und der Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung und das Verlangen der Völker nach einem Leben in Frieden und Sicherheit. Das bedeutet aber nicht, daß der Entspannungsprozeß sich selbst überlassen werden dürfte.

Die Versuche, diesen Prozeß zu behindern, zu verlangsamen und umzukehren, sind unübersehbar. Die leichtfertigen Äußerungen des US-Präsidenten Gerald Ford, den Begriff Entspannung durch die Formel „Frieden durch Stärke" zu ersetzen, eine Wortschöpfung, die an die gefährliche gescheiterte „Politik der Stärke" des Kalten Krieges erinnert, die Verstärkung der Rüstungsanstrengungen in den USA und der Bundesrepublik, die Pilgerfahrten ins neue Mekka der Entspannungsgegner nach Peking, die Drohungen gegen Kuba und die erdölproduzierenden Staaten verraten, daß mancher von denen, denen die Entspannung mühselig aufgezwungen werden mußte, sich in die Schützengräben des Kalten Krieges zurücksehnt.

Dies alles macht wieder einmal deutlich, daß die demokratische Selbsttätigkeit der Völker, ihre Initiative und Bewegung der Motor der Politik ist. Und dies auch dann, wenn der Beginn noch klein und unbedeutend scheint. Wer hätte zu Beginn der 60er Jahre voraussagen können, daß die wenigen, diffamierten Anhänger einer Politik der Anerkennung der DDR und der Grenzen in Europa sich durchsetzen würden, trotz der Ablehnung ihrer Forderungen durch die Bonner Parteien, trotz des revanchistischen Trommelfeuers, daß ihre Forderungen einmal von den Staatsmännern von 33 Staaten Europas, der USA und Kanadas feierlich unterzeichnet werden würden?

Wer die Zeichen unserer Zeit versteht, wer begreift, daß es zur Entspannung im Atomzeitalter keine Alternative gibt, wer sieht, daß die Beendigung des Wettrüstens und die Einleitung der Abrüstung heute auf der Tagesordnung der Geschichte stehen, aus realpolitischen ebenso wie zunehmend auch aus ökonomischen Gründen, den muß eine Bürgerinitiative hoffnungsvoll stimmen, die sich in unserem Land entwickelt:

Namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter der ehemalige Bezirksleiter der IG Metall, Willi Bleicher, die Schriftsteller Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann und Josef Reding, die Frau des ehemaligen Bundespräsidenten Hilda Heinemann, die Professoren Walter Fabian, Jörg Huffschmid, Gerhard Kade, Eugen Kogon, Hans-Jürgen Krysmanski, Uta Ranke-Heinemann, Reinhard Kühnl, Helmut Ridder und Gerhard Stuby, Pastor D. Martin Niemöller, eine Reihe von Pfarrern, Gewerkschaftern, Betriebsräten, Sprechern von Bürgerinitiativen und demokratischen Organisationen hatten zu Beginn dieses Jahres aufgerufen (Wortlaut siehe: „Blätter", 2/1976, S. 231 f.), die Bemühungen für die Beendigung des Wettrüstens und die Einleitung von Abrüstungsschritten zu verstärken. Dieser Aufruf zu demokratischer Aktivität für Entspannung und Abrüstung hat ein breites Echo gefunden. Hunderte von Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsleuten, Jugendvertretern und gewerkschaftlichen Ver-

trauensleuten schlossen sich inzwischen dem Aufruf zu einer Abrüstungsdemonstration am 22. Mai 1976 in Bonn an. Hunderte von Professoren und Wissenschaftlern, Lehrern, Kulturschaffenden und Pfarrern bekundeten ihre Zustimmung und Unterstützung, Vertreter von Bürgerinitiativen und Organisationen, Soldaten, Zivildienstleistende und Kriegsdienstverweigerer, mehrere tausend Staatsbürger aus allen Schichten erklärten ihre Unterstützung. Sie alle fordern, mit der Losung des Aufrufs gesprochen: „Stoppt das Wettrüsten. Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit. Mit der Abrüstung beginnen."

Es geht in dieser Zeit darum, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen, das es verdient, überall in unserem Land aufgegriffen zu werden; ein Zeichen aber auch für diejenigen realistischen Kräfte in den Bonner Parteien, die fähig sind, zu begreifen, daß es sinnlos ist, auf eine Karte zu setzen, von der man aus der Zeit des Kalten Krieges weiß, daß sie nicht sticht. Diese Bewegung ist höchst aktuell in einer Zeit, in der die übergroße Mehrzahl der Staaten dieser Welt in der Vollversammlung der Vereinten Nationen immer stärker auf die Beendigung des Wettrüstens drängt und in der gleichzeitig mehr Milliarden für Militär und Rüstung ausgegeben werden als je zuvor, in der die Entspannung die entscheidenden Grundlagen für eine Verringerung der Rüstungen geschaffen hat und gleichzeitig die Anhänger des Wettrüstens neue Generationen von Massenvernichtungswaffen in Dienst stellen wollen.

Achim Maske

Die große französische Sortimentsbuchhandlung mit Versandabteilung
LIBRAIRIE FRANÇAISE
8 München 34, Postfach 38, Schellingstr. 3
Telefon (089) 2 80 90 78

Unglauben, Empörung, Protest

Zur Reaktion des Auslands auf die Berufsverbote

Die Auseinandersetzungen um die Berufsverbote in der BRD haben sich in den letzten Wochen zugespitzt: Die Protestbewegung gegen die Berufsverbote hat an Stärke und Breite sowohl im In- wie im Ausland derart zugenommen, daß heute überall von ihr Notiz genommen werden muß. Andererseits gibt es zahlreiche Versuche zur Verschärfung der Berufsverbote, was neue „Fälle" und Tendenzen zur Ausweitung zeigen. Drittens hat sich der Inhalt der Diskussion verlagert, wobei sie auf seiten der Befürworter tendenziell defensive Züge aufweist. In aller Kürze sollen zu allen drei Aspekten hier einige Anmerkungen gemacht werden.

Die Zunahme der Kritik an den Berufsverboten aus dem westlichen Ausland hat besonders große Aufmerksamkeit gefunden. „Das Ausland: Fassungslos", heißt es, und „es ist sehr interessant, wie sehr das befreundete Ausland — Frankreich, England, Holland, Italien — fast fassungslos davor steht, was hierzulande in dieser Frage angerichtet wird" [1]). Es „zeigt ein Blick in die Presse des befreundeten Auslands, daß viele unserer Freunde draußen inzwischen fürchten, wir wären wieder einmal von allen guten Geistern verlassen", resümiert Prof. Ehmke [2]). Und so ist es: In Dänemark, Schweden und Finnland berichteten große Tageszeitungen, Radio und Fernsehen in den letzten Wochen ausführlich über Berufsverbotsfälle, Tendenzen und Gefahren [3]). „In Westdeutschland ist die

1) Prof. Ehmke im „Vorwärts", 5. 2. 1976.
2) Prof. Ehmke auf dem Stuttgarter Kongreß „Freiheit in der Demokratie", 21. 2. 1976, Diskussionspapier, S. 2.
3) Hier eine Auswahl: „Menavisen", Kopenhagen, 16. 1. 1976; „Politiken", Kopenhagen, 1. 1. 1976; „Arbetet", Zeitung des schwedischen Gewerkschaftsbundes, 5/76; „Arbetet", 24. 2. 1976; „Aftonbladet", 16. 2. 1976; „Dagens Nyheter", 16. 2. 1976; Schwedi-

trauensleuten schlossen sich inzwischen dem Aufruf zu einer Abrüstungsdemonstration am 22. Mai 1976 in Bonn an. Hunderte von Professoren und Wissenschaftlern, Lehrern, Kulturschaffenden und Pfarrern bekundeten ihre Zustimmung und Unterstützung, Vertreter von Bürgerinitiativen und Organisationen, Soldaten, Zivildienstleistende und Kriegsdienstverweigerer, mehrere tausend Staatsbürger aus allen Schichten erklärten ihre Unterstützung. Sie alle fordern, mit der Losung des Aufrufs gesprochen: „Stoppt das Wettrüsten. Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit. Mit der Abrüstung beginnen."

Es geht in dieser Zeit darum, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen, das es verdient, überall in unserem Land aufgegriffen zu werden; ein Zeichen aber auch für diejenigen realistischen Kräfte in den Bonner Parteien, die fähig sind, zu begreifen, daß es sinnlos ist, auf eine Karte zu setzen, von der man aus der Zeit des Kalten Krieges weiß, daß sie nicht sticht. Diese Bewegung ist höchst aktuell in einer Zeit, in der die übergroße Mehrzahl der Staaten dieser Welt in der Vollversammlung der Vereinten Nationen immer stärker auf die Beendigung des Wettrüstens drängt und in der gleichzeitig mehr Milliarden für Militär und Rüstung ausgegeben werden als je zuvor, in der die Entspannung die entscheidenden Grundlagen für eine Verringerung der Rüstungen geschaffen hat und gleichzeitig die Anhänger des Wettrüstens neue Generationen von Massenvernichtungswaffen in Dienst stellen wollen.

Achim Maske

Die große französische Sortimentsbuchhandlung mit Versandabteilung

LIBRAIRIE FRANÇAISE

8 München 34, Postfach 38, Schellingstr. 3
Telefon (089) 2 80 90 78

Unglauben, Empörung, Protest

Zur Reaktion des Auslands auf die Berufsverbote

Die Auseinandersetzungen um die Berufsverbote in der BRD haben sich in den letzten Wochen zugespitzt: Die Protestbewegung gegen die Berufsverbote hat an Stärke und Breite sowohl im In- wie im Ausland derart zugenommen, daß heute überall von ihr Notiz genommen werden muß. Andererseits gibt es zahlreiche Versuche zur Verschärfung der Berufsverbote, was neue „Fälle" und Tendenzen zur Ausweitung zeigen. Drittens hat sich der Inhalt der Diskussion verlagert, wobei sie auf seiten der Befürworter tendenziell defensive Züge aufweist. In aller Kürze sollen zu allen drei Aspekten hier einige Anmerkungen gemacht werden.

Die Zunahme der Kritik an den Berufsverboten aus dem westlichen Ausland hat besonders große Aufmerksamkeit gefunden. „Das Ausland: Fassungslos", heißt es, und „es ist sehr interessant, wie sehr das befreundete Ausland — Frankreich, England, Holland, Italien — fast fassungslos davor steht, was hierzulande in dieser Frage angerichtet wird" [1]). Es „zeigt ein Blick in die Presse des befreundeten Auslands, daß viele unserer Freunde draußen inzwischen fürchten, wir wären wieder einmal von allen guten Geistern verlassen", resümiert Prof. Ehmke [2]). Und so ist es: In Dänemark, Schweden und Finnland berichteten große Tageszeitungen, Radio und Fernsehen in den letzten Wochen ausführlich über Berufsverbotsfälle, Tendenzen und Gefahren [3]). „In Westdeutschland ist die

1) Prof. Ehmke im „Vorwärts", 5. 2. 1976.
2) Prof. Ehmke auf dem Stuttgarter Kongreß „Freiheit in der Demokratie", 21. 2. 1976, Diskussionspapier, S. 2.
3) Hier eine Auswahl: „Menavisen", Kopenhagen, 16. 1. 1976; „Politiken", Kopenhagen, 1. 1. 1976; „Arbetet", Zeitung des schwedischen Gewerkschaftsbundes, 5/76; „Arbetet", 24. 2. 1976; „Aftonbladet", 16. 2. 1976; „Dagens Nyheter", 16. 2. 1976; Schwedi-

Kommunistische Partei nicht länger verboten. Stattdessen haben die Behörden das Berufsverbot als eine versteckte Waffe gegen die Kommunisten geschaffen. Man verbietet den Menschen nicht mehr, Kommunisten zu sein, aber man macht es für Menschen, die als Kommunisten bekannt sind, schwer oder unmöglich, ihren Lebensunterhalt in dem Beruf zu verdienen, in dem sie ausgebildet wurden.", kommentiert „Dagens Nyheter" in einem längeren Bericht [4]). Die skandinavischen Kritiker befürchten insbesondere die Aushöhlung des Grundgesetzes. Die vom schwedischen Gewerkschaftsbund (LO) getragene Abendzeitung „Aftonbladet" sei als Beispiel zitiert: „Das Verfassungsgericht ist dazu da, das Grundgesetz gegen Mißdeutungen zu schützen, aber es scheint, es wird immer mehr notwendig, das Grundgesetz gegen die Aushöhlung durch das Verfassungsgericht zu schützen! Diese Aushöhlungspolitik kulminierte mit dem Beschluß des Gerichts über ‚Radikale im öffentlichen Dienst" vom 22. Mai 1975" [5]). So ist es kein Wunder, daß man sich in Skandinavien von dieser Politik distanziert. Der dänische Außenminister K. B. Andersen erklärte am 15. Januar 1976 in einer Debatte im Folketing: „Wir haben keine Sympathie für eine solche Gesetzgebung" [6]), und 27 dänische Parlamentarier, 13 Sozialdemokraten, 8 Volkssozialisten und 6 Liberale (Radikale Venstre), wandten sich protestierend an den Bundestag, darunter der ehemalige Justizminister Hjortnaes, die ehemalige Kirchenministerin Bennedsen, der ehemalige Verkehrsminister Kampmann und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Auken (alles Sozialdemokraten) [7]). Insbesondere wird die Mitwirkung von Sozialdemokraten an Berufsverboten kritisiert, so z. B. vom Unterbezirk Lund der schwedischen Sozialdemokraten [8]) und der Hauptversammlung „Sozialistik Debatt" in der Sozialdemokratischen Partei [9]), die erklären: „Die westdeutsche Partei verstößt gegen freiheitliche und humanistische Tradition der Sozialdemokratie." Die Zeitung des schwedischen Gewerkschaftsbundes schreibt: „Die deutsche Sozialdemokratie ist mitverantwortlich für diese antidemokratische Entwicklung. Um so wichtiger ist es, daß schwedische Sozialdemokraten ihre Bestürzung, ihren Abscheu und ihre Unruhe demonstrieren. Die schwedische Sozialdemokratie ist eine Sache — die westdeutsche Sozialdemokratie ist deutlich eine ganz andere!" [10]) Offensichtlich haben in Skandinavien die „Aufklärungsreisen" (Koschnik) [11]), die Jochen Steffen nach Schweden und Prof. Schäfer nach Dänemark unternahmen, nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Die westdeutsche Botschaft in Kopenhagen jedenfalls verschickt an Dänen, die anfragen, eine achtseitige Darstellung, die unter der Überschrift „Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein Berufsverbot?" diese Frage verneint und die Anzahl der Berufsverbote herunterspielt [12]).

Das ist überhaupt die neueste „Masche" in der Auslandspropaganda — die damit deutlich defensive Züge verrät —, für die sich auch Willy Brandt hergab. Hatte er doch Ende Februar bei einem Besuch des SPD-Vorstandes bei der holländischen Schwesterpartei, Partei der Arbeit (PVDA), versucht, die holländischen Kritiker mit der Angabe zu beruhigen, nur acht direkt vom Berufsverbot Betroffene gäbe es [13]). Es blieb auch in Holland nicht verborgen, daß hier mit gezinkten Karten gespielt wer-

sches Fernsehen, 13./14. 3. 1976; „Information", Kopenhagen, 25. 2. 1976; „Berlingske Tidende", 25. 2. 1976; „Kristeligt Dagblad", 25. 2. 1976; „B.T.", Kopenhagen, 16. 2. 1976; „Helsingborgs Dagbladet", 15. 7. 1975; „Huvudstadsbladet", Helsinki, 26. 2. 1976.

4) Dagens Nyheter, 17. 2. 1976.

5) Aftonbladet, 20. 2. 1976.

6) Menavisen, 16. 1. 1976.

7) Pressemitteilung Nr. 43 und 45 der „Intiative Weg mit den Berufsverboten", 27. 2. 1976, 2. 4. 1976.

8) Arbetet, 5/76.

9) Pressemitteilung Nr. 46 der „Initiative Weg mit den Berufsverboten", 2. 4. 1976.

10) Arbetet, 5/76.

11) Süddeutsche Zeitung, 3. 3. 1976.

12) „Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein Berufsverbot? Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst", vervielfältigt, S. 6.

13) Berliner Extradienst (ED), 9. 3. 1976, S. 2/3, vgl. auch Frankfurter Rundschau, 1. 3. 1976.

den sollte — werden doch für den Zeitraum 1. 1. 1973 bis 30. 6. 1975 im offiziellen „Bericht über das Ergebnis der Umfrage zur Praxis der Überprüfung der Gewähr der Verfassungstreue bei Einstellungsbewerbern", den das Bundesministerium [14]) erstellte, alleine 1056 Berufsverbotsfälle detailliert nachgewiesen [15]). Acht Berufsverbotsfälle sind lediglich bei *Bewerbern* bei *Bundesbehörden* aufgeführt [16]). So hat nicht nur die Vorsitzende der PVDA, Ina van Heuvel, der SPD die holländischen Bedenken in neun Punkten vorgetragen, verschiedene führende PVDA-Mitglieder haben in der Diskussion mit der SPD und auch in der Öffentlichkeit ihre Kritik fortgesetzt. Es wird das „Klima von Angst und Bitterkeit" beklagt und gesehen, daß „das Berufsverbot in Westdeutschland ... die Spitze eines Eisbergs" ist [17]), wobei man sich sehr lebhaft an die Zeit nach 1933 erinnert fühlt.

In Italien wird die Situation in der BRD vor allem mit dem McCarthyismus in den USA verglichen und herausgestellt, daß die Berufsverbote die grundlegenden Menschenrechte verletzen. Man fragt sich auch, wie die Entwicklung der EG verlaufen wird, wenn dieses Beispiel Schule macht. So mehren sich auch hier die Proteste: Am 13. Februar 1976 diskutierten in der römischen „Casa della Cultura" Politiker, Juristen und Intellektuelle über das Thema „Berufsverbot, Grundrechte und soziale Veränderungen in der BRD", u. a. der ehemalige Vorsitzende des italienischen Verfassungsgerichts, Senator Giuseppe Branca, der auch am 29. März 1976 in der ARD-Fernsehsendung „Monitor" seine Verurteilung der Berufsverbote wiederholte. Auch in vielen Tages- und Wochenzeitungen erschienen kritische Artikel [18]). 70 Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, u. a. der Komponist Luigi Nono, veröffentlichten einen Appell gegen die Berufsverbote. Die Gemeinderäte von Bologna und Belluno, der Provinzrat von Siena und die Universität von Cosenza — deren Appell auch von dem Präsidenten der radikalen Partei, Marco Panella, von Rossana Rossanda, dem Mitglied des Sekretariats der sozialistischen Partei, Riccardo Lombardi, sowie dem ehemaligen sozialistischen Finanzminister Antonio Giolitti unterzeichnet wurde — protestierten gegen die Berufsverbote in der BRD.

In Frankreich wird vor allem „Das Erwachen der alten Dämonen" [19]) befürchtet und die Verletzung der Menschenrechte beklagt. Man fühlt sich an die Zeit nach 1933 erinnert, weil die Gesinnungsjagd heute erneut eine Mißachtung der Menschenrechte darstellt [20]). Die französischen Sozialisten haben bereits dreimal freundschaftlich bei der SPD interveniert [21]). Das Unbehagen und die Kritik haben selbst liberale und konservative Franzosen erfaßt, wie die mehrfache Kritik Prof. Grossers signalisierte [22]). Inzwischen haben nach den Gewerkschaften CGT, SNES (Gymnasiallehrer-Gewerkschaft), SNESUP (Hochschullehrer-Gewerkschaft) der Soldatenverband UFAC und auf zahlreichen Veranstaltungen der ca. 20 regionalen Berufsverbotskomitees in Frankreich Tausende von Franzosen protestiert. Schon jetzt sind die kritischen Berichte der Provinzzeitungen nicht übersehbar. Aus zahlreichen Städten, so z. B. aus Marseille und Brest, liegen Proteste im Rahmen der Städtepartnerschaften vor. Ein erster Höhepunkt der Proteste war die von

14) Bericht ... v. 10. 9. 1975, Ende 1975 veröffentlicht.
15) Bericht ... v. 10. 9. 1975, S. 4, 5, 12.
16) Bericht ... v. 10. 9. 1975, S. 5.
17) So das Mitglied der PVDA-Programm-Kommission Lolle Nauta, ED, 9. 3. 1976, vgl. Berichte in „Vrij Nederland" und „Volkskrant", 6. 3. 1976.
18) So im Mailänder „Corriere della Sera", in der römischen Tageszeitung „Paesa Sera", in der Frauenzeitschrift „Noi Donne", der Mailänder Wochenzeitung „Europeo" sowie zahlreichen Juristenzeitschriften.
19) Überschrift der Wochenzeitung der französischen Sozialisten „L'Unité", vgl. Frankfurter Rundschau, 1. 3. 1976.
20) So z. B. der ehemalige Minister Marcel Paul auf der internationalen Kundgebung in Straßburg am 13. 3. 1976.
21) Michel Rocard, Vorstandsmitglied der sozialistischen Partei, am 29. 3. 1976 in der Fernsehsendung „Monitor".
22) Vgl. auch den ganzseitigen Bericht in „Le Monde", 5. 12. 1975.

Widerstandsorganisationen aus Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Österreich und der BRD zusammen mit Berufsverbotekomitees organisierte Demonstration von 9000 Teilnehmern am 13. März 1976 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Eine Delegation wurde von der sozialistischen, der liberalen und der kommunistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zu Informationsgesprächen empfangen. Mit Bestürzung wurde der Bericht des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" entgegengenommen.

Ähnliche Proteste gibt es aus Luxemburg [23]), Belgien, Großbritannien [24]), Österreich. Alle diese ausländischen Proteste zeigen, daß man besorgt ist, weil man ein Erstarken antidemokratischer Tendenzen in der BRD befürchtet — die Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus sind noch lebendig —, weil man einen Export der Berufsverbotepraxis befürchtet, weil man einen Widerspruch zur KSZE-Schlußakte und eine Gefährdung des Entspannungsprozesses sieht und weil man im erneuten Anwachsen des Antikommunismus eine Gefahr für die Entwicklung der Demokratie in Westeuropa erblickt.

Bezeichnend ist, wie die Berufsverbote-Befürworter in der BRD darauf reagieren: In altbekannter chauvinistischer Weise predigen z. B. die „Welt" [25]) und die „Frankfurter Allgemeine" [26]) Durchhalteparolen. „Unser biederer Verfassungsschutz" werde „dämonisiert" [27]). Man solle „das Gerede vom Radikalen-Erlaß" nicht ernst nehmen. Hierin feiert die vielfach beschriebene „Kontinuität des Irrtums" (Fritz Fischer) in anderer Form fröhliche Urständ, und es zeigt sogleich, daß es sich bei unverbesserlichen Kalten Kriegern, Entspannungsgegnern und scharfmacherischen Berufsverbotepolitikern letztlich um dieselben Kräfte handelt.

Erfreulicherweise hat auch in der BRD die Bewegung gegen die Berufsverbote in den letzten Wochen erheblich zugenommen und Erfolge aufzuweisen. Nicht zuletzt innerhalb der SPD und in den Gewerkschaften mehren sich die kritischen Stimmen.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht zahlreiche Protestaktionen, Aufklärungskampagnen, Diskussionsveranstaltungen stattfinden. Evangelische Kirchengemeinden, Volkshochschulen, studentische Fachschaften, Gewerkschaften, Bürgervereine, Hochschulgremien gehören ebenso zu den Veranstaltern wie Bürgerkomitees gegen Berufsverbote und demokratische Jugend- und Studentenverbände. Die Aktionen sind vielgestaltiger und thematisch differenzierter, insgesamt aber politischer geworden.

Und zahlreiche auch konkrete Erfolge stellen sich ein: In Hamburg mußten die angedrohten Ausbildungsverbote in den „Fällen" Hans-Peter Brenner, Hermann Schlömer und Bernhard Keller zurückgenommen werden, Jutta May-Martens mußte ebenso wie W. Wehmann eingestellt, Brigitte Wälde verbeamtet werden. In Bayern muß der Fachschullehrer Ernst Grube weiterbeschäftigt werden. Auch mehrere Prozesse waren erfolgreich: In Baden-Württemberg gewann der Lehrer Hans Schäfer, in Bayern die Lehrer Reinhard Kordatzky (SPD) und Benno Moosmüller (parteilos). In Hamburg erreichte die Lehrerin Heike Gohl — der erste offizielle Berufsverbotsfall der BRD — in erster Verwaltungsgerichtsinstanz eine Zurückweisung der gegen sie am 23. November 1971 ausgesprochenen Entlassungsverfügung, vor dem Bundesarbeitsgericht gewann der Bremer Sozialpädagoge Horst Griese seinen Prozeß, der seit Anfang 1972 dauerte [28]).

23) 15 der 16 sozialistischen Abgeordneten Luxemburgs haben protestiert.
24) Z. B. der Labour-Abgeordnete Flannery, ehemaliger Schulleiter und Vorstandsmitglied der britischen Lehrergewerkschaft in „Monitor", 29. 3. 1976.
25) Vgl. den Kommentar von Günter Zehm am 1. 4. 1976.
26) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), 17. 3. 1976.
27) FAZ, 17. 3. 1976.
28) Vgl. zum „Fall" Horst Griese: Bethge/Roßmann, „Der Kampf gegen das Berufsverbot", Köln 1973, S. 299.

Darüber hinaus stellt sich das Scheitern des Sondergesetzes am 20. Februar 1976 im Bundesrat immer mehr als ein politischer Erfolg der demokratischen Bewegung des In- und Auslandes heraus. Die SPD/FDP-Koalition konnte es sich nicht leisten, der CDU/CSU weiter entgegenzukommen. Sie mußte angesichts dieser breiten Proteste eine offene Koalition mit der CDU/CSU scheuen, die sie ja am 28. Januar 1972 in Form des Ministerpräsidentenbeschlusses eingegangen war. Selbst noch 1½ Jahre später war man sich einig, ein Sondergesetz zu schaffen [29]).

Die dreijährige Odyssee dieses Sondergesetzes demonstriert eindrucksvoll den Einfluß der Protestbewegung und der öffentlichen Meinung.

Gleichzeitig gibt es aber auch Tendenzen zur Verschärfung und Ausweitung der Berufsverbote-Politik: In Oldenburg (Niedersachsen), um nur ein Beispiel zu nennen, wurden zum 1. Februar 1976 wiederum neun Absolventen der Carl-von-Ossietzky-Universität nicht eingestellt, obwohl ihnen eine Planstelle zugewiesen wurde (darunter fünf SPD-Mitglieder, drei Mitglieder des MSB Spartakus und eine Unorganisierte).

Nun sind von den SPD/FDP-regierten Ländern acht Punkte als Verfahrensregelungen und Ersatz für den Ministerpräsidentenbeschluß vorgelegt worden, die z. T. als Landesgesetze oder -verfügungen die Praxis verbessern sollen [30]). Dazu ist festzuhalten: Wie z. B. die neuen „Fälle" in Oldenburg und Hamburg zeigen — in Hamburg verfährt der Senat erklärtermaßen schon seit Frühjahr 1975 nach diesem Katalog —, ändert sich an der Berufsverbotspraxis nichts: Schriftlich wurden die Bedenken genannt, der Bewerber wurde angehört, ein Protokoll des Anhörungsgesprächs wurde geführt und dem Bewerber sogar ausgehändigt, ein Anwalt wirkte mit, der Senat (die Hamburger Landesregierung) entschied die Fälle, die Ablehnungsbegründung erfolgte schriftlich, die angegebenen Tatsachen wurden als gerichtsverwertbar bezeichnet.

Die Ergebnisse — verhängte Berufsverbote — waren dieselben wie 1971, als sich der Hamburger Senat nach dem Hamburger (Senats-)Grundsatzbeschluß richtete, oder wie 1972, als er sich am Ministerpräsidentenbeschluß orientierte, oder wie 1974, als er den sogenannten „Genscher-Entwurf" zur Richtschnur nahm.

Die Bewegung gegen die Berufsverbote hat also allen Anlaß, ihre Aktivitäten zu verstärken. Am 12. Mai 1976 beginnt der Prozeß im „Fall" Silvia Gingold in Kassel. Am 29. Mai findet in Karlsruhe eine „internationale Konferenz gegen Berufsverbote" statt. Die Demokraten werden insbesondere im kommenden Bundestagswahlkampf, aber auch darüber hinaus die Grundfragen der Berufsverbote-Politik stärker in die breiter gewordene Diskussion rücken. Vielfach stehen noch Verfahrensfragen zu sehr im Vordergrund, auch wenn über sie der Zugang zu grundsätzlichen Positionen ermöglicht wird. Rechtstaatlichkeit ist nur dann erreicht, wenn Berufsverbote ersatzlos abgeschafft werden. Die Auseinandersetzung in der BRD hat sich auf die Ebene der Bundesländer und Länderparlamente verlagert, hier gilt es jetzt anzusetzen. Wenn die demokratische Bewegung die sichtbar gewordene Differenz der Berufsverbots-Befürworter in Verfahrensfragen nutzen will, wenn sie die bisherigen Erfolge der unablässigen Kritik des In- und Auslandes ausbauen will, muß sie in der jetzt auf breiter Front aufgebrochenen Diskussion ihre grundlegende, demokratische Position weiterhin breit herausstellen und an Hand der Einzelfälle konkretisieren.

Horst Bethge

[29]) Am 10. 9. 1973 kamen Bundeskanzler Brandt und die Länder-Ministerpräsidenten überein, durch ein Sondergesetz die Berufsverbote zu legalisieren, um die aufkommende Kritik abzufangen.
[30]) Vgl. Frankfurter Rundschau, 25. 2. 1976.

Italien: Politik des Abwartens

Während die Arbeitsplätze unsicher werden, Arbeitslosigkeit und Inflation zunehmen, die Produktion schrumpft, die Währung rapide verfällt, große Kapitalien in dreizehnjähriger Schleicharbeit ins Ausland geschafft worden sind, Resignation und Verbitterung die Bevölkerung ergreift, eine mühselig zusammengebastelte Regierung längst nicht mehr dem Wählerwillen des Volkes entspricht, täglich neue Korruptionsherde aufplatzen, steht in Italien die vielverlangte politische Klärung nach wie vor aus. In Wirklichkeit herrscht mehr Zweideutigkeit denn je, hinter der allerdings eine sehr reale Eindeutigkeit steht, von der noch die Rede sein wird.

Die Hoffnung auf eine Klärung wurde geweckt, als Anfang Januar 1976 die Sozialisten, eben unter dem Postulat der Klärung, der Regierung Moro die parlamentarische Unterstützung aufkündigten und die letzten Bande zur Democrazia Cristiana zerrissen. Das sollte der endgültige Todesstoß für die schon vorher fallierte Formel einer „historischen Begegnung" zwischen Sozialisten und Christdemokraten sein, bekanntgeworden unter der Bezeichnung „Centro/Sinistra", und die seit ihrer Geburt im Jahre 1962 kontinuierlich am christdemokratischen Reformunwillen gescheitert war. Die Sozialisten sahen nun endlich in voller Krise ein, daß mit dieser Democrazia Cristiana kein „Staat" mehr zu machen war, und zogen (sicher mit großer Verspätung) plötzlich die Konsequenz. Schon vorher innerhalb der Regierungsmehrheit in wirtschaftspolitischen Widerstreit mit den Republikanern geraten, die ebenfalls ausgestiegen waren, lösten die Sozialisten damit gezielt eine Regierungskrise aus. Gewaltige Umwälzungen schienen sich anzubahnen, aber der Berg gebar ein Mäuslein. Das Kabinett Moro trat zurück, um einer neuen, christdemokratischen Einparteienregierung unter demselben Moro Platz zu machen; solange, hieß es, bis der christdemokratische Parteikongreß im März und vorher noch der sozialistische Kongreß mehr Klarheit geschaffen haben. Auch der sozialdemokratische Parteikongreß stand für März an.

Als erster Parteikongreß sollte jener der Sozialisten die Aussicht zu „neuen Ufern" eröffnen. Was er tatsächlich erbrachte, war eine Ausweitung der Widersprüche. Auf der einen Seite hatte der sozialistische Parteisekretär De Martino beim Verlassen der Regierungsmehrheit am 7. Januar erklärt, in dieser schwierigen Situation müßten die Kommunisten an der Regierung beteiligt werden, ohne die es nicht mehr gehe, denn auch die Wahlen vom 15. Juni 1975 hätten den Kurswechsel der Wähler nach links ganz klargemacht. Nun auf dem Kongreß machte man bezüglich der kommunistischen Regierungsbeteiligung eine Art Rückzieher und lehnte im Widerspruch zur ausgelösten Krise eine Vorverlegung der Wahlen ab. Eine merkwürdige, auf Autonomie der Sozialisten bedachte Politik des „Rühr-mich-nicht-an" wurde entwickelt: 1. wollte man mit den Christdemokraten, die auf dem Kongreß hart zerrupft wurden, nur noch koalieren, falls sich diese Partei im Zuge einer inneren Erneuerung vollkommen ändere, 2. wurde der von Berlinguer propagierte „historische Kompromiß", der im sozialen und politischen Interesse des Landes auf ein christdemokratisch-kommunistisches Bündnis abzielt, abgelehnt. Berlinguers Versicherung, daß diese Koalition auch Sozialisten und anderen fortschrittlichen Kräften offenstehe, zog nicht. Dies allein schon aus der Befürchtung heraus, als kleinere Partei (mit etwa 12 % Wählerstimmen) von den beiden je dreimal größeren Blöcken der DC und KP übergangen und schließlich zerbröselt zu werden. Diesen theoreti-

schen Erörterungen um Kaisers Bart folgte eine mehr, daß man nämlich 3. eine Art Volksfront mit den Kommunisten vorziehen würde, wogegen man gleichzeitig Bedenken hatte, dann von den Kommunisten „majorisiert" zu werden. Auch sei nicht klar, welche Garantien für eine volle Unabhängigkeit der italienischen KP von Moskau vorlägen.

Ein unnützer Disput, weil von seiten der kommunistischen Parteileitung die These der „historischen Kompromisse" auf unbestimmte Sicht und Zeitdauer hinaus aufrechterhalten wird, womit sich (wiederum theoretisch) die Bildung einer linken Volksfront mit den Sozialisten von allein erübrigt.

Die Klärung auf dem sozialdemokratischen Parteikongreß in Florenz konnte lediglich interner Natur sein. Die von der Wählerschaft böse auf 5,8 % zusammengeschundene Partei, die sich 1948 über der Auseinandersetzung um Italiens Beitritt zum Atlantikpakt unter Saragat von den Sozialisten trennte und ihre Daseinsberechtigung aus reinem Antikommunismus herausdestillierte, war auf Biegen und Brechen stets der zuverlässigste Verbündete der Christdemokraten. Oft als „amerikanische" Partei bezeichnet, wird sie selbst ihren derzeitigen Wählerbestand nicht mehr halten können.

Der Parteikongreß spiegelte genau den inneren Zustand dieser auf dem Aussterbeetat stehenden Sozialdemokraten wider. In einem Klima gereizter Spannung gingen die Delegierten mit Fäusten aufeinander los und prügelten sich. Die Auseinandersetzung ging um Parteisekretär Mario Tanassi, der, auf der äußersten Rechten stehend, bislang die Mehrheit besaß, auf den aber durch die Schmiergeldaffäre Lockheed ein böser Schatten gefallen ist, da er zur Zeit der „Herkules"-Käufe als Verteidigungsminister amtierte. Zudem warf man ihm vor, zahllose sozialdemokratische Genossen diktatorisch ohne Anhörung und Verfahren gefeuert zu haben, die in Stadt- und Gemeindeparlamenten lokale Linkskoalitionen mit den Kommunisten eingegangen waren, was wiederum zahlreiche Austritte aus der Partei nach sich zog. Tanassi, der nur noch über 30 % Anhänger verfügte, wurde abgewählt und zog sich mit den Seinen grollend zurück. Die übrigen Delegierten entschlossen sich zu einer „Erneuerung" der Partei und holten den Gründer der Partei und Widersacher Tanassis, den 77jährigen Senator und ehemaligen Präsidenten der Republik Giuseppe Saragat an die Spitze zurück.

Im Ton etwas konzilianter gegen die Kommunisten, deren Existenz er wenigstens respektiert, möchte Saragat ihre Kraft zwar auf sozialreformerischem Gebiet benützen, lehnt aber ihren Eintritt in die Regierungsverantwortung ab. Er begründete das vor allem außenpolitisch: Italien verlöre durch eine kommunistische Regierungsbeteiligung an Glaubwürdigkeit, geriete unter den wachsenden Einfluß der UdSSR und gefährde so seine nationale Autonomie. Auch meinte er, solange die kapitalistischen Staaten noch keinen Weizen in den sozialistischen aufkauften, könne es um den Kapitalismus nicht so schlecht bestellt sein.

Das von Saragat berührte Thema „Unabhängigkeit" erscheint angesichts der Tatsache etwas heikel, daß die USA über die CIA seit 1948 bis vor kurzem gewaltige Summen an die italienischen Parteien gezahlt haben, um den kommunistischen Vormarsch aufzuhalten (nicht zu vergessen die Zuwendungen des US-Botschafters Martin in Rom an die rechten Putschisten vom Dezember 1970, hübsche Beispiele für „Autonomie" und „Nichteinmischung"); freilich wie bekannt mit entgegengesetztem Erfolg.

Wild bewegt wie nie zuvor ging es dann auch beim christdemokratischen Parteikongreß in Rom zu. Selbst hier wurden zeitweise Fäuste geschwungen,

und schonungslos enthüllte sich vor der erstaunten Öffentlichkeit die innere Zerrissenheit und Abnützung dieser Partei durch eine dreißigjährige Machtausübung über einen ausgedehnten Klientelismus, doch deklarierten die Parteibosse das am Ende zum Zeichen größter Vitalität. Außer den üblichen und auf allen Schleichwegen vorgetragenen inneren Machtkämpfen der in viele Strömungen und Gruppen aufgespaltenen Partei mit Interessenschwerpunkten einzelner ging es auch hier um die innere Erneuerung.

In einer von Emotionen knisternden Atmosphäre fanden sich denn auch die verschiedenen Strömungen in zwei fast gleichgroßen Blöcken zusammen. Der eine scharte sich um den nach der Wahlniederlage und damals aus Verlegenheit gekürten Benigno Zaccagnini, kurz „Zac" genannt. Er konnte 52 % der „linken" und „reformwilligen" Delegiertenstimmen auf sich vereinigen und den Ansturm der um Verteidigungsminister Forlani geschärten konservativen bzw. reaktionären Kräfte gerade noch abwehren.

Das bedeutet natürlich keine weitreichende Garantie für die weitere Zukunft dieser Partei. Zweifellos ungleich weniger verbohrt als seine Vorgänger, wird „Zac", der nie zur machttragenden Schicht gehört hat und vor allem vom gemeinen Parteifußvolk gestützt wird, es nicht leicht haben, umlauert von den alten Parteigrößen und -füchsen die Erneuerung der DC im Sinne einer nichtkonfessionellen demokratischen Volkspartei in die Wirklichkeit umzusetzen, da sie bis dato immer patriarchalisch von grünen Tischen aus gelenkt wurde. Gerade darin besteht auch eine Dauergefahr für diesen persönlich gewiß integren Mann, ein ehemaliger Partisan, der als praktizierender Katholik in einer kommunistischen Einheit gekämpft hat und den aussterbenden Typ des guten alten Hausarztes verkörpert.

Als echter Idealist glaubt „Zac" daran, daß die Weigerung, die Veränderung der italienischen Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, autoritäre Tendenzen fördert und die Gewalt des Faschismus nährt, und er sagte, es sei pure Illusion, zu glauben, das Italien von morgen so regieren zu können wie das Italien von vor zehn und zwanzig Jahren. Die politische Identität der christdemokratischen Partei sieht er nicht als Pol rechts der Mitte, sondern „weder als konservative Partei, die sich dem Willen ihrer bürgerlichen Protektoren zu beugen hätte, noch als Geschäftskomitee des italienischen Kapitalismus".

Die Klage Forlanis, daß sich Kulturwelt und Presse Italiens stark nach links verschoben hätten, beantwortete „Zac" damit, daß man hier nach den Gründen suchen müßte. Dann könne man entdecken, „daß wir es mit einer tiefgreifenden Evolution des italienischen Volkes zu tun haben, und wir sind stolz darauf, diese gefördert zu haben". Wie alle Christdemokraten, sprach auch er sich gegen den „historischen Kompromiß" aus, betonte jedoch seinen Willen zum offenen Dialog mit den Kommunisten, im Gegensatz zu den alten, aber in ihren Schlüsselstellungen immer noch starken Kräften. Hier kommt zwar ein erheblicher Unterschied zum Ausdruck, der die Dinge jedoch im Grunde kaum verändert, und die Frage nach den realen Inhalten einer solchen Politik bleibt vorerst offen.

Ein erstes Ergebnis scheint sich in einem von dem Republikaner La Malfa ausgearbeiteten Wirtschaftsnotprogramm herauszukristallisieren, das von allen verfassungsmäßigen Parteien und besonders von den Kommunisten getragen werden soll, eine Idee, zu der Zaccagnini grünes Licht gegeben hat. Das ist zwar nicht das nationale Notstandskabinett unter kommunistischer Beteiligung, doch hat Berlinguer immer betont, alle vertretbaren Maßnahmen zur

Rettung der Wirtschaft unterstützen zu wollen. Jetzt wird man nur noch sehen müssen, welche Rolle den Kommunisten bei diesem Programm zugedacht werden soll.

Nachdem sich außer den Neofaschisten alle Parteien gegen vorverlegte Neuwahlen ausgesprochen haben, aber ohne die Befragung des Volkes eine politische Klärung verschoben wird, bietet sich ein zweideutiger Aspekt, wenn versucht wird, unter dem Stillhalten aller die christdemokratische Einparteienregierung Moro, die der Krise mit herkömmlichen Mitteln zu steuern versucht, bis zu den Wahlen über die Runden zu bringen. Bis dahin aber wird das tägliche Kardinalthema die kommunistische Regierungsbeteiligung bleiben. Unaufhörlich wird darüber theoretisiert, ob Berlinguer Glauben zu schenken sei oder nicht, ob er mit Moskau „bricht" oder nicht, unter allen nur denkbaren Varianten solcher Überlegungen. Nicht nur unter dem Eindruck einer sich andauernd verschlechternden Wirtschaftslage und der immer offener zutage tretenden Korruption, sondern auch nach einer Meinungsumfrage, die noch vor Bekanntwerden der großen Korruptionsfälle gemacht worden ist, würde die KPI heute aus Wahlen als stärkste Partei hervorgehen.

Nun hat es den Anschein, als wolle man unter den Drohungen Washingtons mit Sperrung aller Hilfen (sofort von Bonn sekundiert), Atem gewinnen und den Status quo politischer Vieldeutigkeit wenigstens bis zum Wahltermin 1977 aufrechterhalten, ungeachtet aller Konsequenzen.

Die politische Situation in Italien ist nicht klarer geworden. So mutet es doch merkwürdig an, wenn der Präsident des Unternehmerverbands („Confindustria"), Gianni Agnelli, im Fernsehen die KPI für ihre Mäßigung lobt, verbunden mit dem zarten Hinweis, daß man mit dem „Eurokommunismus" erst noch abwarten müsse, da er ein Ableger des Moskauer Kommunismus sei.

Wo soviel theoretisiert wird, stellt sich natürlich auch die Frage nach der von Berlinguer in einem Interview mit der „New York Times" abgegebenen Versicherung, daß auch eine kommunistische Regierung Italiens nicht aus der NATO austreten würde (der Sozialist Nenni hatte sich schon vor Jahren für Blockfreiheit und Abbau der beiden Paktsysteme ausgesprochen). Wörtlich genommen, ergäbe sich daraus theoretisch in einem Konfliktfall eine unüberbietbare Absurdität.

In diesem Zusammenhang muß noch vermerkt werden, daß selbst die großbürgerliche Turiner „Stampa" die Drohungen von Kissinger und seines Sprechers Funseth wie auch von Genscher und Biedenkopf mit der Feststellung zurückgewiesen hat, man werde damit nur das Gegenteil erreichen, weswegen Schweigen Gold sei, mit dem den italienischen Antikommunisten mehr gedient wäre. An die Adresse Genschers und Biedenkopfs gerichtet, meinte die „Stampa", aus deutschem Munde hätten solche Ermahnungen nach dreißig Jahren wieder den Beigeschmack von Rassismus.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebio

Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD*)

Von Dieter S. Lutz und Ulrich Storz

Einleitung

Bei den im September 1975 von der Bundesregierung vorgestellten Sparbeschlüssen wurde der Verteidigungsetat zwar nicht ausgenommen, die Einsparungen betreffen jedoch nicht etwa teure und überteuerte Rüstungsvorhaben oder investive Ausgaben, sondern fast ausschließlich den Sektor der Personalausgaben. Ausgerechnet der Verteidigungshaushalt wächst so — trotz des Bekenntnisses der Bundesregierung zu Entspannung und Abrüstung — als einziger Etat weiter (um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr) [1]). Regierungskoalition wie Opposition führen zur Rechtfertigung an, daß die äußere Sicherheit der Bundesrepublik nicht durch Sparmaßnahmen geschmälert, die Kampfkraft der Bundeswehr nicht vom Auf und Ab der Konjunktur abhängen dürfe. Der mit diesem Argument verbundene öffentlichkeitswirksame Zeigefinger in Richtung Warschauer Pakt kann jedoch nur wenig überzeugen — nicht zuletzt, weil gerade andere Ressorts, die für die langfristige Sicherung des Friedens Bedeutung besitzen, erhebliche Einbußen hinnehmen mußten (z. B. wird der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit erheblich gekürzt). Lassen sich fehlende Einsparungen am Verteidigungsetat also mit dem Hinweis auf Frieden und Sicherheit legitimieren? Was überhaupt ist das Maß an Militär und Rüstung, das erforderlich ist, um eine Schwächung der Verteidigungskraft zu vermeiden, ohne gleichzeitig einer sich verschärfenden Situation im Staatshaushalt Rechnung tragen zu müssen? Die mit der Finanzknappheit verbundenen Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft bilden in jedem Fall Grund genug, die Frage der „Erforderlichkeit" bundesrepublikanischer Rüstung mit besonderem Nachdruck zu stellen bzw. neu zu überdenken.

Die Frage nach der „Erforderlichkeit" stellt sich dann, wenn zwei gleich geeignete Mittel denselben Erfolg zu bewirken vermögen. Anhaltspunkte, welches der beiden Mittel nun erforderlich ist, können nur in concreto und nur unter Berücksichtigung auch der jeweiligen erfolgsirrelevanten negativen Nebenwirkungen gewonnen werden. Damit ist bei der Frage nach der Erforderlichkeit von Maßnahmen und Mitteln die Folgenorientierung unumgänglich: Ergibt die Betrachtung aller Wirkungen und Nebenwirkungen einer getroffenen Maßnahme, daß ihre Nachteile größer sind als die einer anderen mit den gleichen Erfolgschancen, muß die Erforderlichkeit der gewählten Regelung verneint werden [2]).

*) Vorliegendem Aufsatz dienten folgende hektografierte Arbeiten als Grundlage: Dieter S. Lutz, Die Pflicht zur Abrüstung, Tübingen 1975; Dieter S. Lutz/Ulrich Storz, Rüstungspolitik und -produktion in der BRD, in: Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, Funktion von Unterrichtsmodellen für die Friedenserziehung, Schlußbericht April 1974, S. 332 ff.; Dieter S. Lutz/Volker Rittberger, Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen einer Abrüstungspolitik nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Abschlußbericht August 1975, insbes. S. 115 ff.

1) Vgl. dazu die Resolution des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung für den Haushalt 1976 (v. 22. 9. 1975).

2) Vgl. Manfred Gentz, Zur Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen, in: „Neue Juristische Wochenschrift" (NJW), 35/1968, S. 1604; Eberhard Grabitz, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, „Archiv für öffentliches Recht" (AöR) 93 (4/1973), S. 574; zu erwähnen ist ferner, daß die grundsätzliche Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers sowie die Handlungsfreiheit der Exekutive es aber verbietet, von allen möglichen und geeigneten Maßnahmen a priori nur eine bestimmte als zulässig erscheinen zu lassen. Angesichts der notwendigerweise ex ante erfolgenden Beurteilung — es sei denn, die Erfahrungen anderer Länder können zum Vergleich hinzugezogen werden — ist es deshalb auch zulässig, den angestrebten Zweck mit einem ganzen Bündel gleich wirksamer Mittel zu verfolgen. — Vgl. so BVerfGE 21, 150, 157; 30, 336, 347 f.; Eberhard Grabitz, a.a.O., S. 574.

1. „Erforderlichkeit" als Frage nach den Funktionen von Rüstung

Die Erforderlichkeit der bundesrepublikanischen Verteidigungsvorbereitungen zu überprüfen, verlangt deshalb, Alternativen mit zumindest der gleichen Erfolgsintensität in Betracht zu ziehen. Zu beachten ist dabei, daß nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach Art. 26 GG, nur solche Maßnahmen zur Vorbereitung einer Verteidigung mit militärischen Mitteln zulässig sind, die eindeutig objektiv defensiven Charakter besitzen [3]). Weiterhin impliziert die Verteidigungsaufgabe der Bundeswehr eine Schutzfunktion, die sich nicht selbst ad absurdum führen darf. Gehen wir schließlich noch davon aus, „daß die Erzielung von Sicherheit unter den heute gegebenen Bedingungen selbst wieder Unsicherheiten provoziert und produziert" [4]), so folgt daraus für unseren Zusammenhang, daß geeignete Verteidigungsmaßnahmen nur dann auch erforderlich sind, wenn der Verteidigungszweck nicht durch ein anderes Mittel erreicht werden kann, welches die Gefahr eines Krieges und seiner Folgen insbesondere für die Zivilbevölkerung mindert.

Wir könnten also die Frage nach der Erforderlichkeit so verstehen, daß wir untersuchen, welche der möglichen Modifikationen objektiv defensiver Rüstung die Gefahr eines Kriegsausbruchs objektiv am niedrigsten hält und dennoch einen gleich hohen Schutz bietet. Denkbar wäre aber auch, das breite Spektrum der Möglichkeiten von gradualistischen über unilaterale (Abrüstungs-)Maßnahmen [5]) bis hin zur Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems [6]) gänzlich zu verlassen und einen grundsätzlichen Vergleich über Erfolg und Gefährdung einer Verteidigung mit militärischen Mitteln einerseits und der „sozialen Verteidigung" [7]) gerade ohne Einbeziehung von Militär andererseits anzustellen.

Wenn wir dennoch im folgenden keiner dieser Möglichkeiten nachgehen, sondern den Grundsatz der Erforderlichkeit zur immanenten Prüfung der derzeitigen Rüstungs- und Abschreckungspolitik heranziehen, dann geschieht dies im Bewußtsein, daß ein Streben nach sicherheitspolitischen Alternativen solange illusionär und die wissenschaftliche Kritik an der gegenwärtigen Verteidigungskonzeption solange folgenlos bleibt, wie es nicht gelingt, das Abschreckungssystem und die daran gebundenen Bewußtseins- und Organisationsstrukturen (Freund-Feind-Bilder, militärisch-industrieller Komplex) regelrecht und vor allem umfassend zu „demontieren". Erst auf der Grundlage eines der traditionellen militärischen Perspektive entwachsenen Vor-Verständnisses kann sinnvoll eine

---

3) Dieter S. Lutz/Volker Rittberger, Das Grundgesetz als Schranke oder als Auftrag für Abrüstungspolitik, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 5, Düsseldorf 1976 (im Erscheinen).

4) Claus D. Kernig, Schutz und Sicherheit — eine Analyse der Überlebenswilligkeit unserer Gesellschaft, in: „Sicherheitspolitik heute", 3/1974, S. 482.

5) Vgl. zu den sicherheitspolitischen Alternativen: Walter Möller/Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek 1973, S. 246 ff.; Wojciech Multan, Zu Problemen des Truppen- und Rüstungsabbaus in Europa, in: Doernberg u. a. (Hrsg.), Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit, Köln 1975, S. 106 ff.; Urs Schwarz, Rüstungsbeschränkung und Entspannung in Europa, in: Doernberg, a.a.O., S. 111 ff.; Dieter Senghaas/Volker Rittberger/Burkhard Luber, MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?, in: Carola Bielfeldt u. a., Frieden in Europa? Reinbek 1973, S. 77; Dieter Senghaas, Rüstungsdynamik und Abrüstung — Panoramische Perspektiven, in: Wilfried v. Bredow (Hrsg.), Ökonomische und soziale Folgen der Abrüstung, Köln 1974, insbes. S. 162 ff.; ders., Gewalt, Konflikt, Frieden, Hamburg 1974, insbes. S. 79.

6) Zu den Vorschlägen für ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vgl.: Johan Galtung/Dieter Senghaas (Hrsg.), Kann Europa abrüsten? Friedenspolitische Optionen für die siebziger Jahre, insbes. S. 62 ff.; Bernhard Willms, Entspannung und friedliche Koexistenz, München 1974; Richard Woyke/Klaus Nieder/Manfred Görtemaker, Sicherheit für Europa?, Opladen 1974; Walter Fabian (Hrsg.), Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz, München 1972; Durch Kooperation zum Frieden, Eine Veröffentlichung der Vereinigung deutscher Wissenschaftler, e. V. (VDW), München 1974; Johan Galtung, Einige institutionelle Vorschläge für ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa, in: Doernberg u. a. (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 5).

7) Zur „Sozialen Verteidigung" vgl. etwa: Theodor Ebert (Hrsg.), Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung; Anders Boserup/Andrew Mack, Krieg ohne Waffen, Reinbek 1974; Soziale Verteidigung, hrsg. von der Studiengruppe „Soziale Verteidigung" der Vereinigung deutscher Wissenschaftler e. V., Gelnhausen/Berlin (West) 1972; Volker Hornung, Verteidigung ohne Bundeswehr? in: „Der Bürger im Staat", 2/1971, S. 82 ff.; vgl. auch: Eine andere Verteidigung?, Alternativen zur atomaren Abschreckung. Aus der Arbeit der Vereinigung deutscher Wissenschaftler e. V., München 1973.

Antwort auf die Frage gegeben werden, wie die „Staatszielbestimmung Frieden" zu realisieren ist — nämlich mit friedlichen Mitteln.

Wie bereits angedeutet, hängt im Abschreckungssystem vom jeweiligen Stand der permanenten Auf- und Umrüstung nicht nur das Ausmaß faktischer Beeinträchtigungen im Kriegsfalle ab. Die ständige Rüstungsproduktion und die damit einhergehende Instabilität des Gleichgewichts gefährdet vielmehr den Frieden selbst, die latente Kriegsgefahr wird mit jedem Rüstungsschritt reproduziert. Wer dennoch nicht bereit ist, das System der Abschreckung durch Kriegsvorbereitung als von vornherein ungeeignet anzusehen, wird sich zumindest die auch dem Abschreckungssystem immanente Frage nach der Erforderlichkeit militärischer Verteidigungsvorbereitungen gefallen lassen müssen. Von Erforderlichkeit kann jedenfalls auch systemimmanent dann nicht mehr die Rede sein, wenn die latente Kriegsgefahr durch die Widersprüchlichkeit der Aufrüstungspolitik zwar zunimmt, Nachteile und Risiko also größer werden, das Anwachsen des Militär- und Rüstungsapparats aber nicht mehr nur auf eine rein instrumentell zu begreifende militärische Funktion zurückzuführen ist. So verstanden, stellt sich das Problem der Erforderlichkeit als Frage nach den Funktionen bzw. der Plurifunktionalität *) von Militär und Rüstung in der Bundesrepublik.

Nach dem Grundgesetz darf der bundesrepublikanische Militärapparat nur rein instrumentell von seinem militärischen Verteidigungszweck und seiner Schutzfunktion her begriffen werden. Dies impliziert, daß die Bundesrepublik eine defensive und außengeleitete Verteidigungs- und Rüstungspolitik betreiben muß, in der die gegnerische Rüstung primäre Ursache der eigenen ist und nicht nur lediglich als Vorwand und Legitimation für andere Funktionen der eigenen Rüstung dient. Selbstinduzierte Rüstungsimpulse insbesondere von objektiv defensiven Waffensystemen im Sinne von vorbeugenden Sicherheitsvorkehrungen sind damit zwar grundsätzlich nicht verboten; sie sind aber eindeutig dann verfassungswidrig, wenn sie zur Gefährdung des Friedens führen. Nach Art. 26 Abs. 1 GG genügt dabei die bloße abstrakte Friedensgefährdung. Als von Verfassungs wegen erforderlich sind damit im Grunde nur diejenigen Rüstungsmaßnahmen anzusehen, die als vom potentiellen Gegner „aufgezwungen" bezeichnet werden können bzw. durch dessen Handlungen eindeutig „von außen bestimmt", „fremdgesteuert" und „oktroyiert" werden [8]), keinesfalls aber diejenigen, die auf innergesellschaftliche Kräfte, etwa auf die Interessen eines militärisch-industriellen Komplexes zurückzuführen sind. Im folgenden wollen wir versuchen, Tendenzen und Impulse der bundesrepublikanischen Rüstungspolitik und -produktion festzustellen und am Erforderlichkeitsimperativ des Grundgesetzes zu messen.

2. Die Tendenz zur qualitativen Aufrüstung

Die gegenwärtige Rüstungspolitik der Bundesrepublik wird — wie der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West generell — von mehreren wesentlichen Erscheinungen geprägt. Neben der ständigen Modernisierung bereits existierender Waffen (Genauigkeit, Verläßlichkeit, Unverwundbarkeit) führt die anhaltende Intensität von hochtourig ablaufenden Forschungs- und Entwicklungsprogrammen zu einer permanenten qualitativen Verbesserung bzw. Innovation von Waffensystemen. Diese rüstungstechnologischen Innovationsprozesse erzeugen eine (Eigen-) Dynamik, die zum einen in der Form der Selbstinduktion die weitere Aufrüstung

*) Der Begriff beinhaltet, daß Militär/Rüstung in der BRD einer Mehrzahl von Zwecken dienen, nicht nur der Landesverteidigung. D. Red.

8) Vgl. insbes.: Dieter Senghaas, Aufrüstung durch Rüstungskontrolle, Stuttgart 1972, S. 48 ff.

vorantreibt und zum anderen zu einer hohen Veraltensrate führt, aufgrund derer Waffensysteme — sollten sie über ihr Erprobungsstadium überhaupt hinauskommen — bei der Einfügung in den Militärapparat schon teilweise wieder überholt sind.

Mit einem Erklärungsmuster von Aktion und Reaktion kann eine solchermaßen ablaufende Auf- und Umrüstung weder analysiert noch gerechtfertigt werden. Nicht die Rüstungstechnologie des potentiellen Gegners, sondern der Stand der eigenen Rüstung und der mögliche Fortschritt der eigenen Waffentechnologie wird im Zirkelschluß zur entscheidenden Meßgröße für die Bedrohung der eigenen Sicherheit. In der Regel entwerfen dieselben Personen in ein und derselben Forschungsstätte mit der jeweiligen Verbesserung der Waffensysteme auch gleich das Gegenmittel mit. Selbst eine logische Abfolge von Stufen, wonach ein neues Waffensystem entwickelt wird und daraufhin erst ein Gegensystem zur Neutralisierung der neuen Waffen entsteht und schließlich eine Gegen-Gegen-Waffe konzipiert wird, ist im Rüstungsalltag nur selten festzustellen. Angesichts dieser Art von Genese neuerer Waffensysteme ist es nur folgerichtig, wenn für sie erst nachträglich eine strategische Funktionsbestimmung erfolgt („ex-post-facto Rationalisierung" [9]). Zur Legitimation gegenüber der Öffentlichkeit bedient man sich dabei gern des sogenannten „Lückenarguments" [10].

Festzuhalten ist also, daß im Zyklus von Innovation, Modernisierung und Veraltung von Waffensystemen außenpolitisch-militärische Überlegungen, die eigentlich im Vordergrund stehen müßten, nur am Rande oder erst dann berücksichtigt werden, wenn man sie zur Legitimation benötigt. Rüstung und Rüstungspolitik sind vor diesem Hintergrund weitgehend als innergesellschaftlich bestimmt zu qualifizieren und nicht, wie es der verfassungsrechtliche Vermeidungs- und Erforderlichkeitsimperativ gebietet, als außengeleitet. Auf diese Weise wird von der aktuellen Sicherheits- und Rüstungspolitik der Bundesrepublik, solange jedenfalls, wie auch ihr Prämissen zugrundeliegen, die durch die wissenschaftlich-technologische Innovation bedingt sind, die gegenwärtige Unfriedlichkeit in die Sicherheitspolitik der Zukunft fortgeschrieben.

Diese kontinuierlich qualitative Aufrüstung wird im Rahmen offizieller Sicherheitspolitik gefördert, wie sich etwa auf nationaler Ebene an den Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundeswehr aufzeigen läßt. Für die Bundeswehr bedeuten diese Maßnahmen in Reaktion auf eine zu progressive Personalkostenentwicklung [11] die Einführung des „Prinzips der Kaderung" in allen drei Teilstreitkräften, d. h. die Herabsetzung der Anzahl „der ständig im Dienst befindlichen Soldaten" zugunsten „einer moderneren Ausstattung" [12], also einer Erhöhung des Budgetanteils für Rüstungsinvestitionen. Dieses „Gesundschrumpfen" der Bundeswehr deckt sich damit in einem negativen Sinn mit den (Entspannungs-)Bemühungen um Truppenreduzierungen in Europa (M[B]FR) [13]. Soll die Entspannung aber in ihrem Sinn und Zweck nicht gefährdet werden, so muß Tendenzen zur Einführung einer Berufsarmee ebenso rechtzeitig entgegengearbeitet werden wie der Gefahr einer kontrollierten qualitativen Aufrüstung.

---

9) Vgl. Dieter Senghaas, a.a.O. (Anm. 8), S. 56.
10) Vgl. Dieter Senghaas, Rüstung und Militarismus, Frankfurt/M. 1972, S. 243.
11) Vgl. Bericht der Wehrstrukturkommission, S. 26; und zur Illustration im Industrie-Lager, in: „Wehr und Wirtschaft" (W. u. W.), 2/1970, S. 71 f.; 12/1971, S. 583—585; 1/1972, S. 9 f.; 4/1972, S. 165—167; 12/1972, S. 530 f.; 7/1972, S. 9; „Wehrkunde", 5/1971, S. 231 f.
12) Georg Leber, Regierungserklärung zur neuen Wehrstruktur v. 29. 11. 1973, „Mitteilungen an die Presse", X/105.
13) Vgl. etwa Senghaas/Rittberger/Luber, a.a.O. (Anm. 5), S. 48—87.

3. Charakteristika der bundesrepublikanischen Rüstungsproduktion und deren Folgeprobleme

3.1 Zentralisation und Monopolbildung durch staatliche Induktion

In Abhängigkeit von den oben angeführten Prämissen und Tendenzen zeigt sich als ein Charakteristikum der Rüstungsindustrie in der BRD eine anhaltende Konzentration der Rüstungsaufträge auf Industriezweige, an deren Spitze die forschungsintensiven Industrien stehen. Zu diesen Industrien sind die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Luftfahrtindustrie zu rechnen. In der Verteilung der Rüstungsausgaben führen diese drei Sektoren die Rangliste an und vergrößern ihren Anteil ständig. Von 22 Firmen, die 1974 Bundeswehraufträge von je über 50 Mio. DM erhalten haben, nehmen die Firmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm, die Siemens AG und die AEG Telefunken die Plätze eins bis drei ein. Das gesamte Volumen der Aufträge für die 22 Firmen umfaßte 2686 Mio. DM. Davon entfielen mit 1027,8 Mio. DM rund 38 % auf die obengenannten Firmen [14]).

Charakteristisch für die führenden Konzerne Siemens AG und AEG Telefunken ist, daß sich ihre Aktivitäten auf alle Teilstreitkräfte erstrecken. Ihren Einfluß auf diese Teilbereiche machen sie mittels Kapitalbeteiligungen und Kooperationsverträgen geltend [15]). Entsprechend sind die Konzerne untereinander durch Kooperationsabkommen in Systemführungsgesellschaften zur Entwicklung von Großprojekten verbunden.

Ein weiteres Charakteristikum neben der Konzentration der Rüstungsaufträge auf die forschungsintensiven Industrien ist eine umfassende Konzentration der Rüstungsproduktion allgemein auf wenige Unternehmen, die untereinander eng verflochten und im Besitz einiger Finanzgruppen und Großkapitale sind. Dadurch wird deutlich, daß die ökonomische und politische Bedeutung der BRD-Rüstungsindustrie nur unzulänglich an ihrem Anteil an den einzelnen Industriezweigen gemessen werden kann [16]).

Diese feststellbaren Konzentrations- und Zentralisationstendenzen in der Rüstungswirtschaft wurden von politisch-administrativer Seite nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert [17]), so daß es über staatlich vermittelte Kapitalakkumulation zur Bildung von Rüstungsmonopolen kam. Festpreisaufträge und freihändige Vergabe von Rüstungsaufträgen, Vergabe nach dem Generalauftragnehmerprinzip sowie unter der Bedingung von Zusammenschlüssen begünstigen zusätzlich diese Tendenzen.

Diese und weitere Charakteristika lassen sich beispielhaft an der deutschen Luftfahrtindustrie aufzeigen. Zu über 90 % liegt das Gesamtkapital des westdeutschen Luftfahrtbaus, die Forschungs- und Entwicklungskapazität und die Zahl der Beschäftigten bei drei Monopolen [18]). Der Triebwerksektor wird zu 90 % von der Motoren- und Turbinenunion GmbH (MTU), einem gemeinsamen Tochterunternehmen der MAN und der Daimler Benz AG, beherrscht, die fast alle ihre Aufträge vom Bundesverteidigungsministerium erhält.

14) Zusammengestellt nach: „antimilitarismus information", Frankfurt/M., 7/1975, I-67. Vgl. auch „Der Spiegel", 38/1975, S. 44; siehe auch „ami", 7/1975, S. 1-67.
15) Einige Beispiele für die Siemens AG finden sich in: Rainer Rilling/Hartmut Sychla, Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: „Blätter", 6/1972, S. 607. Für den Kriegsschiffbau findet sich neueres Material in: „antimilitarismus information", 1/1976, S. I—8.
16) Über die Besitzkonzentration bei Rüstungsfirmen, wie sie sich bereits 1971 aufzeigen läßt, siehe: Alfred Mechtersheimer, Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der BRD, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 28/1971, S. 22.
17) Siehe dazu die Angaben in Rainer Rilling/Hartmut Sychla, Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel (II), in: „Blätter", 8/1972, S. 869, bzw. a.a.O. (Anm. 16), S. 18.
18) Genaues Zahlenmaterial zum Stand von 1972, in: „W. u. W.", 6/1972, S. 283.

Diese nationalen Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen setzen sich auf europäischer Ebene fort. In der AICMA, dem Dachverband der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrieverbände, werden in Kommissionen und Ausschüssen, in denen die nationalen Industrien vertreten sind, Großprojekte und Kooperationsfragen abgestimmt.

Ähnliche Charakteristika weist auch der Sektor der konventionellen Rüstungsproduktion auf (Fahrzeugindustrie, Panzerbau, Waffen- und Munitionsindustrie, Werft- und Schiffbauindustrie): hohe Konzentrationserscheinungen, sowohl was die Konzentration der Aufträge auf bestimmte Unternehmen als auch die Besitzkonzentrationen einiger Großkapitale an diesen Unternehmen und die Herausbildung europäischer Herstellergruppen anbelangt [19]).

Die Entwicklung der bundesdeutschen Luftfahrtindustrie lief fast ausschließlich (nahezu 80 %) über Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums. Da der Staat nicht nur die Abnahme dieser Rüstungsgüter garantiert, sondern auch bei Fehlkalkulationen („cost overruns"), unausgelasteten Kapazitäten etc. Unterstützung gewährleistet und da marktwirtschaftlich maßgebende Bedingungen im nationalen Rahmen weitgehend aufgehoben sind, stellt sich die Rüstungsproduktion generell für diese Industrien als besonders risikofrei und attraktiv dar.

3.2 Forschung und Entwicklung: Staatliche Finanzierung und privatwirtschaftliche Nutzung

Neben dieser allgemeinen Attraktivität von staatlich vermittelter Rüstungsproduktion bieten qualitative Rüstungsprogramme insofern eine starke Anziehungskraft für die Rüstungsindustrie, als die Industrie die mit der Entwicklung qualitativer Waffensysteme verbundenen steigenden Kosten für Forschung und Entwicklung nicht selbst tragen muß. Diese Kosten werden im Falle der Luftfahrtindustrie nahezu ausschließlich aus Bundesmitteln bestritten. Dabei läßt sich die tatsächliche Aufwendung für wehrtechnische Forschung nur unzureichend über das im Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplans ausgewiesenen Betrag bestimmen, da teilweise über den Haushalt für Wissenschaft und Forschung Mittel an die Industrie fallen. Diese Mittel stehen mehr oder weniger im Zusammenhang mit militärischen Forschungsprojekten, so daß „häufig eine Trennung von militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung nicht mehr möglich" ist [20]). Dies trifft vor allem für staatlich finanzierte Entwicklungstendenzen wie die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) bei München oder die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) zu, die sowohl vom Verteidigungsministerium wie auch vom Forschungs- und Wissenschaftsministerium finanziert werden. Diese sogenannten Unterstützungsgesellschaften und deren Forschungsergebnisse stehen den mit wehrtechnischen Entwicklungen beauftragten Industriefirmen zur Verfügung. Dadurch wird diesen der kostspielige Aufbau eigener Institute abgenommen. Durch die Nutzung der Forschungsergebnisse können die Rüstungsunternehmen, die ja auch für den zivilen Markt produzieren, ihre eigene Konkurrenzposition verbessern. Einen Beitrag hierbei, der allerdings nicht überschätzt werden darf, leisten die aus der Rüstungsproduktion entspringenden „spin-off-Effekte", die es Rüstungsindustrien, welche technisch hochqualifizierte Militärprodukte herstellen, prinzipiell ermöglichen, jedes — also auch zivile — Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf zumindest äquivalentem Niveau auszuführen [21]).

19) Für die Entwicklung im europäischen Lkw-Bau siehe „Soldat und Technik", 5/1972, S. 252.
20) Alfred Mechtersheimer, Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der BRD, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 28/1971, S. 24.
21) Laut Weißbuch 1973/74 wurden „in den letzten 4 Jahren ... im Zusammenhang mit Forschung und

3.3 Rüstungsproduktion und volkswirtschaftliche Folgeerscheinungen

Im vorangegangenen haben wir gesehen, welche negativen sicherheitspolitischen Folgeerscheinungen, die nicht mit dem Erforderlichkeitsimperativ des Grundgesetzes in Einklang stehen, sich aus der kontinuierlich qualitativen Aufrüstung ergeben. Neben diesen, für den „Rüstungswettlauf zwischen Ost und West" eher generell gültigen Erscheinungen lassen sich in direkter Abhängigkeit von den aufgezeigten Charakteristika auch genügend für die BRD spezifische Folgeprobleme aufzeigen. Wie sich etwa am Aufbau der bundesdeutschen Luftfahrtindustrie darlegen läßt, besitzt die Rüstungspolitik und -produktion neben der vom Grundgesetz intendierten rein instrumentell zu begreifenden Zwecksetzung (Verteidigung) zweifelsohne weitere Funktionen. Da der zivile Markt für die Luftfahrtindustrie nur geringe Absatzmöglichkeiten zu bieten schien, erfolgte der Aufbau dieser Industrie über militärische Aufträge. Dadurch konnte und kann der Staat gleichzeitig zwei Aufgaben erfüllen: die Bereitstellung der zur Verteidigung als notwendig erachteten Mittel sowie die Sicherung volkswirtschaftlichen Wachstums (konjunktur-, struktur- und forschungspolitisch). Der Aufbau derartiger, fast ausschließlich auf Rüstungsproduktion ausgerichteter Produktionskapazitäten kann zur Folge haben, daß sich die Frage nach deren Auslastung unabhängig von sicherheitspolitischen Entscheidungen stellt. Über die Obsoleszenzanfälligkeit militärtechnischer Erkenntnisse, über Anschlußprogramme und „follow-on-Imperative" können die Rüstungsunternehmen die Auslastung eventuell brachliegender Kapazitäten bis zu einem gewissen Maß selbst steuern. Organisatorische Imperative entstehen — d. h., zur Kapazitätsauslastung müssen Anschlußaufträge vergeben werden, selbst wenn das Rüstungsvorhaben zu keinem operationalen Ergebnis führt (z. B. die Entwicklung des Senkrechtstarters der VFW-Fokker).

Um diese Kapazitätsauslastungen zu gewährleisten, werden selbst die von der Rüstungsindustrie verursachten Kostenexplosionen nahezu anstandslos gebilligt. Obwohl bei überteuerten Projekten — wie beispielsweise dem Mehrzweck-Kampfflugzeug MRCA, dem Flugabwehrpanzer „Gepard" oder dem Abfangjäger „Alpha-Jet" — gespart werden könnte, wurden diese Projekte bei den Sparbeschlüssen der Bundesregierung für den Haushalt 1976 ausgenommen. Generell setzt sich in diesen Beschlüssen die Tendenz fort, die Betriebsausgaben der Bundeswehr zugunsten der Investitionen einzuschränken. Betrachtet man nun den Verteidigungsetat im Lichte der Finanzknappheit, so kann man nur auf den ersten Blick den Eindruck gewinnen, daß man hier einfach nicht mehr sparen kann, will man nicht eine Schwächung der Verteidigungskraft in Kauf nehmen. Stellt man nämlich die offenen Hinweise der Rüstungsindustrie in Rechnung, daß Einsparungen an militärischen Beschaffungsaufträgen automatisch Entlassungen und somit steigende Arbeitslosigkeit nach sich zögen, so drängt sich die Vermutung auf, daß man hier einfach nicht mehr sparen will, um nicht volkswirtschaftliche Folgeprobleme der Rüstungsproduktion in Kauf nehmen zu müssen. In diesem Zusammenhang ist in der in Anmerkung 1 erwähnten Resolution der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung für den Haushalt 1976 die Rede vom „Bumerang rüstungspolitischer Entscheidungen".

Entwicklung in der Rüstung rund 750 Patente angemeldet . . ., die zu einem wesentlichen Teil auch für die zivile Seite von Belang sind" (S. 180). Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, in welchem Umfang diese Patente auch kommerziell verwertet wurden. Diese möglichen „spin-off-Effekte" werden durch die Geheimhaltungsbestimmungen, denen militärische Programme unterliegen, stark eingeschränkt. Zur Diskrepanz Patentanmeldung — kommerzielle Verwertung in den USA siehe R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 203 ff.

3.4 *Aspekte der multiplen Funktionen von Rüstungsproduktion und -politik*

An den Sparbeschlüssen wird deutlich, wie tragfähig die gemeinsame Interessenbasis zwischen Rüstungsindustrie und Staatsapparat ist. Der sich abzeichnende Konflikt (partikulare privatwirtschaftliche Kapitalverwertungsinteressen kontra objektive Grenzen staatlicher Sicherung der grundlegenden ökonomischen Prozesse kapitalistisch organisierter Produktion) führt nicht zu einer harten Auseinandersetzung, sondern wird „gelöst", ohne daß man dessen Ursachen antastet. Dies zeigt sich in der Auseinandersetzung um das Exportverbot von Rüstungsgütern. Durch eine Lockerung dieses Verbots könnte die konjunkturpolitische Funktion der Rüstungsproduktion zum Tragen kommen und gleichzeitig — bedenkt man, in welche Länder die Waffen exportiert werden sollen — Probleme der Sicherung der Energieversorgung entschärft werden. Mit dem Hinweis auf die sicherheitspolitische Erforderlichkeit lassen sich diese Maßnahmen nicht legitimieren, es sei denn, man folgt dem Versuch des CDU-Abgeordneten Wörner, den Begriff Sicherheit neu zu definieren [22]).

Abstriche an den überteuerten Rüstungsprojekten sind auch deshalb nicht zu erwarten, weil dies die machtpolitische Position der Regierung innerhalb der europäischen Rüstungsindustrie und damit der NATO schwächen könnte. Trotz der hohen Konzentration in der Rüstungswirtschaft können qualitative Rüstungsprogramme — allein schon aus Kostendeckungsgründen — in rein nationalem Rahmen nicht mehr realisiert werden. Deshalb befindet sich etwa die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie „nach einer Phase intensiver Konzentration in einer Konsolidierung, die in einem weiteren Konzentrationsprozeß zu einer europäischen Integration führen wird" [23]). Doch nicht nur im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie [24]), sondern auf allen Ebenen der Rüstungsforschung und -produktion sind regionale Gemeinschaftsprojekte als Ausdruck fortschreitender Rationalisierung festzustellen, „eine Zusammenarbeit auf der ganzen Breite, von der Entwicklung bis zur Produktion, wobei mehrfach der Anstoß von den Regierungen kam" [25]). Als Argument für eine derartige Kooperation wurde neben der Standardisierung der NATO-Waffen auf die durch Koproduktion mögliche Preisminderung der Waffensysteme verwiesen. In Wirklichkeit hat sich aber gezeigt, daß international gefertigte Waffen meistens teurer waren als die entsprechenden in nationalem Rahmen produzierten Waffen [26]). Die sich dabei formierenden, vielfach aber schon bestehenden multinationalen Konzerne wurden somit durch offizielle staatliche Anstöße begünstigt bzw. im nachhinein legitimiert. So führte diese unverkennbare Tendenz im Bereich gemeinsamer Entwicklung und Beschaffung bereits 1969 zur Gründung der NATO-Industrial-Advisory-Group (NIAG, die als offizielles Beratungsgremium auf NATO-Ebene dient und in westeuropäischem Rahmen zu Einrichtungen wie Euro-training, Euro-Log, Euro-Med, Euro-Shed und Euro-Com führte). In der NIAG ist die deutsche Industrie mit

---

22) Manfred Wörner, Neue Dimensionen der Sicherheit, in: „Wehrkunde", 2/1975, S. 61 ff.; einige Zitate: „Der Westen muß 1. die Benutzung des Öls als einer politischen Waffe, d. h. das Zusammenspiel zwischen Nahostkrise und Energieversorgung als eine zusammenhängende Bedrohung seiner kollektiven Sicherheit begreifen ... 4. Die NATO muß in ihrem Selbstverständnis, ihrer Zielsetzung und ihrer politischen Tätigkeit den neuen Dimensionen der Bedrohung Rechnung tragen ... Wo internationale Wirtschaftspolitik zugleich nationale Sicherheitspolitik ist, kann man der NATO schwerlich die Zuständigkeit auch für diese Fragen bestreiten" (S. 65). Liest man in diesem Zusammenhang das Kapitel „Machtpotentiale, Energie und Rohstoffe" des Weißbuchs 1975/76 (S. 39 ff.), so fragt man sich, ob hier der derzeit amtierende Verteidigungsminister Leber federführend war oder ob die Formulierung probehalber dem designierten Verteidigungsminister Wörner überlassen wurde.

23) „W. u. W.", 6/1972, S. 286.

24) Vgl. M. Mesnet, Grenzen und Möglichkeiten der europäischen Verteidigungsindustrie, in: „Wehrkunde", 5/1971, S. 225 ff.; ferner: „W. u. W.", 4/1972, S. 154 ff.; „W. u. W.", 6/1972, S. 258 ff.; „W. u. W.", 9/1972, S. 404.

25) „W. u. W.", 6/1972, S. 287.

26) E. Klöss/H. Großmann, Unternehmen Bundeswehr, Frankfurt/M. 1974, S. 128.

ihren Experten in allen Gremien „z. T. federführend tätig" [27]). „Bei der Zusammenarbeit innerhalb der Euro-Group der NATO sind es die deutschen Verteidigungsminister Helmut Schmidt und Georg Leber, die sich dort am nachdrücklichsten eingesetzt haben und einsetzen. Dies gilt auch für die Übernahme von Aufgaben und für die deutsche Beteiligung an den Kosten" [28]). Innerhalb der NATO bildet sich damit eine westeuropäische Kooperation heraus, die im militärpolitischen Bereich Ausdruck einer Unabhängigkeitsbewegung gegenüber den USA ist, wie sie sich auf ökonomischer Ebene durch die EG bereits vollzogen hat. Im europäischen Rahmen aber hat die BRD neben Großbritannien und Frankreich die dominante Position in bezug auf Rüstungsentwicklung und -produktion inne.

Multinationale Rüstungsvorhaben bieten auch im Hinblick auf das Exportverbot von Rüstungsgütern Möglichkeiten, dieses zu umgehen. Die Partner müssen sich zwar gegenseitig informieren, den Export der Gemeinschaftsprodukte (z. B. der deutsch-französischen Raketensysteme „Hot", „Milan" und „Roland" sowie des Abfangjägers „Alpha-Jet") aber kann keiner dem anderen verbieten. Daneben besteht noch die Möglichkeit, komplette Fabrikanlagen, die nicht unter das Exportverbot fallen, zu exportieren.

4. Sicherheitspolitische Machteliten und Möglichkeiten der Kontrolle

Obwohl die Interessen der an der Rüstungspolitik und -produktion beteiligten politischen Institutionen und sozialen Gruppen sehr unterschiedlicher Natur sein können, liegt doch eine gemeinsame Interessenbasis vor [29]), die einen grundlegenden Interessenkonflikt unwahrscheinlich erscheinen läßt. Zutreffender wäre es wohl, wie im Falle der Sparbeschlüsse, Konflikte im Sinne von „konkurrierenden Funktionen" zu sehen. Daß sich diese Interessen nahezu reibungslos durchsetzen lassen, liegt zum einen in der immer noch tragfähigen Legitimation (Verweis auf den „äußeren Feind" [30]), zum anderen in deren Organisationsrahmen, der gemeinhin als militärisch-industrieller Komplex bezeichnet wird.

„In der BRD ist die Konzentration und die Exklusivität von Willensbildung und Entscheidungsfindung wahrscheinlich in keinem Bereich so stark ausgeprägt wie in der Sicherheitspolitik. Nirgendwo in der offiziellen Politik werden so weitreichende Entscheidungen in derart von der Öffentlichkeit abgeschirmten Gremien gefällt wie hier" [31]). So muß beispielsweise die im Januar 1972 vorgenommene Neuordnung des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz als Versuch gewertet werden, die staatliche Rüstungsadministration im Sinne der Organisationsstruktur einer kapitalistischen Betriebsleitung zu formieren. Dem Mangel an Sachverständigen wurde dabei wie schon in den Anfangsjahren der Bundeswehr durch die rüstungswirtschaftlichen Organisationen der wirtschaftlichen Interessenverbände abgeholfen. Vor allem machte sich der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) zum Sachverwalter der Interessen der Industrie an Rüstungsproduktion. Der BDI befaßte sich dabei hauptsächlich mit Fragen, die für die Gesamtwirtschaft von Interesse sind, während sich der

27) Jahresbericht des BDI 1970/71, S. 128.
28) „W. u. W.", 5/1973, S. 289.
29) Senghaas spricht in diesem Zusammenhang von dem „größten gemeinsamen Nenner", in: Doernberg u. a. (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 5), S. 123.
30) Dieses Legitimationsmuster ist durchaus flexibel und läßt sich politischen Veränderungen entsprechend variieren, ohne sich grundlegend zu verändern. So werden beispielsweise aktuelle Entspannungs- und Kooperationsbemühungen in die sicherheitspolitische Formel „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit" eingepaßt, gleichzeitig aber die Verteidigung als „Standbein" und die Entspannung als „Spielbein" definiert. Ein weiteres Beispiel wäre der Wörnersche Definitionsversuch (siehe Anm. 22).
31) Carola Bielfeldt/Dieter Senghaas, Kann die BRD abrüsten?, in: „Leviathan", 3/1973, S. 291—309.

Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) um Belange regionaler Tragweite kümmerte. Der BDI bildete das wichtigste Bindeglied zwischen der Industrie und den Spitzen der Verwaltung und Regierung und nahm durch seine beratende Tätigkeit Einfluß auf die Militärprogramme.

Während Helmut Schmidt gegen die Rüstungslobby verbal zu Felde zog [32]), bildete sich im gleichen Monat der „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis" (RAK), der als Beratergremium gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium Vertreter der Rüstungsindustrie, militärischer Spitzenorgane und der staatlichen Rüstungsadministration zusammenfaßt. Der RAK stellt das wohl entscheidendste Gremium des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD dar, das mit seinen beiden Arbeitsgruppen für „allgemeine Rüstungsfragen" und „öffentliches Auftragswesen" die Interessen der verschiedensten Organisationsvertreter aufeinander abstimmt. Im RAK und dessen Arbeitsgruppen nimmt der BDI eine Schlüsselposition ein. Die Zusammensetzung des RAK und seiner Arbeitsgruppen, in denen nur die Großen des Rüstungsgeschäfts personell vertreten sind, spiegelt die Machtverhältnisse der Rüstungskonzerne auf dem Rüstungsmarkt wider [33]). Der von Helmut Schmidt angeprangerte unorganisiert handelnde Lobbyismus der „Kleinen" des Rüstungsgeschäfts kann aber seinen Einfluß nur noch über den RAK geltend machen. „Insgesamt ist so mit der Einrichtung des Arbeitskreises ein weiterer, großer Schritt zur Zentralisation politisch-ökonomischer Macht in der BRD getan worden" [34]).

Neben dieser Interessenabstimmung auf nationaler Ebene haben die nationalen Rüstungskonzerne auch auf NATO-Ebene die Möglichkeit, in der NIAG Einfluß auf die NATO-Rüstungsplanung zu nehmen.

Die Funktion von Offizieren (sowohl aktiven wie auch pensionierten) in der Politik oder Wirtschaft hinsichtlich der Beeinflussung von Rüstungsprogrammen ist dagegen geringer, als gemeinhin angenommen. Es zeichnet sich auch ein Nachlassen des Interesses der Wirtschaft an pensionierten Bundeswehroffizieren ab. Es hat sich gezeigt, daß die pensionierten Militärs die Qualifikationsanforderungen des modernen Managements nicht erfüllen, das nicht nach dem militärischen (und von den Pensionären internalisierten) Führungsprinzip von Befehl und Gehorsam strukturiert ist [35]). Daß die gepredigte Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr — die ein nach beiden Seiten hin praktiziertes personelles Austauschverhältnis darstellt, wie beispielsweise die Rolle des ehemaligen Staatssekretärs Mommsen im Bundesverteidigungsministerium zeigt — dennoch eine gewisse Bedeutung hat, läßt sich aus Verlautbarungen sowohl der Industrie als auch von Vertretern der Politik entnehmen.

Die Verlagerung der Entscheidungen über Rüstungsprogramme in solche Gremien wie den RAK führt dazu, die parlamentarischen Kontrollorgane (Verteidigungsausschuß, Haushaltsausschuß) faktisch zu entmachten. Der Verteidigungsausschuß des 7. Deutschen Bundestages mit seinen 27 ordentlichen Mitgliedern (13 SPD, 12 CDU, 2 FDP) ist nur bedingt als Kontrollorgan anzusehen. Die Kontrollfunktion des Ausschusses hängt vom Kontrollinteresse der Kontrolleure ab. Dieses beruht auf einer „Reihe gemeinsamer Grundüberzeugungen" [36]) der Mehr-

32) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 73, 2759 AB und 2760 A.

33) Zum Stand der personellen Zusammensetzung von 1972 siehe Rainer Rilling, Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in: „Blätter", 4/1972, S. 424—426.

34) R. Rilling, Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in: „Blätter", 4/1972, S. 429.

35) Siehe dazu: „manager-magazin", 4/1972, oder auch „antimilitarismus information", 2/1974, S. 23.

36) Manfred Wörner (CDU), stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses; „Süddeutsche Zeitung" v. 28. 3. 1974, S. 1: „Die Wehrdebatte im Bundestag. Gemeinsamkeiten in der Sicherheitspolitik von Koalition und Opposition". In demselben Bericht wird H. Schmidt-Würgendorf (SPD), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, zitiert: „. . . während die Opposition mit der Koalition im Verteidigungsausschuß dem Verteidigungshaushalt zugestimmt habe, jammere sie in der Öffentlichkeit, was alles versäumt werde."

heit der Parlamentarier hinsichtlich verteidigungs- und sicherheitspolitischer Probleme.

Ein Interessenkonflikt mit dem Bundesverteidigungsministerium ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil die Mehrzahl der Ausschußmitglieder mehr oder weniger eng mit dem Militär verbunden ist (aktive Soldaten, Reserveoffiziere). Am trefflichsten kennzeichnet das Weißbuch 1970 die Funktion des Ausschusses mit den Worten: „Großprojekte, die von den Ausschüssen (Verteidigungs- und Haushaltsausschuß — d. Verf.) des Deutschen Bundestages ab 1969 zur Kenntnis genommen wurden" [37]). Fehlende Fachkenntnis und Informationsmangel der Abgeordneten schließen die intendierten Kontrollmöglichkeiten aus und reduzieren diese zu einer gewohnheitsmäßigen Übung. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß die Teilstreitkräfte in für den Bundestag bestimmten Beschaffungsvorlagen die Kostenaufstellungen zu niedrig ansetzen, damit dem Verteidigungsausschuß die Zustimmung leichter fällt. Der jüngste Fall ist die Beschaffungsvorlage der Marine-Führung für ihr Fregattenprogramm. „Aus einer vertraulichen Vorlage der Rüstungsabteilung geht hervor, daß in der Beschaffungsvorlage für den Bundestag — sechs Fregatten zum Stückpreis von 350 Millionen Mark — weder die Grundausstattung mit Munition noch die jüngsten Preiserhöhungen für Raketen berücksichtigt wurden. Falsch seien auch die Angaben über die jährlichen Betriebskosten einer Fregatte. Sie beliefen sich auf mindestens 28,7 Millionen Mark, die Marine gebe aber nur 11,9 Millionen an. Noch nicht in dieser Rechnung enthalten seien die Treibstoff-Kosten der zwei an Bord befindlichen Hubschrauber" [38]). Ein weiteres Kontrollorgan ist zwar im Bundesrechnungshof gegeben, dessen Berichte aber erst mit mehrjährigen Verzögerungen erscheinen und daher längst gefallene Entscheidungen nur noch rügen können.

Das Erfordernis des Managements und der Effizienz moderner Rüstungs- und Sicherheitspolitik hat eine Auflösung der traditionellen Trennung der in diesem Bereich zuständigen politischen, administrativen, militärischen und ökonomischen Sektoren eingeleitet. Nach wie vor geht aber das bestehende Konzept demokratischer Kontrolle von einer Trennung dieser Bereiche aus. Realität ist jedoch das Zusammenfallen von Subjekt und Objekt in den Kontrollorganen, die waffentechnologisch bedingte „Untrennbarkeit" von politischen und militärisch-strategischen Entscheidungen. Zugleich besteht damit auch die Gefahr der Übernahme von Wertesystemen und Konfliktregelungspräferenzen aus dem militärischen Bereich durch die zivile politische Elite sowie eine weitgehende Militarisierung der Gesellschaft.

5. Konsequenz: Abrüstung im erweiterten Sinne als Abbau der multiplen Funktionen von Rüstung

Fassen wir unsere kurze Skizze der gegenwärtigen Rüstungspolitik und -produktion zusammen, so ist offensichtlich, daß Erscheinungen und Tendenzen einer qualitativen Aufrüstung, Impulse einer massiv geförderten Militärtechnologie, die Interessenlage einer privatwirtschaftlich organisierten Rüstungsindustrie, die Verflechtungen im Rüstungsgeschäft und die mangelnden Kontrollmöglichkeiten dem Militärapparat in der Bundesrepublik Funktionen verleihen, die weit über die vom Grundgesetz intendierte, rein instrumentell zu begreifende Zwecksetzung hinausgehen. Bezeichnenderweise kann bereits heute die Frage: „Kann die

37) Weißbuch 1970, S. 196.
38) „Der Spiegel", 5/1976, S. 16.

BRD abrüsten?" [39]) nicht mehr nur, wie es auch das Grundgesetz fordert, aus einer verteidigungspolitischen Perspektive beantwortet werden, sondern muß zugleich als Suche nach funktionalen Äquivalenten [40]) in der Form ziviler Projekte (Infrastruktur, Weltraum, Meeresbereich) verstanden werden. Warum dennoch selbst gegen diese Möglichkeit der begrenzten Substitution (von staatlich vermittelter Verwertungssicherung über Rüstungspolitik) durch andere Projekte Widerstand zu erwarten ist, läßt sich aus einer weiteren, repressiven und disziplinierenden Funktion von Rüstungspolitik erklären: im zivilen Bereich findet sich kein funktionales Äquivalent, das neben der ökonomischen Verwertungssicherung auch die hierfür ordnungspolitische oder herrschaftssoziologische Grundlage mit abdeckt und gleichzeitig noch durch den Verweis auf den äußeren Feind die Legitimation für beide Funktionsbereiche liefert. Während aber in den USA Rüstungsaktivitäten ständig konstitutiv in die gesamtwirtschaftliche Reproduktionsdynamik eingreifen, sind diese in der Bundesrepublik zwar — wie gesehen — ein nachweisbarer Faktor in Gesellschaft und Gesamtwirtschaft, konnten jedoch deren Dynamik bislang noch nicht strukturell prägen. Wie die Tendenz der drei bereits durchlaufenen Phasen bundesrepublikanischer Militär- und Rüstungspolitik (Informationsphase, Lizenzproduktion, Koproduktion und Eigenentwicklungen) zeigt, steht ein struktureller Umbruch bevor: mit Eintritt in die vierte Phase könnten Rüstungsaktivitäten in der Bundesrepublik eine Größenordnung sowie Funktionen annehmen, die nicht ohne gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konsequenzen bleiben würden.

Diesen strukturellen Umbruch gilt es zu verhindern. Die Vereinbarungen der KSZE und die derzeitigen M(B)FR-Verhandlungen bieten hierfür die reale Chance — das Grundgesetz die innerstaatliche rechtliche Grundlage. Vor allem nach dem Erforderlichkeitsprinzip des Grundgesetzes sind von der Verfassung nur diejenigen Rüstungsmaßnahmen gedeckt, die gerade nicht innergesellschaftlichen Interessen der Kapitalverwertung und Herrschaftssicherung zu dienen bestimmt sind. Nur so kann auch die Ratio des Art. 26 Abs. 2 GG verstanden werden, der ein Verbot — wenn auch mit Erlaubnisvorbehalt — der Herstellung, der Beförderung und des In-Verkehrbringens von zur Kriegsführung bestimmten Waffen beinhaltet. Und nur so können im Sinne des Art. 26 Abs. 1 GG verfassungswidrige Friedensgefährdungen, wie sie die Widersprüchlichkeit der Aufrüstung bedingt, vermieden und die dem Verteidigungsbegriff immanente Schutzfunktion garantiert werden.

In jedem Fall sind alle Funktionen, Neben- und Folgewirkungen sowie Kosten, die nicht mit dem rein instrumentell zu begreifenden militärischen Verteidigungszweck und seiner Schutzfunktion zu rechtfertigen sind, im Sinne des Verfassungsgrundsatzes der Erforderlichkeit als ein „Minus" bei der Vorbereitung und Wahl möglicher Maßnahmen und Mittel zu bewerten. In der Realität bundesrepublikanischer Rüstungspolitik und -produktion bedeutet der Abbau dieses „Minus" Abrüstung im Sinne des Abbaues der multiplen Funktionen von Rüstung.

Mehr noch: Wenn wir von Verfassungs wegen den außengeleiteten und reaktiven Charakter von Militär und Rüstung betont haben, so heißt dies keinesfalls, daß das Grundgesetz die Existenz von Streitkräften auch zwingend vorschreibt. Im Gegenteil: Der Beitrag der BRD zur nationalen und internationalen Sicherheit kann — wie es die gegenwärtigen M(B)FR-Verhandlungen zeigen — u. a. gerade in ihrer möglichen Rolle als Teil einer entmilitarisierten Zone liegen.

[39]) Bielfeldt/Senghaas, a.a.O. (Anm. 31).
[40]) Vgl. etwa Ulrich Albrecht, Politisch-ökonomische Funktion der Rüstung (xerographisches Diskussionspapier, vorgelegt auf dem 5. wissenschaftlichen Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung [AFK], 7.—9. 10. 1974, Frankfurt/M.) und dort als Motiv die Arbeitsplatzsicherung.

Portugal – Aufdeckung einer Verschwörung

Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallraffs mit „General Walter"alias Spinola und anderen

Von Günter Wallraff

Erstmalig im ungekürzten Wortlaut erscheint in den „Blättern", in dieser Ausgabe beginnend, der Originaltext des Berichts, in dem Günter Wallraff die Tonbandabschriften seiner Gespräche mit „General Walter" alias Spinola, seinen Adjutanten sowie der vorausgegangenen aufschlußreichen Begegnungen mit den Verschwörern in Portugal selbst zusammengestellt hat. Wallraffs Recherchen haben in ihrem — inzwischen von der Presse und der internationalen Öffentlichkeit stark beachteten — Ergebnis offenbar eine Verschwörung aufgedeckt, die für die Zeit nach den Wahlen vom 25. April 1976 einen Rechtsputsch und ein Massaker in Portugal vorsieht.

Während eines mehrmonatigen Studienaufenthalts in Portugal war es Günter Wallraff, seit Jahren Mitarbeiter unserer Zeitschrift, gelungen, in das Netz der Untergrundaktivitäten der portugiesischen Reaktion einzudringen und ihre Vertreter zum Sprechen zu bringen, indem er sich als Vertreter finanzkräftiger Gesinnungsfreunde aus der Bundesrepublik ausgab — für Rechte in Portugal offenbar eine vertraute und Vertraulichkeit stiftende Erscheinung! Schritt für Schritt ist Wallraff in die Hierarchie der MDLP, der konterrevolutionären Organisation General Spinolas, eingedrungen, bis hin zu einem unglaublich anmutenden Gespräch mit „dem General", der in Erwartung bundesdeutscher Finanz- und Waffenhilfe eigens nach Düsseldorf anreiste und, die von Wallraff in Portugal gesammelten Indizien und Zeugenaussagen bestätigend, die vielfältige, oft intime Verflechtung der antidemokratischen Verschwörung mit inneren und internationalen Interessengruppen, mit „honorigen" Rechtsparteien, Wirtschafts-, Militär- und Kirchenkreisen aufdeckt.

Interessierte Kreise versuchen jetzt wie üblich, die Öffentlichkeit mit Einwänden gegen Wallraffs Methode vom ungeheuerlichen Inhalt seiner nur auf diesem Wege möglichen Entdeckung abzulenken. Uns scheint, daß Günter Wallraff die Aufmerksamkeit und den Respekt aller, die auf der Seite der Demokratie stehen, verdient, wenn es ihm gelungen ist, einem Verbrechen von „chilenischen Ausmaßen" auf die Spur und hoffentlich zuvorzukommen. Nicht zuletzt die in diesem Bericht sehr anschaulich werdende internationale Zusammenarbeit jener Kräfte, die nicht nur in Portugal an der Liquidierung von Demokratie und Demokraten interessiert sind, unterstreicht die Bedeutung, die der internationalen Solidarität mit dem Portugal des 25. April 1974 zukommt.

Die Abbildungen im Text sind Faksimiles von Dokumenten, die die Verschwörer als Nachweis für die Seriosität ihrer Pläne und für bereits erbrachte terroristische „Leistungen" an Wallraff übergaben. D. Red.

Es sollte eigentlich nur ein kurzer Abstecher in den Norden werden. Als Kontrast zur Kooperative im südlichen Alentejo, wo ich drei Monate gelebt hatte. Dort

haben die Landarbeiter zwei Drittel des Landes übernommen und bewirtschaften nun ihr eigenes Land in mehr als 500 legalisierten Kooperativen.

Im Norden Portugals gibt es im Gegensatz zu den ehemals total besitzlosen Tagelöhnern eine größere Schicht von Klein- und Kleinstbauern und Pächtern, deren Ernten auf den von Mauern eingepferchten Parzellen oft kaum das nackte Überleben garantieren, aber sie fühlen sich als Besitzer auf ihrer eigenen Scholle und lehnen eine Kollektivbewirtschaftung im größeren Maßstab ab.

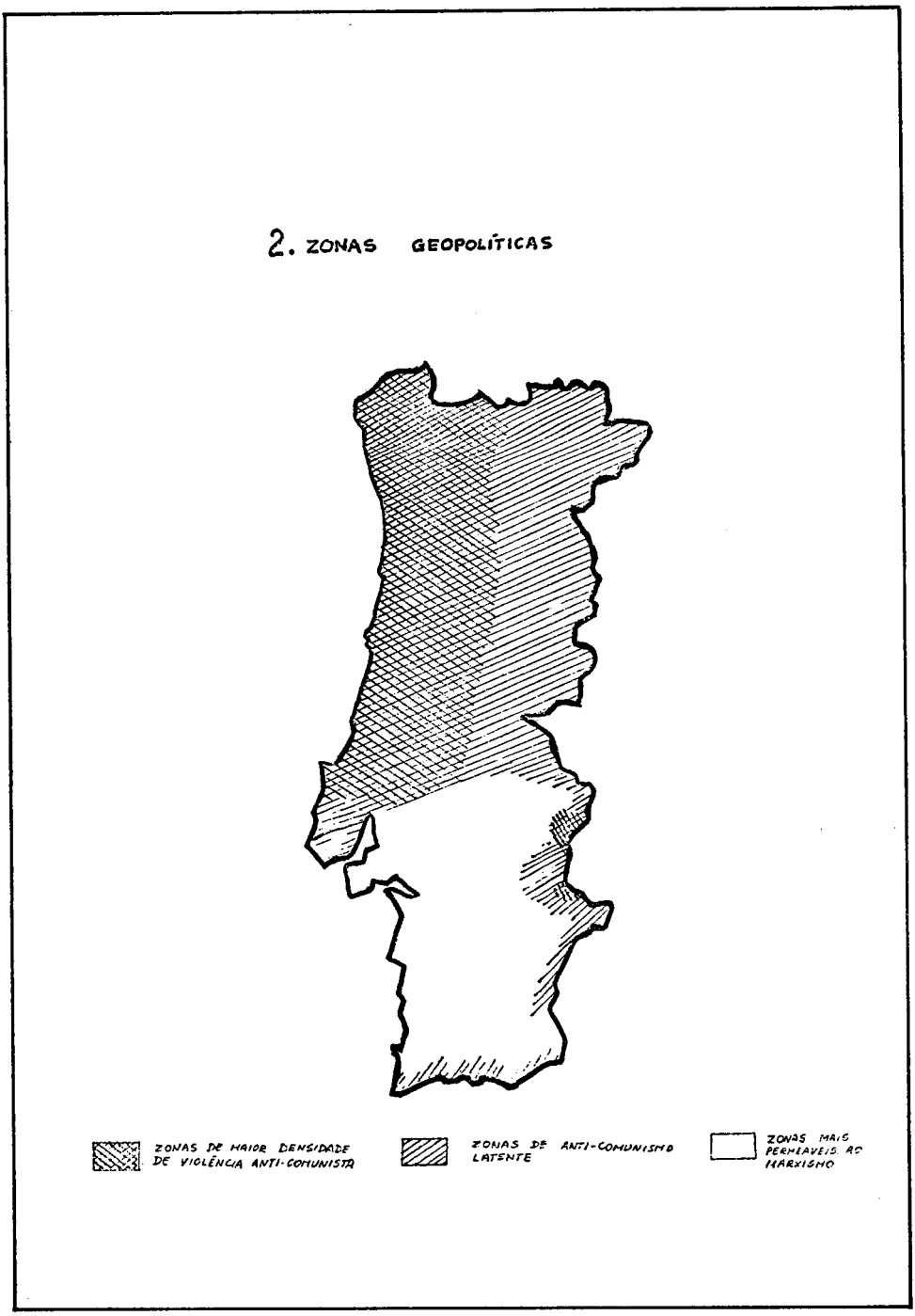
Hier hat die Kirche einen großen Einfluß auf die ca. 30 % Analphabeten und 60 % Halbalphabeten, die kaum mehr als ihren Namen schreiben können. Einmal abgesehen vom liberalen und antifaschistischen Bischof von Porto, der im Faschismus unter Salazar emigrieren mußte und der die Revolution vom 25. April 1974 als dem Sinne der christlichen Lehre entsprechend begrüßte, nimmt der übrige höhere Klerus eine Haltung ein, dergegenüber unsere bundesdeutschen — auch nicht gerade fortschrittlichen — Bischöfe die reinsten Freigeister sind.

In Braga, einer altehrwürdigen Bischofsstadt, residiert der ranghöchste Bischof der iberischen Halbinsel, Primas Erzbischof Francisco Maria da Silva. Sein Bistum ist das reichste im Land, sowohl was die weltlichen Besitztümer, als auch, was die Zahl der Priester angeht. Er gebietet über so viele Priester wie alle anderen Bistümer des Nordens zusammen. Die Zeitungen der Region sind in seinem Besitz, ebenso Druckhäuser, Verlage und Anteile an Industrieunternehmungen. Die neben Fatima zweitgrößte Wallfahrtstätte Portugals, Monte Sameiro bei Braga mit Ausflugslokal und Hotels, untersteht seiner Obhut. Hier sind die „Wunderheilungen" seit dem 25. April 1974 deutlich rückläufig, wie die Zahlen der nach dem Datum ausgestellten Krücken, Stützkorsetts, Bandagen und Dankschreiben verraten.

Der Erzbischof hat vor einigen Monaten öffentlich ein Gelübde abgelegt, daß er an der Spitze seiner Gemeinde zur Heiligen Jungfrau auf den Monte Sameiro pilgern will, wenn bis Ende 1976 der Kommunismus (das heißt, das, was er darunter versteht) im Lande besiegt sein wird. (Die Kommunistische Partei Portugals (PCP) ist für ihn gleichbedeutend mit Marxismus-Leninismus, die Sozialistische Partei (PS) mit Marxismus). Die Zeit eilt. Soeben hat er über Hirtenbrief verkündet, Kommunisten exkommunizieren zu lassen. Seine kämpferische Haltung begründet er damit, daß „die Kirche unter Salazar und Caetano zuviel geschwiegen" habe, um daraus den Schluß zu ziehen: „Wir wollen nicht ein zweites Mal den gleichen Fehler begehen" (Zitat nach „Bayernkurier" v. 26. 4. 1975). Von Schweigen konnte unter Salazar allerdings kaum die Rede sein, denn damals bezeichnete der Erzbischof seinen persönlichen Freund Salazar von der Kanzel aus als „die Reinkarnation König Sebastiaos, der Portugal einer glorreichen Zukunft entgegenführen werde".

Von den Kanzeln seiner Erzdiözese wird seit dem 25. April 1974 zum Feldzug gegen die Linken aufgerufen. Da wird inquisitorisch zum „Ausräuchern der roten Brutstätten" aufgefordert. Als sich die Aufklärungsgruppen der revolutionären Soldaten in den abgelegenen Dörfern der Provinz Tras os Montes (hinter den Bergen), wo es weder Elektrizität noch Radio gibt, Dorfbewohnern gegenübersahen, die alle kinderlos schienen, fand sich bald eine Erklärung dafür: In den Kanzelpredigten hatte es geheißen: „Die Kommunisten wollen euch eure Kinder wegnehmen, um sie auf Parteikaderschulen zu stecken." Und: „Wer von den Alten nicht mehr arbeiten kann, wird durch Genickschuß getötet." Deshalb hatte man die Kinder vorsorglich in den Bergen versteckt.

Abbildung 1



Übersetzung: 2. Geopolitische Zonen. — Zonen der größten Intensität (Dichte) der antikommunistischen Gewalttätigkeiten — Zonen des latenten Antikommunismus — Am stärksten vom Marxismus durchdrungene Zonen (Anmerkung d. Verf.: Zonen, die laut Putschplänen militärisch „gesäubert" werden sollen, u. a. mit den auf der „Wunschliste" aufgeführten Hubschrauber-Bordwaffen.)

„Satanas gegen Christum" oder Der Erzbischof von Braga und die Schlacht gegen den Kommunismus

Wie kommt man zu einer Audienz mit einem Erzbischof, dem mächtigsten Kirchenfürsten Portugals, der die inzwischen mehr als 300 Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen, Plünderungen gegen Büros von Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaften im Norden zumindest psychologisch vorbereiten und anschließend absegnen half? Der Erzbischof gilt als pressescheu; seit mehr als einem halben Jahr hat er sich zu keinem Interview mehr bereit erklärt. Unter Berufung auf den einflußreichen Industriellen Dr. Nicolao, dessen Freund der Erzbischof ist, kommt es zur Unterredung im Erzbischofspalais. Das zweistündige Gespräch in der Bischofsresidenz, einem Schloß, findet in Anwesenheit des Sekretärs des Bischofs, Dr. Fernando Carvalho Rodrigues, eines rundlichen quirligen Mitvierzigers, statt, der seine Deutschkenntnisse häufigen Besuchen im Erzbistum Köln verdankt. Dr. F. schreibt die kämpferischen Reden des Erzbischofs, ist der eigentliche Kopf und gleichzeitig ständiger Kolumnist des „Diario do Minho", der größten Tageszeitung der Region, die im Besitz des Erzbistums ist. Der Erzbischof über seine rechte Hand: „Er sagt Ihnen, was ich denke."

Meine Kollegin Hella Schlumberger übersetzt aus dem Portugiesischen: „Es geht uns nicht um weltliche politische Stellungnahmen, sondern allein um kirchliche Belange." Meinen Einleitungsspruch, den ich aus taktischen Gründen vorbringe, hätte ich mir sparen können. Der Erzbischof kommt gleich zur Sache, das kirchliche ist ihm nur ein Vorwand, politische Themen anzureißen. Christliche Prinzipien sind nirgends zu entdecken. Das massive Goldkreuz auf seiner Brust erinnert mich an ein Souvenir aus einem spanischen Wallfahrtsort. Auf Knopfdruck springt da eine scharfe Messerklinge hervor.

Erzbischof Francisco da Silva: „Um die Massen einzufangen, hat der Kommunismus die Schlacht gegen die Kirche angefangen. Sie muß diesen Kampf annehmen, nicht Mensch gegen Mensch, sondern Satanas gegen Christum. Der Kommunismus richtet seine Hauptangriffe gegen Religion, Familie und Eigentum. Da ein defensiver Kampf nicht ausreicht, muß energisch zur Offensive geschritten werden, und zwar in Fabriken, Büros, Märkten, Banken, in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen, in Schulen, im Sport, eben überall. Wir sind aufgerufen zur Schlacht für oder gegen Gott. Zurückweichen wäre Verrat. Und Verrat wäre Tod! ... Das wichtigste Bollwerk, gegen das die Kommunisten anstürmen, ist das Eigentum. Es zu zerstören, heißt den Menschen zu zerstören. Auch hier hat der Liberalismus Vorarbeit geleistet: er hat den Besitz den Vielen weggenommen und Wenigen gegeben. Was will der Marxismus anderes tun, als auch noch diesen Wenigen das Eigentum wegzunehmen ... Alle Proletarisierung ist des Teufels. Als Christen müssen wir mit allen Kräften diese christlich-soziale Ordnung verteidigen, die einzige, die in der Lage ist, im Augenblick die Gesellschaft aus größter Gefahr zu erretten. Wenn es nicht gelingt, wird der Kommunismus kommen.

Aber Achtung! Es genügt nicht, sich nur als Antikommunist zu bezeichnen, viele davon sind es nur aus Opportunismus.

Der Kommunismus ruft uns zur Schlacht. Wir kennen seine Taktik. Wir wissen, wie die unsere zu sein hat. Worauf warten wir?!"

Mit dem Bischofssekretär Dr. F., der Stimme seines Herrn, kommt es über eine kleine, banale, dazu völlig falsche politische Strichzeichnung zu einer enthusia-

stischen Übereinstimmung und Vertraulichkeit. Als Dr. F. Lopez Cardoso, den Landwirtschaftsminister der PS, „wie die meisten in dieser Partei als verkappten Kommunisten" bezeichnet, kritzle ich auf ein Papier das Symbol von Hammer und Sichel und zwei Linien: eine, die geradewegs dahinführt, und eine zweite, die in einer großen Kurve ebenfalls dort landet. Die direkte soll den Kommunismus darstellen, die gebogene die Sozialdemokraten. Die anfängliche Zurückhaltung und behutsame Skepsis des Kirchenmannes ist plötzlich wie weggeflogen. Er springt auf, entnimmt einem großen Papierstapel ein Büchlein und überreicht es mir triumphierend: „Das ist genau unsere Theorie, ganz genauso habe ich es hier ausgedrückt." Dieser Polit-Katechismus steht unter dem Motto: „Wie erkenne ich einen Kommunisten?" Dr. Fernando: „Über 60 000 habe ich bisher davon verteilen lassen. Für die kommenden Wahlen werde ich noch mehr davon nachdrucken lassen. Sehen Sie, hier steht geschrieben: ‚Gibt es ein anderes Mittel, die Menschen für den Kommunismus vorzubereiten? — Ja! Den Sozialismus. Der Sozialismus und der Kommunismus unterscheiden sich nicht, was das Ziel angeht, sondern einzig und allein, was die Mittel angeht, ihn zu erreichen."

Jetzt halte ich den Zeitpunkt für gekommen, die aktuellen Terroranschläge im Norden zur Sprache zu bringen. „In vielen unserer Zeitungen werden diese Aktionen als Ausdruck des gesunden Volkszorns dargestellt. Sind sie nach christlichen Gesichtspunkten zu rechtfertigen, als Notwehrmaßnahmen und Gegengewalt gegen den Psychoterror der Linken?" Die Frage muß wohl zu direkt gestellt sein. Dr. Fernando überlegt, bei seiner Antwort nimmt er sich Zeit, und ein feinsinniges Lächeln bleibt auf seinem frischen jungenhaften Gesicht: „Sicher, man fragt sich, wer macht es denn? Aber das weiß doch niemand. Das sind so junge Burschen, die klettern wie die Katzen die Wände rauf und legen Feuer. Niemand weiß, woher sie kommen, noch wohin sie gehen. Man hat noch keinen gefaßt. Wissen Sie, das ist meine persönliche Auffassung, das meinen auch andere, das sind die Kommunisten selber, die in ihren Büros Feuer legen und hin und wieder etwas hochgehen lassen, um so unbequeme Dokumente zu beseitigen, wenn sie sie nicht mehr heimlich fortschaffen können. Die sollen uns doch erst mal einen Täter herbeischaffen, dann können wir darüber reden."

„Die schrecken ja vor nichts zurück", sage ich nachdenklich. „Wie war es bei Caetano?" will ich wissen, „war die Kirche da voll respektiert?" „Viele Leute verurteilen heute die Kirche, indem sie sagen, die Kirche war mit dem damaligen Regime verbunden. Aber das ist nicht wahr. Das damalige Regime vertrat eine Trennung zwischen Staat und Kirche, die heute aufgehoben werden soll. Es gab die Konkordate. Nur, daß das Regime die Kirche nicht angegriffen hatte, die Kirche hatte die volle Freiheit und war zufrieden. Aber die Kirche war längst nicht mit allem einverstanden, zum Beispiel mit dem Unterrichtswesen. Da machte sich ein ungesunder liberalistischer Geist breit, als der Religionsunterricht nicht mehr Pflicht war. Unter Marcelo *) wurde die Saat gesät, die jetzt aufgeht."

Was die Verbrechen der portugiesischen Gestapo PIDE angeht, stellt sich der Bischofssekretär unwissend: „Vieles wußte die Kirche einfach nicht, z. B. das mit den PIDE-Leuten. Falls sie überhaupt diese Verbrechen begangen haben, sie sind bis heute noch nicht verurteilt worden. Die Bischöfe haben es erst nach dem 25. April erfahren. Man verurteilt die Kirche, weil sie nie Stellung zu diesen Verbrechen genommen hat, aber sie wußte ja nichts davon. Falls diese Verbrechen stattgefunden haben, wie die Kommunisten behaupten, lief das ja alles

*) D. h. Marcelo Caetano.

geheim, und die Kirche konnte nichts davon wissen. Ja, jetzt ist es bewiesen, daß *nach* dem 25. April große Unmenschlichkeiten begangen wurden. Die sind nicht gut. Wenn die PIDE sie begangen hätte, wäre es auch nicht gut gewesen. Hätte die Kirche etwas davon erfahren, hätte sie es bestimmt verurteilt." (Dr. F. verschweigt, daß Fälle bekannt wurden, in denen Priester der PIDE als Spitzel dienten und in dieser Funktion selbst das Beichtgeheimnis brachen.)

„Steht für die Präsidentschaftswahlen im Mai ein Kandidat in Aussicht, der als christlicher Politiker die Unterstützung der Kirche verdient?" will ich wissen.

Dr. F.: „Wir prüfen die Reaktion der Öffentlichkeit noch. Wir bringen Namen ins Gespräch, lancieren sie in die Zeitungen, und warten auf das Echo. Zum Beispiel Galvao de Melo, der unabhängige Kandidat der CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum, die portugiesische Schwesterpartei der CDU/CSU), und wahrscheinlich demnächst auch Spinola. Eine Empfehlung, aber das bleibt unter uns: Kaulza de Arriaga ist ein guter Mann mit guter Bildung, seine Frau auch. Warten wir die Reaktion ab." (Anmerkung: K. de Arriaga, ehemaliger General und Oberbefehlshaber in der portugiesischen Kolonie Moçambique zeichnete sich unter dem Diktator Caetano durch einen mißlungenen Putschversuch aus, allerdings eines Putschversuch von rechts.)

Zum Schluß gibt uns der Erzbischof noch ein Geheimnis mit auf den Weg: „Das ist aber noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wir haben eine neue Bewegung aus der Taufe gehoben, die Bewegung ‚Für die Verteidigung der Grundrechte der Menschen'. Sie soll unseren politischen Kampf unterstützen."

Eduardo der Bombenleger oder „Der gesunde Volkszorn"

2. Tag Braga. Wie kommt man ins Gespräch mit Bombenlegern, den Vollstreckern des „gesunden Volkszorns", diesen „jungen Burschen, die Katzen gleich, Fassaden hochklettern, Büros, Privatwohnungen und Wagen von politisch Nicht-Opportunen, von Nicht-Rechten hochgehen lassen und spurlos verschwinden? Braga, friedliche Stadt von Hügeln umsäumt, hat 40 000 Einwohner. Im Regierungsbezirk leben 617 000 Menschen, fast 10 % der Bevölkerung Portugals.

Außer drei ausgebrannten Autos, die noch nicht weggeräumt sind, und dem völlig ausgebrannten zweistöckigen PC-Büro, wo Bretter vor den hohlen Fenstern den Blick auf weitere Zerstörung stoppen, erinnert in dieser — vielleicht Passau oder Regensburg vergleichbaren — Bischofsstadt nichts an Gewalt und Terror. Hier soll es gewesen sein, wie Prof. Giacometti, der Leiter des staatlichen Folkloreforschungsinstituts, erzählt, wo sein Freund zusammengeschlagen wurde, weil er sich in einem Lokal geweigert hatte, ELP-Leuten Auskunft zu geben, welche Partei er bei der letzten Wahl gewählt hatte. (ELP ist die Abkürzung für „Portugiesische Befreiungsarmee", eine terroristische Geheimorganisation.) Als der Freund dem Arzt die Ursache seiner Kopfverletzung erklärte, weigerte der sich über eine Stunde lang, ihn zu behandeln, mit der Bemerkung, dann müsse es sich bei ihm ja sicher um einen Kommunisten handeln. Der Freund, PS-Wähler, emigrierte daraufhin mit seiner Familie in den Süden Portugals, wie vor ihm schon zahlreiche andere exponierte Linke.

Abends Übernachtung im Drei-Sterne-Hotel „Turismo", aber auch hier an der Bar keine Anzeichen von Gewalt, keine besonderen Vorkommnisse.

3. Tag Braga. Rein äußerlich habe ich mir eine Etikette zugelegt, die mich — oberflächlich betrachtet — nicht gerade als Linken ausweist. Siegelring, Aktenkoffer, die drei Monate nicht geschnittenen Haare beim Friseur rigoros gestutzt, die Lederjacke mit Anzug und Krawatte vertauscht. Bei einem Taxifahrer erkundige ich mich, wo in Braga die mutigen Leute zu treffen seien, die das große Aufräumen mit den Kommunisten begonnen hätten. Der Taxifahrer gibt nicht zu erkennen, ob er diesen Standpunkt teilt. Teilnahmslos nennt er die Snack-Bar „Idolo", „da sitzen immer welche von der CDS".

Auch hier vorerst keine Anhaltspunkte. Ein teures Restaurant in der Bahnhofsnähe, mit Barhockern vor der Eßtheke, im Keller Billardtische. Gruppen Jugendlicher, die alle nicht nach Arbeit aussehen. Ein Geschäftsmann, der in den „Retornado" (so werden die Angola-Flüchtlinge genannt) vertieft ist, eines der Rechtsblätter, die seit dem 28. September 1974 (dem gescheiterten Staatsstreichversuch des damaligen Präsidenten Spinola) aus dem Boden geschossen sind.

Ein ganzer Nachmittag vergeht mit Warten, bis sich gegen Abend ein Zufallskontakt ergibt. Ein junger deutscher Schäferhund stellt ihn her, schwanzwedelnd. Er wird „Kaiser" gerufen. — „Sind Sie etwas Monarchist?" wende ich mich an den Hundehalter, der lässig an der Bar lehnt und seine Schirmmütze in den Nacken schiebt. „Nein, woher denn!" Er habe den streunenden Hund, der offensichtlich von geflohenen deutschen Geschäftsleuten stammte, übernommen. Ob wir Touristen seien, fragt er und sagt, er heiße Eduardo. „Wir sind nicht zum Spaß hier", sage ich bedeutungsschwer und lege meine Hand auf den schwarzen Aktenkoffer. Eduardo da Costa Leite beziehungsweise Eduardo da Costa Pereirra, 26, klein, drahtig, mit hartem Kindergesicht und Imponiergehabe, wird sofort zutraulich, als er hört, daß ich Beauftragter einer rechten Organisation sei.

Er schlägt das Revers seiner Jacke um — sichtbar wird das Parteiabzeichen der CDS. „Warum müssen Sie es heimlich tragen, die CDS ist doch hier die beherrschende Partei?"

„Sie meinen, es ist besser so, sie ständen zwar voll hinter mir, aber das brauche nicht gerade jeder zu wissen." Dann holt er aus: „Viele Einwohner in Braga wissen, daß ich ein MG habe und nicht nur so zum Spaß. Sie wissen, daß ich früher für die ELP gearbeitet habe, und heute für die MDLP („Demokratische Befreiungsbewegung Portugals"). Alle haben Angst vor mir, weil sie glauben, daß ich ein Schläger bin. Ich bin es aber nicht, ich verteidige nur die, die mich beachten. Ich hoffe, sie lohnen es mir eines Tages. Sonst . . . (er imitiert Bewegungen am MG). Zum Beispiel gestern abend. Hier, 100 Meter weiter, gibt es einen Kommunisten, der hat eine Buchhandlung, in der immer so linke Bücher ausliegen, und da machte ich mal eben kurz ratatat. Das war gestern abend um elf. Man kann die Einschüsse noch sehen. Das ist jetzt die zweite Vorwarnung. Er weiß, daß ich es war. Wenn er nächste Woche die Bücher immer noch im Fenster hat, kommt er selbst dran. Ich habe vor keinem Angst. Ich sage jedem alles frei ins Gesicht, auch der Polizei. Die Polizei hier ist größtenteils auf unserer Seite. Ich habe kürzlich mit dem Polizeikommandanten unter vier Augen gesprochen. Er hat mir gesagt, er könne auch nicht alles machen, was er will, er müsse auch aufpassen. Ich solle etwas vorsichtiger sein mit meinem roten Sport-Volvo, der sei zu auffällig. Aber auf den verzichte ich nicht, damit fahre ich noch jedem davon. Der Polizeikommandant ist voll auf unserer Seite, er heißt Major Bara Barandom."

Ich habe eine Runde Whisky bestellt und in autoritärer Manier wieder zurückgehen lassen, weil es nicht der bestellte Scotch war.

Eduardo: „Ich stehe zu dem, was ich mache, ich habe nichts zu verbergen. Wenn ich dann einmal sterben muß, okay, dann muß ich eben sterben. Ich war schon einmal verurteilt, zu elf Jahren, ich habe Schmuggel gemacht und die Leute illegal über die Grenze gebracht nach Frankreich, ihnen falsche Pässe besorgt und solche Sachen, zusammen mit meinem Bruder Francisco. Mich haben sie geschnappt, dafür bekam ich elf Jahre Gefängnis. Aber ich war nur drei Jahre drin, ich bin ausgebrochen, insgesamt siebenmal, sehen Sie hier!" (Er zeigt zwei große Narben am rechten Unterarm, die fein säuberlich neben einer Tätowierung verlaufen — „Für Dich habe ich in Angola gekämpft, Fernanda!" Die Narben rühren von Wunden her, die er sich selber beigebracht hatte, um in das für einen Ausbruch günstigere Gefängnishospital zu kommen.) „Mein Bruder macht die kleinen Sachen weiter, ich die Großen." Francisco arbeitet für eine Organisation, die nach dem 25. April die großen Industriellen ins Ausland gelotst hat, Geld und Wertsachen versteckt in Reifen, hinter Scheinwerfern und in Sitzen eingenäht. Vor allem nach Spanien, Frankreich und in die Schweiz. Das Geld wurde im Ausland deponiert, und sie sind wieder zurückgekommen.

Eduardo grüßt zwei jüngere Männer, die am Gespräch Anteil zu nehmen scheinen. Zu uns, jetzt leiser sprechend: „Der da mit Bart ist Direktor einer Karateschule, ein Auftraggeber. Er sagt, er sei unser Freund. Wir lassen unsere Leute bei ihm ausbilden. Aber sicher kann man nie sein. Man muß alle Leute erst kennen, bevor man mit ihnen redet. Da gibt es welche, die tun Dir schön ins Gesicht, die essen mit Dir, und ich lade sie auch noch ein, und nachher gehen sie gegen Dich vor. Bei Euch weiß ich ja auch nicht, wer Ihr seid. Ihr kennt mich schließlich auch nicht. Ich könnte ja auch ein Kommunist sein."

Hier nehme ich die Gelegenheit wahr, um mit gespielter Selbstsicherheit und Gelassenheit — Eduardos Naivität ausnutzend — unsere Angelegenheit ins Spiel zu bringen. „Man sieht es den Leuten doch irgendwie an, auf welcher Seite sie politisch stehen, oder? Außerdem . . ., wir sind ja nicht rein zufällig hier." Eduardo merkt auf, vielleicht hat er so etwas schon vermutet. „Wir wurden von unserer Organisation informiert, daß wir in diesem Lokal die Spezialisten der gelungenen Aktionen im Norden antreffen würden. Wir sind hier, um uns ein Bild zu machen und unter Umständen auch internationale Hilfe zu leisten."

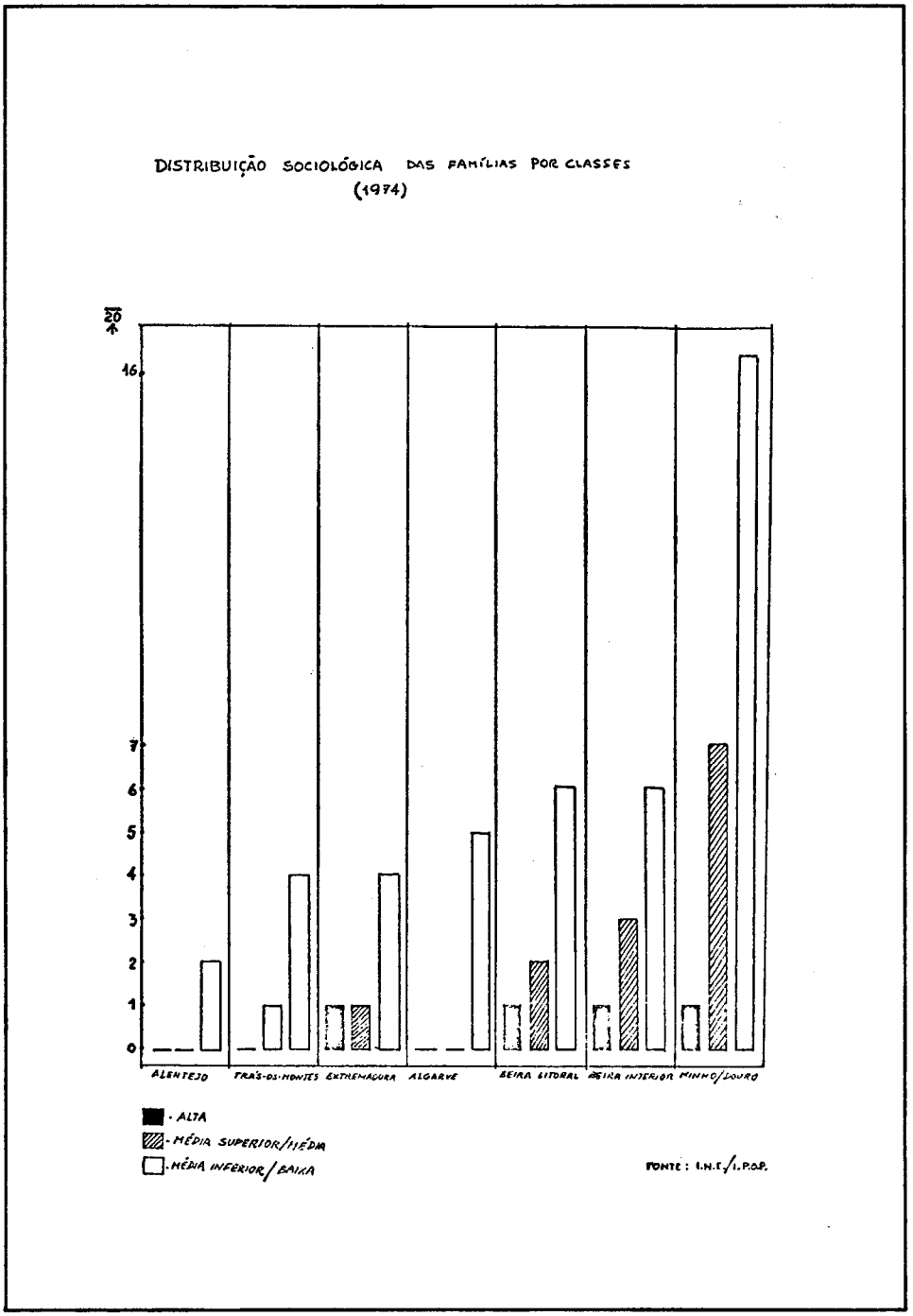
„Dann weiß Eure Organisation auch über mich Bescheid?" „Nicht alles, aber einiges", antworte ich langsam und bedeutungsvoll.

Von nun an ist Eduardo nicht mehr zu stoppen. „Hier im Norden sind beinahe sowieso alle einflußreichen Leute auf unserer Seite. Viele Industrielle unterstützen uns. Ich kenne viele von den Höheren persönlich, die sich offiziell nie mit mir sehen lassen würden, zum Beispiel die von der CDS; sie bezahlen nur, aber heimlich, und es gibt bekannte Geschäftsleute, wie den Dr. Nicolao, die bezahlen mir den Sold, mir und den anderen, aber genauso heimlich. Davon darf die Regierung nichts wissen. Galvao de Melo (Präsidentschaftskandidat für die CDS) und Freitas Amaral (Vorsitzender der CDS) unterstützen uns ständig."

„Wie stark ist zur Zeit die MDLP?" frage ich. Eduardo: „Wir werden immer stärker. Was früher unter ELP lief, macht seit über einem halben Jahr die MDLP weiter. Viele von uns sind noch in Angola und helfen der FNLA."

„Wieviel seid Ihr in Braga?" Eduardo: „700 bis 800." „Das ausgebrannte PC-Büro, war das von aufgebrachten Einwohnern aus Braga . . . wie es bei uns in den Zeitungen stand?" Eduardo: „Nein, das war ich, zusammen mit noch einem. Benzinbombe. Man muß sie fallenlassen und sehr schnell wegrennen. — Ich habe

Abbildung 2



Übersetzung: Soziologische Verteilung der Haushalte nach Klassen (1974). — Oberklasse — obere Mittelklasse und Mittelklasse — untere Mittelklasse und Unterklassen.

keine Angst. Ich gehe vorher sogar offen in die PC- und Gewerkschaftsbüros, schau mich um, wo die beste Stelle ist. Für die Bomben. Letzte Woche hab' ich zusammen mit Freunden einiges in Gewerkschaftshäuser gelegt. Jetzt haben die Leute Angst. Die meisten Kommunisten sind schon abgehauen, nach Lissabon oder in den Süden. Denen, die geblieben sind, sitzt der Kopf verdammt wacklig."

Ein vornehm gekleideter 30jähriger rückt vom anderen Ende der Theke zu Eduardo auf. „Sempre" begrüßen sie sich mit lässig ausgestrecktem rechtem Arm. „Sempre" („Immer", im Sinne von „Allzeit bereit zum Widerstand") ist der Kampfgruß der MDLP. Eduardo schüttet den dritten Whisky, den ich bestellt habe, in das Glas des anderen. „Bei einer Arbeit wie der unseren darf man nicht zuviel trinken." Der Neue schaut etwas mißtrauisch zu uns herüber. „Arbeiten Sie hier, oder sind Sie in Urlaub?" fragt er mich. „Auf Montage, wenn Sie so wollen", gebe ich Auskunft und lege meinen Aktenkoffer vorsichtig neben mich auf die Theke.

Eduardo spricht jetzt leise, damit der Neue nicht mithört: „Nur die Praxis ist wichtig. Die Theorie, da scheiß ich drauf. Der da meint z. B. ich würde ihm vertrauen. Aber das ist ein Irrtum, das tu ich nicht."

„Lohnt sich die Arbeit denn? Kann man gut davon leben?"

Eduardo: „Für jeden gelungenen Coup zahlen sie mir im nachhinein, je nach Schwierigkeitsgrad. Es ist mein Risiko. Wenn was daneben geht, gehe ich leer aus. Vor ein paar Monaten hatte ich nicht mal mehr Geld für den Sprit für meinen Volvo. Da hab' ich mit einem Kumpel zusammen einen Überfall gemacht auf eine Bank. Das brachte 400 000 Escudos (ca. 10 000 DM). Aber davon durfte ich nur 30 % behalten. Die übrigen 70 % kassierte die Organisation, die ELP, für Waffenkäufe. Das war an der spanischen Grenze, bei Formoso."

Eduardo wird plötzlich nachdenklich und ahnt, wie er für andere die Dreckarbeit macht und selbst am Ende verschaukelt wird. (Von da an habe ich Mitleid mit ihm.)

Eduardo: „Meine besten Freunde hier sind die Kapitalisten. Ihr Recht verteidige ich. Ich hoffe, daß sie sich später daran erinnern. Wenn nicht, werde ich nach Frankreich oder Australien gehen und dort eine neue Organisation auf die Beine stellen, um sie zu bekämpfen. In der Organisation wird es dann keine Chefs geben. Jeder wird das gleiche Geld bekommen. Allmählich hab' ich aber den Eindruck, daß die, die ich verteidige, alle in Spanien oder Brasilien sind und Whisky trinken, und ich arbeite mir einen ab und bekomme nur 30 %, wenn ich ein Ding drehe. Was habe ich alles schon für die getan! Warum mache ich das aber alles? Für die Chefs. Aber ich hätte lieber eine eigene Organisation ohne Chefs. Alle sollen gleich sein. Nur wer besser arbeitet, der soll auch gelobt werden und bekommt mehr Geld. Was mich interessiert, ist nicht das Geld. Ich will, daß alle Linken ausgerottet werden ... Die Hauptsache ist eine gute Organisation und eine strikte Geheimhaltung. Wir bei der MDLP sind alle in Kader aufgeteilt, ich kenne höchstens 20 Mann von den Mitgliedern ... Was ich jedenfalls sicher weiß, ist, daß die Kapitalisten nicht die Arbeit machen werden. Leute wie ich machen sie. Ich habe zwei Kinder und eine Frau. Wenn ich weitermache, was ich bisher gemacht habe, kann ich keine normale Arbeit mehr annehmen. Ich muß trotzdem die Miete bezahlen, meine Familie muß essen. Ich kämpfe schließlich nicht für mich allein, nicht für meinen eigenen Vorteil. Ich kämpfe für morgen, daß eine andere Regierung kommt, dann wird es auch mir besser gehen. Bis es soweit ist, muß ich leben wie jeder andere auch."

„Welchen Beruf haben Sie gelernt?"

„Ich habe im Straßenbau gearbeitet, mit Bulldozern, mit Kränen, mit Lastwagen."
„Wo bekommt Ihr Eure Waffen her?"

Eduardo: „Früher bei der ELP waren es automatische amerikanische Waffen. Die MDLP bezieht sie über gute Leute von den Kommandos und den Streitkräften. Sie legen nämlich Wert darauf, daß wir nur mit Waffen arbeiten, die auch bei der Armee gebraucht werden. Im Mai 1975 bekamen wir bei der ELP die Waffen sogar einmal direkt von Leuten von der CIA. Aber inzwischen weiß man bei denen auch nicht mehr, wo man dran ist, ob sie für oder gegen uns sind."

„Wie ist im Augenblick die Strategie, macht Ihr weiter im Norden oder geht's in den Süden?" Eduardo: „Das weiß ich nicht genau, dazu muß ich erst die Chefs fragen. Ich kann nichts ohne Chefs machen. Aber ich habe gehört, daß demnächst mal die nationalisierten Banken dran glauben sollen. Ich brauche nur Befehle. Wir haben auch schon Listen von gefährlichen Linken, die dran glauben müssen, wenn wir gesiegt haben. Die werden alle zusammengetrieben, und dann heißt's krr (er begleitet den Laut durch die Geste des Strangulierens am Hals). (Pause.) Ich würd' schon gern bei der Verurteilung mitmachen ... Was mich immer wundert, ist, daß ich immer so nett zu den Leuten bin, die aber meist so gemein zu mir. Da würde ich am liebsten ... ratatatat" (begleitet durch die Armbewegung, mit der man ein Maschinengewehr bedient). „Die Kommunisten hier sagen, ich sei ein Bandit, und versuchen, mich zu überzeugen: ‚Du bist doch auch Arbeiter, warum bist Du nicht auf unserer Seite?' Aber ich bin schlau, ich kenne die Kommunisten. Die versprechen immer alles, aber halten es nie. Wenn sie an der Regierung sind, sagen sie: ab, ab mit Dir, Dir und Dir, und schmeißen sie alle raus. Die Kommunisten sind ja bloß Schmarotzer, viele haben nicht mal einen Beruf, sie sind bloß Funktionäre ... Es gibt sogar einen Polizeikommandanten hier, der hält's mit den Kommunisten, der ist gegen uns, aber er steht allein. Dem hab' ich zu verdanken, daß vor kurzem mein Wagen durchsucht wurde. Sie glaubten, ich hätte Maschinengewehre im Kofferraum, aber es waren nur Wahlplakate für die CDS, die ich zum Kleben weitergab ..."

Kontaktaufnahme mit den Chefs

„Dann ist es das Beste, wir nehmen jetzt erst mal Kontakt mit den Chefs auf", sage ich. „Wir haben nicht soviel Zeit und müssen wissen, welche Hilfe gebraucht wird."

Eduardo bietet sich an, den Kontakt herzustellen. „Ich mach euch zuerst mit einem Hauptmann der Fallschirmjäger aus Braga bekannt, der hält sich meist in Povoa de Varzim auf und hat den Kontakt zur Zentrale."

Über eine serpentinenreiche Strecke jagt Eduardo in seinem Volvo die 40 km nach Povoa de Varzim. (Einige Ortsschilder sind mit „ELP" oder „MDLP" übersprüht.) Ich fahre hinterher und habe Mühe, ihn nicht aus den Augen zu verlieren. Um zwei Uhr Ankunft in Povoa, einem exklusiven Badeort mit Spielkasino, aber außerhalb der Saison trostlos. Das Meer tost. „Pelintra", an der Strandpromenade, das Lokal ist bis morgens geöffnet, der Wirt heißt Luis und ist einer der mittleren Führungskräfte der MDLP. Ein teiggesichtiger Rausschmeißer läßt uns herein und schließt hinter uns wieder ab. Das Lokal ist voll. „Alles Freunde", heißt es. Der Offizier der Fallschirmjäger erledigt soeben einen Auftrag, heißt es. Ein Treffen am nächsten Tag nachmittags wird ausgemacht.

Povoa. Es wird langsam Abend im „Pelintra". Der Fallschirmjäger ist noch immer nicht von seinem Auftrag zurück. Der Wirt lädt uns zu Drinks ein. Eduardo erklärt augenzwinkernd, daß in den Kellerräumen des Lokals Waffen deponiert sind. „Die Polizei war schon öfter hier und hat Razzien durchgeführt, aber sie haben nichts gefunden. Sie wollten allerdings auch nichts finden." Als mein Aktenkoffer einmal umfällt, springt Eduardo mit einem Satz zur Seite. Auf mein Erstaunen hin erklärt er: „Wir transportieren in solchen Köfferchen unseren Sprengstoff." Zweimal verläßt ein Kellner mit einer üppigen Mahlzeit und Wein das Lokal. „Für Freunde, die für eine Zeitlang von der Bildfläche verschwinden müssen", erklärt Eduardo. „Da sind bei Sprengungen welche schwer verletzt worden, in einem Fall ein Kind. Man hat unsere Freunde gesehen. Wir verstecken sie so lange, bis wir sie wieder von der Fahndungsliste runter haben."

Ein Gast hält Eduardo eine Zeitung hin, das „Jornal do Noticias" — „Schüsse auf Wagen eines Gewerkschafters in Braga". „Das ist Deine Handschrift", sagt er anerkennend zu Eduardo. Zu uns gewandt: „Die 50 Schüsse, die ich auf den Wagen des Gewerkschaftssekretärs abgegeben habe, waren erst mal eine Warnung. Ich weiß, daß er nicht genügend Geld hat, sich ein neues Auto zu kaufen. Ich hoffe, er nimmt sich's zu Herzen." „Und wenn nicht?" Eduardo: „Dann ist er selber dran."

Texeira erscheint, der Fallschirmjägeroffizier. Ruppiger Söldnertyp, vielleicht 30 Jahre alt, mit der Gutmütigkeit eines Teddybärs. (Ähnlich wie Eduardo auskunftsfreudig und arglos. Das mag daher kommen, daß sie sich hier im Norden fast unbehindert bewegen, offen auftreten, fast wie in „befreiten Gebieten". Auch er von einer spielerischen Naivität, die aber unverhofft in Aggressivität und Brutalität umschlagen kann.) Es soll nach Guimaraes gehen, ungefähr 60 km von Povoa entfernt. Wir steigen zu Eduardo in den Sportwagen. Texeira fährt in seinem eigenen Wagen hinterher. Eduardo ist sehr wortkarg. (Hat ihn Texeira ob seiner Gesprächigkeit gerügt?) Guimaraes liegt schon 10 km hinter uns. Die Strecke wird immer einsamer. Stockfinstere Nacht, Wald und Nebelschwaden. Ich bekomme erstmals Angst. Was, wenn sie uns erkannt hätten? Vor einigen Wochen erschienen von mir in portugiesischen Zeitungen Interviews mit Foto, und einmal war ich auf einer Pressekonferenz des „Portugal-Solidaritätskomitees" im Fernsehen zu sehen. Das Ganze hier riecht nach Falle. Sie können einen irgendwo aus dem Wagen stoßen und abknallen. Kein Wagen, der uns begegnet. Ich besitze keine Waffe, nur mein Mini-Tonbandgerät, auf das ich vorsorglich einige Ortsangaben spreche. Endlich ein Ortsschild. Penha, ein paar Geschäfte, ein einsam gelegener Gasthof auf einer Berghöhe. Das Lokal ebenfalls im Besitz eines MDLP-Mitgliedes. Familiäre Atmosphäre. Frauen und Kinder. Mafia-Feststimmung, mehrere Gänge und verschiedene Weine, und wir sind dazu eingeladen. Mir fällt der „Pate" ein und wie solche Feste dort endeten. Die Vorstellung erfolgt unter Vornamen. Eduardo stellt uns als Freunde aus Deutschland vor, die gekommen sind, um zu helfen. Der Fernsehapparat läuft laut, keiner schaut zu. Nach dem Essen bitte ich Texeira, die Unterredung doch in einem ruhigeren Nebenraum führen zu können. Der Wirt geleitet uns in ein kleines Bürozimmer. Meine Ausgangsposition ist natürlich außerordentlich günstig. Ich will ja nichts haben, nur geben. Vorschläge entgegennehmen, um sie meiner Organisation zu überbringen. Gesandter in geheimer Mission in Sachen „internationale Faschismus-Solidarität".

„Ist die MDLP eigentlich besser oder schlechter organisiert als die ELP?"
Texeira: „Ich denke, besser. Wir haben mehr und bessere Kontakte zu offiziellen Stellen in der Regierung, außerdem haben wir Spinola als Präsidenten. Wir

arbeiten hier und da mit der ELP zusammen, nur haben die in letzter Zeit keine Ideologie mehr, das sind reine Desperados. Wir haben 50 000 aktive Mitglieder, überall in Portugal. Unsere Leute arbeiten auch, wenn sie nicht bezahlt werden. Alles, was in den letzten 3 Monaten hochging, hat unsere Organisation geleistet. Wir machen gern koordinierte Anschläge: zur selben Zeit in Braga, Povoa, Coimbra, Porto, das macht den Leuten mächtigen Eindruck und sie haben Respekt vor uns."
„Was braucht die MDLP vor allem, Geld oder Waffen?"
Texeira: „Beides, aber die näheren Einzelheiten werden wir morgen mit den Verantwortlichen in Povoa besprechen.
Im Norden ist jetzt ein gutes Klima, die Kommunisten sind eingeschüchtert. So muß es im Süden auch werden. Dort sind es aber zu viele. Hier können wir sie noch vertreiben. Dort wollen wir ausrotten."
„Sie haben einen harten Job, so ein Leben ist nicht leicht", lobe ich ihn.
Texeira: „Wir haben jetzt die Nase voll, immer nur Bomben zu legen. Die Zeit ist reif: Jetzt wollen wir töten. (‚We want to kill now!') Mit Bombenlegen wird nichts gelöst, mit Töten schon. Verstehen Sie?"
„Wann sollen die Operationen auf den Süden ausgedehnt werden?"
Texeira: „Da müssen Sie die Chefs fragen. Ich bin Spezialist für praktische Arbeiten, ich bin nicht politisch. Wenn es darum geht, Bomben zu basteln und sie anzubringen, dann werde ich gerufen."

„Mit welcher Partei arbeitet die MDLP zusammen?"
Texeira: „Wir arbeiten hauptsächlich mit der CDS zusammen, jeden Tag. Ich bin der Ansicht, alle wirklich maßgeblichen Leute der CDS gehören zu uns, nur daß sie sich öffentlich nicht immer bekennen können, im Moment noch. Ohne uns wäre die CDS aufgeschmissen. Wir von der MDLP machen bei CDS-Veranstaltungen regelmäßig den Ordnerdienst, Sicherheitsposten und Leibwachen. Für uns von der MDLP gibt es überhaupt nur zwei Parteien. Die CDS und PPD (Demokratische Volkspartei). Aber die PPD ist nicht so verläßlich. Sie hat sich ja erst neulich wieder gespalten."

„Wie sind die Kontakte zur Kirche? Gibt's da moralische Unterstützung?"
Texeira lacht: „Moralisch ist gut. Wir sind alle nicht religiös eingestellt, aber Francisco, der Erzbischof, ist unser Mann. Ich kenne ihn recht gut. Er hat uns sein Priesterseminar für das erste gemeinsame Treffen zwischen ELP und MDLP im Herbst zur Verfügung gestellt, als Copcon (die Sicherheitstruppe unter General Carvalho) noch existierte und man noch verhaftet werden konnte. Es war Oberleutnant Benjamin Abreu, den sie suchten, wegen Beteiligung am letzten Coup unseres Präsidenten. Er hatte sich unterm Bett versteckt. Er ist einer unserer wichtigsten Leute, wir brauchen ihn für den Süden. Er sitzt immer noch in Caxias. Wir haben schon einen Plan, wie wir ihn rausholen. Er wird sich demnächst eine Krankheit zuziehen und ins Hospital müssen. Da haben wir ihn raus und ins Gefängnis kommt einer von uns, der ihm ähnlich sieht. Ich habe gehört, daß da jemand von der Gefängnisleitung mitspielt."
„Unterstützt Euch der Erzbischof auch finanziell?" Texeira: „Das läuft über unseren Sonderbeauftragten Conego (= Domherr) Melo. Er gehört direkt zu uns. Francisco, der Erzbischof, spricht alles mit ihm ab. Und Melo beschafft dann das Geld für uns."
„Wen halten Sie für wichtiger, den Erzbischof oder Conego Melo?"
Texeira: „Melo. In Braga nur Melo. Das ist überhaupt einer der wichtigsten Männer für Portugal. Der Bischof unternimmt nichts ohne ihn."
„Wie sind die Kontakte zur Polizei?"

Texeira: „Oh, ausgezeichnet. Zum Beispiel: normalerweise arbeite ich beim Bombenlegen mit Handschuhen. Neulich hatte ich die Handschuhe vergessen und das war ausgerechnet an dem Tag, an dem die Bombe nicht hochging. Meine Fingerabdrücke waren also drauf. Die Polizei kam und wischte die Spuren weg, bevor die Untersuchungskommission da war. So hatten sie wieder keinen Schuldigen."

Hauptmann Duarte oder Die Planung der „großen Aktion"

Zwei Tage später. Zusammenkunft mit den MDLP-Bossen des Nordens in Povoa de Varzim. Teixeiras Wohnung in einem Neubauhochhaus, Rua casa dos Poveiros do Rio 657. Ein hochgeschorener Hauptmann der Kommandos (er heißt Duarte, wie wir Wochen später herausfinden) ist der Wortführer, zunächst mißtrauisch und vorsichtig. Während er spricht, kritzelt er auf einen Block strategische, logistische Skizzen. Er scheint durch und durch Militär, einer von der gefährlichen Sorte, kaltschnäuzig, arrogant, ehrgeizig und selbstgefällig; die Vision stellt sich ein, wie er mit einer kargen Handbewegung den Befehl zur Massenliquidation gibt. Dann ein Untergebener von ihm, Leutnant Pedro (mit Namen Menezes, wie wir in Deutschland herausbekommen), im Jeansanzug, braunes struppig-drahtiges Haar, Texas-Sonnyboy. Ferner eine graue Eminenz mit stark zerknittertem Gesicht, der uns nur mustert und schweigt — er wird behandelt, als er einer der Mäzene der MDLP sei. Bei diesem Treffen fällt unerwartet mein Mini-Nagra (3 Stunden Spielzeit, Rundfunkqualität) wegen eines Defektes aus.

Ich schildere unsere Aufgabe so, daß wir als Beauftragte einer deutschen rechten Organisation unter allen Vorkehrungen der Geheimhaltung hierher entsandt wurden, um uns selbst ein Bild zu machen und anschließend Hilfsaktionen finanzieller und waffentechnischer Art zu vermitteln. In dem Gespräch kommt zum Ausdruck, daß die Pläne der MDLP-Führer darauf gerichtet sind, durch einen großangelegten Putsch vor den Präsidentschaftswahlen im Mai oder Juni Portugal in eine rechte Diktatur zurückzuverwandeln, unter gleichzeitiger Liquidierung der aktiven Kräfte von links.

Es wird reichlich Whisky eingeschenkt und zum Trinken animiert. Kein Soda. Kein Fiz. Nach diesem Treffen bin ich total fertig. Die ständige Verstellung und Nervenanspannung. In ein fröhliches Lachen einstimmen zu müssen, wenn ein Toast auf die Ermordung von politischen „Gegnern" ausgebracht wird. Wir werden zum Vier-Sterne-Hotel „Viramar" am Strand begleitet. Danach verliere ich die Kontrolle über mich. Eine Art Nervenzusammenbruch, langanhaltende Heulkrämpfe.

Am nächsten Abend ist ein neues Treffen in derselben Besetzung an der Bar des „Viramar" geplant. Das Tonbandgerät ist noch immer nicht startklar. In Porto habe ich mir ein etwas sperriges Grundig-Cassettengerät ausgeliehen, das ich in einer Umhängetasche immer bei mir trage. Es fällt etwas auf, daß ich alle $^3/_4$ Stunde mit großer Aktentasche auf die Toilette verschwinde, um die Kassette zu wechseln. Sie nehmen wohl an, da sei eine Maschinenpistole drin, die man nicht aus der Hand läßt.

Hauptmann Duarte, Leutnant Menezes und Teixeira sind gekommen und sinken in die tiefen Sessel an der Bar. Die Barmusik ist laut und die Sicht auf meine Tasche bequem. Ich deute auf Gäste an umliegenden Tischen: „Es verstößt gegen alle Regeln der Sicherheit und konspirativen Arbeit, wenn wir unsere Geschäfte

hier öffentlich besprechen." Ich bestelle ein Hotelzimmer und leicht zögernd folgen sie uns. Sie haben inzwischen mit der Zentrale in Madrid Kontakt aufgenommen, dort sitzt Hauptmann A. Calvao, Direktbevollmächtigter von „General Walter". (Einige Wochen später erst erhalten wir Gewißheit, daß General Walter der Deckname von Spinola ist.)

Duarte: „Wie stark wird sich Ihre Organisation engagieren können?"
„Das kommt ganz darauf an, was noch gebraucht wird und was bereits vorhanden ist."
Duarte: „Viele unserer Mitglieder stehen bereits unter Waffen, andere stehen zum Teil noch in ihren Berufen, können aber jederzeit abberufen werden. Wir planen, in der ersten Phase 10 000 Leute unter Waffen zu stellen, und zwar Leute mit Kriegserfahrung, die qualifiziert sind, viele Exoffiziere und Exfeldwebel, aber auch noch regulär Dienende. Alles ist vorbereitet und organisiert. Der Norden ist befriedet. Zentrum und Süden sind einquadriert. Wir sind keine Söldner. Viele von uns gehen normalen Berufen nach. Wenn wir sie rekrutieren, müssen wir die finanzielle Unterstützung der Familien übernehmen. Darum brauchen wir nicht nur Geld für die logistische Unterstützung, sondern auch für die Familien. Wir kämpfen für eine gerechte Sache. Wenn wir hier die Situation in unserem Sinne militärisch und politisch gelöst haben, kommt der Coup auf den Azoren und Madeira. Danach wollen wir die Kapverden zurückerobern."

„Wie soll die Zahlung erfolgen, was soll geliefert werden?"
Duarte: „Die genauen Konditionen werden wir noch absprechen; am besten über eine spanische Bank oder noch sicherer über die Schweiz."
„Wie sollen die Waffen geliefert werden?"
Duarte: „Am besten über das Meer. Spanien blockiert zur Zeit schon."
„Über welche Häfen?"
„Wir haben gute Kontakte zu Fischern in Povoa de Varzim und in Porto. Weiter nördlich ist es ohnehin kein Problem."
„Wie ist zur Zeit der Organisationsstand? Wie viele haben Sie in der Armee? Wieviel sind außerhalb bewaffnet?"
Hauptmann Duarte: „Das ist zum Teil ein psychologisches Problem. Sie bekennen sich erst wieder voll zu uns, wenn wir die ersten größeren Erfolge von außen aufzuweisen haben."

„Wann soll mit den größeren Operationen begonnen werden?"
Duarte: „Es spiele noch politische Erwägungen eine Rolle. Erst mal müssen wir den Ausgang der Wahl abwarten. Dann sind noch die Ergebnisse von Umfragen, die wir zur Zeit durchführen lassen, zu berücksichtigen. Jedenfalls ist alles so gut wie vorbereitet, um die letzte Etappe in Angriff zu nehmen."
Pedro: „Die Zeit der isolierten Aktionen ist langsam vorbei. Der Norden ist fest in unserer Hand, die einflußreichen Stellen in Militär, Kirche und Polizei stehen auf unserer Seite oder gehören direkt zu uns. Wir müssen noch eine einzige große gezielte Aktion durchführen. Weiter in Guerilla zu machen, wäre falsch. Wenn wir so weitermachen, dann bekommen am Ende die Leute noch Mitleid mit den Kommunisten, dann ist die Bevölkerung irgendwann gegen uns, die sagen dann, diese Armen, die können sich ja nicht wehren, die machen wir damit zu Opfern, zu Märtyrern. Auch im Ausland wirkt das — langfristig gesehen — nicht so gut, nachdem es uns bisher gelungen ist, unsere Operationen als unmittelbaren Volkswillen darzustellen."
Duarte: „Am besten wäre es, wenn wir es schafften, eine große Aktion zu starten, die innerhalb von drei bis vier Tagen, evtl. auch von fünf bis acht Tagen, für uns

einen gesamtmilitärischen Erfolg hätte. Für die Zeitungen, die politische Meinung, für die Welt wird das eine Aktion der Streitkräfte sein, von Leuten, die heute noch in den Streitkräften sitzen, die beschlossen haben, einen Coup zu machen, um die kommunistischen Kräfte endgültig außer Gefecht zu setzen, ihnen die Positionen zu nehmen, die sie immer noch innehaben. Und gleichzeitig muß man das Problem physisch lösen, man muß diese Aktivisten einfach ausrotten. Aber, das darf nicht von denen gemacht werden, also von uns, die den Coup gemacht haben, wegen der internationalen Meinung, da muß man im ganzen Land seine Leute haben, die gleichzeitig mit dem Volksaufstand diese Kerle aus den Betten holen und sie liquidieren. Diese Aktion zweigleisig laufen zu lassen, ist unsere Aufgabe. Die putschenden Kräfte dürfen sich in den Augen der öffentlichen Meinung die Hände nicht schmutzig machen. Wenn wir sie ins Gefängnis werfen, dann ist das — für die öffentliche Meinung — wieder wie in der alten Zeit. Wenn *wir* sie öffentlich liquidieren, dann haben wir einen Pinochet, deshalb müssen wir etwa wie die „Todesschwadron" in Brasilien, zu der wir Kontakte halten, handeln, nur müssen wir es unseren Verhältnissen anpassen und im größeren Stil durchführen. Personell ist eine solche Gruppe schon vorhanden (Anmerkung: Liquidationsgruppe), gemäß dem Sprichwort: ‚Eine Leuchte, die vorne geht, leuchtet zweimal'.
Pedro: „Was wir noch installieren müssen, sind legale Stützpunkte im Alentejo, wo alles voller Stützpunkte steckt. Zur Zeit beginnt die CDS dort mit der Eröffnung von Büros und mit einer groß angelegten Werbekampagne. Das Entscheidende bei allen Operationen, die wir jetzt starten, ist, daß wir gewinnen. Der 28. September und der 11. März (1975, gescheiterter Putschversuch General Spinolas) können so nicht wiederholt werden, weil das nächste Mal dann die linken Kräfte geschlossen auf die Straße gehen, bewaffnet und zu allem bereit."
„Wie sollen die Waffen geliefert werden?"
Duarte: „Sicherheitshalber würde ich vorschlagen, in zwei oder drei Etappen. Wir brauchen daneben auch Funkgeräte, mittelschweres und schwereres Kriegsmaterial."
„Ich gebe zu bedenken, daß ich in meinen Handelsvollmachten eingeschränkt bin. Meine Organisation ging davon aus, eine Art mobiles Einsatzkommando von — na, sagen wir mal — vielleicht 50 Leuten auszurüsten. Dafür könnten wir Geld und Waffen bereitstellen. Bei der jetzt anstehenden Größenordnung braucht meine Organisation allerdings politische Garantien."
Die MDLP-Bosse ziehen sich zur Beratung zurück. Sie telefonieren.
Duarte: „Damit Sie sehen, daß bereits gute Kontakte zu deutschen Stellen bestehen, und zwar über die Offiziere, die sich nach der Operation von General Spinola unter den Schutz der deutschen Botschaft begeben haben, werden wir Ihnen zwei unserer Leute nennen, General Damiao und Major Garoupa. Sie sitzen noch im Gefängnis, aber wir halten ständig Kontakt zu ihnen. Wir können Ihnen versichern, daß wir sie bald wieder frei haben" (3 Wochen nach dem Gespräch wurden die beiden entlassen).

Einer der Chefs, der am Telefon gefragt werden sollte, ob er seinen Namen zur Abdeckung dieser politischen Aktion zur Verfügung stellt, wurde als „Padre Louis" bezeichnet und unter der Telefonvornummer: Cacem — Villenvorort von Lissabon — Tel.-Nr. 294/4 78 57 zu erreichen versucht. Spätere Kontaktversuche ergaben, daß es sich um ein prominenteres Mitglied handeln muß, das täglich bis zu einem Dutzend Leute konspirativ empfängt.

Duarte: „Immerhin ist Spinola unser Präsident und alle Offiziere, die mit Spinola sind, sind mit uns. Wie zum Beispiel Kaulza de Arriaga. Die MDLP ist kein Fuß-

ballteam, wir sind eine ideologische Kraft und viele Leute denken wie wir, sie arbeiten mit uns, auch ohne zur Bewegung zu gehören. ... So haben wir zum Beispiel auch drei Leute im Revolutionsrat, die zu uns stehen."

Duarte nennt Morais e Silva, den Luftwaffenstabschef, Pires Veloso, den Befehlshaber der Militärregion-Nord und den Heeresstabschef und gegenwärtigen „starken Mann", General Ramalho Eanes, NATO-Beauftragter für Portugal, der erst kürzlich auf einer Tagung der Zeitschrift „Wehrkunde" in München einen Vortrag hielt.

Nach soviel Auskunftsbereitschaft und Redseligkeit von seiner Seite fragt der Hauptmann nun mit lauernd-drohendem Unterton: „Und wer steht hinter Ihrer Organisation?"

Hier muß ich mit der Sprache heraus. Ich kann mich nicht länger auf eine mächtige, geheimnsvolle Organisation berufen, die am Ende als CIA oder Bundesnachrichtendienst angesehen werden könnte.
„Es gibt bei uns zur Zeit leider nur einen bedeutenden Politiker, der voll hinter so einer Hilfsaktion stehen kann."

Die Terroristenchefs tauschen einen kurzen Blick des Einverständnisses. Das Vertrauen ist wiederhergestellt. Duarte sagt noch, daß sie bereits mit einer deutschen Organisation in Kontakt stünden. Inwieweit wir dazugehörten, würde sich ja beim nächsten Treffen herausstellen. Wir verabreden uns fürs nächste Mal in Madrid, Hotel Liaberny, um mit den Madrider MDLP-Spitzen zu sprechen und bereits genaueres zu vereinbaren. Wir hinterlassen eine Telefonnummer in München als Anlaufstelle und bitten darum, falls über Waffen gesprochen würde, stets von „Cortiza" = Kork zu reden, denn selbst in Bayern — „Unser Süden ist Ihr Norden" ... sicher sei sicher!

Die Bevollmächtigten des „Generals" oder Die Prokuristen des Massakers

26. März, vorgesehenes Treffen in Madrid. Am 22. März um 16.45 Uhr Anruf aus Genf unter der hinterlassenen Münchner Telefonnummer. Es meldet sich ein „Luis". Er rufe im Namen und Auftrag von „General Walter" an. Sie würden sich gern vor dem verabredeten Madrider Treffen mit uns unterhalten. Es handele sich um die Kork-Exporte. Da er sowieso geschäftlich nach Deutschland müsse, könne man es verbinden. Die Vorverlegung des Gesprächs sei von außerordentlicher Wichtigkeit. Hella Schlumberger in München reagiert unmittelbar mit (gespielter) konspirativer Vorsicht. „Luis?" Kenne sie nicht — und „General Walter", wen er denn damit meine? Er möge seine Telefonnummer angeben, sie werde sich erkundigen und zurückrufen. Am anderen Ende der Leitung aufgeregte kurze Beratung auf portugiesisch. Dann werden die Telefonnummern Genf 33 36 94 und 35 68 35 genannt, es handele sich in beiden Fällen um Nummern des „General Walter".

Rückruf München—Genf eine Stunde später. Wieder „Luis". Diesmal wird er deutlicher. Er sei der Sekretär von Präsident Spinola, der neben ihm stehe. Hella nimmt die Gelegenheit wahr und fordert ihn auf, sich zu legitimieren und den Namen unseres Kontaktmannes in Povoa zu nennen, des Hauptmanns, dessen Namen uns bis dahin noch nicht bekannt war. „Luis" buchstabiert „D-u-a-r-t-e". Hella sagt: „Dann ist ja alles in Ordnung." Luis: „Okay." Er wäre morgen in München, zusammen mit seinem Kollegen Jose. Hella: Im Augenblick sei leider keiner der Verantwortlichen der Organisation da. Der frühestmögliche Termin wäre der 25. März in Düsseldorf, um 11 Uhr im Park-Hotel an der Bar. — Luis ist einverstanden und erklärt, sie würden dann schon am 24. anreisen. Um ihnen

nicht allzuviel Zeit in München zu lassen, verlegen wir das Treffen noch um einen Tag vor.

Mittwoch, 24. März, 15.30 Uhr, Park-Hotel, Bar. Zwei Herren, dezent gekleidet, Jose Valle de Figueiredo (etwa 35) und D. Luis Oliveira Dias (44).

Beide waren Gründer der „Fortschrittspartei", die aus der Portugiesischen Föderalistischen Bewegung, die es seit dem 25. April gab, hervorgegangen ist. Jose war Chefredakteur des größten portugiesischen Nachrichtenmagazins „Observador" (laut „Deutschlandmagazin", Oktober/November 1973), Luis 14 Jahre Verwaltungsdirektor der Bank „Banco Portugues do Atlantico". Der italienische Schlager „Regenbogen" wird gespielt, zufällig die Lieblingsmusik von Luis, wie er uns später mitteilt. Er ist abergläubisch und spricht von „Vorsehung". Wir sind, unserer Aufgabe entsprechend, einem (geliehenen) schwarzen Porsche entstiegen, neuestes Modell. Ich trage eine Krawatte in schwarz-rot-gold.

„Entschuldigen Sie die Improvisiertheit der Organisation", begrüße ich sie, „aber wir hatten uns eigentlich darauf eingerichtet, morgen in Madrid zu sein. Ich bin der Adjudant des Präsidenten und habe bis zu seinem Kommen alle Vollmachten. Er ist im Augenblick noch in einer Konferenz, wo er unsere Finanzierungsprobleme zur Sprache bringt."

Luis und Jose zeigen ihr Beglaubigungsschreiben als handlungsbevollmächtigte Adjudanten Spinolas und gleichzeitig den brasilianischen Paß des Ex-Präsidenten, um die Authentizität seiner Unterschrift zu beweisen.

Wallraff: „Darf ich die Vollmacht unserem Präsidenten zeigen?"
Luis: „Natürlich. Unser Präsident, der General, ist übrigens auch bereit, wenn der Gesprächsstand es erfordern sollte, hierher zu kommen oder Sie in Genf zu empfangen. Wann Sie wollen, wo Sie wollen."
Wallraff: „Das wäre bei diesen Summen natürlich schon sehr wichtig. Hauptsache ist, daß zuerst die Frage der Sicherheit des Generals geklärt wird."
Luis: „Wenn wir Risiken eingehen müssen, dann gehen wir sie eben ein. Es ist Ihre Entscheidung, ob ein Treffen zwischen dem General und dem Präsidenten stattfinden soll oder nicht."
Wallraff: „Könnte er morgen denn schon kommen?"
Luis: „Jederzeit. Wenn Sie uns über Ihre Organisation und über Ihre Eindrücke aus dem Norden vielleicht noch etwas Genaueres sagen könnten."

Wallraff: „Der ungewöhnliche Weg, die Kontakte von unten statt von oben her aufzunehmen, hat seinen Grund darin, daß wir schlechte Erfahrungen mit der ELP gemacht haben, wo das Geld zum Teil nicht in die richtigen Hände gekommen ist. Wir wollten uns selber ein Bild machen über die Aktivitäten der Mitglieder an der Basis. Und wir wollten nicht noch einmal so eine Enttäuschung erleben. Auch wollten wir einzelne Mitglieder, die früher bei der ELP waren und jetzt bei der MDLP sind, etwas genauer unter die Lupe nehmen."
Luis: „Jetzt verstehen wir. Das ist ein guter Weg sich zu informieren. Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?"
Wallraff: „Wir waren sehr zufrieden und haben deshalb unser Hilfsangebot unterbreitet."
Luis: „Viele von den Leuten der ELP sind unsere Freunde, aber die Organisationen selber haben keinerlei Verbindung miteinander. Wir sind stärker und haben auch viel weitergehende Ziele. Ist Dr. Strauß über unser Treffen informiert?"
Wallraff: „... Er weiß nicht, daß wir in diesem Moment hier zusammensitzen, aber ich kann Ihnen versichern, er wird darüber informiert."

Luis: „Ich habe gestern noch mit seiner Sekretärin Frl. Haase telefoniert und ihm ausrichten lassen, daß wir da sind und weiter nach Düsseldorf fliegen werden. Er bereitet sich zur Zeit auf seine Reise in den Norden Portugals vor, wo er in Povoa de Varzim Gespräch mit der CDS führen wird."
Wallraff: „Wann hatten Sie noch Dr. Strauß das letzte Mal getroffen?" (Ich blättere in meinem Terminkalender, als ob ich es da festgehalten hätte.)
Luis: „Vor vier Wochen hatten wir mit Dr. Strauß in München konferiert, ob es Möglichkeiten gibt, daß der General in Deutschland leben könne, falls es in der Schweiz Schwierigkeiten gäbe. Strauß hat ihm versprochen, daß es möglich sei, in Bayern zu leben und sich von dort auch politisch zu betätigen. Im selben Augenblick, in dem in der Schweiz Probleme entstehen, werden wir nach München übersiedeln. Wir haben aber auch Angebote aus Österreich."

Wallraff: „Haben Sie bei Strauß hinterlassen, daß Sie mit uns Kontakt aufnehmen?"

Luis: „Vor ca. drei Wochen trafen Jose und ich im Bonner CSU-Büro Dr. Voss (Anmerkung: persönlicher Referent von Strauß). Dem haben wir auch unsere Strategie-Pläne gegeben. Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehandelt werden müsse und daß wir mit niemandem außer ihm selbst Kontakt aufnehmen sollten. Das war zur Zeit des Karnevals. Er wird sich in Portugal jetzt erstmal selbst ein Bild machen, wie Sie es ja auch getan haben. Danach werden wir wieder Kontakt aufnehmen . . .

Ich finde es irrsinnig, daß ich im Augenblick hiersitze. Dr. Strauß hat mich nämlich neulich in Genf angerufen, und ich war nicht da. Wird sich eigentlich die CSU auf Bundesebene an den nächsten Wahlen beteiligen? Das Problem ist doch für die CDU, daß sie keinen international anerkannten Führer zu bieten hat."

Wallraff: „Allerdings, aber Strauß ist fähig, beide zu führen . . . Wie stellen Sie sich jetzt konkret unsere Unterstützung vor?"

Luis: „Die finanzielle Hilfe ist in drei Posten aufgeteilt. 1. wissenschaftliche und technische Hilfe für ein Institut, 2. finanzielle Unterstützung für eine großangelegte politische Bewegung, aus der vielleicht eine Partei — eine Art Antipartei — entstehen kann und 3. Bewaffnung und Ausbau des inneren Netzes, unserer Untergrundorganisation. Dazu kommen dann noch die übrigen Waffen."
Wallraff: „Darüber wollen wir dann morgen mit dem General detailliert sprechen. Wie soll nun unsere Finanzierung erfolgen?"

Luis: „Was die Finanzierung angeht, haben wir an zwei Etappen gedacht. Die Aufstellung ist für ein Jahr, dann haben wir gehofft, daß Sie zunächst die nächsten drei Monate finanzieren werden. Also von April bis Juni. Den Zeitpunkt von jetzt bis zu den Wahlen halten wir nicht für günstig. Das ist zu kurzfristig. Diese drei Monate sind eine Vorbereitung für den ‚kritischen Augenblick'. Ich glaube, wir sollten noch einige Worte verlieren über die politische Einschätzung des Generals. Dann sind Sie schon vorinformiert, wenn er morgen kommt. Auch wohlmeinende Rechte haben immer wieder Zweifel, was die Rolle des Generals innerhalb der portugiesischen Revolution betrifft. Zwar stimme ich mit ihm nicht in allen Punkten überein, aber er ist wirklich ein Mann des Vertrauens. Er hatte auch das volle Vertrauen Salazars. Und als 1961 Marcelo Caetano und Costa Gomes versucht hatten, Salazar zu stürzen, hat das Regiment des Generals diesen Staatsstreich verhindert. Spinolas Vater war der erste Kabinettschef Salazars. Der General wurde von den Revolutionären einfach mißbraucht."

Wallraff: „Hat er in der Schweiz Schwierigkeiten?"

Luis: „Eigentlich nicht, er muß nur in seinen Erklärungen sehr diskret sein.

Offiziell muß er akzeptieren, sich nicht politisch zu betätigen. Die Sozialisten haben gefordert, daß er ausgewiesen wird, aber die Regierung hat abgelehnt.
Wallraff: „Wann wird der General denn endlich nach Portugal zurückkehren?"
Luis: „Nach den Wahlen und dann sicher auf Einladung der neuen Regierung, die hauptsächlich aus PPD und CDS bestehen wird."

„Der General" in Düsseldorf

Am nächsten Tag, Donnerstag, 25. März, soll der Ex-Staatspräsident und jetzige MDLP-Präsident General Antonio Ribeiro de Spinola um 12.45 Uhr auf dem Flughafen Düsseldorf, Terminal 2, aus Genf über Zürich einfliegen.

Wie findet man einen „Präsidenten", der bereit ist, dem Ex-Präsidenten von Portugal gegenüberzutreten. Am Abend vorher telefoniere ich drei Stunden lang. Ich versuche einen Pfarrer, einen Verleger, einen Rechtsanwalt, einen Arzt, einen Bundestagsabgeordneten zu überzeugen. Vergeblich: Alle stimmen mit mir darin überein, daß es moralisch und politisch zu verantworten, ja notwendig sei, diese gigantische Täuschung zu inszenieren. Alle haben sie aber ihre unaufschiebbaren Gründe. Entweder sind sie gerade verhindert oder trauen es sich nicht zu. Keiner ist bereit, aus seiner Rolle für einen Nachmittag auszusteigen, um mitzuhelfen, einen Rechtsputsch, womöglich ein zweites Chile verhindern zu helfen. Dabei kann ich aufgrund meiner eigenen Rollenerfahrungen sagen, daß es hundertmal einfacher ist, einen nimbusbeladenen Präsidenten zu spielen, als zum Beispiel die Existenz eines Fließbandarbeiters eine zeitlang anzunehmen. Am nächsten Morgen weitere vier Stunden Telefonate. Freunde rufen andere Freunde an. Echte Schauspieler, die ich für diese Rolle gewinnen will, sind so schnell nicht aufzutreiben. Also kein Präsident. Verspätet fahren wir im Mercedes von Rechtsanwalt Dr. Meinecke zum Düsseldorfer Flughafen. Dr. Meinecke, FDP-Mann und Präsident der WAHR, der Weltbewegung für Menschenrechte, hat sich ohne zu zögern, bereitgefunden, als neutraler Zeuge dem historischen Augenblick beizuwohnen. Um 12.58 erreichen wir die Ankunftshalle. Die Maschine hatte Verspätung. 10 Minuten. Aber weder Luis, noch Jose, noch Spinola sind, wie verabredet, da. Auch die Nichte des Generals ist nirgends zu erblicken.

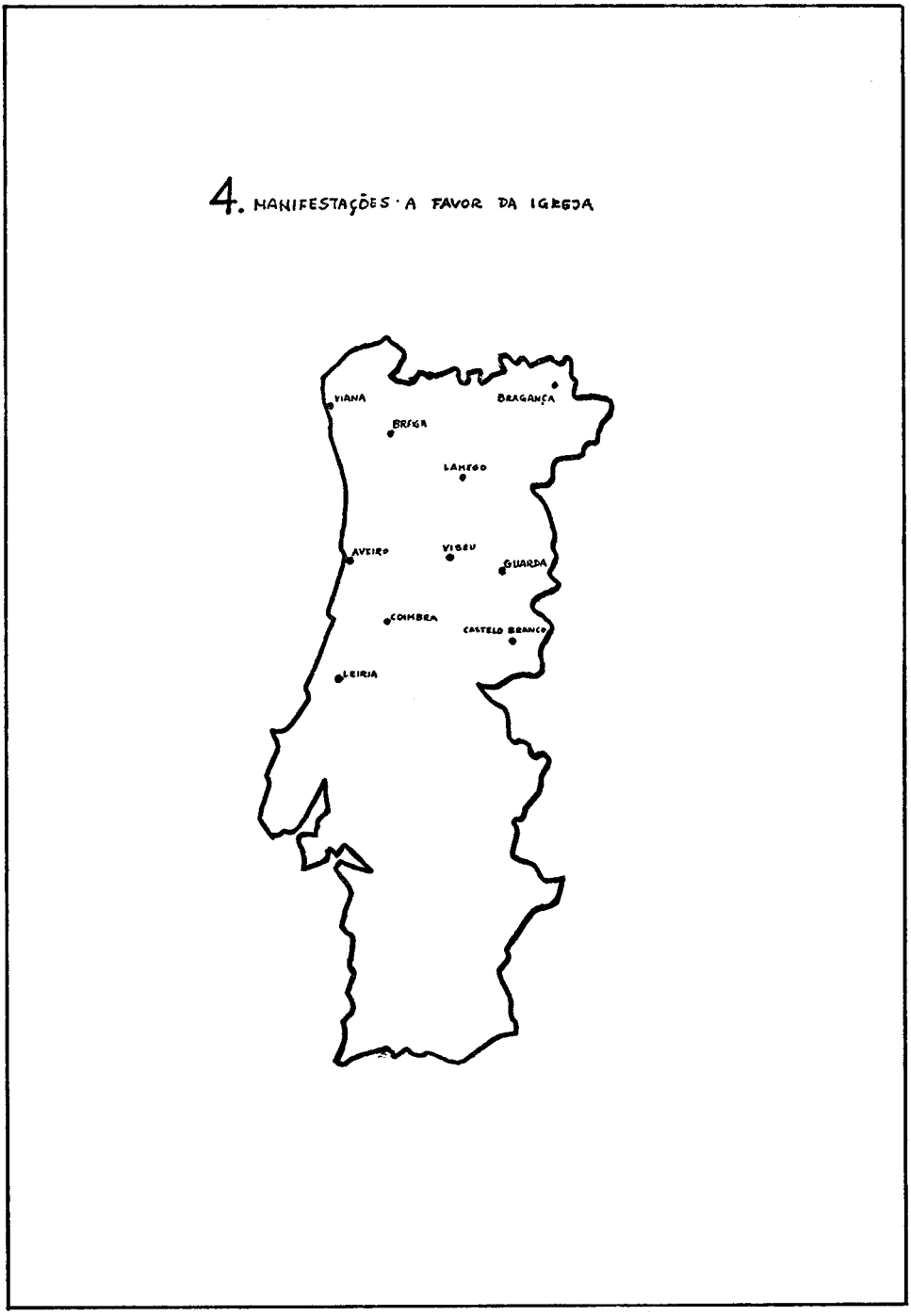
Plötzlich sehen wir hinter der Absperrung Luis und Jose, die sich mit einem älteren, sonnenbebrillten Herrn unterhalten. „Jemand vom Verfassungsschutz" schießt es mir durch den Kopf, „der ihn warnen wird". Wir steuern auf die Gruppe zu. Jose und Luis stellen vor: „Das ist er, unser Präsident, der General." (Spinola ist in Begleitung seiner Nichte.) Wir begleiten ihn zum Mercedes 230 von Anwalt Meinecke. Bis wir im Nobelrestaurant „Schnellenburg" ankommen, sprechen wir über das Wetter. Es ist kühl und regnerisch.

Im „Rheinsaal" warten — stilgerecht — Primelbouquet und Stehempfang auf uns. Als nationalbewußter Deutscher habe ich mir eine schwarz-rot-gold-gestreifte Krawatte umgebunden, lächerliche Statussymbole wie ein vergoldetes Feuerzeug und ähnlichen Klimbim zugelegt. (Die folgende Szene ist so unwirklich und grotesk operettenhaft wie in einem schlechten deutschen Spielfilm, und würde — wenn nicht authentisch und belegt — für glatt erfunden und maßlos übertrieben gehalten werden.)

Anwalt: „General, ich begrüße sie auf deutschem Boden im Namen von Männern und Organisationen, die dazu entschlossen sind, daß international und vor allem in Europa Recht und Ordnung erhalten bleiben."

Spinola (hat inzwischen Sonnenbrille mit Monokel vertauscht): „Ich bedanke mich sehr, daß ich hier in Düsseldorf unter solchen Umständen empfangen wurde

Abbildung 3



Übersetzung: 4. Prokirchliche Demonstrationen. — (Anmerkung d. Verf.: Man beachte, daß der Sitz des liberalen, unter Salazar zur Emigration gezwungenen Erzbischofs von Porto ausgeklammert wurde.)

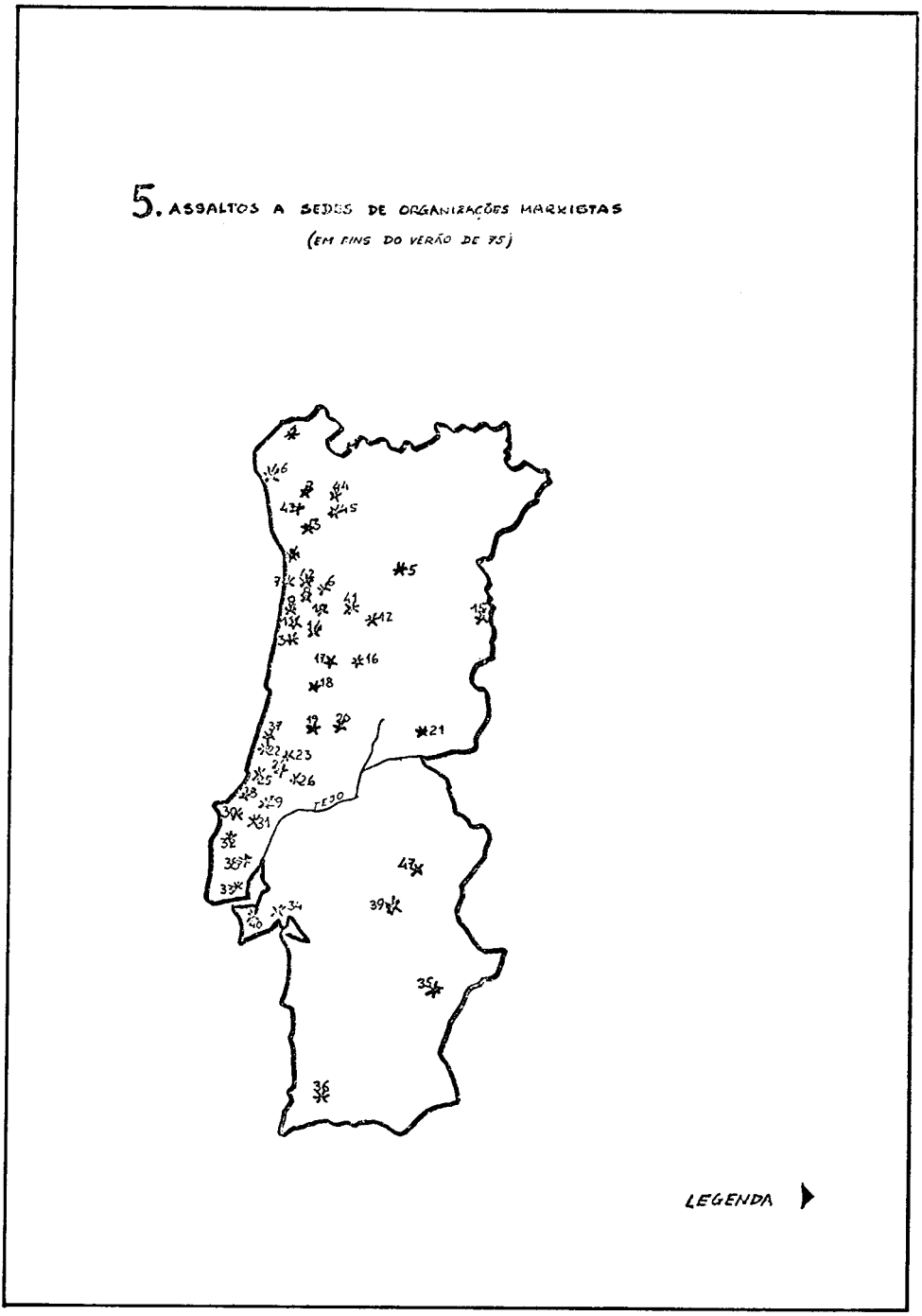
und benutze die Gelegenheit, mich für die freundliche Begrüßung zu bedanken. Das ist mein erster Besuch in Düsseldorf nach dem Zweiten Weltkrieg. Und ich komme mit großer Hoffnung. Deutschland hat eine große Aufgabe, was die Zukunft Europas angeht. Ich war immer der festen Überzeugung, daß sich im Schoße Europas Kräfte bereit finden müßten, um auf die sowjetische Invasion zu reagieren. Eine westliche Allianz ist nötig gegen eine sowjetische Allianz. Und Deutschland bietet die besten Bedingungen dazu, Initiator dieser westlichen Allianz zu werden."
Wallraff: „Wir bedanken uns, Herr General, für diese ermutigenden Worte. Der General wird verstehen, daß wir den Kreis möglichst klein gehalten haben, aus Sicherheitsgründen. Auch wir wissen diesen historischen Augenblick zu schätzen, dieses Treffen ist, glaube ich, in unser aller Sinne!" (Der General trinkt keinen Alkohol, aber seit Jahren zum erstenmal hat er bei diesem Empfang zum Sekt gegriffen. Die Büsumer Krabbensuppe mundete ihm sehr, vom Hirschrücken war er — als alter Jäger — geradezu begeistert. Nachtisch lehnte er ab.)

Wallraff: „Hatten Sie Schwierigkeiten bei der Einreise, General?"
Spinola: „Keinerlei. Wir sind ganz normal eingereist."
Wallraff: „Wenn Sie etwas mehr Zeit hätten, könnten wir für morgen noch einige Treffen mit deutschen Politikern arrangieren, die Sie uns vorschlagen."
Spinola: „Fliege ich wirklich schon heute?"
Luis und Jose (einstimmig): „Ja, leider, mein General."
Wallraff: „Wenn Sie, General, nach dem Essen etwas ausruhen möchten und sich frisch machen wollen — wir haben ein Appartement für Sie reservieren lassen. Dann können wir mit Luis und Jose bereits anfangen zu arbeiten und unsere Agenda erstellen. Anschließend hätten wir gerne von Ihnen eine politische Einschätzung der augenblicklichen Situation in Europa."
Spinola: „Nichts leichter als das. Ich arbeite ja gerade an meinem neuen Buch „Der Westen und die Zukunft".
Wallraff: „Haben Sie schon einen deutschen Verlag dafür?"
Spinola: „Nein, das Buch soll zuerst in Portugal erscheinen. Nach den Wahlen, versteht sich. Ich bereite auch noch ein anderes Buch vor mit Interviews, die ich gegeben habe, mit Antworten auf Fragen, die an mich gestellt wurden seit dem 28. Dezember."
Jose und Luis: „September, mein General."
Wallraff: „Dann können wir Sie ja als Schriftsteller begrüßen."
Jose: „Ja, der General hat bis jetzt fünf Bücher geschrieben."
Spinola (wehrt sich): „Nein, nein, ich bin weder Schriftsteller noch Politiker."
Wallraff: „Fühlen Sie sich in der Schweiz wohl? Oder sind Sie lieber in Brasilien?"
Spinola: „In der Schweiz ist es ruhiger, und außerdem bin ich in Europa."
Luis: „Schauen Sie einmal, was ich heute im Kaufhof gefunden habe: Manschettenknöpfe mit dem Symbol der MDLP (zwei Kettenglieder, die ineinander greifen). Sie sind zwar nicht besonders schön, aber immerhin."
Spinola: „Phantastisch."
Wallraff: „Wir werden sie in Silber nacharbeiten lassen und unseren Spendern zuschicken."
Jose: „Wissen Sie schon, General, daß es seit kurzem in Lissabon wieder Anstecknadel mit Ihrem Portrait zu kaufen gibt?"
Spinola (zerstreut): „Ja, ja, ich weiß."
Wallraff: „Wann können wir damit rechnen, daß Sie nach Portugal zurückkehren?"

Spinola: „Allgemein gesprochen, in dem Augenblick, in dem es das Beste für das ganze Land sein wird. Wenn ich mich eben auch wieder politisch frei betätigen kann. In keinem Fall vor den Wahlen. Und zwar nur nach eigener Entscheidung."
Wallraff: „Ihre Frau erwartet Sie ja bereits und bestellt das Haus in Lissabon."
Spinola: „Am nächsten Sonntag fahren mein Bruder und meine Neffen nach Portugal zurück."

Der Bruder, Francesco, sieht dem General täuschend ähnlich. Jose erschrak zu Tode, als er sich in Caxias (Gefängnis bei Lissabon), wo er nach dem 28. September inhaftiert wurde, weil die 5. Division im Parteibüro der „Fortschrittspartei" Waffenlisten entdeckt hatten, während der Morgenmesse umdrehte und ein bekanntes Gesicht sah: Er war der Meinung, der General wäre gefangengenommen, es war aber Francesco. Der Sicherheitsbeauftragte von Spinola, Antonio Ramos, setzte bei Festessen nicht den General ans Fenster, sondern — aus Sicherheitsgründen — seinen Bruder. Mit Francesco läßt sich auch gut die Stimmung testen.
Luis: „Wenn Francesco nach Portugal einreist, werden wieder alle Zeitungen voll sein mit der Meldung, daß der General zurückgekehrt sei."
(Dies war dann auch tatsächlich in den deutschen Zeitungen zu lesen.)
Die Krabbensuppe mundet dem asketischen General, er gerät in Erzähllaune.
Spinola: „Ich möchte noch eine lustige Geschichte erzählen. Luis, ist die wirklich lustig?"
Luis: „General, ja, ja sehr."
Spinola: „Zwei Freunde wollten in Afrika einen Geparden jagen. Und wohnten im Haus eines befreundeten Großgrundbesitzers. Jede Nacht setzten sie als Beute für die Geparden ein Zicklein, das dem Großgrundbesitzer gehörte, aus. Man muß vorausschicken, daß sie keine guten Schützen waren. Jede Nacht kam der Gepard, fraß das Zicklein und entschwand. Bis es dem Großgrundbesitzer nach einer Zeit zu bunt wurde und er die beiden Freunde fragte: ‚Zu wem haltet ihr jetzt eigentlich? Zum Geparden oder zu mir?' Das ist die Geschichte. Die ist schon sehr alt." (Lautes, etwas gezwungenes Lachen.)
Spinola (bedeutungsschwer): „Im heutigen Portugal gibt es sehr viele Freunde des Geparden."
Wallraff: „Sind Sie der Meinung, daß die CDS bei den nächsten Wahlen ungefähr 25 % der Stimmen erhalten wird?"
Spinola: „Das glaube ich nicht. Aber in dieser konfusen Zeit bestimmt oft die letzte Woche vor den Wahlen noch die Ergebnisse. Die CDS wird jedoch im Verhältnis zu den anderen Parteien den größten Zugewinn haben."
Wallraff: „Gibt es innerhalb der PPD verläßliche Freunde?"
Spinola: „Diese Partei bietet kein Programm an, das auch nur entfernt die Probleme des portugiesischen Volkes lösen könnte. Die PPD ist selbst sehr gespalten, so daß sie als Koalitionspartner für uns kaum in Frage kommt. Obwohl sie eigentlich zuverlässige Leute hat. Die drei wichtigsten Parteien PPD, CDS und PS steht in dieser Wahlkampfzeit auf Kriegsfuß. Sie führen einen Kampf auf Leben und Tod!"
Spinola: „Diese meine Wahlanalyse war nur sehr oberflächlich."
Luis und Jose: „Im Gegenteil, mein General."
Spinola: „Die wenigen politischen Werte, die wir im heutigen Portugal noch finden können, sind in der PPD und der CDS verankert. Ein bißchen auch noch in der PS. Aber letztlich kann man diesen Rechten in der PS doch nicht trauen, weil sie zu sehr ihrer Partei verhaftet sind. Ich halte sie für nichts anderes als für Opportunisten. Die werden auch von niemandem ernst genommen. Die PS-Mini-

Abbildung 4



Übersetzung: Überfälle auf Niederlassungen marxistischer Organisationen (im Spätsommer 1975).

Buchhaltung des Terrors

Legende der nebenstehenden Übersichtskarte

1 — Valença do Minho — Überfall auf das PCP-Haus; 3 — St. Cruz (Santo Tirso) — PCP-Haus in Brand gesteckt; 4 — Porto, Matosinhos, Gaia — Stände von UJC und MDP/CDE in Brand gesteckt. Gegendemonstration und Zerstörung des MDP-Büros in Matosinhos; 8 — Oliveira de Azeméis — PCP-Haus in Brand gesteckt; 11 — Aveiro — Überfall auf das Büro der FSP; 13 — Ilhavo — PCP-Haus mit Steinen beworfen; 19 — Ansião — PCP-Haus und MDP-Büro in Brand gesteckt; 20 — Figueiró dos Vinhos — PCP-Haus überfallen; 21 — Castelo Branco — Belagerung des PCP-Hauses; 23 — Batalha — Zusammenstöße mit Reaktionären, Arbeiter verprügelt; 27 — Alcarema — PCP-Haus belagert; 28 — Caldas da Rainha — PCP-Funktionäre provoziert; 33 — Lisboa — Aktionen gegen die Barrikaden; 36 — Monchique — Angriff auf die Verwaltungskommission der Câmara. 13. Juli 1975 — 29 — Rio Maior — Zerstörung der Büros von PCP und FSP. 15. Juli 1975 — 29 — Rio Maior — Zerstörung eines Wagens und der Exemplare der Zeitungen „Diário de Lisboa" und „Diário Popular", die er transportierte. 18. Juli 1975 — 4 — Porto — Teilnehmer einer Versammlung der PS legen Feuer an Stände der PCP und der MDP/CDE auf der Praça da Liberdade. Versuchter Überfall auf die Niederlassung der Zeitung „Diário de Notícias"; 11 — Aveiro — Belagerung von PCP-Funktionären. Heftiges Stein-Bomberdement auf das PCP-Büro; 22 — Leiria — Überfall auf den Fahrer des „A Capital"-Wagens und Vernichtung seiner Zeitungen; 23 — Batalha — Zerstörung des PCP-Büros. Angriffe auf die Zeitungswagen aus Lissabon (mit Ausnahme des „Diário Popular"); 24 — Porto de Mós — Zerstörung des PCP-Büros; 28 — Caldas da Rainha — Tod eines PPD-Funktionärs; 30 — Lourinhã — Zerstörung des PCP-Büros; 31 — Cadaval — Zerstörung des PCP-Büros. 19. Juli 1975 — 8 — Oliveira de Azeméis — Erstürmung des MES-Büros; 11 — Aveiro — Tod des Soldaten Eugénio Pereira das Neves bei der Bewachung des PCP-Büros. Erstürmung des Intersindical-Büros (Gewerkschaft); 18 — Coimbra — Schüsse auf Soldaten, anläßlich von Barrikadenbau-Aktionen; 25 — Alcobaça — Festnahme des Besitzers des „Jornal de Alcobaça" durch die Militärpolizei unter der Anklage, der Zeitung eine konterrevolutionäre Tendenz gegeben zu haben; 34 — Setúbal — Der Sänger José Afonso wird angegriffen und durch einen Messerstich verletzt. 20. Juli 1975 — 4 — Matosinhos — Zerstörung des MDP/CDE-Büros. Die Bevölkerung fordert den Rücktritt des städtischen Verwaltungsrates; 6 — Vale de Cambra — Explosion eines Sprengkörpers im Büro der Arbeitsgruppe der PCP; 12 — Viseu — Angriff auf das PCP-Büro während einer PPD-Versammlung. 21 Juli 1975 — Moimenta da Beira — Versuch der Erstürmung des PCP-Büros; 9 — Estarreja — Plünderung des PCP-Büros; 15 — Vilar Formoso — Zerstörung des gesamten Maschinenparks des Leuchtturms im Werte von 3 000 000 Escudos; 17 — Mortágua — Versuch der Erstürmung des PCP-Büros; 21 — Castelo Branco — Versuch der Erstürmung des PCP-Büros; 25 — Alcobaça — Zerstörung des PCP-Büros; 26 — Minde — Angrif auf das PCP-Büro; 35 — Angriff auf einen CDS-Funktionär und Zerstörung seiner Wohnungseinrichtung. 23. Juli 1975 — 2 — Braga — Erstürmung des MDP/CDE-Büros. 25. Juli 1975 — 7 — Esmoriz — Erstürmung des PCP-Büros. 27. Juli 1975 — 10 — Sever do Vouga — MDP/CDE-Büro in Brand gesteckt. 16 — Sta. Comba Dão — Reaktionäre fordern die Befreiung des Arztes Esmeraldo Pais, versammelt an der Kaserne der Nationalgarde. 28. Juli 1975 — 14 — Águeda — Versuch der Erstürmung der Metallarbeitergewerkschaft. Angriff auf zwei Ärzte und sechs Krankenpfleger des Hospitals von Sucena, Mitglieder der PCP; 30 — Lourinhã — Erstürmung des Finanzamts; 32 — Torres Vedras — Zusammenstöße vor dem PCP-Büro, fünf Leichtverletzte; 37 — Amor (Gemeinde Monte Real, Rat von Leiria) — Überfall und Zerstörung der Kulturellen Erholungsgesellschaft, Beschädigung der Fahrzeuge ihrer Leiter; 38 — Moscavide — Zusammenstöße zwischen MRPP- und PCP-Angehörigen, mehrere Verletzte. 29. Juli 1975 — 47 — Estremoz — Bürger und Bauern dringen in die Agrargenossenschaft ein und fordern die Säuberung ihrer Liquidationskommission. Ein Mitglied dieser Kommission wird angegriffen, ein anderer Funktionär bedroht. Während dieses Zwischenfalls werden einige Agrarreform-Plakate beseitigt. 30. Juli 1975 — 39 — Évora — Attentat auf den Genossen Dinis de Miranda, Mitglied des Zentralkomitees der PCP. Ein Sprengkörper, der in einem Dinis Miranda gehörenden Haus gezündet wird, verursacht zwei Schwerverletzte; 40 — Costa da Caparica — MDP/CDE-Pavillon von einem „Molotow-Cocktail" getroffen; 4 — Porto — Angriff auf das Büro der Zeitung „Républica". 31. Juli 1975 — 42 — S. João da Madeira — die Büros der AOC und der UDP gestürmt; 42 — S. João da Madeira — Sturm auf das PRP-BR-Büro, drei Verletzte unter den Angreifern. 1. August 1975 — 43 — Vila Nova de Famalicão — Erstürmung der Büros von MDP/CDE und PCP. Zwei Demonstranten von Schüssen getroffen; — S. Pedro do Sul — Angriff auf das Rathaus. 3. August 1975 — 43 — Vila Nova de Famalicão — Versuch der Erstürmung des Arbeitszentrums der PCP, ein Toter und ein Schwerverletzter; 44 — Póvoa do Lanhoso — Erstürmung der Büros von PCP und MDP/CDE. 5. August 1975 — 45 — Fafe — Bombenexplosion in einem Lebensmittelgeschäft. Der Sprengstoffanschlag richtete sich offenbar gegen den Sohn des Eigentümers, der im ersten Stock des Gebäudes wohnte und als MDP/CDE-Aktivist bekannt war; 46 — Anha — Explosion einer Bombe in der Werkstatt von José Martins Neiva.

ster lassen in ihren Ministerium ja Staatssekretäre der PC zu. Dann wollen sie noch glaubhaft bleiben."

Der Hirschrücken kommt.

Wallraff: „Das ist ein Hirsch, General. Gibt es dergleichen in Portugal auch?"
Spinola: „Ja, ja, ja. Aber nur auf einem Gut. 50 km nördlich von Lissabon, in Torre Bela. Das gehört dem Herzog von Braganza, er hält dort öfters Jagdgesellschaften ab."
Luis: „Er hielt, General. Das ist jetzt eine Kooperative."
Wallraff: „Gibt es denn jetzt auf Torre Bela noch Hirsche oder nicht?"
Luis: „Keinen einzigen mehr."
Jose: „Alle abgeschlachtet."
Nichte des Generals: „Der Hirsch ist außergewöhnlich zart."
Wallraff: „Sehen Sie, General, eine Möglichkeit, daß die geraubten Landgüter den rechtmäßigen Herren bald zurückgegeben werden?"
Spinola: „Mh (kaut). Der Zeitpunkt hängt zu einem Teil auch mit von Ihnen ab."
Luis: „Das letztemal, als der General in Düsseldorf war, das war während des Krieges, und er war Beobachter bei der deutschen Armee."
Spinola: „Das war im Jahr als Leningrad fiel. 1939."
Luis: „Man nennt es heute Stalingrad. Also 1942."
Spinola: „Nein, es war 1940 und in Leningrad. Aus dieser Zeit habe ich ein Photo, da bin ich mit zwei deutschen Offizieren drauf, ich in deutscher Uniform mit eisernem Kreuz und die in portugiesischen. Heute würde ich auch gerne wieder die Uniform tauschen."

Der „Held des 25. April" oder Aufklärung eines Mißverständnisses

Leningrad gefallen? 1939? Stalingrad? — Was redet der General, frage ich mich. Sollte es zutreffen, daß er schon ein wenig senil ist, wie man mir einmal in Portugal sagte? Ist er nur die Galionsfigur der Rechtsextremisten? Ich frage ihn: „Wie kam es überhaupt zu diesem verhängnisvollen Mißverständnis, daß Sie, General, als Speerspitze der Revolution galten? Hat man Sie erpreßt?"
Spinola: „Ich war schon lange mit der Kolonialpolitik der Regierung Caetano nicht einverstanden. Vor allem, weil ich die Situation an Ort und Stelle besser kannte. 1971 habe ich über meine Erfahrungen ein geheimes Papier für Marcelo geschrieben, aus dem dann später das Buch hervorgegangen ist. In diesen Thesen war die Lösung des Kolonialproblems enthalten. Caetano hat es aber nicht richtig genutzt. Als dann die Revolution kam, hat er sich mir gegenüber plötzlich ganz anders verhalten, weil er glaubte, daß das Buch der Anlaß für die Revolution wäre. Ein Buch, das geschrieben wurde, um die portugiesischen Kolonialprobleme den Umständen entsprechend im Sinne der portugiesischen Interessen zu lösen, wurde plötzlich zu einem revolutionären Knüller. Seltsam ist bei dieser Geschichte, daß die authentischen Revolutionäre des 25. April das Buch ablehnten."
Wallraff: „Kurz nach dem 25. April oder jetzt?"
Spinola: „Immer. Aber das weiß niemand. Es hieß, daß das ein Buch war, das den 25. April potentiell begünstigt hätte, aber das ist nicht wahr."
Wallraff: „Wie kam es dazu, daß Sie als Galionsfigur der Revolution aufgebaut wurden, und was haben Sie dagegen unternommen?"

Spinola: „Sie werden es nicht glauben, aber ich erfuhr erst zwei Wochen vor dem 25. April von der geplanten Revolution. Sie wollten mich überzeugen, daß ich für die Rettung des Vaterlandes gebraucht würde, und legten mir ein Programm ihrer

Bewegung vor (der MFA). Das war aber das Programm der kommunistischen Partei, das sie abgeschrieben hatten. Da wurde mir plötzlich klar, daß es sich um eine kommunistische Revolution handelte."

Jose: „Erzählen Sie doch, wer die Autoren dieses Programms waren."
Spinola: „Das war Melo Antunes und Costa Gomes. Ich stellte die Bedingung, daß das Papier geändert werden müsse. Ich hatte einen Bleistift in der Hand und strich ganze Passagen durch. Ich sagte ihnen, wenn das Programm so bleibt, können sie auf keinen Fall mit meiner Unterstützung rechnen. Ich würde nur mitmachen, wenn sie eine Staatsform nach westlichem Vorbild in Frage hätten. In diesem Augenblick berief ich einen Familienrat ein (Anm.: Der Schwiegervater Spinolas ist einer der größten portugiesischen Konzernherren, Champalimaud.), dem ich die Frage vorlegte, ob ich mich an dieser Revolution beteiligen solle. Acht Tage später erhielt ich das revidierte Programm. Als ich dieses Papier dann akzeptierte, hieß es, man würde noch mit Costa Gomes darüber reden. Dann fragte ich noch einmal Verwandte, Bekannte und Offiziere der Armee, wie ich mich verhalten solle. Ich zögerte noch, die Leitung der MFA zu übernehmen, weil mir diese kommunistischen Gedankengänge im Programm einfach suspekt waren. Einstimmig haben diese Leute aber beschlossen, daß ich die Verantwortung übernehmen solle. Das Kräfteverhältnis war vier zu drei. Ich wußte, daß ich mich auf drei Generäle verlassen konnte, und zwar Jaime Silva Marques, Diego Neto und Galvao de Melo. Und wir haben eben versucht, die Revolution aus ihrem kommunistischen Anfang herauszuführen."
Nichte des Generals: „Es ist jetzt 20 vor vier. Wollten wir uns nicht ausruhen?"
Luis: „Wenn Ihr Präsident um vier Uhr kommt, sollten wir vielleicht jetzt abbrechen."
Wallraff: „Kein Grund zur Eile. *Wenn* unser Präsident kommt, wird er Zeit haben." (Verzweifelte Anrufe, um einen „Präsidenten" zu finden — vergeblich.)
Wallraff: „Der Präsident läßt ausrichten, daß wir jetzt erst die Agenda erstellen sollen, und daß er kommen wird, wenn es dunkel ist. Aus Sicherheitsgründen."

Ein letzter Versuch, einen Präsidenten zu bekommen. Ich erreiche einen alten Bekannten, Herrn B., Verlagsangestellter, in seinem Büro. Ich flehe ihn an. „Sie müssen mir helfen. Ich bin am Schlußpunkt umfangreicher Recherchen und es fehlt nur noch eine letzte Beweisführung. Ich instruiere ihn mit knappsten Angaben. „Was braucht ein Präsident schon zu können, als gewichtig dreinzuschauen und an entscheidenden Stellen ‚ja' oder ‚nein' zu sagen. Haben Sie eine Krawatte umgebunden? Kaufen Sie sich noch schnell einen Aktenkoffer, damit Sie einen geschäftigen Eindruck machen." B. ist bereit. In den Rheinsaal zurückgekehrt, eröffne ich: „Wie der General hat sich jetzt auch unser Präsident entschieden, alle Risiken auf sich zu nehmen. Er sieht ein, daß die Zeit des Generals begrenzt ist. Er wird trotz aller Schwierigkeiten in einer halben Stunde da sein. Er wird es hier zuerst abklären lassen, und er wird vor dem Lokal ein paar Leute postieren. Für alle Fälle. Das ist eben die deutsche Perfektion mit ihren Vor- und Nachteilen."

Gegen 17.30 erscheint der Präsident, grauhaarig, bescheiden, gefaßt. Elastisch und erholt von der Siesta betritt Spinola nach ihm den „Rheinsaal", die beiden Präsidenten begrüßen sich herzlich. Der General schneidet in der Begrüßungsrede sein Lieblingsthema an.

Spinola: „In dieser Zeit des Kampfes, in der der Westen sich gegen die Expansion des sowjetischen Imperialismus wenden muß, in dieser kritischen Phase der Abdankung des Westens müssen sich Kräfte zusammenfinden, die bereit sind, zu

reagieren, um den Westen zu retten. Seit langem schon verteidige ich die These, daß es diese Kräfte im Westen gibt. Ich zweifle nicht daran, daß der Westen einen neuen Führer braucht. Ich habe die Lage in den letzten Jahren verfolgt und bin zu dem Schluß gekommen, daß die amerikanische Allianz nichts mit Europa zu tun hat. Ihre Zukunft hängt sogar letztlich davon ab, daß sie auf den Ruinen Europas aufbaut. Die einzige Gegenkraft könnte eine europäische sein. Mit einem starken Führer an der Spitze. Und schon seit einigen Jahren bin ich der festen Überzeugung, daß diese Führungsrolle in Europa Deutschland zusteht. Deshalb finde ich unser Treffen auch gar nicht so erstaunlich. Wir müssen in dieser kritischen Phase zusammenhalten, um Europa zu retten. Ich freue mich, Herr Präsident, Ihnen diese Reden überreichen zu können, die ich im letzten Jahr in Amerika gehalten habe. Die erste beschäftigt sich mit dem Niedergang des Westens."

In dieser Rede, die General Spinola am 18. November 1975 an der Universität von Connecticut gehalten hat, sagte er unter anderem: „Wenn der Westen weiterhin so apathisch bleibt, wenn er weiterhin in seinem Opium-Rausch verharrt, wenn er weiterhin Zugeständnisse jeglicher Art macht, wird er nach und nach seine Reaktionsfähigkeit verlieren und gleichzeitig die Freiheit selbst... Die Hypothese von der Notwendigkeit einer bewaffneten weltweiten Konfrontation erscheint uns ketzerhaft und lästerlich, aber auf die Dauer gesehen, ist dies die einzige Möglichkeit, den sowjetischen Vormarsch zu stoppen."

Präsident: „Ich möchte mich bei Exzellenz sehr bedanken für Ihre Ausführung. Die Intention, die Sie beflügelt, teile ich voll und ganz. Es besteht kein Zweifel, daß die portugiesische Situation ungleich komplizierter ist, als sie sich von außen darstellt. Je mehr man sich in eine Sache vertieft, desto komplizierter wird sie. Aber wir bleiben zuversichtlich, versteht sich. Betrachten wir doch einmal kurz die Situation in Deutschland: Hier sind die unterschiedlichsten Kräfte tätig. Und im Augenblick ist es schon fünf vor zwölf. Das heißt: wir haben nicht mehr viel Zeit zu handeln. Ich bewundere Ihre Zuversicht, Exzellenz, was die Lösung dieser schwierigen Aufgabe ‚Zukunft Europa' angeht."
Spinola: „Ich? Aber ich habe doch gar keine andere Möglichkeit als Optimist zu sein. Wenn wir nicht optimistisch wären, dann wäre das das Ende Europas und des Westens."
Wallraff: „Jetzt geht es um das endgültige Placet, um die Übereinstimmung zwischen Ihrem General und unserem Präsidenten. Wir sind bereit, Ihre Wünsche entgegenzunehmen und alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um sie zu erfüllen."
Präsident: „In den Grundprinzipien herrscht ja wohl schon Einigkeit. Exzellenz werden verstehen, daß ich hierherkam, um mir einen Eindruck zu verschaffen. Vor allem haben Sie mich davon überzeugt, daß Eile nottut, daß wir nicht länger warten können, um zunächst einmal Portugal zu retten."
Spinola: „Was Sie bisher mit meinen beiden vertrautesten Mitarbeitern gesprochen und entschieden haben, das hat von vornherein meine Zustimmung. Wir haben schon monatelang darüber diskutiert, und was sie sagen und tun, das denke ich auch. Für weitere Fragen, also auch für Kritik stehe ich Ihnen gerne noch weiter zur Verfügung."

Wallraff: „Wie beurteilen Sie im nachhinein den 25. November 1975?"
Spinola: „Im Gegensatz dazu, was die Weltmeinung denkt, hatten die Putschisten des 28. November..."
Luis: „25., mein General..."
Spinola: „Diese linken Putschisten jedenfalls nicht die geringste Aussicht auf

Erfolg. Erfreulich war zunächst, daß man annehmen konnte, am 25. November den Kommunisten endlich den entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Aber siehe da: sie haben sich wieder erholt und nach und nach ihre Machtpositionen wieder eingenommen und sogar verstärkt. Darüber scheint sich die Weltöffentlichkeit nicht im klaren zu sein."

Spinola: „Einen anderen Aspekt möchte ich noch zu bedenken geben. Und zwar, daß es mir unmöglich erscheint, daß aus einer Revolution, die kommunistische Wurzeln hat, jemals auf dem Weg der Evolution ein demokratisches Staatswesen hervorgehen könnte. Die kommunistische Revolution muß irgendwann einmal mit Gewalt beendet werden. (Er macht Scherenbewegungen mit zwei Fingern.) ... Ich glaube nicht, daß die Demokratie letztlich in diesem Prozeß hilfreich sein könnte. Und in dieser Situation stellt sich für mich die Frage: ‚Wie soll Portugal gerettet werden?' "
Präsident: „Aber das ist doch für Sie kein Problem, Exzellenz."
Spinola (lacht geschmeichelt): „Man darf vor allen Dingen den internationalen Kontext nicht aus den Augen verlieren."
Präsident: „Das ist keine portugiesische Frage allein."
Spinola: „Genau, deshalb bin ich so erfreut, daß wir uns heute hier treffen können. Unsere Arbeit muß jetzt in die Tiefe gehen, muß sich an das Bewußtsein der Volksmassen wenden. Deshalb wollen wir so schnell wie möglich unser Institut des nationalen Wiederaufbaus gründen."
Wallraff: „Dessen Direktor Sie sein werden?"
Spinola: „Ja. Und als Direktor werde ich ganz fest mit wirtschaftlicher Hilfe aus Ihrem Land rechnen. Portugal braucht so etwas wie ein deutsches Wirtschaftswunder. Auf alle Fälle vertrauen wir fest auf technische Unterstützung aus Deutschland. Und wir sind sicher, daß unser Institut, wenn es erst einmal steht, ein magnetischer Anziehungspunkt für ganz Portugal sein wird. Uber die Grenzen hinweg setze ich meine Hoffnung auf das Deutschland nach den nächsten Bundestagswahlen. Für Portugal und für Europa ist diese Entscheidung des deutschen Volkes eine Entscheidung auf Leben und Tod. Haben Sie sonst noch Fragen?"

Präsident: „Gestatten Sie mir noch eine kleine Bemerkung. Ich bin fasziniert von Ihrer Tatbereitschaft und Entschlußkraft. Ich werde den Vorzug zu schätzen wissen, Exzellenz hier persönlich kennengelernt zu haben. Uber die Details unserer Abmachung werden wir wohl unsere Mitarbeiter entscheiden lassen. Ich will Ihnen nicht zuviel versprechen im Augenblick, nur eines kann ich sicher sagen: Sie werden nicht enttäuscht sein, Exzellenz."
Wallraff (zum Präsidenten): „Weiter, die Frage nach den Waffen."
Präsident: „Vielleicht kann Exzellenz sagen, auf welch delikate Weise die Waffenprobleme geklärt werden könnten."
Spinola: „Entweder auf dem Seeweg mit Löschen der Ladung im Algarve, da habe ich schon eine Lösung parat. Oder direkt über das Oberkommando der portugiesischen Streitkräfte."
Wallraff: „Aber Hauptmann Duarte schlug uns doch vor, daß die Waffen über den Norden angeliefert werden sollen."
Spinola (ungehalten): „Natürlich, es geht auch über den Norden, aber ich kenne mich im Süden besser aus. Es ist beides möglich. Die nächste Möglichkeit wäre ein Transport auf dem Luftweg, der vom portugiesischen Heer kontrolliert würde. Offiziell wäre das dann für die portugiesischen Streitkräfte oder die Nationalgarde und nachher ... hätten wir es dann." (lacht)
Wallraff: „Und wie sollen sie dann eingesetzt werden? Der Norden ist ja eigent-

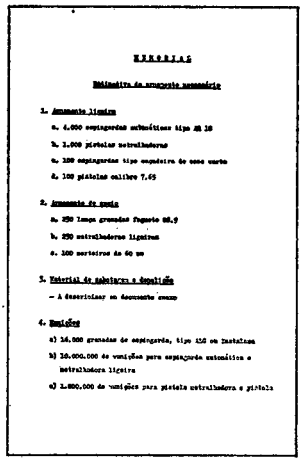
lich schon befriedet, was soll jetzt im Süden geschehen, der doch noch immer fest in der Hand der Kommunisten ist?"

Spinola: „Es geht uns in erster Linie um hochentwickelte automatische Waffen."
Wallraff: „Ihre Verbindungsleute im Norden sprachen davon, die Waffen vor der portugiesischen Küste von einem großen Schiff auf offener See auf Fischerboote umladen zu lassen."
Spinola: „Genau das habe ich mir für Algarve vorgestellt. Leider können wir in diesem unglückseligen Moment nicht mit Spanien rechnen. Die Situation in Spanien ist sogar schwieriger als in Portugal. Der politische Prozeß in Portugal ist im Abklingen, während er sich in Spanien gerade erst entfaltet."
Präsident: „Hoch interessant, hoch interessant."

Spinola: „Es freut Sie sicher zu hören, daß wir im Untergrund über 100 000 Mann verfügen, in einem gutorganisierten Netz. Diese Leute sind keine Neulinge, sie haben schon einige Prüfungen durchgestanden. Unser Hauptfeind, und wir sind die Einzigen, die ihn offensiv bekämpfen, ist die Kommunistische Partei. Leider ist die Anzahl der militärischen Einheiten, die schon völlig durchdiszipliniert und scharf antikommunistisch organisiert sind, noch klein."
Wallraf: „Aber die Kommandos . . ."
Spinola: „Ja, ja, dort ist alles in Ordnung. Die Mission der MDLP auf militärischem Gebiet ist die Annullierung der Internationalen Brigaden."
Wallraff: „Physisch?"
Spinola: „Ja. Aber wir dürfen die Meinung der Volksmassen nicht aus den Augen verlieren. Die Zahl der Waffen, um die wir Sie bitten, ist bewußt gering gehalten. Es ist nur eine Ergänzung unserer eigenen Bestände."

Wallraff: „Der Präsident möchte wissen (Präsident nickt), welche Garantien es gibt, daß die Waffen auch richtig eingesetzt werden, so daß am Ende die kommunistische Bewegung zerschlagen sein wird. Es geht — wie wir gehört haben — ja nicht um Einzelaktionen wie im Norden, sondern es geht um die ‚große Überschwemmung' im Süden. Rechnen Sie auch mit der völligen Ausrottung aller Kommunisten in Portugal?"
Spinola (zustimmend): „Hähä, das ist unser Endziel. Natürlich global gesehen. Was wir anpeilen, ist die totale Ausrottung des Kommunismus in Portugal, ich akzeptiere keine Hypothesen in bezug auf Demokratie, solange Kommunisten in der Regierung geduldet werden. Da sind wir weiter als andere Staaten in Europa."
Anwalt: „Dafür sind bei uns im Augenblick die Kräfte stark, die darauf hin arbeiten, die kommunistische Partei zu verbieten."
Spinola: „Verbieten? Das ist doch wohl das wenigste. Aber es geht ja nicht nur um Kommunisten, es geht genauso um Sozialisten. Auf europäischem Niveau stellen im Augenblick die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien eine weit größere Gefahr als die kommunistischen dar. Viele Sozialdemokraten, die Sozialisten sowieso, sind doch nur verkappte Kommunisten."
Präsident: „Und wie kann man mit diesen Sozialisten fertig werden, Exzellenz? Mit gebotener Delikatesse, natürlich."
Spinola: „Das hängt natürlich von den Mitteln ab, die uns zur Verfügung stehen."
Anwalt: „In welcher Weise kann die CDS als offizielle Partei die MDLP unterstützen?"
Spinola: „Oh, ja, es gibt viele Verbindungen zwischen CDS und MDLP. . . . Was offizielle Verlautbarungen angeht, wird natürlich keine Partei es riskieren, ihre Verbindungen zuzugeben. Außerdem haben alle Parteien zur Zeit einen Komplex, sie haben Angst vor dem Kommunismus. Sie getrauen sich auch nicht, sich

Abbildung 5



ANEXO 1 A

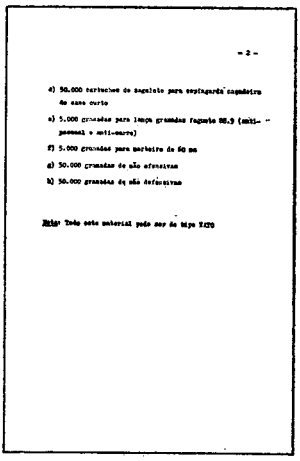
Relação de armamento necessário

1. Armamento ligeiro
   a. 4.000 espingardas automáticas tipo AR 18
   b. 1.000 pistolas metralhadoras
   c. 100 espingardas tipo caçadeira de cano curto
   d. 100 pistolas calibre 7,65

2. Armamento de apoio
   a. 250 lança granadas foguete 88,9
   b. 250 metralhadoras ligeiras
   c. 100 morteiros de 60 mm

3. Material de sabotagem e destruição
   — A descrever em documento anexo

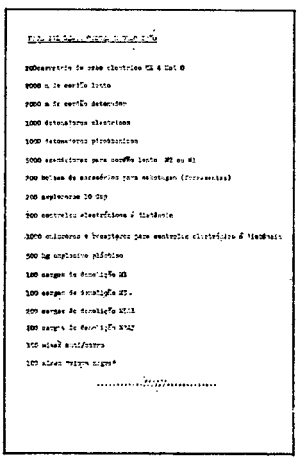
4. Munições
   a) 16.000 granadas de espingarda, tipo ALP ou Instalaza
   b) 10.000.000 de munições para espingardas automáticas e metralhadora ligeira
   c) 1.000.000 de munições para pistola metralhadora e pistola



- 2 -

d) 50.000 cartuchos de zagaloto para espingarda caçadeira de cano curto
e) 5.000 granadas para lança granadas foguete 88,9 (anti-pessoal e anti-carro)
f) 5.000 granadas para morteiro de 60 mm
g) 50.000 granadas de mão ofensivas
h) 50.000 granadas de mão defensivas

Nota: Todo este material pode ser do tipo NATO



Benötigte Waffen*)

1. Leichte Waffen

a) 4000 automatische Gewehre, Typ AR 18
b) 1000 Maschinenpistolen
c) 1000 Jagdgewehre mit kurzem Lauf
d) 1000 Pistolen, Kaliber 7,65

2. Waffen zum Feuerschutz

a) 250 Raketen-Granatwerfer 88,9
b) 250 leichte Maschinengewehre
c) 100 Mörser, 60 mm

3. Material für Sabotage und Zerstörung — Im Anhang-Dokument beschrieben

(das 2 Tage später per Luftfracht aus Madrid eintraf. D. Verf.)

4. Munition

a) 16 000 Gewehrgranaten vom Typ ALP oder Instalaza
b) 10 000 000 Schuß Munition für automatische Gewehre und leichte Maschinengewehre
c) 1 000 000 Schuß Munition für Maschinenpistolen und Pistolen
d) 50 000 Zagaloten-Patronen für Jagdgewehre mit kurzem Lauf
e) 5000 Granaten für Raketengranatwerfer 88,9 (Anti-Personen und Anti-Wagen)
f) 5000 Mörsergranaten, 60 mm
g) 50 000 Offensiv-Handgranaten
h) 50 000 Defensiv-Handgranaten

Achtung: Das ganze Material kann NATO-Typ sein.

Sabotagematerial

200 Rollen elektrische Kabel MK 4 Mod O
2000 m Schnur (langsam)
2000 m Zündschnur
1000 elektrische Sprengkapseln
5000 Zünder für langsame Schnur M 2 oder M 1
200 Handwerker-Taschen für Sabotagematerial
200 Sprengkörper 10 CAP
200 elektronische Fernsteuerungsmechanismen
1000 Sender und Empfangsgeräte für elektronische Fernsteuerung
500 kg Plastiksprengstoff
100 Zerstörungsladungen M 1
100 Zerstörungsladungen M 3
200 Zerstörungsladungen M 5 A 1
400 Zerstörungsladungen M 2 A 3
100 Anti-Wagen-Minen
100 Minen „Schwarze Witwe"

*) Diese Liste wurde per Luftfracht von Spinola aus Genf übersandt.

offen als antikommunistisch und rechts zu bekennen. Wir dagegen sind bekannt als starke antikommunistische Bewegung von ganz rechts."
Wallraff: „PPD und CDS sind tatsächlich so feige, sich als ‚Parteien der Mitte' zu bezeichnen."
Spinola (erregt): „Genau das ist es. Sie erkennen im geheimen unsere Ziele an und solidarisieren sich damit, aber öffentlich haben sie Angst, sich zu kompromittieren. Und deshalb lügen sie. Aber sie können wahrscheinlich im Augenblick nicht die Wahrheit sagen."
Präsident (sanft): „Man muß ja auch nicht immer die Wahrheit sagen, Exzellenz."
Spinola (zerstreut): „Ja, ja."

Wallraff: „Welche Garantien können sie uns liefern, daß nach Erhalt der Waffen diese auch zum Einsatz gelangen und die gewünschten Erfolge bringen? In welcher Zeit können wir Ergebnisse erwarten?"
Spinola: „Jetzt möchte ich Ihnen ein Geheimnis mitteilen. Unsere Organisation im Süden ist um einiges besser als die im Norden. Und Ihre Waffen sind für den Süden gedacht."
Präsident: „Das entspricht genau meinen Vermutungen, ich freue mich jetzt, die Bestätigung dafür erhalten zu haben."
Spinola: „Ist Ihnen die Organisation der kleineren und mittleren Bauern ein Begriff? Wissen Sie, was Rio Maior bedeutet und Coruche? (Nicken der deutschen Gastgeber. — Rio Maior ist Zentrum der reaktionären Bauernverbände. In Coruche gab es Sprengstoffanschläge dieser Verbände.)
Spinola: „Dann brauche ich wohl kein Wort mehr darüber zu verlieren. Im Süden haben wir noch einiges in petto."
Präsident zu Wallraff (leise): „Ich muß jetzt wirklich weg, ich habe nämlich einen wichtigen Termin."
Spinola: „Unser großes Konzept ist, wie Sie bereits wissen, die Volksmassen zu mobilisieren und fähig zu sein, diese ‚aufgebrachte Menschenmenge' mit Waffen zu unterstützen. Einzelne Parteibüros in die Luft zu sprengen bringt auf Dauer nichts. Das sind nur Ankündigungseffekte, die kommunistischen Strukturen bleiben trotzdem erhalten. (Spinola demonstriert es auf grüner Filzdecke mit Streichholzschachteln, die er wegschnippt.) Erst wenn wir diese Volksmassen ganz hinter uns haben, ist es sinnvoll, diese Plätze dem Erdboden gleichzumachen. (schwärmerisch): Oh ja, unsere Organisation im Süden ist taktisch viel besser angelegt. Sie werden sehen."

Präsident: „Um allmählich zum Abschluß unserer außerordentlich interessanten Begegnung zu kommen, möchte ich Sie bitten, dasselbe zu tun, was auch ich tue, nämlich die Ausarbeitung der konkreten Details unseren Mitarbeitern zu überlassen. Ich möchte Ihnen noch einmal danken für Ihr couragiertes Eintreten für die gemeinsame Sache, und Ihnen meine Hochachtung und Bewunderung aussprechen."
Wallraff zum Präsidenten: „Wissen Sie eigentlich, daß der General Sie nach Genf eingeladen hat?"
Präsident (leise): „Nein, wirklich?" (laut): „Ihrer Einladung werde ich mit großem Vergnügen Folge leisten."
Spinola: „Ein Maximum an Sicherheit ist garantiert. Wie gut, daß es unsere beiden Organisationen schon gibt, dann brauchen wir sie nur noch zu koordinieren. Aber in aller Eile."

Eile ist geboten. Luis und Jose drängen: In 40 Minuten, 20.05 geht die Maschine. Spinola ist kaum zu bewegen, benennt noch Daten und Zahlen von Waffensystemen. Luis mahnt: „Und auch Bordwaffen für Hubschrauber nicht vergessen."

Endlich herzliche Verabschiedung der beiden. Der Präsident ergreift seinen neuen, leeren Aktenkoffer und entschreitet würdevoll.
Luis: „Ein guter Mensch, Ihr Präsident."
Wallraff: „Ja, er läßt uns auch alle Freiheit."

Die Prokuristen oder Die Finanzierung der Verschwörung

Am folgenden Tag findet die Fortsetzung der Unterredung mit den beiden Spinola-Bevollmächtigten im Düsseldorfer Restaurant „Bobino", Burgplatz 7, statt. Hier wird die Konto-Nummer für unsere finanzielle „Beteiligung" angegeben:
Wallraff: „Wann und wie soll die erste Rate der Geldübergabe stattfinden?"
Luis: „Im ganzen dreht es sich ja um 11 Millionen ohne Waffen. Für die ersten drei Monate sind es 4 400 000 Mark. Auch wieder, ohne die Waffen mit einzurechnen."
Wallraff: „In den nächsten Wochen wird ja die Mark noch gegenüber dem Dollar aufgewertet. Von der Summe für die ersten drei Monate wollen wir zwei Drittel mit Barüberweisung in Schweizer Franken und ein Drittel in direkter Übergabe auszahlen. In Dollars." (Das wären etwa 2—3 solcher Aktenkoffer.)
Luis: „Ja einverstanden, das setzt voraus, daß Sie mit unseren Zahlen übereinstimmen."
Wallraff: „Natürlich. Die erste Überweisung wäre zwischen 5. und 10. April fällig." (Anmerkung: Erscheinungstermin meines ersten Berichts im „stern".)
Luis: „Und jetzt die Kontonummer. Credit Suisse, Place Bel Air 755 313 Genf. Das Konto läuft auf drei Namen; unsere beiden, und den des Generals. Zwei sind verfügungsberechtigt . . ."

Wallraff: „Es gibt noch einen Einwand, was die zweite Phase der Finanzierung betrifft, von seiten unseres Präsidenten. Nämlich: Wie steht es mit der Beteiligung der portugiesischen Großindustriellen? Zum Beispiel Champalimaud. Das wäre für unser Projekt eine zusätzliche Garantie. Es wäre für uns alle gut, wenn das Projekt nicht nur vom Ausland finanziert würde. Auch was die nationalen Interessen Portugals betrifft."
Luis: „Genau. Das Problem im Augenblick ist noch, daß in Portugal nur neureiche Industrielle sitzen. Die wirklich Mächtigen und Reichen sind noch im Ausland. Wie Champalimaud und Jorge de Melo von CUF. Sie haben uns auch schon unterstützt. Im Ausland verfügen diese Männer natürlich über wenig flüssiges Kapital, mit Ausnahme vieleicht der Melos, die Anteile auch an Schweizer Gesellschaften haben. Diese Großindustriellen, die im Augenblick im Ausland wohnen, sind unsere besten Verbündeten. Nur stellt sich für sie das Problem, wenn sie erst nach Portugal zurückgekehrt sind, selber wieder von vorn anfangen zu müssen. Sie können uns geistig unterstützen, aber Geist haben sie nicht viel, wenn auch die gleiche politische Grundeinstellung wie wir. Es fehlt ihnen einfach an Phantasie, sich vorzustellen, daß das neue Portugal anders aufgebaut ist, als das Portugal Salazars und Caetanos. Diese Einstellung halten wir für antiquiert und für nostalgisch."
Wallraff: „Deshalb wollen wir das erste Drittel allein übernehmen, die portugiesische Großindustrie wird sich schon anschließen, wenn sie Erfolge sieht."
Luis: „Und zwar gibt es zwei Arten von Erfolge: Der erste, wenn sie sehen, daß wir überhaupt vom Ausland unterstützt werden. Der zweite, weil sie Spieler sind, die gerne selber gewinnen. Ich glaube, um ihre Unterstützung müssen wir uns keine Sorgen machen, vor allem nach unserer siegreichen Heimkehr. Wir danken Ihnen für ihren Vorschlag, schließlich wird die portugiesische Industrie der Hauptnutznießer unserer politischen Aktivität sein."

Wallraff: „Wo befindet sich Ihrer Meinung nach das meiste von dem Kapital, das die portugiesischen Industriellen außer Landes gebracht haben, in der Schweiz oder in Brasilien?"

Luis: „In Brasilien. Aber einiges davon wird in nächster Zeit wieder nach Portugal zurückgehen, weil so gut wie alle in nächster Zeit aus Brasilien heimkehren werden. In der Zwischenzeit haben sie sich ihre eigenen Unternehmen aufgebaut, aber das schadet ja nichts, die werden weiter funktionieren, auch wenn sie weg sind."

Jose: „Was Champalimaud angeht, so gehört er zu denen, die nicht soviel Geld flüssig haben, er hat nur überall Kredit."

Luis: „Ich schätze ihn sehr, obwohl unsere beiden Bankgruppen *) ständig in Fehde miteinander lagen. Aber das große Werk, das er in Angola und Moçambique und Portugal aufgebaut hat, sucht seinesgleichen. Als Champalimaud sein Stahlimperium aufgebaut hatte, hat Spinola unter ihm gearbeitet als Prokurist. Champalimaud war gezwungen gewesen, Spinola zu übernehmen, weil er von den Aktionären der kleinen und mittleren Stahlbetriebe als Präsident gewählt wurde. Sie schätzen sich wechselseitig sehr. Böse wurde Champalimaud erst, als Spinola sich entschloß, die ganze Stahlindustrie zu verlassen und in den Krieg nach Angola zu ziehen. Als ich aber neulich im Dezember mit Champalimaud in Brasilien sprach, hat er Spinola betreffend zu mir gesagt: Spinola ist ein richtiger Dickkopf, aber ich habe eine Schwäche für ihn. Wenn er nur den kleinen Finger hochhebt, folge ich ihm überall hin. Wenn uns erst diese drei, vier großen Großindustriellen unterstützen, dann kommen die kleinen automatisch nach. Das ist ein Naturgesetz."

Wallraff: „Wer, meinen Sie, würde außerdem noch bei der Finanzierung mitmachen?"

Luis: „Ganz sicher auch die Gruppe Espirito Santo."

Wallraff: „Wer, glauben Sie, wird sich da raushalten?"

Luis: „Seien Sie gerecht: Es gibt schließlich welche, die haben im Augenblick kein Geld mehr. Aber sonst können wir auf fast alle zählen." . . .

Wallraff: „Wie haben Sie eigentlich von unserem Hilfsangebot erfahren?"

Jose: „Erst vor zwei Wochen, als Hauptmann Duarte von den ‚Commandos' aus dem Norden in den Alentejo fuhr zu einem unserer Spezialkommandanten, einem aktiven Offizier in der Armee. Der ist einer der beiden operationellen Adjutanten des Generals. Dieser Adjutant aus dem Alentejo hat mich in Madrid benachrichtigt, und ich bin dann sofort, am letzten Samstag, nach Genf geflogen, zum General."

Luis: „Wir haben das ganze Wochenende schon über die Situation in Portugal gesprochen, bis Jose am Montag plötzlich einfiel, von Ihrem Hilfsangebot zu reden. Wir waren zunächst alle überzeugt, daß es wieder eines dieser Husarenstückchen von Alboim Galvao sei **). Wenn wir gewußt hätten, daß Sie auch bereits mit Teixeira de Melo, unserem Domherrn in Braga, Kontakt hatten, dann hätten wir natürlich keine Sekunde gezweifelt. Und dann bin ich sofort ans Telefon gestürzt und habe Ihre Kontaktnummer in München angerufen."

Wallraff: „Es gab eben einige Mißverständnisse am Anfang."

Luis: „Nicht Mißverständnisse, sondern Nicht-Verständnisse. Eigentlich sind wir müde, was Einzelaktionen angeht. Damit haben wir schon so viel schlechte Erfahrungen gemacht."

*) Luis Oliveira Dias war 13 Jahre Verwaltungsdirektor der Banco Portugues do Atlantico, zuständig für internationale Kontakte.

**) Hauptmann Galvao ist Stellvertreter Spinolas und operiert von Madrid aus, hält sich aber auch häufig illegal in Portugal auf.

Abbildung 6

DR. GEORG MEINECKE
RECHTSANWALT

5 KÖLN 1, DEN BELFORTSTRASSE 9
TELEFON (0221) 73 29 73
DEUTSCHE BANK AG, KÖLN 2808385
POSTSCHECKKONTO KÖLN 2230 24-504

26.3.1976 m/ol

Herrn
Günter Wallraff
Thebäerstraße 20

5000 Köln 30

Sehr geehrter Herr Wallraff!

Hiermit danke ich Ihnen herzlich dafür, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, als neutraler Zeuge und Vorsitzender Der World Activity for Human Rights - WAHR - an der denkwürdigen Begegnung am 25. März 1976 in Düsseldorf zwischen Ihnen, Dr. Hella-Schlumberger und dem "Präsidenten" einerseits sowie dem früheren portugiesischen Staatspräsidenten und General Antônio Sebastiao Ribeiro Spinola und seinen beiden engsten Vertrauten andererseits teilzunehmen. Ich wurde Zeuge einer entscheidenden Phase der publizistischen Aufdeckung des Versuches der Einleitung eines geplanten Verbrechens. Dieses sehe ich in dem Plan, modernste Waffen illegal einzukaufen und illegal in Portugal einzuführen, um dort Untergrundkämpfer zu bewaffnen, deren Aufgabe es sein soll, Kommunisten zu bekämpfen und physisch zu vernichten.
Anliegen der World Activity for Human Rights - WAHR - Weltbewegung für Menschenrechte - ist es, sich weltweit dafür zu verwenden, daß politische oder weltanschauliche Auseinandersetzungen dem Menschen gemäß auf geistiger Ebene ausgetragen werden und nicht in Form von Blutbädern und physischer Liquidation des weltanschaulichen oder politischen Gegners.
Wir waren so verblieben, daß Sie mir zu gegebener Zeit Kopien des Gesprächsprotokolls zu meinen Akten reichen.

Mit freundlichen Grüssen

Rechtsanwalt

Wallraff: „Was ich trotzdem nicht verstehe, ist, weshalb Duarte Sie nicht früher benachrichtigt hat."
Jose: „Er hat gut daran getan. Er gehört nämlich nur heimlich zu uns. Und er wollte die Botschaft persönlich überbringen." ...
Wallraff: „Wie ist eigentlich Ihre Einschätzung der PCP(ML) und der MRPP?" *)
Luis: „Ausgezeichnet. Sie kamen immer zu uns in die Fortschrittspartei und wollten Ratschläge von uns. Es ist wichtig, daß es sie auf dem sogenannten linken Flügel gibt. Aber innerhalb der Kirche haben wir die sichersten Stützen. Zum Beispiel der Bischof von Aveiro. Dort gab es eine antikommunistische Demonstration, einen Monat vor den Ereignissen in Braga im Juli 1975, und an der Spitze der Demonstration marschierte der Bischof." ...

Spinola über Soares, Soares über Spinola

Wallraff: „Inwieweit sehen Sie die Möglichkeit, bei einer künftigen CDS/PPD-Regierung auch Soares und die rechte PS als Integrationsfaktor einzubauen?"
Jose: „Er wäre idiotisch genug, diese Rolle auch noch zu spielen. Der einzige politische Führer, vor dem ich Respekt habe, ist Cunhal. Er ist mutig und verfolgt seine Linie. Wenn ich könnte, würde ich ihn töten, aber ich respektiere ihn."

Ich erinnere mich, wie abfällig sich auch der General am Vortage über die Sozialisten, besonders über Soares, geäußert hatte. „Stimmt es", hatte ich ihn gefragt, „daß Lopes Cardoso, der Landwirtschaftsminister, ein verkappter Kommunist ist.?"
Spinola: „Er ist Kommunist. Überhaupt ist es sehr schwer, innerhalb der PS Marxisten und Pseudomarxisten auseinanderzuhalten. Sie diffamieren sich ja gegenseitig. Es ist so gut wie unmöglich, der PS zu vertrauen, weil sie, wie in Italien, den historischen Kompromiß im Auge haben. Und einer von denen, die am allerwenigsten taugen, ist Mario Soares."
Wallraff: „Ist Soares' Anti-Kommunismus noch glaubhaft oder nicht?"
Spinola: „Die pure Taktik von Soares."
Luis: „Man sollte nicht vergessen, daß er selber Mitglied der PC war."
Spinola: „Ich entsinne mich noch, in den ersten Monaten nach dem 25. April, in der Regierung Palma Carlos waren Soares und Cunhal richtige Freunde. Da könnte ich noch eine Geschichte erzählen."
Luis: „Bitte jetzt nicht, General."
Spinola: „Nein? (trotzig) Aber intellektuell ist Soares einfach mittelmäßig. Er kann nicht einmal eine Gleichung mit einer Unbekannten lösen."
Jose: „Er ist nichts anderes als eine Schöpfung der New York Times seit dem 25. April."

In einem Interview mit der französischen Zeitschrift „Le Nouvel Observateur" im März d. J. stellt dagegen Soares dem General und seinen Leuten eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung aus. — Frage der Zeitschrift (F): „Carvalho und Fabiao mußten gehen. Aber jetzt werden Offiziere wie Firmino Miguel, Oberstleutnant Almeida Bruno und Major Manuel Monge auf verantwortungsvolle Posten gesetzt. Ist die Rückkehr dieser Spinola-Freunde ein Gewinn für die Demokratie?" — Soares: „Diese Männer wurden sehr ungerecht behandelt. Es

*) Die MRPP ist eine der „maoistischen" Parteien Portugals, die mit den größten Geldmitteln ausgestattet ist und vorübergehend sogar eine eigene Tageszeitung herausgab. Zusammen mit der ebenfalls „maoistischen" PCP (ML) tritt sie offen antikommunistisch auf. Die RCP (ML) empfahl z. B. ihren Anhängern, bei der Wahl am 25. April 1976 der PPD ihre Stimme zu geben, da die konservativ-„sozialdemokratische" PPD die erfolgversprechendste Gegenkraft zur PCP sei. D. Verf.

war an der Zeit, sie zu rehabilitieren. Ich vertraue ihnen rückhaltlos." — F: „Würde eines Tages Spinola Staatspräsident werden, wären Sie bereit, Premierminister in seiner Regierung zu sein?" — Soares: „Diese Hypothese ist utopisch, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß der General bei einer demokratischen Wahl siegen würde. Aber wenn dies der Fall wäre, würde ich ihn als Präsident aller Portugiesen anerkennen, denn ich bin ein Demokrat." — F.: „Wünschen Sie die Rückkehr des Generals?" — Soares: „Ja, denn es ist immer schlecht, Mythen im Ausland zu nähren." Spinola über Soares, Soares über Spinola — der Vergleich der beiden Einschätzungen stimmt mich sehr nachdenklich.

(Zweiter Teil folgt)

Glanz und Elend der Adam Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie

Aus Anlaß des 200. Erscheinungstages des „Wealth of Nations"

Von Gerhard Kade

I

Am 9. März 1776 ist das Werk von Adam Smith „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" in einer ersten Auflage erschienen. Im Jahre der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wurde in England die Untersuchung über die Gesetzmäßigkeiten der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsweise ausgeliefert, die für die Überwindung des Feudalsystems, für die Entwicklung der Produktivkräfte und für die Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft in England eine entscheidende Rolle spielte. Heute, anläßlich des zweihundertsten Jubiläums, ist man weitgehend bemüht, der „Untersuchung über Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen" ihren revolutionären Charakter abzusprechen und Adam Smith als „Vater der Marktwirtschaft" einzustufen. Hiergegen wendet sich der folgende Artikel, der eine erweiterte Fassung eines Referates ist, das auf dem internationalen Kolloquium „200 Jahre Adam Smith' Reichtum der Nationen" vom 30. September — 1. Oktober 1975 in Halle gehalten wurde. D. Verf.

Für alle, die die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie in den letzten Jahren — vor allem aber auch in den letzten Monaten — genau beobachtet haben, war eigentlich vorauszusehen, was passieren würde, sobald sich das Smith-Jubiläum nähert. Dabei kann gleich alles außer acht bleiben, was nicht mehr ist als ein Indiz für den liederlichen Umgang der bürgerlichen Sozialwissenschaften mit ihrer eigenen Geschichte: Ich meine jene biographischen Feuilletons, die sich an Geburts- oder Sterbetagen orientieren und in denen eine ehrfurchtsvolle Erinnerung an eine „große Persönlichkeit" als Ersatz für ein längst abhandengekommenes historisches Bewußtsein herhalten muß. Läßt man diese Art von Gedenkreden also, weil ausschließlich vom Kalender diktiert und deshalb mit Zwangsläufigkeit über uns hereinbrechend, aus der Betrachtung heraus [1]), so war und ist zu erwarten, daß sich die Auslassungen bürgerlicher Ökonomen zum 200jährigen Erscheinen von Adam Smith' „Reichtum der Nationen" in ein Raster einpassen, dessen Koordinaten durch folgende Entwicklungstendenzen in der bürgerlichen Ökonomie bestimmt werden:

a) Die Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich im bürgerlichen Verständnis als ein Versagen der ökonomischen Theorie und als wachsende Ratlosigkeit der offiziellen Wirtschaftspolitik darstellt [2]).

b) Die sich verschärfende Krise der bürgerlichen Ökonomie als Wissenschaft, die gerade von den gebildetsten unter deren Verächtern letzthin immer häufiger konstatiert wurde [3]).

c) Eine Verschärfung der allgemeinen Krise der bürgerlichen Ideologie — eine Tendenz, die weit über das hinausgeht, was als Krisenerscheinungen in der Wissenschaft der bürgerlichen Ökonomie in letzter Zeit immer bereitwilliger vermerkt wird [4]).

Wenn mit diesen drei Tendenzen, die nichts anderes als drei Aspekte eines einheitlichen historischen Prozesses — eben des Verfallsprozesses der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnisse — sind, gewissermaßen das Erwartungsraster festgelegt ist, in das sich mit großer Wahrscheinlichkeit alles das einpassen läßt, was die bürgerliche Ökonomie zum Smith-Jubiläum anzubieten hat, so lassen die wenigen Stellungnahmen, die bisher vorliegen, bereits erkennen, auf welche Weise Smith und sein „Reichtum der Nationen" von der bürgerlichen Ökonomie vereinnahmt werden soll und wie das Smith-Jubiläum als ein willkommener Anlaß zur Beschwichtigung der sich ausbreitenden Krisenstimmung ebenso wie zur Korsettierung des lädierten Selbstbewußtseins der bürgerlichen Ökonomie herhalten soll.

An dieser Stelle sollen nur einige allgemeine Richtungen angedeutet werden, in denen man das Smith-Bild der heutigen bürgerlichen Ökonomie zu suchen hat,

---

1) Frühere Jubiläen lassen allerdings erkennen, daß die Interpretationsfähigkeit nicht in jedem Falle durch die Festtagsstimmung beeinträchtigt werden muß; man vergleiche die unterschiedliche Qualität der Publikationen zum hundertsten und hundertfünfzigsten Jahrestag des Erscheinens des „Reichtums der Nationen". Das wichtigste Material für einen solchen Vergleich dürfte sein: B. Weisz, Zu Smith's Wealth of Nations, „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd. 33 (1877), S. 271 ff. — P. Stöpel, Adam Smith im Lichte der Gegenwart, Berlin 1878. — E. Nasse, Das 100jährige Jubiläum der Schrift von Adam Smith über den Reichtum der Nationen, Preußische Jahrbücher, Bd. 38 (1876), S. 384 ff. — J. M. Clark u. a., Adam Smith, 1776—1926, Lectures to Commemorate the Sesquicentennial of „The Wealth of Nations", Chicago 1928.

2) Vgl. u. a. D. Klein, Die weitere Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, „Wirtschaftswissenschaft", Jg. 22 (1974), S. 1761 ff. — Die allgemeine Krise des Kapitalismus heute, „IPW-Berichte", 9/1974, S. 7 ff. — Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus, „IPW-Berichte", 12/1974, S. 2 ff. — Theory deserts the forecasters, „Business Week" v. 29. 6. 1974, S. 50 ff.

3) Vgl. W. Vogt (Hrsg.), Seminar: Politische Ökonomie — Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/M. 1973, und die dort angegebene Literatur. — M. A. Lebowitz, The Current Crisis of Economic Theory, Science and Society, Vol. 37 (1973/74), S. 385 f. — W. Green, Are Economists in Recession, „Economic Impact", 2/1975, S. 13 ff.

4) Vgl. H. Pirsch, Neue Züge der bürgerlichen Ideologie-Krise, „IPW-Berichte", 7/1975, S. 2 ff.

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 36 25 01

Betrifft: Buchbestellung

Abonnenten unserer Zeitschriften können nachfolgend aufgeführte Bücher beziehen, und zwar gegen Vorüberweisung des Kaufbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummern** sowie die **Anzahl** der Exemplare.
Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Beispiel:

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
8	1	12,80
13 a+b	je 2	168,—
91	10	30,—

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
1	*Abendroth u. a.:* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S.	**12,80 DM**
2	*Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55, 512 S.	**9,80 DM**
3	*Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche, 2. Auflage, 296 S.	**14,80 DM**
4	*Beyer,* Zwischen Phänomenologie und Logik. Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung, 350 S.	**19,80 DM**
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S.	**12,80 DM**
6	*Breuer,* Sozialismus in Kuba, 292 S.	**14,80 DM**
7	*Čagin,* Der subjektive Faktor, 257 S.	**12,80 DM**
8	*Casanova/Metzger/Prévost,* Intellektuelle und Klassenkämpfe, 127 S.	**12,80 DM**
9	Chile. Ein Schwarzbuch, 228 S.	**12,80 DM**
10	*Czichon,* Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 105 S.	**9,80 DM**
11	*Däubler,* Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, 57 S.	**9,80 DM**
12	*Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S.	**12,80 DM**
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM	
13a	Bd. 1: 1939–1941.	**42,— DM**
13b	Bd. 2: Juni 1941–November 1942.	**42,— DM**
14	*Doernberg/Galtung u. a. (Hrsg.),* Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus Ost- und Westeuropa, 355 S.	**17,80 DM**
15	*Elsner,* Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, 208 S.	**9,80 DM**
16	*Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S.	**38,— DM**
17	*Engelhardt/Heise,* Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, 304 S.	**19,80 DM**
18	*Foltin/Würzberg,* Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalyse, 126 S.	**12,80 DM**
19	*Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S.	**9,80 DM**
20	*Freyberg,* Sozialdemokraten und Kommunisten. Problem der Aktionseinheit 1934–1937, 186 S.	**14,80 DM**
21	*Granow u. a.,* Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen, 125 S.	**9,80 DM**
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S.	**14,80 DM**

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
23	*Hahn,* Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S.	14,80 DM
24	*Halfmann (Hrsg.),* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S.	9,80 DM
25	*Hanstein,* Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, 238 S.	14,80 DM
26	*Haug,* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S.	12,80 DM
27	*Hervé,* Studentinnen in der BRD, 206 S.	12,80 DM
28	*Hörz,* Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft, 682 S.	25,— DM
29	*Hofschen/Ott,* SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S.	12,80 DM
30	*Kedrow,* Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S.	17,80 DM
31	*Kempe,* SPD und Bundeswehr, 279 S.	12,80 DM
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.),* Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S.	14,80 DM
33	*Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S.	14,80 DM
34	Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S.	19,80 DM
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.),* Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S.	12,80 DM
36	*Kuczynski,* Wissenschaft und Gesellschaft, 220 S.	14,80 DM
37	*Kuczynski,* Wissenschaft Heute und Morgen, 160 S.	12,80 DM
38	*Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S.	9,80 DM
39	*Maase,* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S.	12,80 DM
40	*Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S.	9,80 DM
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S.	14,80 DM
99	*Menschik,* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S.	9,80 DM
42	*Meyer,* Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, Typoskript, 557 S.	40,— DM
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S.	10,— DM
44	*Nedbailo,* Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie, 150 S.	9,80 DM
45	*Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S.	14,80 DM
46	*Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S.	19,80 DM
47	*Pätzoldt,* Ausländerstudium in der BRD, 190 S.	14,80 DM
48	*Parygin,* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. Ln.	17,80 DM
49	*Peter,* Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S.	17,80 DM
50	*Priester,* Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S.	14,80 DM
51	*Quiniou,* Marxismus und Informatik, 160 S.	12,80 DM
52	*Räuschel,* Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S.	9,80 DM
53	*Rupp,* Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, 331 S.	22,80 DM
54	*Schleier,* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S.	38,— DM
55	*Schuon,* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik, 264 S.	12,80 DM
56	*Schwamborn,* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 2., überarbeitete Auflage, 166 S.	9,80 DM
57	*Semjenow,* Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S.	19,80 DM
58	*Sorg,* Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S.	14,80 DM
59	*Stiehler,* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S.	19,80 DM
60	*Streisand,* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S.	9,80 DM
61	*Stuby/Mayer,* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S.	14,80 DM
62	*Suchodolski,* Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S.	12,80 DM
63	*Tjaden-Steinhauer,* Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S.	12,80 DM
64	*Tuchscheerer,* Bevor „Das Kapital" entstand. Die Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 500 S.	19,80 DM
65	*Tumanow,* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln.	17,80 DM
66	*Vilar,* Die spanische Opposition, 391 S.	20,— DM

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Erziehung und Bildung

67 *Christian*
Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. **14,80 DM**

68 *Heinemann*
Arbeit und Technik in der Erziehung. Zum polytechnischen Unterricht in der DDR, 160 S. **14,80 DM**

69 *Hofmann*
Allgemeinbildung. Problemgeschichtliche Studie, 175 S. **12,80 DM**

70 *Keseling u. a.*
Sprach-Lernen in der Schule, 110 S. **9,80 DM**

71 *Koch*
Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. **14,80 DM**

72 *Ljublinskaja*
Kinderpsychologie, 544 S., Ln. **19,80 DM**

73 *Lompscher (Hrsg.)*
Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S. **19,80 DM**

74 Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. **14,80 DM**

75 *Petrowski (Hrsg.)*
Allgemeine Psychologie, 488 S. **19,80 DM**

76 Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, Sammelband, 192 S. **9,80 DM**

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

77 *Kühnl*
Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S. **3,— DM**

78 *Volpert*
Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S. **3,— DM**

79 *Grossner/Schierholz*
Projekt MRCA, 64 S. ******

80 *Krusewitz/Kade*
Anti-Enzensberger, 47 S. *****

81 *Huffschmid/Kade/Ipsen*
Die Krise und die Grenzen der bürgerlichen Ökonomie, 48 S. *****

82 Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S. ******

83 *Fülberth/Harrer*
Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S. *****

bitte wenden

Bitte ausschneiden!

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Ausstellungsdatum _____ Unterschrift _____

Postvermerk

Absender der Zahlkarte

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Zahlkarte/Postüberweisung

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Postscheckamt
Köln

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Postscheckamt
Köln

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
84	*Matthiessen u. a.* Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S.	**
85	*Becher/Bethge/Beutin u. a.* Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? 32 S.	*
	* Einfachband — **4,— DM** ** Doppelband — **6,— DM**	
	Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht Je Heft 48 S., **3,— DM**	
86	1 *Ermel* Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland	
87	2 *Fülberth* Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie	
88	3 *Halfmann* Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik	
89	5 *Albrecht* Die Wiederaufrüstung der BRD	
90	6 *Weiß* Geschichte der deutschen Spaltung 1945–55	
91	7 *Rupp* Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945	
92	8 *Breuer* Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932	
	Sport · Arbeit · Gesellschaft	
93	*Güldenpfennig* Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, 145 S.	
94	*Wohl* Die gesellschaftlich-historischen Grundlagen des bürgerlichen Sports, 204 S.	
95	*Wagner* Sport und Arbeitersport, 182 S.	
96	*Güldenpfennig/Volpert (Hrsg.)* Sensumotorisches Lernen und Sport als Reproduktion der Arbeitskraft, 126 S.	
97	*Volpert* Handlungsstrukturanalyse als Beitrag zur Qualifikationsforschung, 120 S. (Alle **12,80 DM**)	
98	*Schulke (Hrsg.)* Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, 320 S.	**19,80 DM**

Gesamtverzeichnis bzw. ausführliche Reihenverzeichnisse bitte anfordern!

Bitte ausschneiden!

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 50 Pf
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Für Mitteilungen an den Empfänger			B
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis	Kaufbetrag

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PScHA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PScHÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

um zum Schluß Einzelheiten und Belege anzuführen; denn die eigentliche Absicht dieses Beitrags ist eine andere, nämlich die, eine historische Gesetzmäßigkeit aufzuspüren, der die Entwicklung der Smith-Rezeption unterliegt.

II

Akzeptiert man das zuvor beschriebene Erwartungsraster, so dürfte es in den Auslassungen bürgerlicher Ökonomen zum Smith-Jubiläum um *drei* Haupttendenzen gehen:

a) Zunächst ist mit dem Versuch zu rechnen, über die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hinwegzutäuschen. Smith wird als „Vater der Marktwirtschaft" präsentiert, als derjenige, der die Blaupause für eine auf Ewigkeit hin angelegte kapitalistische Produktionsweise geliefert und wissenschaftlich begründet hat. Das Smith-Jubiläum kann damit zum Anlaß genommen werden, die alte Rechtfertigungsthese vom Kapitalismus als dem flexibelsten und anpassungsfähigsten aller Wirtschaftssysteme erneut aufzuwärmen, die Illusion von der prinzipiellen Reformierbarkeit des Kapitalismus mit historischem Dekor zu versehen und die Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus als den Wunschtraum einer kleinen Gruppe irregeleiteter Marxisten zu verniedlichen [5]).

b) Smith wird als Ahnherr einer wissenschaftlichen Tradition beansprucht, die seit nunmehr zweihundert Jahren andauert, so daß die Glasperlenspiele der mathematischen Gleichgewichtsökonomie unserer Tage nicht nur als eine Stufe im Fortschritt der bürgerlichen Ökonomie erscheinen können, sondern möglicherweise gar als eine besonders hoch entwickelte Etappe einer prinzipiell ungebrochenen Tradition [6]) — und das alles zu einem Zeitpunkt, da einsichtige Vertreter dieser Zunft schon längst erkannt haben, daß die eher auf formale Eleganz denn auf empirische Relevanz erpichte mathematische Wirtschaftstheorie allem Anschein nach ihren Forschungsgegenstand auf „die Optimierung der Anordnung von Liegestühlen auf dem Deck der TITANIC" reduziert hat [7]).

c) Auf dem Hintergrund der speziellen These von der Marktwirtschaft als der schönsten aller möglichen ökonomischen Welten wird die allgemeine Behauptung von der Überlegenheit der freiheitlichen Gesellschaftsordnung vorgetragen, und auch hierfür hat ein grob verfälschtes Smith-Bild die Rechtfertigung zu liefern [8]).

Bevor diese Hauptelemente — oder vielleicht sollte man lieber gleich sagen: die wichtigsten Verwertungsmöglichkeiten — Adam Smith' und seines Hauptwerks in der heutigen bürgerlichen Ökonomie näher untersucht werden, soll der Versuch gemacht werden, Struktur und historisches Entwicklungsgesetz der Smith-Rezeption aufzudecken, wobei es nicht auf absolute Vollständigkeit der Belege, also auf lückenlose Dokumentation des Rezeptionsprozesses ankommen kann [9]), sondern eher darauf, Gesetzmäßigkeiten aufzudecken, deren Kenntnis für die

5) Vgl. H. C. Recktenwald, Adam Smith heute und morgen, „Kyklos", Vol. 28 (1975), S. 5 ff. — W. Röpke, Adam Smith — Wegbereiter der Marktwirtschaft, „Der Arbeitgeber", Jg. 27 (1975), S. 988 ff. — Can Capitalism Survive?, „Time" v. 14. 7. 1975.
6) Vgl. R. V. Eagly, The Structure of Classical Economic Theory, New York/London/Toronto 1974.
7) Vgl. W. Greene, a.a.O.
8) Vgl. Can Capitalism Survive?, a.a.O. — H. C. Recktenwald, a.a.O. — „Hamburger Abendblatt" v. 18. 6. 1973 in einem Artikel zum 25. Jahrestag der Währungsreform in der BRD.
9) Hierauf beschränken sich die wenigen Untersuchungen, die dieses Thema in der bürgerlichen Dogmengeschichtsschreibung speziell behandeln. Vgl. H. Graul, Das Eindringen der Smith'schen Natinoalökonomie in Deutschland und ihre Weiterentwicklung bis zu Hermann, Dissertation, Halle 1928. — C. W. Hasek, The Introduction of Adam Smith's Doctrines into Germany, New York 1925. — P. Mombert, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1927, S. 265 ff. — M. Palyi, The Introduction of Adam Smith on the Continent, in: J. M. Clark u. a., a.a.O., S. 180 ff. — W. Roscher, Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland, München 1874, S. 593 ff.

neuesten Erscheinungsformen der Smith-Rezeption anläßlich des Jubiläums und für die Zeit nach den Gedenkfeiern nützlich sein könnte.

III

Wollte man die Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie über Sinn und Zweck der Rezeption bestimmter Schulen oder auch einzelner Persönlichkeiten ihrer Geschichte bis ins Detail verfolgen, so müßte man der wechselvollen, im Grunde aber stets gleichbleibenden Entwicklung nachgehen, die die bürgerliche Dogmengeschichtsschreibung genommen hat. Daneben hätte man zu berücksichtigen, wie einzelne bürgerliche Ökonomen zur Abstützung ihrer „Systeme" bestimmte Etappen der Geschichte der politischen Ökonomie interpretiert oder in ihrem Sinne zurechtgestutzt haben. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang nur an die plumpe Verfälschung der Klassiker in der deutschen historischen Schule und bei den Kathedersozialisten [10]) sowie an das eigenwillige Verständnis von Klassik, dessen Keynes [11]) bedurfte, um sein System in besonders schönem Glanze erscheinen zu lassen.

Mehr, als das in den großen Dogmengeschichten deutlich wird, zeigt sich gerade an solchen Beispielen, wie das Verständnis der bürgerlichen Ökonomen von Rezeptionsprozessen in der Geschichte der politischen Ökonomie aussieht: Im Prinzip geht es der bürgerlichen Ökonomie stets darum, mit dem Rückgriff auf frühere Entwicklungsstufen der Wissenschaft die Illusion von einem ungebrochenen Erkenntnisfortschritt aufrechtzuerhalten; hierfür sind ihr alle Mittel recht — bis hin zur offensichtlichen Geschichtsfälschung. Neuerdings hat Boulding [12]) gerade in Beziehung auf Adam Smith versucht, die prinzipiell möglichen Varianten herauszuarbeiten, die es im Verhältnis von neueren Theorien zu früheren Entwicklungsstufen geben kann. Boulding bietet ein Spektrum an, an dessen einem Ende die Position des Schriftgelehrten, an dessen anderem eine völlig unhistorische Perspektive steht, die etwa dadurch zu kennzeichnen wäre, daß es keinen Wert habe, sich für die falschen Theorien toter Leute zu interessieren. Ohne die Bouldingsche Position weiter auszuführen, sei nur vermerkt, daß man dort, wo die unhistorische Position weiter erläutert wird, sehr rasch an die Meinung von J. B. Say erinnert wird, daß man sich um die Geschichte einer Wissenschaft um so weniger zu kümmern habe, je weiter die betreffende Disziplin vorangeschritten sei.

Als zweites Beispiel für eine grundsätzliche Diskussion von Rezeptionsvorgängen kann man die Übernahme jenes Interpretationsschemas, das Thomas Kuhn in seinem Buch „The structure of Scientific Revolutions" (1962) für die Bearbeitung der Wissenschaftsgeschichte anbietet, in die bürgerliche Dogmengeschichtsschreibung anführen [13]). Kuhn vertritt die These, daß bestimmte Etappen der Wissenschaftsgeschichte durch gewisse Paradigmen gekennzeichnet seien und daß wesentliche Fortschritte in der Geschichte einer Wissenschaft durch fundamentale Paradigmenwechsel zustandekämen. Hier bieten sich noch ungeahnte Möglichkeiten für eine idealistisch verfahrene Dogmengeschichtsschreibung, wenn man etwa bedenkt, auf welche Weise sich das Paradigma „Gleichgewicht"

10) Vgl. hierzu R. Schüller, Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner, Berlin 1895. — Dazu die Rezension von E. Bernstein in: „Neue Zeit", Jg. 1894/95, Teil II, S. 211 ff. — R. Luxemburg, Zurück auf Adam Smith, „Neue Zeit", Jg. 1899/1900, Teil II, S. 180 ff.
11) Vgl. R. L. Meek, Ökonomie und Ideologie — Studien zur Entwicklung der Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 236 ff.
12) K. E. Boulding, After Samuelson. Who Needs Adam Smith?, „History of Political Economy", Vol. 3 (1971), S. 225 ff.
13) Vgl. A. W. Coats, Is there a „Structure of Scientific Revolutions" in Economics?, „Kyklos", Vol. 22 (1969), S. 289 ff. — S. Hollander, The Economics of Adam Smith, Toronto 1973, S. 12 ff.

oder das Paradigma „Kreislauf" nutzen läßt, um eine ungebrochene Tradition von den Klassikern bis zu den Virtuosen der heutigen mathematischen Ökonomie nachzuweisen — ein Interpretationsschema übrigens, das schon lange vor Kuhn Anfang der 50er Jahre auf einer Tagung der American Economic Association zur Diskussion gestellt wurde [14]).

Schließlich muß man noch Meeks Rehabilitationsthese [15]) erwähnen, weil sie wohl noch am ehesten an unsere eigene Ausgangsthese herankommt, wenn sie auch nur auf einen Teilaspekt von Rezeptionsprozessen aufmerksam macht. Meek behauptet, „jene Fälle, wo die Grundelemente der theoretischen Arbeit eines früher berühmten Autors als wichtig und bedeutungsvoll für eine spätere Zeit entdeckt wurden, besaßen in der Tat Seltenheitswert" [16]). Vor 1930 habe es keine wirklichen Rehabilitationen gegeben. Dann setze eine Rehabilitationswelle ein, die von Keynes' Rückgriff auf Malthus über die Rehabilitation des Quesnay'schen „tableau économique" durch die Input-Output-Analyse, Joan Robinsons Wiedererweckung der klassischen Theorie bis zur Idee von Sen reiche, James Steuart sei ein Pionier der modernen Zwangswirtschaft gewesen [17]).

Ich halte diese Rehabilitationsthese für viel zu allgemein, also der Präzisierung stark bedürftig. Die angeführten Beispiele lassen nur allzu deutlich erkennen, daß „Rehabilitationen", um beim Konzept von Meek zu bleiben, ganz unterschiedlichen Verwendungszwecken dienen können; Rezeptionen in der Wissenschaftsgeschichte können aber nicht verstanden werden, wenn der Verwendungszweck außer acht bleibt.

Wenn es so etwas wie einen Rezeptions*prozeß* gibt — und das gilt eben gerade für den *wissenschaftlichen* Abschnitt der politischen Ökonomie, die bürgerliche Klassik — und wenn das Studium der Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses für die Einschätzung der heutigen Erscheinungsformen einer spezifischen Rezeption eine wichtige Rolle spielt, so muß man mit einer Arbeitshypothese herangehen, die ich wie folgt formuliere: Das wechselhafte Verhältnis der bürgerlichen Ökonomie zu ihrer eigenen Geschichte wird wesentlich bestimmt von ihrem eigenen historischen Entwicklungsgesetz, das seinerseits das objektive historische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise widerspiegelt [18]). Anders ausgedrückt: Die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie bestimmen wesentlich die Gesetzmäßigkeiten des Rezeptionsprozesses. Die jeweiligen Erscheinungsformen etwa der Smith-Rezeption müssen sich dann auf ein allgemeines Gesetz zurückführen lassen, und eine solche allgemeine Gesetzmäßigkeit wird sich für die Interpretation der jüngst gelieferten ebenso wie für die Einschätzung der künftig zu erwartenden Formen der Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie als nützlich erweisen.

IV

Wenn hier und anderswo aus Anlaß des Jubiläums „200 Jahre Wealth of Nations" vom historischen Verlauf und den heutigen Erscheinungsformen der Smith-Rezeption die Rede ist, so ist für viele kein Zweifel möglich, wovon denn eigentlich die Rede sein soll. Dennoch ist es wohl unumgänglich, gerade für die Frage, die hier zur Diskussion gestellt werden soll, auf einige Präzisierungen

14) Vgl. G. Sebba, The Development of the Concepts of Mechanism and Model in Physical and Economic Thought, „American Economic Review", Vol. 43 (1953) no. 2, S. 259 ff. — K. Pribram, Patterns of Economic Reasoning, ebd., S. 243 ff.
15) R. L. Meek, a.a.O., S. 10 ff.
16) Ebd., S. 11.
17) Ebd.
18) MEW, Bd. 4, S. 130.

zu drängen. Für das Studium der historischen Gesetzmäßigkeit im Prozeß der Smith-Rezeption ist folgendes — in knappen Thesen formuliert — entscheidend:

Smith' „Wealth of Nations" steht an einer bestimmten Stelle der Gesamtperiode der klassischen politischen Ökonomie, die in England mit Petty beginnt und mit Ricardo abschließt [19]). Gerade wenn Jubiläen den Anlaß zur Rückbesinnung bieten, läuft man Gefahr, die Epoche hinter der Person zu vernachlässigen. Diese erste Feststellung ist schon aus zwei Gründen wichtig: einmal enthält sie einen Hinweis auf das, was immer unter dem Etikett „Unzulänglichkeiten bei Smith" [20]) diskutiert wird, zum anderen greift sie die Marxsche Einschätzung von Smith als dem „zusammenfassenden Ökonomen der Manufakturperiode" [21]) auf und macht damit gleichzeitig die Rolle deutlich, die Smith als Wortführer einer „noch revolutionären Bourgeoisie" [22]) am Anfang der Konsilidierungsphase der kapitalistischen Produktionsweise spielt. Beim „Reichtum der Nationen" handelt es sich also um ein Werk, das im Interesse einer zur Herrschaft drängenden Klasse [23]), der progressiven englischen Industriebourgeoisie, geschrieben wurde; es steht weder am Anfang der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse noch am Schluß ihrer Konsolidierungsphase.

Hieraus leitet sich die für die Herausbildung einer historischen Gesetzmäßigkeit im Prozeß der Smith-Rezeption entscheidende These ab: Im Werk von Smith sind zwei Ebenen der Argumentation zu unterscheiden: einmal sind es jene Partien, die sein Werk als gesamtgesellschaftliche Kampftheorie, als bürgerliche Revolutionstheorie ausweisen, zum anderen jene Teile, die in den Begründungszusammenhang fallen, allerdings in den Begründungszusammenhang einer auf die Totalität der kapitalistischen Produktionsweise, auf die innere Struktur der bürgerlichen Gesellschaft bezogenen, parteiischen, in praktischer Absicht formulierten Theorie [24]).

Niemand bringt diese beiden Seiten einer in sich geschlossenen Theorie über den „innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse" [25]) deutlicher zum Ausdruck als Marx im „Elend der Philosophie": „Die Klassiker, wie Adam Smith und Ricardo, vertreten eine Bourgeoisie, die noch im Kampf mit den Resten der feudalen Gesellschaft nur daran arbeitet, die ökonomischen Verhältnisse von den feudalen Flecken zu reinigen, die Produktivkräfte zu vermehren und der Industrie und dem Handel neue Triebkraft zu geben ... Die Ökonomen, wie Adam Smith und Ricardo, welche die Historiker dieser Epoche sind, haben lediglich die Mission, nachzuweisen, wie der Reichtum unter den Verhältnissen der bürgerlichen Produktion erworben wird, diese Verhältnisse in Kategorien, in Gesetze zu formulieren und nachzuweisen, um wieviel diese Gesetze, diese Kategorien für die Produktion der Reichtümer überlegen sind den Gesetzen und Kategorien der feudalen Gesellschaft" [26]).

Die Bereiche, in denen das erkenntnisleitende Interesse deutlich zum Ausdruck kommt:

— die Auseinandersetzung mit Merkantilismus und Physiokratie [27]),

19) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 843.
20) Vgl. G. Fabiunke, Adam Smith und das Erbe des „Grundlegers der politischen Ökonomie", „Einheit", 28/1973, S. 723 ff.
21) MEW, Bd. 23, S. 369.
22) MEW, Bd. 26.1, S. 273.
23) MEW, Bd. 3, S. 47 f.
24) Diese Einsicht hat auch bürgerliche Dogmenhistoriker dazu veranlaßt, die klassische politische Ökonomie als eine „Theorie der Wirtschaftspolitik" zu bezeichnen. Vgl. L. Robbins, The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy, London 1952.
25) MEW, Bd. 23, S. 95.
26) MEW, Bd. 4, S. 142.
27) A. Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, New York, o. J. (1937),, S. 397 ff.

— Eigennutz und Konkurrenz [28]),
— produktive und unproduktive Arbeit [29]),
— Staatsfunktionen und Steuerrechtfertigungslehre [30]),

um nur das Wichtigste zu nennen, lassen jenes spezifische Geschichtsbild der klassischen politischen Ökonomie erkennen, das Marx so treffend im „Elend der Philosophie" beschrieben hat: „Die Ökonomen verfahren auf eine sonderbare Art. Es gibt für sie nur zwei Arten von Institutionen, künstliche und natürliche. Die Institutionen des Feudalismus sind künstliche Institutionen, die der Bourgeoisie natürliche. Sie gleichen darin den Theologen, die auch nach zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist. Wenn die Ökonomen sagen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse — die Verhältnisse der bürgerlichen Produktion — natürlich sind, so geben sie damit zu verstehen, daß es Verhältnisse sind, in denen die Erzeugung des Reichtums und die Entwicklung der Produktivkräfte sich gemäß den Naturgesetzen vollziehen. Somit sind diese Verhältnisse selbst von dem Einfluß der Zeit unabhängige Naturgesetze. Es sind ewige Gesetze, welche stets die Gesellschaft zu regieren haben. Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr; es hat eine Geschichte gegeben, weil feudale Einrichtungen bestanden haben und weil man in diesen feudalen Einrichtungen Produktionsverhältnisse findet, vollständig verschieden von denen der bürgerlichen Gesellschaft, welche die Ökonomen als natürliche und demgemäß ewige angesehen wissen wollen" [31]).

Diese Position der Klassiker läßt eben einerseits erkennen, daß die Vorstellung von einer historisch abgewirtschafteten und zu überwindenden Produktionsweise, dem Feudalsystem, vorhanden ist, andererseits jedoch — eben im Prozeß der Herrschaftsstabilisierung der Bourgeoisie — bereits Ansätze dessen erkennbar werden, was Marx zur Charakterisierung der *bürgerlichen* Ökonomie festgestellt hat: Sie ist bürgerlich, weil sie „die kapitalistische Ordnung als geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe, umgekehrt als absolute und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion auffaßt" [32]).

Sieht man folglich Smith in diesem Prozeß der Konsolidierung der bürgerlich-kapitalistischen Klassenverhältnisse, so wird hier eine „Zwieschlächtigkeit" deutlich, die sich unmittelbar auf den Begründungszusammenhang auswirken muß. Zählt man zum Kern des Begründungszusammenhangs die Wertlehre, weil sich alles weitere hieraus ableitet, so wird verständlich, daß Marx den Klassikern einerseits das Interesse am „innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse" [33]) attestiert, zum anderen aber in der detaillierten Kritik der klassischen politischen Ökonomie — vor allem in den „Theorien über den Mehrwert" — immer wieder auf Widersprüche und Zwieschlächtigkeiten aufmerksam macht, die — wie mir scheint — eher als Folge der oben erwähnten Geschichtsauffassung zu begreifen sind (und natürlich im Prozeß der Konstituierung bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse die ersten Anzeichen einer dann rasch zunehmenden und bei der objektiven Erkenntnisschranke der nachklassischen Ökonomie endenden Mystifikation des Erkenntnisobjekts sichtbar werden lassen) als auf einen historisch unfertigen Erkenntnisgegenstand zurückzuführen sind, der eben nur unzulängliche Erkenntnis gestattet.

28) Ebd., S. 421 ff., 508, 594 ff., 638.
29) Ebd., S. 314 ff.
30) Ebd., S. 651, 769 ff.
31) MEW, Bd. 4, S. 139 f.
32) MEW, Bd. 23, S. 19 f.
33) MEW, Bd. 23, S. 95.

Selbst wenn Marx im Prozeß der Auseinandersetzung mit der klassischen politischen Ökonomie und insbesondere mit Smith in den „Theorien über den Mehrwert" oder im zweiten Band des „Kapital" sprachlich den Eindruck erweckt, Smith habe die Wertbildung „naiv" oder „unzureichend" erklärt [34]), so wiegen doch jene Argumente schwerer, in denen er auf die Widersprüchlichkeit der Smithschen Erklärungen hinweist und dabei auf die Zwischenposition aufmerksam macht, die Smith einnimmt zwischen der Erkenntnis des „innern Zusammenhangs" und der Orientierung an den Erscheinungsformen der Konkurrenz [35]).

Für Marx und seine Kritik der politischen Ökonomie ist es deshalb wichtig festzustellen: „Die Widersprüche A. Smiths haben das Bedeutende, daß sie Probleme enthalten, die er zwar nicht löst, aber dadurch ausspricht, daß er sich widerspricht" [36]).

Wichtig aber ist zu sehen, daß Marx Unzulänglichkeiten und Fehler bei Smith nicht allein daraus erklärt, daß „sein Geschäft in der Tat ein doppeltes war. Einerseits der Versuch, in die innere Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen, andererseits aber zum Teil erst ihre äußerlich erscheinenden Lebensformen zu beschreiben, ihren äußerlich erscheinenden Zusammenhang darzustellen und zum Teil noch für diese Erscheinungen Nomenklatur zu finden und entsprechende Verstandesbegriffe, sie zum Teil erst in der Sprache und im Denkprozeß zu reproduzieren" [37]), sondern bei aller weiteren Untersuchung der Smithschen Theorie häufiger darauf hinweist, daß das gleichzeitig oder parallel auftretende Interesse am inneren Zusammenhang *und* an den Erscheinungen der Konkurrenz eben zu Widersprüchen führen muß, denn „indem Smith sich mitten in die Konkurrenz versetzt, räsoniert und deräsoniert er auch sofort mit der eigentümlichen Logik des in dieser Sphäre befangenen Kapitalisten" [38]).

V

Mit diesen Überlegungen sind die wichtigsten Arbeitshypothesen für die Analyse des historischen Entwicklungsgesetzes der Smith-Rezeption formuliert. In folgenden Thesen kann man sie zusammenfassen:

— Die progressiven Elemente des Smithschen Werkes finden sich in *den* Partien des „Reichtums der Nationen", die unmittelbar als Teile einer bürgerlichen Revolutionstheorie zu identifizieren sind.

— Die Widersprüchlichkeit von Smith dokumentiert sich dort, wo man eher vom Begründungszusammenhang seiner Theorie sprechen kann.

— Soweit sich Smith-Rezeption auf die Elemente der gesamtgesellschaftlichen Kampftheorie offen bezieht, erfolgt sie in progressiver Absicht.

— Soweit an den Widersprüchen und Zwieschlächtigkeiten des Begründungszusammenhangs, vornehmlich an *den* Teilen des Werkes angeknüpft wird, die am „verkehrten" Zusammenhang der Konkurrenz orientiert sind, fällt Smith-Rezeption in die vulgäre Phase der Geschichte der bürgerlichen Ökonomie und hat die für bestimmte Entwicklungsstufen dieser Etappe spezifischen Rechtfertigungsaufgaben mitzuerfüllen.

34) MEW, Bd. 24, S. 372.
35) MEW, Bd. 26.2, S. 162.
36) MEW, Bd. 26.1, S. 121. — Vgl. auch MEW, Bd. 26.2, S. 162, 215, 217.
37) MEW, Bd. 26.2, S. 162.
38) MEW, Bd. 26.2, S. 217.

— Diese vulgäre Form der Smith-Rezeption kann durch Verfälschungen und Diffamierungen gestützt werden, die sich auf das erkenntnisleitende Interesse im „Reichtum der Nationen" beziehen.

Gehen wir mit diesen Arbeitshypothesen an den konkreten Ablauf der Smith-Rezeption heran, so wird man zunächst eine Übernahme des Smithschen Werkes feststellen, die in progressiver und emanzipatorischer Absicht erfolgt. Zweifellos ist die Charakterisierung der politischen Ökonomie in Deutschland, die Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes „Kapital" gibt, zutreffend: „Die politische Ökonomie blieb in Deutschland bis zu dieser Stunde eine ausländische Wissenschaft... Es fehlte also der lebendige Boden der politischen Ökonomie. Sie ward als fertige Ware importiert aus England und Frankreich; ihre deutschen Professoren blieben Schüler. Der theoretische Ausdruck einer fremden Wirklichkeit verwandelte sich unter ihrer Hand in eine Dogmensammlung, von ihnen gedeutet im Sinn der sie umgebenden kleinbürgerlichen Welt, also *mißdeutet*" [39]).

Dennoch gibt es eine kurze Periode einer progressiven Smith-Rezeption, in der mit der „ausländischen Wissenschaft" ganz im Sinne ihres großen Repräsentanten verfahren wird.

VI

Die Smith-Rezeption in Deutschland — bis heute noch nicht hinreichend untersucht [40]) — beginnt eigentlich im Jahre des Erscheinens der „Wealth of Nations". Noch 1776 erscheint die erste deutsche Übersetzung von Johann Friedrich Schiller, die Anfang 1777 in den „Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen" von dem Popularphilosophen Johann Georg Heinrich Feder rezensiert wird [41]). Diese Rezension, die das Werk von Smith als „ein classisches Buch" rühmt, hebt sich wohltuend von anderen Besprechungen, die im gleichen und in den folgenden Jahren erscheinen [42]), ab. Während Smith an anderer Stelle — eben dort, wo „der lebendige Boden der politischen Ökonomie" fehlte — vornehmlich physiokratisch interpretiert wurde, begriff man in Göttingen das Smithsche System als „Industrie-System" oder als „kritisches System". Zweifellos war der englische Einfluß auf die Universität des Kurfürstentums Hannover, das durch Personalunion mit dem englischen Königshaus verbunden war, nicht unbedeutend. Lichtenberg bemerkt zwar kritisch: „Die Freiheit der Engländer unterscheidet sich von der unsrigen im Hannöverischen dadurch, daß sie dort durch Gesetze gesichert ist und hier von der Gutherzigkeit des Königs abhängt" [43]). Heinrich Heine hat in seiner „Harzreise" Göttingen sogar als Beispiel für die „philisterhafte Enge der deutschen kleinstaatlichen Landesuniversität" [44]) dem Spott seiner Leser preisgegeben. Und dennoch: Gerade hier setzte sich die neue Lehre des Adam Smith durch. Es war kein rascher Siegeszug, so daß Sartorius in seiner Rezension der Übersetzung von Christian Garve bemerken konnte, daß Smith „auf die Veränderung der Doktrin in Deutschland (bis dahin) noch gar keinen Einfluß gehabt hat" [45]). Sartorius hat nach eigenen Angaben seit 1791 Vorlesungen über das Smithsche System gehalten [46]). Er „verband seine For-

39) MEW, Bd. 23, S. 19.
40) Vgl. die Literatur in Anm. 9.
41) Vgl. Ausgabe v. 10. 3. 1777, S. 234 ff., und Ausgabe v. 5. 4. 1777, S. 213 ff.
42) Vgl. Nicolais Allgemeine deutsche Bibliothek, Bd. 31, S. 586 ff., und Iselins Ephemeriden der Menschheit, 1777, S. 61 ff.
43) G. Ch. Lichtenberg, Aphorismen, Essays, Briefe, Leipzig 1963, S. 127 ff.
44) H. Mohrmann, Studien über russisch-deutsche Begegnungen in der Wirtschaftswissenschaft (1750—1825), Berlin (DDR) 1959, S. 75.
45) Vgl. „Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen" v. 29. 11. 1794.
46) G. Sartorius, Handbuch der Staatswirtschaft zum Gebrauche bey akademischen Vorlesungen nach Adam Smith's Grundsätzen, Berlin 1796, S. XLIV.

schungsarbeiten als Historiker, die er in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts aufgenommen hatte, auf das engste mit der Verbreitung und auch Verteidigung der Thesen der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie. Er suchte auf beiden Gebieten, Geschichte und politische Ökonomie, nach der Antwort der Wissenschaft auf die Hauptfragen der gesellschaftlichen Entwicklung: Beseitigung der Leibeigenschaft und volle Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse" [47]).

Sartorius begriff die klassische bürgerliche politische Ökonomie durch das Werk von Smith als Kampftheorie zur Lösung der brennenden gesellschaftlichen Probleme der Zeit. Er erkannte, daß sich das Werk von Smith gegen die überholten Auffassungen wenden ließ, mit denen die Herrschaftsverhältnisse gestützt wurden. 1796 erscheint sein Buch „Handbuch der Staatswirtschaft zum Gebrauch bey akademischen Vorlesungen, nach Adam Smith's Grundsätzen ausgearbeitet" und trägt unter den Studierenden erheblich zur Verbreitung der Ideen Adam Smith' bei. Wenn auch die ökonomischen Verhältnisse der deutschen Kleinstaaterei verhinderten, daß sich die Ideen Smith', ihr revolutionärer Gehalt, durchsetzen konnten, so kann man nicht leugnen, daß eine Rezeption in fortschrittlicher Absicht eingeleitet wurde. Progressive Seiten des Smithschen Werkes haben im 19. Jh. ihren Einfluß auf die Ökonomen des deutschen Bürgertums (Kraus, Lueder, Jakob, Thünen).

Wichtiger aber als die Nachwirkungen der Smith-Rezeption in Deutschland sind die Einflüsse des Smithschen Werkes auf die patriotische Jugend Rußlands, die Anfang des 19. Jhs. in Göttingen studierte. Auf welche Weise die revolutionären Ideen Smith', von Sartorius vermittelt, Einfluß auf die ökonomischen Auffassungen der Dekabristen, der ersten Generation russischer Revolutionäre im 19. Jh., gewannen, hat Mohrmann in einer meisterhaften Untersuchung über die russisch-deutschen Begegnungen in der Wirtschaftswissenschaft dokumentiert [48]).

Ein letzter Beleg nicht für die progressive Smith-Rezeption selbst, sondern eher für deren Verhinderung ist das Verbot eines Universitäts-Lehrbuchs der Nationalökonomie in Österreich vor der Revolution von 1848. Für die österreichischen Universitäten gaben Lektionskataloge die verbindlichen Lehrbücher an. Die österreichische Administration war peinlichst darauf bedacht, daß die Lehren des Kameralisten J. v. Sonnenfels weiter die Universitäten beherrschten, und untersagten die Verwendung des 1846 in erster Auflage publizierten Buches „Die Grundlehren der Volkswirtschaft" von Josef Kudler, seit 1821 Nachfolger von Sonnenfels an der Wiener Universität, eines „gemäßigten Smithianers", mit der Begründung, die Ideen Smith' seien angetan, die staatliche Ordnung zu untergraben. Erst nach 1848 (Einführung der Lern- und Lehrfreiheit) konnte Kudler das Buch seinen Vorlesungen zugrundelegen [49]).

VII

Die vulgäre Smith-Rezeption der bürgerlichen Ökonomie, die sich bis auf den heutigen Tag hinzieht, wandelt nur ihre Erscheinungsformen; diesen als Repräsentationen einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit nachzugehen, lohnt sich jedoch.

Marx hat die Gesetze beschrieben, denen eine vulgäre bürgerliche Ökonomie zu gehorchen hat [50]). Das uns bis heute vorliegende Material erlaubt es, die Vulgärökonomie nach drei Seiten hin zu betrachten:

47) H. Mohrmann, a.a.O., S. 55 f.
48) H. Mohrmann, a.a.O.
49) Vgl. J. Kudler, Die Grundlehren der Volkswirtschaft, 2. Aufl., Wien 1856. — Dazu: Geschichte der Wiener Universität von 1848—1898, hrsg. vom Akademischen Senat der Wiener Universität, Wien 1898, S. 170 ff.
50) MEW, Bd. 23, S. 20 f. und S. 95.

— nach der politisch-gesellschaftlichen Rolle (Apologetik zur Stabilisierung von Klasseninteressen und Herrschaftsverhältnissen),

— nach den spezifischen Erscheinungsformen und Varianten der Apologetik (allgemeine Systemrechtfertigung — Diffamierung — Systemregulierung),

— nach dem Begründungszusammenhang und der formalen Gestalt der auf Rechtfertigung abzielenden Theorien.

Setzen wir dort an, wo Marx wohl am deutlichsten die Vermutung ausspricht, daß Smith wegen seiner Widersprüchlichkeiten oder Zwieschlächtigkeiten zum Anknüpfungspunkt für die Vulgärökonomie werden könnte, „daß seine Nachfolger gegeneinander bald die eine, bald die andere Seite aufnehmen" [51]).

Diese allgemeine Befürchtung, Smith habe „der Vulgärökonomie Tür und Tor weit geöffnet" [52]), soll uns als Richtschnur dienen, ohne daß wir in diesem Zusammenhang schon zu fragen brauchten, an welchen Stellen im Smithschen Werk Marx diese Vermutung im einzelnen anbringt. Registrieren wir im folgenden die Hauptformen der Smith-Rezeption — und das bedeutet immer auch schon der Smith-Verfälschung — nach zwei Seiten hin, einmal als Belege für die Ausgangsthesen, zum anderen mit Blick auf den Verwendungszweck, d. h. auf die Art und Weise, wie vulgäre Smith-Rezeption die apologetischen Aufgaben der nach-klassischen politischen Ökonomie zu untermauern versucht.

Bevor noch Einzelheiten zur Diskussion gestellt werden, muß auf eine Grundtendenz aufmerksam gemacht werden, von der alle bürgerliche Dogmengeschichte genau so wie spezifische Rezeptionsvorgänge geleitet werden. Immer ist man darum bemüht, bei dem Nachweis zu landen, vom Merkantilismus bis auf den heutigen Tag sei ein theorieimmanenter Fortschritt wirksam gewesen, der in der logischen Stringenz und dem Erklärungswert der „modernen Theorie" gipfele [53]). Mark Blaug ist heute ein typischer Vertreter dieser Art Theorie-Geschichtsschreibung [54]). Für die Smith-Rezeption hat diese Tendenz eine bestimmte Bedeutung. Sie schließt einmal ein, daß man sich mit gewissen Smith-Partikeln schmückt, wann immer der „Prunk literarhistorischer Gelehrsamkeit" als opportun empfunden wird. Typisch hierfür sind in neuester Zeit die Veröffentlichungen über Smith als Wachstumstheoretiker, in denen dann eine bürgerliche Revolutionstheorie auf den Formalismus einer mathematischen Produktionsfunktion reduziert wird [55]). Typisch aber auch die in der Geschichte der bürgerlichen Ökonomie immer wieder unternommenen Versuche, Smith die Originalität abzusprechen oder ihn für unsystematisch zu erklären — eine Feststellung, mit der Say die kontinentale Smith-Rezeption einleitete, die auch bei Garnier auftritt und in Deutschland bis zu Schumpeter immer wiederholt wurde [56]).

Fragt man nun nach den beiden Hauptformen der vulgären Smith-Rezeption — Verfälschung und Diffamierung des erkenntnisleitenden Interesses einerseits,

51) MEW, Bd. 26.1, S. 121.
52) MEW, Bd. 24, S. 372.
53) Vgl. Schmollers Berliner Rektoratsrede „Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige Volkswirtschaftslehre", zit. bei A. Oncken, Das Adam-Smith-Problem, „Zeitschrift für Sozialwissenschaften", 1/1898, S. 26. Daneben vor allem die Position Schumpeters in seiner History of Economic Analysis, London 1954.
54) Vgl. M. Blaug, Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie, 4 Bde., München 1971 ff.
55) Vgl. I. Adelman, Theories of Economic Growth, Stanford 1961, S. 25 ff. — J. J. Spengler, Adam Smith's Theory of Economic Growth, „Southern Economic Journal", 25/26/1959, S. 397 ff. und S. 1 ff.
56) Vgl. J. Schumpeter, a.a.O. — S. Feilbogen, Smith and Hume, „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 46/1890, S. 695 ff. — E. Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, 4. Aufl., Leipzig 1906, S. 172 ff. — W. v. Skarzynski, Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie, Berlin 1878.

Übernahme der vulgären Elemente des Begründungszusammenhanges andererseits —, so lassen sich folgende Erscheinungsformen nachweisen:

— Um das Revolutonäre an der Smithschen Theorie herunterzuspielen, mußte man die Originalität des „Reichtums der Nationen" in Frage stellen und im Zusammenhang damit den Nachweis führen, Smith habe ein völlig falsches Bild vom Merkantilismus entworfen [57]).

— Man unterstellt Smith eine Forderung nach Konkurrenz und Handelsfreiheit, die eher den plumpen Apologien des Manchester-Liberalismus entsprechen als seiner Kampfparole gegen das Feudalsystem [58]).

— Damit hängen eng zusammen die Fehlinterpretationen des Eigennutzprinzips, die Smith fast als eine grenzenlos amoralische, dem unbeschränkten Utilitarismus verfallene Figur erscheinen lassen [59]).

— Auch die angebliche Forderung nach Abstinenz des Staates, nach einer Wirtschaft als staatsfreier Sphäre gehört zu den Verfälschungen, die bestimmten Zwecken dienstbar gemacht wurden [60]).

Sieht man nun einmal genau hin, wo solche Verfälschungen, die wir der ersten der genannten zwei Ebenen im Werke von Smith zurechnen, auftreten und welchen Zwecken sie zu dienen haben, so muß unser Augenmerk vor allem auf der einzigen eigenständigen, aus der nachgeholten Industrialisierung und der verspäteten Überwindung des Feudalsystems zu erklärenden nationalökonomischen Schulbildung liegen: der historischen Schule und dem Kathedersozialismus.

Verzichtet man auf eine genaue Dokumentation der Smith-Verfälschungen in der historischen Schule von List über Hildebrand und Knies bis zu Roscher [61]) und vermerkt nur, daß sich durch die historische Schule — und eben wesentlich gestützt durch deren Smith-Fälschungen — die Idee einer nationalen politischen Ökonomie durchsetzen sollte (Smith als Kosmopolit oder gar als der vaterlandslose Geselle), so bleibt festzuhalten, daß eigentlich erst während der Zeit des deutschen Kathedersozialismus die Katze wirklich aus dem Sack gelassen wird.

Jetzt wird wirklich deutlich, worauf die Smith-Verfälschungen hinauslaufen. Schien es sich bis dahin noch um das Bemühen zu handeln, das Selbstbewußtsein einer *deutschen* Nationalökonomie zu stärken, so dokumentiert sich in kurzer historischer Zeitspanne jetzt, was Marx in seinem Vulgarisierungsargument angedeutet hatte: Die bürgerliche Ökonomie hat sich in ihrer vulgären Phase mit der „Bewältigung" von Krise und Klassenkampf zu befassen — daran führt kein Weg vorbei.

So findet man dann auch die plumpesten Smith-Verfälschungen in dieser Zeit — in einer Periode, die ebenso durch Sozialistengesetze wie durch die Bismarcksche Sozialpolitik zu charakterisieren ist und in der sich die Hauptvertreter des Kathedersozialismus als Anhänger einer „sozial-ethischen" Schule der Nationalökonomie interpretieren.

Schüller und Oncken, viel später dann Lord Robbins, haben den Schwindel aufgedeckt, der mit den Klassikern, allen voran mit Adam Smith, getrieben wurde [62]). Von der Diffamierung der historischen Passagen im „Reichtum der Nationen"

57) Schmoller hat diese These mehrfach wiederholt. Vgl. hierzu W. Cunningham, A. Smith und die Merkantilisten, „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 40/1884, S. 41 ff.
58) Vgl. hierzu K. Marx, Grundrisse . . ., a.a.O., S. 542 ff., und S. 549 ff.
59) Vgl. R. Schüller, a.a.O.
60) Ebd.
61) Vgl. hierzu H. Graul, a.a.O.
62) Vgl. R. Schüller, a.a.O. — L. Robbins, a.a.O. — A. Oncken, a.a.O.

angefangen, über die Behauptung, Smith habe alles wirtschaftliche Handeln auf das Eigennutzprinzip reduziert, bis hin zu einer lächerlichen Verfälschung der Staatsauffassung von Smith — es findet sich alles bei den Kathedersozialisten. Repräsentativ für die Smith-Fälschungen, die sich im Herrschaftsbereich der historischen Schule und des Kathedersozialismus angehäuft haben, sind vor allem drei Veröffentlichungen: Brentano, Die klassische Nationalökonomie (1888); Schmollers Berliner Rektoratsrede „Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige Volkswirtschaftslehre" (1897); Schmollers Artikel „Volkswirtschaft" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (1894).

Gerade der Artikel „Volkswirtschaft" von Schmoller darf als repräsentativ angesehen werden, da sein Verfasser von ihm behauptet, er stelle das „Facit seiner allgemeinen theoretisch-wissenschaftlichen Bestrebungen" [63]) dar. Dieses „Facit" muß zweierlei bewirken: Einmal soll Smith als „Stern dreizehnter Güte" erscheinen [64]), zum anderen muß die „sozial-ethische" Richtung als die einzige dastehen, die ein Patentrezept besitzt, um mit den Ursachen des Klassenkampfes (ungezügelte Konkurrenz) wie mit seinen damals spürbaren Erscheinungsformen und deren theoretischem Hintergrund (Marx) fertigzuwerden. Das hört sich bei Schmoller dann so an: „Weder strikte Smithianer noch strikte Marxianer können heute Anspruch darauf machen, für vollwertig gehalten zu werden. Es hieße sich dem Fortschritt und der Entwicklung entgegenzustemmen, wenn man absterbende, überlebte Richtungen und Methoden den höherstehenden und ausgebildeteren gleichstellte ... Auf die Lehrstühle der Universitäten gehören die Anhänger von Smith so wenig wie die von Marx" [65]).

Schüller [66]) hat mit bemerkenswerter Schärfe die Klassiker-Verfälschungen der historischen Schule und der Kathedersozialisten gegeißelt. Dem braucht man nichts hinzuzufügen. Wichtig ist nur festzuhalten, daß er — genau wie Oncken [67]) — die beiden Varianten, in denen diese Verfälschung auftritt, klar herausarbeitet: Sie ist einmal am Eigennutzprinzip orientiert, also an der Behauptung, Smith habe den Menschen auf ein ausschließlich durch Egoismus gesteuertes Wesen reduziert, zum anderen an der Rolle des Staates, die Smith und die übrigen Vertreter der klassischen Schule angeblich als die eines „Nachtwächterstaates" bestimmt hätten. Dazwischen liegt dann, wie Oncken überzeugend nachgewiesen hat [68]), der Versuch, Smith auf eine zeitlose Maxime „laissez faire, laissez passer" festzulegen, was durch nichts, aber auch gar nichts zu belegen ist.

Das eigenartig gebrochene Verhältnis der bürgerlichen Ökonomie zu ihrer eigenen Geschichte zeigt sich auch dort, wo die Vulgärökonomie sich eher auf den Begründungszusammenhang der Smithschen Theorie bezieht als auf das erkenntnisleitende Interesse seines Werkes. Die bürgerliche Ökonomie mußte sich nach 1830 grundsätzlich mit zwei Problemen auseinandersetzen: mit den wiederkehrenden Überproduktionskrisen und mit einem sich „praktisch und theoretisch" ständig verschärfenden Klassenkampf. Zum einen mußte sie ökonomische Krisenerscheinungen als kurzfristige Abweichungen von einem prinzipiell dauerhaft garantierten Gleichgewicht nachweisen; zum anderen hatte sie sich auf die ständig bedrohlicher werdende Klassenauseinandersetzung zu konzentrieren

---

63) G. Schmoller, Art. „Volkswirtschaft", Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., S. 426 ff.
64) Vgl. A. Oncken, a.a.O., S. 286.
65) G. Schmoller, Wechselnde Theorien . . ., a.a.O. Zit. nach A. Oncken, a.a.O., S. 26.
66) R. Schüller, a.a.O.
67) A. Oncken, a.a.O.
68) Ebd., S. 278 f. — Vgl. hierzu auch Onckens Schrift Die Maxime laissez faire et laissez passer, ihr Ursprung, ihr Werden, Bern 1886

und den Nachweis zu führen, daß eine gerechte, weil der individuellen Leistung entsprechende Verteilung der Wertschöpfung vorherrsche.

Diese beiden Seiten der apologetischen Aufgabe der bürgerlichen Ökonomie bestimmen dann auch im Prinzip die Smith-Rezeption, soweit sie primär am Begründungszusammenhang der „Wealth of Nations" orientiert ist, wobei auch ein Rückgriff auf diejenigen Partien des Smithschen Werkes, die auf der ersten Ebene anzusiedeln sind, von Zeit zu Zeit gute Dienste leistet. So können seit der kontinentalen Smith-Rezeption des J. B. Say, dem bürgerliche Dogmenhistoriker auch bereitwilligst attestierten, daß erst durch ihn die Smithschen Ideen einen systematischen Zusammenhang gewonnen hätten [69]), zwei Argumentationsketten aufgebaut werden, die für die neoklassische Tradition entscheidende Bedeutung haben. Einmal war mit dem Konzept der Produktionsfaktoren die Grundlage für die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie gelegt, von der man sich dann die Rechtfertigung der faktischen Verteilung und die Widerlegung aller Ausbeutungstheorien versprach [70]); zum anderen war mit der Verengung der Wertproblematik auf den Tauschwert — und im Ansatz bereits auf Nutzen und Gebrauchswert — die Entwicklung zu einer auf dem Grenznutzenprinzip basierenden Gleichgewichtstheorie eingeleitet.

Man muß hier wiederholen, daß Marx die Auswertung der Zwieschlächtigkeiten in der Smithschen Wertlehre durch die Vulgärökonomie vorausgesehen hat. Nichts kann diese Behauptung besser bestätigen als z. B. der Versuch Stiglers, die Tradition der Nutzentheorie bis zu Smith zurückzuverfolgen [71]), oder die Behauptung Eaglys [72]), die Gleichgewichtsökonomie habe sich gradlinig von Smith bis Walras entwickelt und kulminiere in der mathematischen Theorie eines allgemeinen Gleichgewichts.

Dort, wo sich die neoklassische bürgerliche Ökonomie auf Smith bezieht, versucht sie eigentlich immer zweierlei zu erreichen: Smith zu „überwinden", indem sie nachweist, diß es erst *ihr* gelungen sei, aus einer unentwickelten Idee des Ahnherrn eine brauchbare Theorie zu machen, und gleichzeitig darauf zu bestehen, daß die neueren Theorien in der wissenschaftlichen Tradition der klassischen politischen Ökonomie stehen.

Eine interessante Ausnahme von diesem Prinzip macht Friedrich Wieser dort, wo er das Selbstverständnis der Grenznutzenschule zu bestimmen versucht [73]). Smith' „Irrungen und Lücken", die die „Grundlagen selbst" betrafen, mußten von der Grenznutzenschule überwunden werden. Während der Vorwurf der historischen Schule und der Kathedersozialisten gegen den Individualismus der Smithschen Theore gerichtet war, fanden die Anhänger der Grenznutzenschule, daß die Klassiker „ihrem individualistischen Bekenntnis von Anfang an untreu geworden waren" [74]). Wozu diese schroffe Absetzung von der klassischen Schule eigentlich dienen sollte, wird von Wieser klar ausgesprochen: „Ist nicht die sozialistische Kritik des gegebenen Zustandes, ist nicht Karl Marx mit seinem Mehrwerte in vollem Recht? Ist nicht die sozialistische Theorie erst die Vollenderin des klassischen Gedankens, den die Klassiker selber zu Ende zu denken nicht den Mut hatten? ... Bei den Klassikern konnten wir nicht bleiben, darüber

69) Vgl. M. Palyi, a.a.O., S. 204 ff.
70) Vgl. hierzu St. Heretik, Neue Tendenzen in der bürgerlichen Kritik an der marxistischen politischen Ökonomie, in: Neue Erscheinungen in der bürgerlichen politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin (DDR) 1961, S. 14 ff.
71) Vgl. G. Stigler, The Development of Utility Theory, Journal of Political Economy, 58/1950.
72) R. V. Eagly, a.a.O.
73) F. Wieser, Art. „Karl Menger" in: Österreichische Biographie ab 1815, Wien/München/Zürich 1923, Bd. 1, S. 84 ff.
74) Ebd., S. 87.

hatten wir keinen Zweifel, aber ebensowenig konnten wir uns den Sozialisten zuwenden, denn es war uns deutlich, daß sie, indem sie die Klassiker zu Ende dachten, eben nur deren Irrtümer zu Ende dachten" [75]).

Es überrascht gar nicht, daß die Auseinandersetzung mit Smith und der klassischen Ökonomie vielschichtiger und widersprüchlicher wird, sobald das Geschäft der Apologetik komplizierter wird — und das wurde es eben nach dem Erscheinen des Marxschen „Kapital".

VIII

Sieht man von vereinzelten Beispielen einer fortschrittlichen Smith-Rezeption ab, so bestätigt eine Untersuchung der bürgerlichen Smith-Rezeption eine Gesetzmäßigkeit, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Erscheinungsformen des Rezeptionsprozesses auf die jeweils spezifischen Ausprägungen der Systemverteidigung der bürgerlichen Ökonomie zu beziehen sind. Das zweihundertjährige Jubiläum des „Reichtums der Nationen" fällt in eine Zeit der wachsenden Widersprüche und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Mit dem ausgeprägten Gespür für die apologetischen Bedürfnisse dieser Zeit konnte deshalb in einem amerikanischen Magazin das Jubiläum mit der Frage nach den Überlebenschancen des Kapitalismus verbunden werden [76]). Daß die Antwort auf diese Frage so ausfallen mußte: „Alles in allem gibt es zum Kapitalismus keine Alternative, die glaubhaft sowohl Wohlstand als auch Freiheit verspricht. Ungeachtet seiner zeitweiligen Übel und Schwächen wird der Kapitalismus in der absehbaren Zukunft nicht nur überleben, sondern er dürfte prosperieren und sich ausbreiten. Das vielleicht ausgewogenste Urteil über Adam Smith's wunderbares System ist Winston Churchills berühmte Äußerung über die Demokratie: Sie ist das schlechteste System — wenn man einmal absieht von allen anderen Systemen, die erprobt wurden und gescheitert sind." [77]), überrascht nicht.

Genauso wenig überrascht es, daß die umfassendste Würdigung des Smithschen Werkes, die vor dem Jubiläum erschien, bestätigt, daß die heute noch brauchbare Rechtfertigungsaufgabe der bürgerlichen Ökonomie nur durch eine geschickte Kombination von allgemeiner Systemverteidigung, Diffamierung des Marxismus und Reparaturperspektive zu bewältigen ist. Recktenwald muß deshalb darum bemüht sein, am „Reichtum der Nationen" folgendes nachzuweisen:

— Smith hat eine zeitlose Definition für den Gegenstand der politischen Ökonomie begründet, die es erlaubt, eine ungebrochene wissenschaftliche Tradition von der Klassik bis auf den heutigen Tag nachzuweisen [78]).

— Smith muß sich als Verkünder einer „friedlichen Botschaft" gegen Marx in Anspruch nehmen lassen — eine besonders eigenwillige, von der idyllischen Friedensidee geprägte Variante der Marx-Tötung [79]).

— Gleichzeitig muß Smith als „Vater der Marktwirtschaft" erscheinen, als derjenige also, der die theoretischen Grundlagen für eine auf Ewigkeit hin angelegte bürgerlich-kapitalistische Produktionsweise geliefert hat [80]).

---

75) Ebd., S. 88.
76) Can Capitalism Survive?, a.a.O.
77) Ebd., S. 47.
78) H. C. Recktenwald, Würdigung des Werkes, in: A. Smith, Der Wohlstand der Nationen — Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974, S. XV.
79) Ebd., S. XV f.
80) Ebd., S. LXII. — W. Röpke, a.a.O.

— Die neoklassische Gleichgewichtsökonomie muß als Erbe von Smith erscheinen; sie muß formal und inhaltlich weiterentwickelt werden, um die Grundlagen „unserer Marktwirtschaft" unangreifbar zu machen [81]).

— Schließlich ist das Verhältnis von Marktmechanismus und Staatsintervention, das Smith vorgeschlagen hat, zu verwenden, um die Idee der „mixed economy" abzustützen und das Vertrauen des heutigen Kapitalismus zu stärken [82]).

Damit ist der Spielraum bezeichnet, in dem sich Smith-Interpretation und Würdigung des „Reichtums der Nationen" in der bürgerlichen Ökonomie heute bewegen können. Es kann nicht übersehen werden, daß unter krisenhaften Umständen Jubiläen eher den Charakter von Leichenschändungen annehmen können.

Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964

Von Ferdinand Sandaglia und Hubertus J. Rescher

Einleitung: Die Vorgeschichte zum Militärputsch 1964

Am 1. April 1964 beendete ein Militärputsch den fortschrittlichen Prozeß der Demokratisierung, in dem sich die brasilianische Gesellschaft befand. Rund 30 Jahre lang hatten die Militärs nicht direkt in die Politik eingegriffen. Seit 1960 befanden sich die Arbeiter- und Bauernbewegungen auf dem Vormarsch. Die fortschrittlichen Kräfte glaubten sich der Demokratie und der nationalen Befreiung nicht fern. Als stärkste und auch aggressivste Kraft in der Vorbereitung des Putsches erwiesen sich die Großgrundbesitzer. Der reaktionäre Teil der Gesellschaft setzte auf das religiöse Gefühl des brasilianischen Volkes und organisierte Märsche „der Familie mit Gott für die Freiheit". Die Hierarchie der Militärs fühlte sich in ihrer „Würde" verletzt, als die Untergebenen begannen, eine bessere Behandlung in den Kasernen zu fordern. Man befürchtete eine Untergrabung der militärischen Disziplin und der Hierarchie. Der Antikommunismus war täglicher Bestandteil der Meldungen in Funk, Fernsehen und Presse.

Am 1. April 1964 deutete alles darauf hin, daß ein weiterer jener in der Geschichte Lateinamerikas so häufigen Putsche stattfinden würde, die immer als einziges Ziel die Aufrechterhaltung des Status quo und die Paralysierung des Fortschritts hatten. Für alle, die den Putsch in dieser simplifizierten Form sahen, erschien die wirtschaftliche Entwicklung befremdend, die Brasilien nach 1967 nahm. In den folgenden Jahren erreichte das Land eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 10 % und überschritt diese Quote teilweise sogar.

81) Ebd., S. LXXII f.
82) Ebd., S. LXV ff.

— Die neoklassische Gleichgewichtsökonomie muß als Erbe von Smith erscheinen; sie muß formal und inhaltlich weiterentwickelt werden, um die Grundlagen „unserer Marktwirtschaft" unangreifbar zu machen [81]).

— Schließlich ist das Verhältnis von Marktmechanismus und Staatsintervention, das Smith vorgeschlagen hat, zu verwenden, um die Idee der „mixed economy" abzustützen und das Vertrauen des heutigen Kapitalismus zu stärken [82]).

Damit ist der Spielraum bezeichnet, in dem sich Smith-Interpretation und Würdigung des „Reichtums der Nationen" in der bürgerlichen Ökonomie heute bewegen können. Es kann nicht übersehen werden, daß unter krisenhaften Umständen Jubiläen eher den Charakter von Leichenschändungen annehmen können.

Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964

Von Ferdinand Sandaglia und Hubertus J. Rescher

Einleitung: Die Vorgeschichte zum Militärputsch 1964

Am 1. April 1964 beendete ein Militärputsch den fortschrittlichen Prozeß der Demokratisierung, in dem sich die brasilianische Gesellschaft befand. Rund 30 Jahre lang hatten die Militärs nicht direkt in die Politik eingegriffen. Seit 1960 befanden sich die Arbeiter- und Bauernbewegungen auf dem Vormarsch. Die fortschrittlichen Kräfte glaubten sich der Demokratie und der nationalen Befreiung nicht fern. Als stärkste und auch aggressivste Kraft in der Vorbereitung des Putsches erwiesen sich die Großgrundbesitzer. Der reaktionäre Teil der Gesellschaft setzte auf das religiöse Gefühl des brasilianischen Volkes und organisierte Märsche „der Familie mit Gott für die Freiheit". Die Hierarchie der Militärs fühlte sich in ihrer „Würde" verletzt, als die Untergebenen begannen, eine bessere Behandlung in den Kasernen zu fordern. Man befürchtete eine Untergrabung der militärischen Disziplin und der Hierarchie. Der Antikommunismus war täglicher Bestandteil der Meldungen in Funk, Fernsehen und Presse.

Am 1. April 1964 deutete alles darauf hin, daß ein weiterer jener in der Geschichte Lateinamerikas so häufigen Putsche stattfinden würde, die immer als einziges Ziel die Aufrechterhaltung des Status quo und die Paralysierung des Fortschritts hatten. Für alle, die den Putsch in dieser simplifizierten Form sahen, erschien die wirtschaftliche Entwicklung befremdend, die Brasilien nach 1967 nahm. In den folgenden Jahren erreichte das Land eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 10 % und überschritt diese Quote teilweise sogar.

81) Ebd., S. LXXII f.
82) Ebd., S. LXV ff.

Dieses für den oberflächlichen Beobachter unerwartete Wachstum wurde in Presseberichten vielfach als das „brasilianische Wirtschaftswunder" bezeichnet.

Um wirklich einordnen zu können, was sich in Brasilien ereignete, ist es notwendig, mit der Analyse schon vor 1964 einzusetzen, und zwar in dem Zeitraum, in welchem das Monopolkapital seine ersten Schritte in der brasilianischen Gesellschaft begann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat der internationale Kapitalismus unter der Hegemonie des US-amerikanischen Kapitals in eine neue Phase der internationalen Arbeitsteilung ein. Bis dahin hatte der Imperialismus die abhängigen Wirtschaften mit dem Ziel durchdrungen, den Fluß der Rohstoffe zu garantieren und sich den Zugang zu einem Markt für seine Industrieprodukte zu erhalten. Die Investitionen zielten darauf ab, in dieser Hinsicht die Produktionsbedingungen zu verbessern. So waren die Investitionen einerseits Fortsetzung der Aktivitäten im Primär-Sektor, um deren Wert zu erhöhen. Andererseits wurde auch der Wert der Importe erhöht, z. B. bei der Einfuhr von Garnen. Grob gesagt, das durch die internationalen Gesellschaften akkumulierte Kapital floß ausschließlich ins Ausland und stärkte einzig und allein die Zentralwirtschaften. Es wurde nicht in Brasilien reinvestiert, und man sorgte sich nicht um eine Homogenisierung der abhängigen Wirtschaften unter imperialistischer Führung.

In der neuen Phase nach 1945 trugen verschiedene Faktoren zu einer Modifizierung der imperialistischen Interessen in bezug auf die abhängigen Wirtschaften bei. Die Akkumulation des Kapitals intensivierte sich und forderte nun eine Erweiterung des Investitionsfächers.

Der schnelle technologische Fortschritt, der die vorhergehenden Technologien rasch veralten ließ, machte eine Wiederverwendbarkeit in den abhängigen Wirtschaften interessant, weil die Kosten durch eine längere Gebrauchszeit gesenkt werden konnten. Das Erstarken der sozialistischen Bewegung spielte ebenfalls eine Rolle in der neuen Arbeitsteilung. Die Nichtbeherrschung einer Wirtschaft brachte die Gefahr mit sich, daß diese an den Sozialismus verloren ging. Zum einen verkleinerte sich der Bereich für eine mögliche Expansion des Kapitalismus, zum anderen bedeutete es den Verlust eines Rohstofflieferanten. Aus der Sicht der brasilianischen Bourgeoisie und im Hinblick auf die Industrialisierung zeigte sich die Notwendigkeit einer neuen Assoziation mit dem Imperialismus.

Der Prozeß der Import-Substitution, durch den die Industrialisierung inganggesetzt wurde, begann sich auf den Ersatz nicht-dauerhafter Konsumgüter zu konzentrieren. Dieser Industriezweig hatte eine fallende Akkumulationsrate, die sich schnell auf einem niedrigen Niveau stabilisierte.

Andererseits förderte die Import-Substitution eine wachsende Nachfrage von Zwischenprodukten und Kapital im Konsumgüterbereich, die, sofern sie nicht in Brasilien produziert, aus den Zentralwirtschaften importiert wurden. Diese Importe führten zu einer Belastung der Zahlungsbilanz, die den Industrialisierungsprozeß stark behinderte. Darum wurden neue Investitionen notwendig in den Sektoren der Zwischengüter- und Maschinenproduktion — Bereiche, in denen sie sehr hoch sein mußten, keine kurzfristigen Profite erbrachten, einen hohen technologischen Stand, Massenproduktion und eine ausgebaute Verwaltung erforderten.

Die junge, nicht entwickelte brasilianische Bourgeoisie verfügte nicht über diese Mittel. Das öffnete dem ausländischen Kapital Tür und Tor in der brasilianischen

Wirtschaft, und es drang — nachdem es schon immer eine wichtige Rolle gespielt hatte — intensiver und diversifizierter vor.

Tabelle I
Verwendung des ausländischen Kapitals in Brasilien (in %) [1]

Sektor	1955	1956	1957	1958
Öffentlicher Dienst	—	0,10	0,01	0,19
Bergbau	11,92	11,71	2,43	0,48
Eisen- und Metallindustrie	11,42	15,48	8,13	1,07
Automobilindustrie	43,14	28,87	47,23	74,90
Materialien für Bauwesen	2,79	0,12	4,44	1,46
Spinnerei und Weberei	3,29	12,55	7,71	0,68
Chem.-pharm. Industrie	6,09	16,94	20,30	3,90
Holz, Kautschuk usw.	8,12	4,34	4,94	5,56
Papier und Zellulose	0,50	1,60	0,75	8,10
Ernährung	7,36	1,40	2,93	3,41
Verschiedenes	5,32	5,43	1,10	0,19

Die Tabelle zeigt die Verwendung des jährlich nach Brasilien geflossenen Kapitals (100 %) in den verschiedenen Sektoren in %. Sie verdeutlicht einen Wandel in der Strategie des Imperialismus, der bis etwa 1950 nur im Primär-Sektor und den Bereichen, die den Export der Rohstoffe ermöglichten, wie Eisenbahn, Transportwesen etc., investierte. Seit 1955 floß der Hauptteil des ausländischen Kapitals in die chemisch-pharmazeutische Industrie, die Eisen- und Metallindustrie und vor allem die Automobilindustrie. Die Automobilindustrie entstand in den Jahren 1955 bis 1958 und wurde zur Schlüsselindustrie Brasiliens. In die Automobilindustrie flossen 1955 und 1957 fast die Hälfte, 1956 über ein Viertel und 1958 fast drei Viertel des ausländischen Kapitals. Zusammen nahmen die drei vorgenannten Industrien 1955: 60,65 %, 1956: 61,29 %, 1957 bereits 75,66 % und 1958 mit 79,87 % fast 4/5 des ausländischen Kapitals auf.

1961 ergibt sich folgendes Bild [2]: 55 Umsatzmilliardäre nehmen eine strategische Rolle in der brasilianischen Ökonomie ein. Sie stehen an der Spitze eines Großteils der wichtigsten Branchen und haben die Mehrheit der Produktion und Zirkulation der Güter unter Kontrolle. 52,7 % von ihnen sind ausländische Konzerne. Nur 37,5 % von den nationalen Konzernen dieser Gruppe haben keinerlei Aktienbeziehungen zu ausländischen Unternehmen. Von den Umsatzmillionären sind 35 % ausländische und 65 % inländische Unternehmen. Diese 35 % konzentrieren sich auf und beherrschen die Schwerindustrie, die dauerhaften Konsumgüter und die eisenverarbeitende Industrie.

Drei Punkte bestimmen von da an die Entwicklung der brasilianischen Industrie:

1. finanzielle Kontrolle durch das internationale Kapital,
2. Assoziation von Kapitalen,
3. technologische Unterordnung der brasilianischen Wirtschaft.

Um aber die Entwicklung in dieser Etappe der Monopolisierung und Internationalisierung fortsetzen zu können, waren noch nicht alle Probleme gelöst. In Wirklichkeit benötigte das Monopolkapital, um ein hohes Pro-Kopf-Einkommen

[1] Quelle: Banco do Brasil, vgl. Octavio Ianni, O Colapso do Populismo, Rio de Janeiro 1968, S. 170.
[2] Die Daten entstammen Forschungen von M. Vinhas de Queiros, L. Martins und J. A. Pessoa de Queiros und wurden 1965 in der „Revista do Instituto de Sciencias Sociais" veröffentlicht. Ianni und Cardoso zitieren sie in den hier genannten Werken. Hierzu vgl. auch „Populismus in Brasilien", S. 17 ff., unveröffentlichtes Manuskript, Fachbereich 03 (Seminar D. Boris) der Universität Marburg, 1975.

zu erreichen (wenigstens in den Sektoren, die am Markt teilhatten), einen hohen Grad der Differenzierung, Integrierung und Intensität der Aktivitäten der Binnenwirtschaft; die Existenz eines soliden Finanzmarktes, der sowohl dem Konsumenten als auch dem Produzenten einen leichten Kredit ermöglichte; politische Stabilität usw.

Brasilien hatte nichts von allem. Als eine weitere Schwierigkeit trat hinzu, daß das Land eine wachsende Inflationsrate hatte und einige Sektoren des Staates noch nicht mit dem neuen Wachstumsmodell konform gingen, sondern an ihren Präferenzen für ein leicht nationalistisches Modell festhielten. Erleichterungen mußten geschaffen und Hindernisse beseitigt werden. Das Monopolkapital und das assoziierte Kapital mußte die Kontrolle über den Staat ausüben, damit dieser die verschiedenen Interessen durchsetzen konnte, also alle notwendigen Umwandlungen, die die Herrschaft des Monopolkapitals ermöglichten.

Dies sind die wirklichen Ursachen des Putsches von 1964. Dies sind seine Ziele. Man kann ihn einen rückwärtsgerichteten Putsch nennen, wenn man darunter die „Konterrevolution" versteht, die das Vordringen des Kapitals in den abhängigen Gesellschaften charakterisiert.

Man kann ihn einen Putsch nennen, der den Status quo aufrechterhält, wenn man nur sieht, daß trotz der Industrialisierung in Lateinamerika das Elend bleibt und keine der charakteristischen Eigenschaften der Unterentwicklung beseitigt wird; auf dieser Basis findet die Industrialisierung Lateinamerikas statt.

Er ist jedoch ein Putsch, der der ehemals herrschenden Klasse keine Vorteile brachte, sondern dem Aufkommen neuer kapitalistischer Verhältnisse diente. Es handelte sich um einen Staatsstreich, der eine neue Phase des wirtschaftlichen Wachstums und der Expansion ingangsetzte, d. h. des Wachstums und der Expansion des Monopolkapitalismus.

Die Politik der Begünstigung des Großkapitals nach 1964

1. Repression gegen den „Movimento Popular"

Ihre erste Aufgabe sah die Militärregierung in der Unterdrückung der „Volksbewegung". Die Verfassung wurde dementsprechend geändert. Die Mandate verschiedener Abgeordneter und Gouverneure wurden eingezogen. Arbeiterorganisationen wurden der direkten Kontrolle des Staates unterstellt. Zwischen April und Dezember 1964 wurden in 425 Gewerkschaften und 43 Arbeitervereinigungen die Leitungen ausgewechselt und durch Anhänger der Militärregierung ersetzt. Die CGT (Confederação Geral des Trabalhadores) und die PUA (Pacto de Unidade e Ação sindical) wurden für illegal erklärt. Dasselbe geschah mit der UNE (União Nacional dos Estudantes). Die Militärs verfolgten deren Führer, verhafteten sie und schreckten auch vor Morden nicht zurück. Streiks wurden ebenso verboten wie öffentliche Demonstrationen.

Die direkte Wahl des Staatspräsidenten, später auch die der Gouverneure, wird abgeschafft. Die Wahl obliegt jetzt einem „gereinigten" Kongreß, der den Anordnungen der Militärs folgt. Die Exekutive regiert fortan durch Dekrete, die nicht mehr im Kongreß diskutiert werden. Die bestehenden Parteien werden aufgelöst und per Dekret zwei neue geschaffen, die in der Ausführung ihrer vorbestimmten und begrenzten Aufgaben stark kontrolliert werden.

1968 wird als Reaktion auf das Anwachsen der öffentlichen Kritik der Institutionelle Akt Nr. 5 erlassen. Aufgrund dieses Erlasses kann der Präsident der Repu-

blik jedem Bürger die politischen Rechte für zehn Jahre entziehen und Wahlmandate annullieren. Der Habeas corpus entfällt bei „politischen Verbrechen" [3]. Die Jurisdiktion wird der Exekutive unterstellt. Dieser Erlaß Nr. 5 institutionalisiert Folter und Mord in Übereinstimmung mit der Theorie der „contra-insurgencia" („Anti-Aufstands-Strategie"), die in den USA entwickelt worden ist [4].

Die einzige Form des Widerstands gegen die neue Ordnung, die das Monopolkapital begünstigt, hätte ein Volksaufstand sein können. Die Zerschlagung dieser Bewegung gab der Regierung freie Hand, die geplante Politik durchzuführen.

2. Der Lohnknebel

Die erste getroffene Maßnahme ist der sogenannte Lohnknebel, das Drücken der Arbeitslöhne.

Tabelle II
Entwicklung der Real-Mindestlöhne in der weiterverarbeitenden Industrie Brasiliens auf der Grundlage der Preise von 1970 (in Cruzeiros) [5]

Jahr	*Lohn*	*Jahr*	*Lohn*	*Jahr*	*Lohn*
1955	*273,81*	*1961*	*261,05*	*1967*	*190,91*
1956	*223,30*	*1962*	*240,18*	*1968*	*190,31*
1957	*303,28*	*1963*	*220,13*	*1969*	*185,71*
1958	*262,41*	*1964*	*234,64*	*1970*	*187,20*
1959	*304,12*	*1965*	*228,37*	*1971*	*186,45*
1960	*226,05*	*1966*	*198,11*		

Vor 1964 gab es starke Schwankungen in der Entwicklung der Mindestreallöhne. Diese Schwankungen zeigen die Erfolge bzw. Mißerfolge im Kampf der Arbeiterklasse um den Erhalt des Niveaus der Reallöhne. Vor 1964 war die Inflation die wichtigste Waffe der herrschenden Klasse. Lohnerhöhungen waren meist nur nominelle Lohnerhöhungen. Nach 1964 wurde der Widerstand der Arbeiterklasse gebrochen. Die Tabelle zeigt ein deutliches Absinken der Mindestreallöhne, was auf den Einsatz des Lohnknebels zurückzuführen ist. Angemerkt werden muß allerdings, daß auch schon vor 1964 die Lage der arbeitenden Bevölkerung schwierig war. Seit 1972 gibt es einen leichten Realzuwachs, der jedoch bei weitem nicht ausreicht, die Verluste jener Jahre auszugleichen. Das Familieneinkommen sank nach Studien der DIEESE (Departamento Intersindical de estudos economicos e sociais — Estado de São Paulo) in den letzten 15 Jahren um 10 %, und das, obwohl die Durchschnittszahl der Arbeiter in einer Familie von einem auf zwei stieg.

Die Analyse dieser Zahlen bringt in bezug auf den Mindestlohn (salário minimo) zum Vorschein, daß rund 50 % der aktiven Bevölkerung Brasiliens weniger als einen Mindestlohn erhält. Die Gruppe der ländlichen Bevölkerung, die immerhin 44 % der aktiven Bevölkerung ausmacht, wird nicht nach dem festgesetzten Mindestlohn bezahlt. Im Bundesstaat São Paulo, einem der reichsten Brasiliens, macht der Lohn im landwirtschaftlichen Sektor 94 % des festgesetzten Mindest-

[3] Politische Vergehen werden so definiert, daß es praktisch jedem Offizier freisteht, nach eigenem Belieben zu handeln.
[4] Zum Thema Folter und Anti-Guerilla-Kampf gibt es in deutscher Sprache u. a. folgende Literatur: amnesty international (Hrsg.), Folter in Brasilien, Hamburg 1972; „Brasilien-Rundschau" 1/1974 und 2/1975 der Brasilien-Koordinationsgruppe von amnesty international in Köln; Marcio M. Alves, Brasilien — Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution, Reinbek 1972.
[5] Quelle: Anuários Estatisticos do Brasil, Tabelle bei Cardoso; Fernando Henrique, Autoritarismo e democratização, Rio de Janeiro 1975, S. 69.

lohns aus [6]). Darüber hinaus muß man sich vergegenwärtigen, daß die Kaufkraft des Mindestlohns sehr niedrig ist. Im Mai 1973 konnte in Guanabara für einen Mindestlohn ein Winteranzug oder drei Paar Schuhe gekauft werden.

Anhand dieser Daten mag man den Ausbeutungsgrad und das Elend ermessen, dem die brasilianische Arbeiterklasse unterworfen ist.

3. Die Begünstigung des reichsten Teils der Bevölkerung

Aber dies war noch nicht alles. Verschiedene steuerliche Anreize wurden angewandt, um die Reichen mit öffentlichen Geldern reicher zu machen. Zwischen 1965 und 1972 stiegen die Steuern der natürlichen Personen um das 27fache, während die für juristische Personen nur um das 11fache zunahmen. Die Steuern für Industrieprodukte, die die Konsumenten zu zahlen haben, d. h. die Steuern, die alle in gleicher Weise zahlen müssen, unabhängig von ihrem persönlichen Einkommen, stiegen von 49 % der gesamten indirekten Steuern auf gegenwärtig 60 %. Im gleichen Zeitraum sanken die Steuern der Produzenten von 30 % auf 24 % [7]).

Einen weiteren Anreiz bot die Möglichkeit, Einkommensteuernachlässe für Unternehmen zu gewähren, die interessiert waren, diese Gelder zu reinvestieren. Ein Geld, das rechtmäßig öffentliches Geld war und eigentlich den allgemeinen Interessen der Gemeinschaft dienen sollte. Diese Unternehmen begannen, im Norden und Nordosten Fabriken zu errichten. Häufig brachten sie nur 10 % des Kapitals als eigenes ein, der Rest bestand aus Geldern, die ursprünglich für die Einkommensteuer bestimmt waren (50 %), und Krediten mit niedrigen Zinsen, die die staatlichen Banken bereitstellten. Außerdem konnten die Unternehmen mit einer totalen Steuerfreiheit für zehn Jahre und Importerleichterungen rechnen.

Laut Statistiken des „Centro de Estudos economicos e fiscais" beim brasilianischen Finanzministerium bezahlten die Unternehmen zwischen 1968 und 1972 lediglich 52,5 % der tatsächlichen Steuerschuld. Eine Reihe anderer Anreize wurde geschaffen, zum Beispiel für den Export. Die Finanzierungserleichterungen wurden erweitert, häufig mit niedrigen oder gar negativen Zinsen.

Tabelle III
Einkommensverteilung in Brasilien 1960 und 1970 [8])

	1960 % des Gesamteinkommens			1970 % des Gesamteinkommens			Zuwachs in 10 Jahren in % der Dollarbeträge
	Absolut	Akkumuliert	Pro Kopf in US-Dollar	Absolut	Akkumuliert	Pro Kopf in US-Dollar	
A. 1 % der Bevölkerung mit Höchsteinkommen	*11,7*	*11,7*	*3242*	*17,8*	*17,8*	*6644*	*105*
B. 4 % folgende	*15,6*	*27,3*	*1081*	*18,5*	*36,3*	*1726*	*63*
C. 15 % folgende	*27,2*	*54,5*	*502*	*26,9*	*63,2*	*669*	*33*
D. 30 % folgende	*27,8*	*82,3*	*257*	*23,1*	*86,3*	*287*	*12*
E. 50 % Rest	*17,7*	*100,0*	*98*	*13,7*	*100,0*	*102*	*4*
Total	*100,0*	*100,0*	*277*	*100,0*	*100,0*	*373*	*34*

[6]) Quelle: Secretária de Agricultura do Estado de São Paulo, 1971.
[7]) Quelle: Contas da União Federal, eingerichtet durch die Inspeção Geral de Finanças.
[8]) Quelle: Censo Demográfico, Centro de Contas Nacionais u. a., Tabelle bei Cardoso, a.a.O., S. 75; regelmäßige Untersuchungen zur Entwicklung der Reallöhne in Brasilien werden in den brasilianischen Zeitschriften „Visão" und „Opinião" veröffentlicht.

4. Einkommenskonzentration

Alle diese Maßnahmen der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Begünstigung der großen Unternehmen hatten als deutlichstes Resultat eine gewaltige Einkommenskonzentration zur Folge (s. Tabelle III auf S. 443).

Die Tabelle zeigt, daß bereits 1960 die Einkommenskonzentration sehr hoch war. 1 % der Bevölkerung verfügte über 11,7 % des Gesamteinkommens, die ersten 5 % über 27,3 %, während die 50 % Ärmsten nur über 17,7 % verfügten. Von 1960 bis 1970 verschlechterten sich die Bedingungen. Nur die ersten beiden Gruppen (in der Tabelle A und B = 5 % der Bevölkerung) hatten einen Einkommenszuwachs, die Gruppe E (15 %) hielt in etwa ihren Anteil am Gesamteinkommen, während der Anteil der restlichen 80 % beträchtlich sank, nämlich von 45,5 % (1960) auf 36,8 % (1970). 1970 verfügten 5 % über 36,3 % und 20 % (A—C) über 63,2 %, also fast $^2/_3$ des brasilianischen Gesamteinkommens.

Diese Einkommenskonzentration erlaubte nicht nur die für eine Konzentrierung und Diversifizierung der Industrie notwendigen Investitionen. Sie schuf auch einen Markt für Luxuskonsumgüter, schuf eine Konsumgesellschaft europäischen bzw. nordamerikanischen Stils, umgeben von einem Meer des Elends. Der Markt, der in der Lage war, dauerhafte Konsumgüter aufzunehmen, beschränkte sich auf die 5 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. 4 700 000 verdienten im Durchschnitt 2700 US-Dollar pro Jahr, weitere 300 000 Personen hatten ein Durchschnittseinkommen von 6700 US-Dollar pro Jahr. Zu ihnen gesellten sich weitere 15 Millionen Personen mit einem durchschnittlichen Einkommen von 600 US-Dollar. Sie konnten dank der Konsumentenkredite ebenfalls an diesem Markt teilhaben, wenn auch in einer gemäßigteren Form.

Alles in allem ein begrenzter Markt, der jedoch in der Lage ist, „neue Produkte" aufzunehmen, neue Produktionseinheiten, Stile und Modelle. Es ist der Markt des Zweitwagens in der Familie, des Farbfernsehers, der Kassetten-Recorder. Es ist ein Markt, der wegen seiner Dimensionen nicht unterschätzt werden darf. Und er reicht aus für die Konsolidierung des Monopolkapitals, das sich nicht um das Wohlergehen derer kümmert, die sich am Rande dieses Marktes befinden.

5. Erstarken des Finanzkapitals

Ein weiterer Punkt in dieser Phase der Konsolidierung des Monopolkapitals, der beachtet werden muß, ist der Aufbau eines Finanzmarktes, dank der Profitmöglichkeiten auf diesem Gebiet. Wie bereits erwähnt, ist die Existenz eines starken Finanzmarktes in Hinsicht auf die Finanzkraft der Konsumenten und Produzenten eine der bedeutenden Vorbedingungen für eine Konsolidierung des Monopolkapitalismus. Die folgende Tabelle veranschaulicht das ständige Steigen der Profite im Finanzsektor.

Tabelle IV
Durch Finanzvermittlung geschaffenes Einkommen in % des Bruttosozialprodukts [9])

1950	*4,3*	*1962*	*6,0*	*1966*	*7,2*
1955	*4,8*	*1963*	*5,9*	*1967*	*7,5*
1960	*5,5*	*1964*	*6,2*	*1968*	*7,1*
1961	*5,7*	*1965*	*7,0*		

[9]) Tabelle bei Cardoso, a.a.O., S. 92.

Tabelle V
Anleihen und Finanzierungen für den Privatsektor durch Kredit-Institutionen in Mio. Neue Cruzeiros auf der Grundlage der Preise von 1970 [10])

Institution	*Ende 1964*	*Ende 1970*	*Mittlere jährliche reale Wachstumsrate in %*
Banken	*16 299,60*	*36 931*	*14,7*
Entwicklungs-Organisationen	*2 848,80*	*6 219*	*13,9*
Kreditgesellschaften und Investment-Banken	*1 222,30*	*11 642*	*45,6*
Total	*20 370,70*	*65 152*	*21,4*

Die Tabelle zeigt eine mittlere jährliche reale Wachstumsrate von 21,4 % an Anleihen und Finanzierungen für den privaten Sektor, während die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts weitaus geringer war, nämlich 1964: 2,9 %, 1965: 2,7 %, 1966: 5,1 %, 1967: 4,8 %, 1968: 9,3 %, 1969: 9,0 %, 1970: 9,5 % [11]).

6. Externe Abhängigkeit

Andererseits erfolgte die „Internationalisierung" der Wirtschaft, die wachsende Abhängigkeit vom internationalen Kapital und eine sich verstärkende Beherrschung der wichtigsten Zweige der brasilianischen Wirtschaft durch eben dieses Kapital. Für das schnelle Wachstum in den letzten Jahren ist im wesentlichen die Höhe der getätigten Investitionen und Kredite zu berücksichtigen.

Tabelle VI
Ausländische Investitionen in Brasilien in Mio. US-Dollar [12])

Land	*1969*	*1970*	*1971*	*1972*	*1973*	*1974* *)
USA	*815*	*986*	*1096*	*1272*	*1759*	*1855*
BRD	*177*	*252*	*331*	*372*	*521*	*586*
Kanada	*167*	*260*	*294*	*305*	*360*	*361*
Schweiz	*104*	*132*	*191*	*253*	*358*	*424*
Großbritannien	*109*	*207*	*273*	*280*	*324*	*349*
Japan	*55*	*105*	*124*	*192*	*319*	*429*
Frankreich	*34*	*34*	*129*	*165*	*205*	*207*

*) Geschätzt.

So stieg die Auslandsverschuldung von Dezember 1971 mit 6,6 Mrd. auf 12,9 Mrd. im Dezember 1973 und erreichte im Dezember 1974 bereits 19 Mrd. US-Dollar. Dies bei einem Export, der nicht einmal eine Jahresrate von 10 Mrd. US-Dollar erreicht, und bei einer Zahlungsbilanz, die sich fortschreitend defizitär entwikkelt. Ein anderer Aspekt dieser Internationalisierung ist die Kontrolle der brasilianischen Industrie durch die ausländischen Firmen. Im Vergleich zu den oben angegebenen Daten aus der Zeit unmittelbar nach dem Putsch von 1964 ergibt sich für heute folgende Situation:

[10]) Quelle: Informationen der Brasilianischen Zentralbank, Tabelle bei Maria da Conceição Tavares, Naturaleza y contradicciones de la evolución financiera reciente del Brasil, in: „Revista Latino Americana de Ciencias Sociales", Nr. 4, S. 65, Santiago de Chile.
[11]) Vgl. Cardoso, a.a.O., S. 79.
[12]) Zeitschrift „Veja" v. 21. 5. 1975, S. 81, Rio de Janeiro. Daten zum BRD-Imperialismus in Brasilien finden sich in: „Brasilianische Informations-Front", Deutsche Ausgabe, 1/1973, S. 6 ff., Köln; Rudi Maslowski, Deutsches Geld und Dritte Welt, Wuppertal 1973; „Blätter des iz3w" („Informationszentrum Dritte Welt"), Nr. 5, 20, 39, Freiburg i. Brsg.

Tabelle VII
Anteil der ausländischen Firmen an den 10 größten Unternehmen der folgenden Branchen [13])

Sektor	Anzahl der ausländischen Firmen	Anteil des ausländischen Kapitals in %
Pharmazie	10	100
Automobil/Zulieferer	7	93
Ernährung	6	78
Textil und Bekleidung	6	77
Elektrik/Elektronik	6	77
Chemie	6	70
Getränke/Tabak	4	66
Metallurgie	5	65
Maschinenbau	7	63
Glas/Keramik	4	51

Tabelle VIII
Die zehn größten Unternehmen in den Sektoren der brasilianischen Wirtschaft 1974 und ihre Einordnung nach multinationales (MNK), nationales und staatliches Unternehmen [14])

Sektor		Unternehmen
Investitionsgüter	MNK	General Electric, Braseixos, Ishikawajima, Caterpillar, Massey-Ferguson, Vemag, Mecânica Pesada
national		Vilares, Cobrasma, Bardella
Dauerhafte Konsumgüter	MNK	Volkswagen, Ford, General Motors, Mercedes-Benz, Pirelli, Goodyear, Phillips, Vidraria Santa Marina, Vulcan, Arno
Nicht dauerhafte Konsumgüter	MNK	Souza Cruz, Rhodia, Esso, Shell, Sanbra, Texaco
national		Brahma, Antarctica, Copersucar
staatlich		Petrobrás
Zwischengüter	MNK	Mannesmann Reunidas, Belgo-Mineira, Alcan, White Martins, Krupp
national		Cia. Brasileira de Alumínio
staatlich		Usiminas, Cosipa, Siderúrgica Nacional, Acesita
Infrastruktur	MNK	Light
staatlich		CESP, Eletrobrás, CTB, Rede Ferroviária Federal, Embratel, Ferrovia Paulista, Cemig, Furnas, Telebras

Es geht hierbei nicht darum, die absoluten Zahlen miteinander zu vergleichen, und deshalb soll auch keine Analyse des relativen Wachstums gemacht werden.

13) Vgl. Philippe Goybet, Brésil: les faiseurs de miracle, in: „la revue nouvelle", 4/1975, S. 407, Brüssel.
14) „Veja" v. 21 5. 1975, S. 84, Rio de Janeiro. Artikel zu den multinationalen Konzernen in Brasilien auch in: „Brasilianische Informations-Front", 4/1974, S. 7—13 und 8/9/1975, S. 2—10, Köln; „iz3w" (Hrsg.), Konzerne der BRD in Brasilien, Freiburg i. Brsg. 1971.

In jedem Fall ist die wachsende Kontrolle von außen zu konstatieren — und damit die steigende Abhängigkeit, die einer solchen Entwicklung inhärent ist.

7. Die Rolle des Staates in der brasilianischen Wirtschaft [15])

Zu Beginn dieses Artikels wurde auf die Veränderungen der kapitalistischen Entwicklung Brasiliens seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre hingewiesen, die Entwicklung zum assoziierten Kapitalismus mit wachsender Bedeutung der Monopole. Die ökonomische Macht ging über auf die industrielle Großbourgeoisie, die Handels- und Finanzmonopole aus dem Ausland oder mit dem ausländischen Kapital assoziierte Kreise. Andererseits hatten diese neuen Klassenverhältnisse noch keine Entsprechung auf politischer Ebene.

Dort gab es weiterhin die traditionellen politischen Parteien, die Verfassung von 1946 und die gleiche staatliche Politik. D. h., die Politik wurde weiterhin charakterisiert durch die Machtteilung von Industrie- und Agrarbourgeoisie ohne Rücksicht auf die Entwicklung zu Monopolen. Es war die Zeit des sogenannten Populismus, der die Mobilisierung der Massen erlaubte und diese in gewisser Hinsicht am Entwicklungsprozeß teilnehmen ließ.

Die Krise des brasilianischen Wirtschaftssystems, die 1961 einsetzte und sich bis 1967 verlängerte, verschärfte die politische Krise, die durch das Mißverhältnis zwischen vorherrschender wirtschaftlicher Macht und ihrer politischen Repräsentanz in der Gesellschaft gekennzeichnet war.

Im Schoße dieser Krise erstarkte der „Movimento Popular". Die Arbeiterbewegung begann ihre Beziehungen zur Bourgeoisie zu lösen. Bauernligen bildeten sich. Der Putsch ist Resultat dieser politischen Krise, die ökonomisch herrschende Klasse wird auch die politisch führende. Sie orientiert den Staat auf die Durchführung einer Politik der Entwicklung des Monopolkapitalismus. Diese Politik macht eine Verstärkung der Unterdrückung gegenüber den Volksschichten, besonders den Arbeitern und Bauern, aber auch den Studenten, den Intellektuellen im allgemeinen und *den* Politikern, die von den Massen unterstützt wurden, notwendig.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht erfolgten Veränderungen. Um diese Wirtschaftspolitik zu entwickeln, um eine Konzentration des Kapitals zu vollziehen, wurden auch weitere Interessen anderer Sektoren der herrschenden Klassen berührt. Die Macht mußte zentralisiert werden.

Die Stärkung des Staates, die Bedeutung der Person des Präsidenten der Republik, der nun nicht mehr direkt gewählt wird, ebenso wie die Gouverneure, die er fortan ernennt, die Entmachtung des Kongresses, das Verbot der Parteien bedeuteten eine Schwächung der nichtmonopolistischen herrschenden Klassen, denen dadurch die Möglichkeit genommen wurde, ihre spezifischen Interessen zu vertreten.

Die führende Macht bildeten als Vertreter der verschiedenen Interessen dieses Konglomerats die Streitkräfte. Hierbei handelt es sich nicht um einen Caudillismus im traditionellen Sinn. Die Streitkräfte kontrollieren den Staatsapparat, denn sie sind das einzige Instrument, zentralisiert und hierarchisch aufgebaut, das die

[15]) In der Zeitschrift „Lateinamerika", Heft 9 der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1972, erschien ein Artikel von Klaus Rudolph, Zur Rolle des Staates bei der Schaffung wichtiger Voraussetzungen zur weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, S. 5—39.

Voraussetzungen besaß, die verfassungsrechtliche Situation von vor 1964, die nicht mehr den Erfordernissen entsprach, diesen anzupassen.

Von der Zentralisation aus, die die Streitkräfte durchführten, verstärkt der Staat seinen Einfluß, ja, es kommt sogar zu direkten Eingriffen in die Wirtschaft. Indirekt wird der Staat aktiv durch steuerliche Anreize, Änderungen des Steuerrechts, Exportpolitik, Erleichterungen für Unternehmenszusammenschlüsse, Bankkredite zu günstigen Zinssätzen, Einführung von „Mindestpreisen", Unterstützung des Finanzsektors, den Lohnknebel und Inflationsbekämpfungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterklasse. Der direkte Eingriff des Staates zeigt sich in folgenden Zahlen:

Tabelle IX
Die Gründung staatlicher Unternehmen bis 1969 [16])

Zeitraum	*Anzahl*
bis 1939	*32*
1940—1949	*22*
1950—1959	*64*
1960—1969	*214*
Datum unbekannt	*36*
Total	*368*

Tabelle X
Chronologischer Ablauf der Gründung staatlicher Unternehmen [17])

Zeitraum	*%*
Bis 1945	*12,5*
1946—1954	*12,5*
1955—1964	*19,6*
Nach 1964	*55,4*

Die indirekten Maßnahmen des Staates begünstigten, wie bereits aufgezeigt, die großen Unternehmen. Aber auch die direkte Beteiligung des Staates an der Wirtschaft hat dieses Ziel.

Die Zahlen in den oben angeführten Statistiken könnten den Eindruck erwecken, daß es sich hier um eine Form des Staatskapitalismus handelt, der sich in wachsenden Widersprüchen zu den Privatunternehmen entwickelt. Aber eine genaue Analyse der Daten beweist, daß dies nicht der Fall ist.

Tabelle XI
Beteiligung von 269 staatlichen Unternehmen der insgesamt 4160 im „Who's who in der brasilianischen Wirtschaft von 1974" aufgeführten Unternehmen (Zahlen von 1973) [18])

Sektor	*Brutto-Vermögen*	*Umsatz*	*Gewinn*
		alles in %	
Bergbau	*62,55*	*59,92*	*81,64*
Verarbeitende Industrie	*18,84*	*10,63*	*12,92*
Land/Forstwirtschaft	*3,82*	*7,08*	*7,38*
Bauwesen	*7,61*	*1,81*	*3,14*
Öffentliche Dienstleistungen	*84,27*	*60,24*	*71,91*
Handel	*0,21*	*0,13*	*0,14*
Finanzwesen	*38,02*	—	*35,47*
Gesamt	*38,50*	*14,01*	*26,81*

Der staatliche Anteil an der verarbeitenden Industrie ist mit 18,84 % gering, noch geringer ist der Anteil an Umsatz und Gewinn in diesem Sektor. Der Großteil der staatlichen Unternehmen in diesem Sektor liegt in der metallurgischen und chemischen Industrie, also bei den Zwischenprodukten, die hohe Investitionen erfordern und erst längerfristig Profite erbringen. Im Bergbau und bei den öffentlichen Dienstleistungen ist der Anteil staatlicher Unternehmen dagegen mit 62,55 % bzw. 84,27 % am Gesamt-Brutto-Vermögen sehr hoch. Das staatliche Kapital befindet sich also in Unternehmen, die die Installierung und die Produktion privater Unternehmen ermöglichen.

8. Der „Movimento Popular"

1964 bedeutete die große Niederlage für den „Movimento Popular" in Brasilien. In den Jahren, die dem Putsch vorausgingen, gab es einerseits eine politische und wirtschaftliche Krise der Macht der Bourgeoisie und andererseits zum erstenmal in der Geschichte der brasilianischen Klassenkämpfe einen gleichzeitigen Anstieg und in steigendem Maße eine Koordinierung der Kämpfe von Arbeitern und Landarbeitern. Das Wachsen des „Movimento Popular" vor 1964 verschärfte die Krise der Macht der Bourgeoisie. Und diese Krise befreite den „Movimento" von der Vorherrschaft der Bourgeoisie, der staatlichen Kontrolle und dem Populismus. Die Krise zwang die herrschenden Klassen zu einem übereilten Putsch, der dann stattfand, bevor alle Bedingungen für die Volksmassen gereift, bevor alle Fehler und Schwächen des „Movimento Popular" überwunden waren.

Weil dessen organisatorisches Niveau auf die Spitzen der Organisation der Klassen beschränkt blieb, erreichte er nicht die verschiedenen Betriebe und Stadtviertel. Agitation herrschte vor Formierung und Bewußtseinsbildung vor. Die vorhergegangenen 20 Jahre, in denen der staatliche Paternalismus gewachsen war, hatten ein Vertrauen in den Staat geschaffen, das nicht mit der historischen Erfahrung übereinstimmte. Diese Idee hielt sich in den großen und beherrschenden Sektoren des „Movimento". Als Folge gab es keine Vorbereitungen zum Kampf, zur Konfrontation mit den herrschenden Klassen und ihrem staatlichen Apparat im entscheidenden Moment.

Es gab keinen Widerstand gegen den Putsch. Die Niederlage war um so schwerer, als ihr die Demoralisierung folgte, sich ohne Kampf ergeben zu haben. Außerdem entstand nach 1964 eine neue Situation in der Gesellschaft, gekennzeichnet durch das Wachsen des Monopolkapitals. Neue Definitionen der Strategie, neue Kampfformen, neue Formen der Organisierung mußten durch den „Movimento Popular" bestimmt werden. All das hatte unter äußerst ungünstigen Umständen in einer der grimmigsten Diktaturen Lateinamerikas zu geschehen.

Die vergangenen zehn Jahre sind die Geschichte des Lernens, der Arbeit im Untergrund und durch die Basis, der vorsichtigen Arbeit in Organisationen. Aber schon 1967 zeigte sich diese Arbeit zum erstenmal am Tageslicht. Die Arbeiter in São Paulo veranstalteten zahlreiche Demonstrationen gegen den Lohnknebel. Kurz darauf, 1968, fanden die Streiks von Contagem und Osasco statt [19]). Es streikten jeweils rund 10 000 Arbeiter und besetzten die Fabriken. Die Studentenbewegung mobilisierte sich ebenfalls. Deren größte Demonstration war der „Zug der 100 000" in Rio de Janeiro.

---

16) Quelle: Fundação Getulio Vargas.
17) „Visão" v. 26. 5. 1975, Rio de Janeiro.
18) Quelle: „Visão" v. 26. 5. 1975, S. 67, Rio de Janeiro.
19) Contagem ist eine Industriestadt im Bundesstaat Minas Gerais, Osasco ein „município" (Großgemeinde) nahe bei São Paulo.

Der Institutionelle Akt Nr. 5 und eine neue Welle von Unterdrückung, Verhaftungen, Foltern und Morden waren die Antwort der Bourgeoisie auf diesen neuen und unerwarteten Aufstand des Volkes. Die führenden Köpfe der Arbeiter- und Studentenbewegung von 1967/68 gingen in den Städten zu bewaffneten Aktionen gegen die Diktatur über. Ihr Ziel war das Entstehen eines Guerillaherdes auf dem Lande [20]).

Was das Potential des Kampfes gegen die Diktatur demonstriert, ist, daß die bewaffneten Gruppen mit all ihren strategischen und taktischen Irrtümern mehr als drei Jahre aktiv bleiben konnten — dank der ständigen Erneuerung ihrer Kader und der Unterstützung, die sie erhielten. Aber die bewaffnete Bewegung wurde schließlich vernichtet.

In den letzten zwei Jahren begann der „Movimento Popular" erneut öffentlich zu handeln, mit Bummelstreiks, Streiks und kleinen Demonstrationen, Kämpfen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Er begann die Untergrundarbeit mit der legalen Arbeit zu kombinieren und verbündete sich mit Teilen der Kirche und anderen liberalen Sektoren. Noch geht das alles sehr langsam, doch zeigt der „Movimento Popular" heute bereits einige Kraft: Die Unterdrückung mußte verstärkt werden, Teile der Generale und Obristen beginnen mit neuen Henkerstaten. Aber der „Movimento" ist diesmal nicht paralysiert, er sucht neue Formen des Kampfes und wächst ständig. Ganz sicher kann keine Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise Brasiliens ohne die Teilnahme dieser Bewegung gefunden werden.

Zusammenfassung

Es wurde nachgewiesen, daß der Putsch von 1964 einen Schritt zur Konsolidierung des Monopolkapitals bedeutet und in Zusammenhang mit den Interessen des internationalen Kapitals als beherrschender gesellschaftlicher Faktor zu sehen ist. Um diese rasche Entwicklung, die sich in den letzten zehn Jahren zeigte, zu garantieren, mußten zwei Bedingungen erfüllt werden: Zunächst mußte die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gebrochen, sodann der Staat zentralisiert werden.

Es ist notwendig, die brasilianische Entwicklung zu verfolgen [21]), weil Brasilien möglicherweise *das* Land der Dritten Welt ist, in dem der Kapitalismus das größte Wachstum erreicht. Die Industrialisierung war deutlichster Beweis hierfür. Brasilien verwirklichte seine Industrialisierung. Das ist und war die große Hoffnung aller Länder in den 50er Jahren, als man noch davon ausging, daß die industrielle Entwicklung nicht nur für alle Staaten möglich sei, sondern darüber hinaus auch noch die Unterschiede zwischen herrschenden und beherrschten Ländern beseitigt werden könnten. Hier lag auch der Anlaß für die „Entwicklungsdekaden der Vereinten Nationen". Die „unterentwickelten Länder" wurden zu „Entwicklungsländern" in der offiziellen Terminologie.

Entwicklung gab es in Brasilien! Aber Entwicklung des Großkapitals. Eine kapitalintensive Entwicklung, die weder ausreichende Arbeitsplätze schafft, noch die

[20]) Verschiedene Dokumente hierzu in: Alves/Detrez/Marighela, Zerschlagt die Wohlstandsinseln der III. Welt, Reinbek 1971.

[21]) Regelmäßig erscheinen Berichte in der „Brasilianischen Informations-Front", Köln, und in den „Blättern des iz3w", Freiburg i. Brsg.; eine Serie zur jüngeren Entwicklung erschien in den Nummern 7—10/1974 des „Antiimperialistischen Informationsbulletin", Marburg; eine Liste mit fast siebzig Literaturangaben sowie eine Anzahl Stichwörter mit gesonderten Literaturhinweisen veröffentlichte die Aktion „Brennpunkt Brasilien", Bonn, in ihrer „Brasilien Information", 1/1974; in den folgenden Nummern wurde die Liste erweitert und vervollständigt.

demographischen Probleme lösen kann; die eines Marktes bedarf, der zu einer steigenden Einkommenskonzentration führt. Eine Entwicklung, die gleichzeitig das Elend wachsen lassen muß.

Es zeigt sich, daß die Entwicklung der Länder, die erst jetzt in die Phase der Kapitalisierung eintreten, sich von der in den Zentralwirtschaften des kapitalistischen Systems unterscheidet, wo die Kapitalakkumulation von einer gewissen Demokratisierung des politischen Lebens begleitet ist, die allerdings nicht die Klassencharakteristik bürgerlicher Herrschaft verliert.

In den „Entwicklungsländern" ist die Entwicklung von keinem Demokratisierungsprozeß begleitet, es gibt keine „Mitbestimmungspolitik", sondern autoritäre Systeme bedienen sich aller Formen der Repression. Und wozu führt diese Entwicklung? Die schon vorher bestehenden Probleme werden auf diesem Wege nicht gelöst. Agrarprobleme, Analphabetismus, hohe Kindersterblichkeit und Arbeitslosigkeit sind weiter festzustellen, ja treten sogar in verstärktem Maße auf. Neben Schwierigkeiten, die auch in den Industrieländern auftauchen, wie z. B. Umweltverschmutzung, Verkehrsprobleme und Immobilien-Spekulationen, tritt erschwerend hinzu, daß die öffentliche Meinung nicht artikuliert werden kann, es keine Interessenverbände und politischen Parteien gibt, die dem Volkswillen Ausdruck verleihen.

Schließlich ist es eine Entwicklung, die — anders, als viele gehofft haben — nicht aus der Abhängigkeit führt. Wegen der technologischen und Finanzabhängigkeit ist Brasilien heute abhängiger von den Zentralwirtschaften, von den multinationalen Konzernen und von der Situation auf dem Weltmarkt als vor zehn Jahren.

Leistungsdruck, Angst, Konkurrenz . . .

Die ökonomische Krise hat nicht nur in den Betrieben zu verstärktem Leistungsdruck, zu großer Konkurrenzangst, zu Einschüchterung und Unsicherheit geführt. Gleiche Erscheinungen zeigen sich im Schul- und Hochschulbereich. Eltern, Schüler, Studierende und Lehrende sind betroffen.

In einem Seminar an der Universität Marburg sollen die konkreten Erscheinungsformen der Krise im Schul- und Hochschulbereich zusammengefaßt und analysiert werden. Eltern, Schüler, Studierende und Lehrende werden gebeten, *Erfahrungsberichte* mit Beispielen und Folgen von Belastungs- und Leistungsüberforderungen, Noten- und Numerus-clausus-Druck *an Prof. Dr. Karl H. Bönner, Calvinstraße 2, 3550 Marburg,* oder an die Redaktion dieser Zeitschrift zu senden.

Schwangerschaftsabbruch nach der Neufassung des Paragraphen 218

Kommentar und Erfahrungsberichte

Von Jutta Menschik

Nach der Verabschiedung des neugefaßten § 218 StGB durch den Deutschen Bundestag am 12. Februar 1976 ist es auffallend plötzlich still geworden um dies jahrelang bis hin zum Bundesverfassungsgericht umkämpfte Thema. Doch der Eindruck, das neue Gesetz habe die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs endlich gelöst, täuscht. Jutta Menschik zeigt in ihrem nachstehenden Kommentar, daß die wesentlichen Forderungen der Frauen, entwickelt in einem langen demokratischen Prozeß, unberücksichtigt geblieben sind. Wie brennend akut der Kampf gegen den § 218 und seinen sozialen, politischen und ideologischen Kontext bleibt, das veranschaulichen die Berichte betroffener Frauen über ihre Erfahrungen bei legalem Schwangerschaftsabbruch, die wir im Anhang veröffentlichen, in einer u. E. ebenso unmißverständlichen wie erschütternden Sprache. Wir entnehmen diese Berichte dem vom Pahl-Rugenstein Verlag für Mai 1976 angekündigten Buch der Frauenaktion Dortmund: „Schwangerschaft und der neue § 218. Handbuch für Frauen. Abtreibung in der BRD: Praxis und Möglichkeiten". D. Red.

Um es vorauszuschicken: Abtreibung ist keine geeignete Methode der Geburtenregelung, dagegen ein sozial-menschliches Problem, das der Regelung bedarf. Der über hundert Jahre alte § 218 vermochte zwar Abtreibungen nicht zu verhindern, wohl aber Verzweiflung und Not, Tränen und Hilflosigkeit in die Ecke der Kriminalität abzudrängen. Reform hieß, eine Lösung zu finden, die das werdende Leben ebenso respektiert wie das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Fünf Jahre lang wurde debattiert, und — ungewöhnlich für den bundesdeutschen Parlamentarismus — nicht nur in Bonn, sondern, leidenschaftlich, engagiert, kompetent durch Erfahrung und Betroffenheit, von den Frauen selber. Hunderttausende von Unterschriften für die Abschaffung des § 218 wurden gesammelt, zahllose Hearings veranstaltet, Diskussionen und Demonstrationen auf Straßen durchgeführt, Frauengruppen schossen wie Pilze aus dem Boden, prominente und weniger bekannte Frauen bezichtigten sich selbst der Abtreibung, Ärzte gestanden, Abtreibungen vorgenommen zu haben. Die Frauen verhandelten ihre Sache selbst und wiesen die gewählten Volksvertreter zum Handeln an: Fristenlösung, d. h. keine Bestrafung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten. Die Fristenlösung wurde auf Initiative der SPD/FDP-Koalition vom Bundestag verabschiedet — ein positives Lehrstück bürgerlicher Demokratie, das Parlament profilierte sich als „Instrument des Volkswillens".

Am 25. Februar 1975 wurde diese Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht rückgängig gemacht. Offenbar war der CDU/CSU-Koalition die Entscheidung im Interesse der Frauen zu „plebiszitär". Sie sah das werdende Leben verraten, dem Mißbrauch „Tür und Tor" geöffnet.

Statt mit der Kraft der demokratischen Öffentlichkeit im Interesse der Frauen eine wirkliche Reform anzustreben, hat die sozialliberale Koalition dem Druck der Rechtskräfte nachgegeben. Mit der Behauptung, den vom Bundesverfas-

sungsgericht gesteckten Rahmen „voll auszuschöpfen", wurde die „zweitbeste" Lösung angestrebt. Doch selbst dieses Entgegenkommen „Machen wir 'nen kleinen Kompromiß" in Gestalt eines Indikationsmodells stieß bei der CDU/CSU auf taube Ohren. Jene 181 Abgeordneten stimmten am 12. Februar 1976 gegen den Gesetzentwurf der SPD und FDP. Doch die 234 Abgeordneten der sozialliberalen Koalition verabschiedeten das Reförmchen.

Was hat sich geändert?

Grundsätzlich nichts, denn: „Der Schwangerschaftsabbruch ist grundsätzlich strafbar." Nur unter gewissen Voraussetzungen (Indikationen) ist er es nicht:

— bei erwarteter schwerer Schädigung des Kindes bis zur 22. Schwangerschaftswoche (eugenische Indikation);

— nach Vergewaltigung bis zur 12. Schwangerschaftswoche (ethisch-kriminologische Indikation);

— bei unabwendbarer, schwerer Notlage für die Frau bis zur 12. Schwangerschaftswoche (soziale Indikation).

Mindestens drei Tage vor dem gewünschten Abbruch muß die betroffene Frau sich an einen Berater wenden (Arzt oder behördlich ermächtigte Stelle), das Vorliegen einer der zulässigen Indikationen muß von einem Arzt bescheinigt werden, der Abbruch selbst muß von einem anderen Arzt in einem Krankenhaus oder einer ähnlichen Einrichtung vorgenommen werden.

(Die CDU/CSU-Fraktion hatte einen eigenen Entwurf vorgelegt, der die soziale Indikation nicht enthält und die Hürden auf dem Wege zur Feststellung der Zulässigkeit noch um einige vermehrt: so die Beratung durch eine behördliche Stelle, die darüber belehren soll, welche Gründe für die Fortsetzung der Schwangerschaft sprechen, plus medizinische Beratung durch einen Arzt, plus Feststellung der Indikation durch zwei weitere Ärzte, plus Finden des Arztes, der den Eingriff durchführt, da niemand verpflichtet werden soll, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken. Bei Vergehen gegen diese Bestimmungen sollen die Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren betragen [SPD ein Jahr] oder durch klingende Münze gesühnt werden. Der exakte Preis für einen Fötus wurde allerdings nicht angegeben.)

Was ist anzumerken?

Jeder, der einmal betroffen war oder mit Betroffenen zu tun hatte, weiß, daß die Gegenargumente auf Papier nicht ausreichen können, die Wirklichkeit zu beleuchten.

Deshalb nur ein Abriß des Protestes in Frageform:

1. Was soll geschehen, wenn eine erwartete Schädigung des Kindes erst nach der 22. Schwangerschaftswoche festgestellt wird? Wo sind die Förderungseinrichtungen für jene Kinder? Wer gibt die Garantie, daß ein körperlich oder geistig behinderter Mensch, der den Normen unserer Leistungsgesellschaft nicht genügen wird, seinen Anspruch auf Würde und Selbstverwirklichung einlösen kann?

2. Wie soll die ethische Indikation festgestellt werden? Ist dazu unabdingbare Voraussetzung, daß die Frau das Vergehen angezeigt hat? Wird man ihr glau-

ben, bei der Polizei, bei der Beratungsstelle? Was ist mit den Frauen, die von ihren Ehemännern zum Beischlaf gezwungen wurden — ist die Konsequenz dieser Tat nach Ansicht der Gutachter rechtswidrig oder immer noch fraulich-eheliche Pflicht?

3. Wer will sich in der Lage sehen, „unabdingbare Notlage" zu definieren? Nach Helge Pross, *Abtreibung — Motive und Bedenken* (Stuttgart 1971) führt jede vierte Frau materielle Schwierigkeiten als Hauptgrund an. Wer traut sich zu, die Skala von Geldmangel über Wohnungsenge bis zu sozialer Unsicherheit im Sinne des „reformierten" Gesetzes zu interpretieren?

10 % der Frauen, die sich freiwillig geäußert haben (eine Repräsentativbefragung gibt es nicht), führen familiäre Gründe für den Abbruch an. Müssen die Eltern der Frauen, welche angeblich die Schande eines unehelichen Kindes nicht ertragen können, mit zur Beratung? Wie soll das geschehen, wenn die Angst vor elterlichen Autoritätspersonen die meist jungen Frauen zwingt, die Schwangerschaft zu beenden? Kann jemand eine glaubwürdige Versicherung wagen, uneheliche Mütter seien in unserer Gesellschaft nicht benachteiligt?

Jede fünfte Frau führt Störungen der Partnerbeziehung als Hauptgrund an. D. h., Abtreibung auf Forderung des Mannes oder Freundes; Abtreibung, weil das Verhältnis zum Partner schwierig oder unbefriedigend ist; Abtreibung, weil die Frau nicht wieder heiraten kann oder will. Ist diese Notlage juristisch auslotbar, ist es überhaupt eine Notlage im Sinne des Gesetzes?

Neben materiellen Schwierigkeiten, familiären Bedrängnissen, Störungen der Partnerbeziehungen geben die Frauen auch Erwägungen an, in denen der Gedanke der Selbstbestimmung anklingt. Abbruch der Berufsausbildung, des Studiums, Ausscheiden aus dem Erwerbsleben — Notlage oder Schicksal?

4. Wodurch soll sich die Kompetenz der Gutachter herausstellen? Wer will sie beurteilen? Ein Arzt kann sachkundig über die medizinischen Konsequenzen des Eingriffs informieren. Die subjektiven Motive kann auch er nicht objektivieren. Nach der Untersuchung von Helge Pross scheint es unnötig, der Beratung die Aufgabe zuzuweisen, Bedenken zu mobilisieren. Sie sind da. Sie werden überschattet, verdrängt, zurückgestellt angesichts der materiellen und psychischen Not, die Frauen entschlossen macht, den Eingriff vornehmen zu lassen. Frauen, die die Abtreibung gedankenlos und scheinbar ohne Skrupel praktizieren, sind eine verschwindende Minorität. Es ist albern, peinlich und gewissenlos, sie überhaupt als Argument gegen die Reformierung des § 218 angeführt zu haben. Wo aber sind die Listen der Ärzte und Gutachter, mit denen man vertrauensvoll reden kann, von denen man weiß, daß sie den Eingriff auch durchführen werden? Liegen sie etwa in Apotheken oder bei Hebammen aus wie in Finnland? Wieso kann ein Arzt Hilfeleistung einer Abtreibung, die im Sinne der Indikationslösung als legal befunden wurde, ablehnen, wie er sonst in keinem Krankheitsfalle die Wahl hätte?

Was bleibt?

Es bleibt die Peinlichkeit, „jemanden" zu finden. Es bleibt das Angewiesensein auf Tips, die Notwendigkeit einer gewissen Gewitztheit, das Informiertsein, sich im Gesetzesgestrüpp zurechtzufinden. Es bleiben Schreck und Entsetzen beim Entdecken einer ungewollten Schwangerschaft. Es bleiben Angst, Hilflosigkeit und strukturelle Unterdrückung der Frau. Und zwar so lange, wie Abschaffung

der Abtreibungsreform nicht Sache von Sozialpolitik und Gesellschaftsreform geworden, sondern Sache der Strafrechtsreform geblieben ist.

Es reicht nicht, eher vom *Gebot* der Sozialstaatlichkeit als von unserer sozialstaatlichen *Wirklichkeit* auszugehen. Wie weit in unserer Gesellschaft beides auseinanderklafft, zeigt in erschreckendem Ausmaß die Situation des ungewollten Kindes. In der Erklärung der „Rechte des Kindes" der Vereinten Nationen heißt es: „Das Kind bedarf zur vollen und harmonischen Entwicklung seiner Persönlichkeit der Liebe und des Verständnisses. Es muß möglichst in der Obhut und unter der Verantwortung seiner Eltern, immer aber in einer liebevollen, moralische und materielle Sicherheit bietenden Umgebung aufwachsen. Im zarten Alter darf das Kind nicht von seiner Mutter getrennt werden, außer durch ungewöhnliche Umstände ..."

In der Bundesrepublik wuchsen 1964 17 000 Kleinstkinder in Säuglingsheimen, 61 000 Kinder in Kinderheimen und 50 000 in Erziehungsanstalten heran. Allein durch das System der Massenpflege erleiden diese Kinder zumeist irreparable intellektuelle und psychische Schädigungen. Die Ergebnisse der Kinderpsychologie, der Verwahrlosungsforschung und der Jugendkriminologie beweisen den Zusammenhang von Entbehrungen im sozialen Gefühlsaustausch während des Frühkindalters mit irreversiblen Verödungen der Kontaktfähigkeit und späterem Sozialverhalten. Die von ihren Eltern abgelehnten und vernachlässigten Kinder sind nicht besser dran als die Heimkinder: Schätzungsweise tausend Kinder werden jährlich in der Bundesrepublik von ihren Eltern zu Tode gequält. Tausende erleiden jährlich schwere Mißhandlungen durch Eltern, Pflege- und Erziehungspersonen. Nur ein Bruchteil dieser Delikte kommt vor Gericht. Jährlich nehmen sich in der Bundesrepublik etwa hundert Kinder unter 14 Jahren selbst das Leben. 96 % der ledigen Mütter sind gezwungen, nach nur achtwöchiger Schonfrist ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen, um ihre Kinder ganz oder zumindest tagsüber in Pflege zu geben. Die Säuglingssterblichkeit (wie auch die Müttersterblichkeit) liegt etwa doppelt so hoch wie in Schweden.

Lagen diese Zahlen zugrunde bei der Definition der unabdingbaren Notlage? „Ein Mangel an Geld oder Wohnraum oder einer Beaufsichtigung des Kindes (ist) für sich allein kein ausreichender Grund für den Schwangerschaftsabbruch." Vermutlich ist keiner der Autoren der Gesetzesvorlage je in die Lage gedrängt worden, die Sozialhilfe dieses Staates in Anspruch zu nehmen, und wahrscheinlich kennen sie die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Wartelisten für Kindergärten nicht aus eigener Erfahrung. Unkenntnis enthebt unsere Volksvertreter aber nicht der Verpflichtung, auszugehen von dem, was ist, und nicht von dem, was sein sollte.

Das Ziel, die illegale Abtreibung zu unterbinden, ein existierendes Problem realistisch und akzeptierbar zu bewältigen, muß immer noch von einem Katalog „flankierender" Maßnahmen begleitet werden:

— umfassende Geschlechtserziehung und freier Zugang zu Verhütungsmitteln für alle;

— Entwicklung bester medizinischer Methoden des Schwangerschaftsabbruchs;

— größere und billigere Wohnungen für Familien mit Kindern, Vorgehen gegen Mietwucher und Eigentumsmißbrauch auf dem Wohnungssektor;

— genügend und gut ausgestattete Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Ganztagsschulen;

— ein Jahr Babyurlaub für Mutter oder Vater bei Festhalten des Arbeitsplatzes;

— Halbtagsstellen bei Lohnausgleich für alleinstehende oder alleinverdienende Mütter von Kindern unter 14 Jahren.

Fünf Jahre lang haben die Frauen diskutiert, ihre Nöte eingestanden und für eine echte Reform gekämpft. Nach fünfstündiger Debatte vor schwach besuchtem Plenum beschloß der Bundestag die „zweitbeste Lösung" gegen die Stimmen der Opposition. Danach ging er über zur Beratung der „Änderung des Zollgesetzes" (TOP 6) und beratschlagte anschließend über die „Zuständigkeit im Bereich der Mühlenwirtschaft" (TOP 9).

Anhang

Medizinische Indikation

Frau N., 35 Jahre, Beruf Stenotypistin, jetzt Hausfrau, 3 Töchter, 1 illegaler Abbruch, 1 Fehlgeburt, Mann Gymnasiallehrer

Frau N. nimmt seit der Geburt ihrer dritten Tochter die Pille. Zweimal im Jahr geht sie zur Krebsuntersuchung zu Oberarzt S. Jedes Jahr macht sie auf Anraten des Arztes eine Pillenpause von drei Monaten. Während der Pillenpause geht Frau N. zur Krebsvorsorgeuntersuchung. Der Oberarzt S. gibt ihr zwei Schwangerschaftstestpillen. Eine Woche später erfolgt eine erneute Untersuchung mit dem Ergebnis, daß Frau N. schwanger ist. „Meine erste Reaktion: ich war stocksauer. Mir war völlig klar, ich wollte kein weiteres Kind. Drei Kinder waren völlig ausreichend für mich. Ich habe mich auch einfach zu sehr eingesperrt und festgenagelt gefühlt, und ein viertes Kind ... Klar ist, ich hätte mir nicht das Leben genommen, das ist einfach lächerlich. Aber hätte ich das kriegen müssen, hätte ich wahrscheinlich durchgedreht. Ich wollte es auf keinen Fall. Ich hatte einfach Angst, ein Kind kriegen zu müssen, was ich nicht wollte. Ich habe allein entschieden, ich will kein viertes Kind mehr. Dann habe ich erstmal rumtelefoniert, habe Leute nach Adressen gefragt. Der Arzt, bei dem ich damals habe abtreiben lassen, war inzwischen gestorben. Ich hatte auch eine Menge Adressen. Selbst der Arzt, der mir sagte, daß ich schwanger sei, gab mir eine Adresse. Aber das klappte auch nicht, weil der verreist ist und der andere krank war. Ich bekam unter anderem eine Adresse von einem Arzt. Ich dachte, der machte die Abtreibungen selbst, er stellte aber nur einen Antrag bei der Ärztekammer. Ich dachte: ‚Na gut, wenn es legal ist, hat es den Vorteil, daß mir wahrscheinlich nicht so leicht was passieren kann.' Der Arzt meinte, daß sowas nur genehmigt wird aufgrund seelischer Depressionen oder wenn man krank ist. Da ich nicht krank war, kamen nur seelische Depressionen in Frage."

Frau N. bringt den Antrag zur Ärztekammer. Sie muß 10,— DM für den Antrag zahlen und weitere 60,— DM für die beiden erforderlichen Gutachten. Nach viertägiger Wartezeit ruft Frau N. die Ärztekammer an. Man teilt ihr mit, daß ihre Adresse nicht auf dem Antrag steht. Am nächsten Tag werden ihr endlich die Adressen der Gutachter mitgeteilt. Nun muß Frau N. bei den Gutachtern anrufen, um sich einen Termin geben zu lassen.

„Der erste gab mir ziemlich rasch einen Termin, weil ich es eilig hatte. In meinem Antrag stand: seelische Depressionen. Aber ich habe nicht darüber nachgedacht, was das bedeutet. Ich dachte: ‚Naja gut, kommst du halt zu irgendeinem Arzt.' Als ich bei dem Arzt ankam, stand auf dem Schild: Facharzt für Psychiatrie und noch sowas in der Richtung. Da stutzte ich und bekam einen richtigen Schrecken und hatte auf einmal unheimliche Angst. Ich hatte das Gefühl, da mußt du aufpassen. Und dann kam ich rein. Es war ein sehr netter älterer Herr. Er war weit über 50 und unheimlich freundlich und nett. Erst nahm er die üblichen Äußerlichkeiten vor: Blutdruckmessen, Hinstellen, Abtasten, Hinlegen. Dabei hat er viele Fragen gestellt. Ich fühlte mich wahnsinnig sicher bei ihm, weil alles unheimlich väterlich und nett an ihm war. Dann erzählte ich ihm: ‚Ich hab

schon drei Kinder und hab die nun grad aus den Windeln. Die erste fängt in der fünften Klasse mit Englisch an. Ich würde ganz gerne Englisch machen, damit auch ich mal wieder etwas lerne. Wenn ich nun wieder ein Baby habe, kommen die anderen zu kurz. Ich kann mich nicht um die so kümmern, weil ich pausenlos wieder Windeln wasche und nachts aufstehen muß.' Eine Stunde war ich bei dem Arzt und sagte ihm, daß ich mir ein weiteres Kind nicht mehr zutraue. Ich war sicher, daß er es befürworten würde. Als er mich zur Tür brachte, sagte er im Korridor: ‚Na, ich weiß ja, daß Sie nicht von der nächsten Brücke springen; und er meinte weiter: ‚Ach wissen Sie, eines Tages werde ich mich freuen, wenn ich in der Zeitung eine Anzeige lese, die Familie sowieso gibt die Geburt ihres vierten Kindes bekannt. Und wenn es dann noch ein Sohn ist, stellen Sie sich das doch mal vor ...'

Beim zweiten Gutachter hatte ich einen Abendtermin. Ich war schon ziemlich verunsichert, und es war entsetzlich voll. Also setzte ich mich noch eine Stunde in ein Café. Ich wurde immer zappliger, kam wieder hin, saß wieder eine dreiviertel Stunde. Als ich da rumsaß, war ich aufgeregt, weil ich auch von dem Arzt nichts wußte. Der erste hatte mich ziemlich verunsichert. Dann saß ich schon in dem Vorzimmer zum Arzt, nicht mehr in dem offiziellen Wartezimmer. Eine Sprechstundenhilfe sagte dann irgendwann, als ich schon ziemlich verkrampft auf meinem Hocker saß, ‚Weswegen kommen Sie?' Da ich: ‚Ich habe einen Antrag auf Schwangerschaftsabbruch gestellt, und wegen eines Gutachtens komme ich her.' Sie antwortete mir: ‚Das läuft schon bei dem Doktor.'

Als ich reinkam und nun vor ihm saß, fragte er: ‚Worum geht's denn?' Ich schilderte ihm meine Lage. Da sagte er als erstes: ‚Na, passen Sie mal auf, bei mir läuft das, ich habe diese ganze Gutachtersache für die Ärztekammer nur übernommen, um gegen den § 218 was zu tun.' Da hupfte mein Herz nun ganz weit oben. Dann hat er noch ein paar Fragen gestellt. Er sagte: ‚Seelische Depressionen, das ist völlig klar, ich befürworte den Antrag.' Für ihn war das klar, das läuft eben so, und das war völlig unaufregend. Ich sollte ihm nur später sagen, ob es geklappt hätte, da die Gutachter das nie erfahren. Die Ärztekammer war nicht übermäßig schnell. Sie kamen in Zugzwang, da ich sie ständig mit Anrufen bombardierte. Irgendwann war es klar, daß der erste abgelehnt und der zweite befürwortet hatte. Erst dann bekam ich mitgeteilt, daß ein dritter Gutachter bestellt sei. Und jedes Gutachten mußte ich selbst bezahlen."

Frau N. bringt nochmals 60,— DM zur Ärztekammer, weil eine Überweisung zu lange dauert. Sie braucht den Namen des dritten Gutachters, ein sogenannter Obergutachter.

„Den hab ich sofort angerufen, wann ich einen Termin haben könnte. Die Sprechstundenhilfe sagte: ‚Ja, also in einer Woche.' Ich sagte: ‚Das geht nicht, das ist unmöglich, ich brauch es schneller.' ‚Wie weit sind Sie denn?' Ich sagte: ‚Na, ich bin über den zweiten Monat hinaus.' Darauf sie: ‚Na dann ist es ja noch nicht zu spät.' Ich sagte: ‚Mir schon.' Und dann endlich hat sie mir tatsächlich einen Termin früher gegeben.

Das war auch ein Nervenarzt. Fragte wieder nach Geisteskrankheiten und ob mal jemand in der Familie Selbstmord begangen hätte. Mich wurmte das, ich wurde wahnsinnig aufgeregt und bin einfach laut geworden und hab gesagt: ‚Weiß ich nicht, ist doch auch nicht wichtig, ich kann das Kind nicht kriegen.' Da hat er mich angebrüllt: ‚Sie haben hier nichts zu sagen. Jetzt rede ich. Seien Sie mal ruhig.' Ich wurde aber immer aufgeregter. Dann hat der mit mir so Spielchen gemacht: Finger auf die Nase; Augen ganz groß auf; Hände nach vorne halten, ob sie zittern; die Füße auseinanderstellen und so komische Dinge, als ob ich irgendwie einen Flattermann habe. Ich fing plötzlich an zu heulen. Da fing der an: ‚Geisteskrankheiten in der Familie?' Und dann dachte ich: ‚Menschenskind, sei doch nicht so blöde, erzähle doch alles, was du weißt.' Und ich sagte ihm, daß eine entfernte Tante von mir regelmäßig in die Klapsmühle komme. ‚Ja, das interessiert mich nicht', meinte der Arzt. Ich dachte: ‚Na gut, entfernte Tanten interessieren ihn also nicht.' ‚Ist irgend jemand in der Familie gestorben in letzter Zeit?' ‚Ja, meine Mutter an Krebs.' Das alles war eigentlich noch ziemlich frisch. Ich wurde immer aufgeregter und bekam echt zuviel und heulte. Dann sagte ich, daß mein erstes Kind also unehelich sei und der Vater vor der Geburt umgekommen sei. ‚Ja, wie denn?'

Das kam nun auch noch dazu. Ich heulte immer mehr, konnte aber nicht verhindern, ihm zu antworten. Ich fühlte mich so gezwungen, dachte auch irgendwo im Hinterkopf immer: ‚Du mußt dem alles erzählen, daß er dir die seelischen Depressionen abnimmt.' Irgendwo war ich an einer Stelle noch normal, aber auf der anderen Stelle war ich völlig auseinandergerupft. Zum Schluß sagte er: ‚Ja, hören Sie mal, wenn Ihr Mann keine Verhütungsmittel nimmt, dann können Sie einfach keinen Geschlechtsverkehr miteinander haben. Und dann muß man sich mal enthalten . . .' Lauter so'n Kram fragte er, ich dachte, das geht den überhaupt nichts an. Später bin ich irgendwie zur U-Bahn gelaufen und heulte vor mich hin."

Diese Nervensägen! — Wieder vergeht eine Woche, ehe die Frau das Gutachten vom Arzt abholen und zur Ärztekammer bringen kann. Der Obergutachter hat es befürwortet. Der Abbruch ist also genehmigt. Sie ist wieder zu dem Arzt geschickt worden, der den Antrag gestellt hat, um sich in ein Krankenhaus einweisen zu lassen. Dem Arzt ist es nicht gelungen, ein Bett für Frau N. zu bekommen.

„Mir brannte es nun auf den Nägeln. Er sagte: ‚Sie haben mir doch von dem Arzt erzählt, zu dem Sie privat gehen. Rufen Sie den doch mal an.' Den habe ich dann angerufen und ihm gesagt, daß mein Schwangerschaftsabbruch ganz offiziell genehmigt sei und daß ich ein Bett brauchte. Er sagte mir, daß ich montagfrüh gleich ins Krankenhaus kommen sollte. Ich war überglücklich, daß ich ein Bett hatte und daß der Abbruch schnell gemacht werden konnte. Aber die Papiere waren nicht im Krankenhaus. Die waren noch bei dem Arzt. Mein Mann mußte zu dem Arzt fahren und zwei Stunden auf die Papiere warten. Im Krankenhaus haben sie die üblichen Untersuchungen und zwei Tage später den Abbruch gemacht. Ich habe insgesamt eine Woche im Krankenhaus gelegen. Das war alles recht unproblematisch, mit Narkose, ich habe gar nichs davon mitbekommen. Ich kam rein, und der Arzt, zu dem ich immer ging, machte den Eingriff selbst. Und als ich reingeschoben wurde, nachdem man mir eine Spritze verpaßt hatte, da sagte irgendeiner, der da half: ‚Ihnen ist es ja gelungen.' Und ich sagte: ‚Ja wissen Sie, vorher hatte ich keine seelischen Depressionen. Aber jetzt bin ich nah dran . . .' "

Frau N. nimmt jetzt wieder die Pille. Sie will keine Pillenpause mehr machen. Falls sie wieder schwanger werden sollte, würde sie auf jeden Fall wieder abtreiben. Frau N. würde lieber einen legalen Abbruch machen, wenn der Weg durch die Gutachtermühle entfallen würde.

„Entwürdigend ist dabei allerdings, daß wir Frauen uns ‚ausziehen' müssen, daß wir alles von uns hergeben müssen, alles von uns sagen müssen. Das ist einfach unmenschlich."

Eugenische Indikation

Frau M., 26 Jahre, Sekretärin, jetzt Hausfrau, ein Kind, Mann Architekt

„Das Kind war gewollt, es war auch geplant. Aber es gab einige Umstände, die uns nachher dazu bewogen haben, die Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Ich habe vorher die Pille genommen. Dann habe ich ausgesetzt, und nach einer gewissen Zeit hat es geklappt. Wir dachten, der Altersunterschied von drei Jahren wäre ganz gut. Als erste Reaktion auf die Schwangerschaft habe ich mich gefreut. Ich habe es sofort gemerkt, als die Regel ausblieb, weil ich Temperaturmessungen gemacht habe. Man kann dadurch feststellen, wann man schwanger ist. Mein Mann und die restliche Familie haben sich gefreut.

Am Anfang der Schwangerschaft war mein Gesundheitszustand ganz prima. Als ich im dritten Monat war, da ging es mir nicht mehr so gut. Deshalb habe ich auch regelmäßig den Arzt aufgesucht und ihn darauf aufmerksam gemacht. Der hat mich aber nicht für voll genommen. Ich habe ihm erklärt, daß es mir nicht so gut geht. Das hat er abgetan, als würde ich mir das einbilden. Später hatte ich ein unheimliches Ziehen im Unterleib, ich konnte kaum Schritte machen, und mein Gesundheitszustand war labil, das kannte ich gar nicht."

Als Frau M. den Arzt darauf hinwies, sagte er: „Ja wieviel Kinder haben Sie jetzt? Das zweite? Ja, das ist beim zweiten Kind immer so, beim dritten wird's noch schlimmer, und beim vierten sagen Sie schon gar nichts mehr." Einen Tag später begannen Schmierblutungen, und Frau M. rief erneut den Arzt an. Er untersuchte sie nicht, obwohl sie darauf bestanden hatte. Er verschrieb ihr eine Salbe und sagte: „Ja, ja, nehmen Sie mal die Salbe, und das wird schon weitergehen." Am nächsten Tag waren trotzdem noch Schmierblutungen da. Sie rief den Arzt sofort morgens an und erzählte ihm davon. Er meinte, ob sie nicht jemanden vorbeischicken könnte, der ein paar Tabletten abholt. Sie bestand darauf, daß er sie untersucht. Das tat er dann auch. Er sagte zu ihr: „Ich weiß überhaupt nicht, was Sie wollen. Ist doch alles in Ordnung, ist doch alles prima, das Kind liegt toll." Frau M. dachte: ‚Der Mann hat Ahnung davon, vielleicht ist das beim zweiten normal.' Am nächsten Tag waren es keine Schmierblutungen mehr, sondern richtige Blutungen. Durch das Verhalten des Arztes war Frau M. so gehemmt, daß sie nicht mehr wagte hinzugehen. Sie dachte, daß es vielleicht aufhören würde. Durch die Tabletten (Gestanon) sind die Blutungen noch schlimmer geworden. Schließlich brachte ihr Mann sie ins Krankenhaus, weil noch zusätzlich starke Schmerzen auftraten. Die Untersuchung im Krankenhaus ergab, daß die Schwangerschaft abgebrochen werden mußte, weil schon eine Fehlgeburt eingesetzt hatte.

„Erst habe ich gesagt, sie sollen doch alles versuchen, das Kind zu halten, weil wir uns doch so darauf gefreut haben. Die Untersuchungen ergaben, daß eventuell noch eine Unterleibsentzündung vorlag. Das hatte der Arzt, bei dem ich in Behandlung war, überhaupt nicht festgestellt. Ich habe gegen die Unterleibsentzündung starke Medikamente, Antibiotika, bekommen. Wir sprachen mit der Stationsärztin, ob eventuelle Schädigungen für das Kind bestehen könnten durch die Entzündung, Medikamente und Blutungen. Verschiedene Frauen aus unserem Bekanntenkreis hatten auch während der Schwangerschaft Blutungen. Da sind die Kinder teilweise geschädigt. Ich meine, wenn man in Umständen ist, beunruhigt einen das unheimlich. Die Stationsärztin sagte uns, daß sie im Krankenhaus Fälle gehabt hätten, wo ganz gesunde Babys angekommen wären, und andere, die nicht so in Ordnung waren. Es könnte 50 % zu 50 % ausgehen.

Da haben wir uns die ersten konkreten Gedanken zum Abbruch gemacht. Wir wollten ein gesundes Kind. Wir wollten das Risiko nicht eingehen, daß das Kind körperlich oder geistig geschädigt ist. Deshalb wollten wir einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Es war uns zu verantwortungslos, die Schwangerschaft fortzuführen."

Der Oberarzt, der an einem Ultraschallgerät ausgebildet worden war, meinte festgestellt zu haben, daß die Schwangerschaft noch fortgesetzt werden könne, und lehnte einen Abbruch ab. Daraufhin wurde Frau M. unter Valium (drei Stück Valium 10) gestellt, so daß sie sich nur noch in einem Dämmerzustand befand. Sie lag den ganzen Tag apathisch und bewegungslos im Bett. Der Oberarzt versuchte damit, die Fehlgeburt abzuwenden. Die Diagnose des Chefarztes, der den Schwangerschaftsabbruch für notwendig hielt, stand im Gegensatz zu der des Oberarztes. Die unterschiedlichen Diagnosen sind eindeutig auf Kompetenzstreitigkeiten im Krankenhaus zurückzuführen.

„Wenn nicht der Kampf zwischen den beiden gewesen wäre, dann hätte sich das so erledigt. Ich war wie vor den Kopf geschlagen, als sie mir sagten, daß sie das nicht machen würden, weil die Schädigung nicht zu beweisen war. Die Stationsärztin war der Ansicht, daß die Schwangerschaft nicht normal wäre. Das wäre da aber nie gemacht worden, denn der eine sprach so und der andere so. Es war nur eine Vermutung.

Ich konnte auf eigenen Wunsch nach Hause gehen. Man wollte mir nichts in den Weg legen. Ich habe durchblicken lassen, daß wir die Schwangerschaft abbrechen lassen wollen. Die Ärztin hat es befürwortet, und der Oberarzt hat gesagt, daß das unsere Sache wäre, er würde sich nicht daran stören."

Herr M. nahm nun alles in die Hand. Er besorgte Adressen von Bekannten über holländische Kliniken, die Abbrüche vornehmen. Frau M. meint, daß die Entscheidung nicht leicht gewesen sei, da sie sich das Kind gewünscht hatten. In Holland wurde festgestellt, daß Frau M. schon in der 13. Woche war und bei ihr die Absaugmethode nicht mehr

durchgeführt werden konnte. Deshalb gab die behandelnde Ärztin ihr ein Schreiben für eine andere Klinik mit, die Abbrüche bis zur 14. Woche machen konnte.

„Ich habe vorher mit dem Arzt gesprochen, der den Eingriff vornehmen wollte. Er fragte vorher nach den Gründen. Er war mit mir einer Meinung, daß es besser wäre, wenn ich den Abbruch machen lasse. Ich habe von dem Eingriff nichts gemerkt. Er wurde unter Narkose gemacht. Es war alles völlig unproblematisch, und eine Nacht blieb ich noch zur Beobachtung."

Gesundheitliche Folgen sind bei Frau M. durch den Abbruch nicht aufgetreten. Sie ist traurig darüber, daß sie das gewollte Kind nicht austragen konnte. Wenn sie darüber nachdenkt, steht sie bis heute zu ihrem Entschluß, und sie weiß, daß sie richtig gehandelt hat.

Als wir neulich mit Frau M. telefonierten, sagte sie uns, daß sie jetzt im siebten Monat schwanger sei. Ihre Schwangerschaft verlaufe normal. Sie habe endlich einen guten Arzt gefunden, dem sie alles erzählt hat. Er hat ihr dann Mut zugesprochen und ihr gesagt: „Wenn wir eine gute Schwangerschaftsvorsorge und -betreuung machen, dann klappt das diesmal schon." Und so ist es auch.

Wie gut, daß es doch einige gute Ärzte gibt, die sich um die Frauen kümmern; dann scheint ja alles zu klappen!

Soziale Indikation

Frau C., 36 Jahre alt, Hausfrau; sie ist blind und hat 5 Kinder. Ihr Mann arbeitet auf der Zeche

Wir kannten Frau C. vor unserem Interview nicht. Auf die Problematik dieses Falles sind wir durch Erzählungen in der Nachbarschaft aufmerksam geworden.

Bei den ersten beiden Besuchen war Frau C. sehr zurückhaltend. Wir redeten vor der Tür. Sie konnte sich nicht entschließen, uns allein eine Zusage zu dem Interview zu geben, obwohl sie andeutete, wie schlimm das alles für sie gewesen sei. Sie betonte immer wieder, daß sie erst mit ihrem Mann reden müsse und daß auch wir erst mit ihm die ganze Sache besprechen sollten. Es war deutlich, daß sie insbesondere aufgrund ihrer Blindheit ein verständliches Mißtrauen entwickelt hatte.

Nachdem wir dann beiden gemeinsam unser Buchprojekt erläutert und begründet hatten, war das Eis gebrochen.

Familie C. lebt in einem Arbeitervorort einer großen Industriestadt. Die Kinder sind 11, 8, 7, 5 und 2 Jahre alt. Die Wohnung für diese 7 Personen hat 3½ Zimmer, eine Küche und eine Toilette.

„Die Wohnung kostet jetzt ohne Heizung 146 DM. Eine größere können wir uns nicht leisten. Jetzt wird die Heizung eingebaut, dann kostet sie 250 DM. Wir müssen auch noch das Kinderzimmer abzahlen, da bleibt nicht viel über. Urlaub haben wir noch nie gemacht. Dafür ist kein Geld da. Es reicht gerade zum Leben und für die Abgaben. Wir sind 7 Personen, und vom Verdienst meines Mannes von 1200 DM bis 1300 DM netto kann man gerade leben, wenn die Miete, Versicherungen und die Lebensversicherung bezahlt sind. Das Auto brauchen wir, mein Mann muß jeden Tag zur Arbeit fahren, zur Zeche. Ich bekomme noch Blindenpflegegeld, das ist eigentlich für eine Pflegerin. Das sind jetzt nach der Erhöhung 485 DM. Aber das brauchen wir mit zum Leben."

Diese Notlage, mit der Frau C. Tag für Tag fertig werden muß, die beengten Wohnverhältnisse, das wenige Geld, dazu fünf Kinder — das alles stellt für sich schon eine kaum erträgliche Belastung dar. Dazu kommt noch, daß sie blind ist.

„Als ich 18 Jahre alt war, wurde ich blind. Ich stand morgens auf, und alles war noch dunkel. Ich habe dann meine Mutter gefragt, wie spät es sei. Sie sagte, es sei 10 Uhr.

Aber ich meinte, das könnte doch nicht sein, es ist doch alles so dunkel. Sie sagte mir, es wäre doch alles hell. Dann sind wir in die Augenklinik gefahren, und da hat man festgestellt, daß eine Augenblutung eingetreten war, eine Regenbogenhautentzündung mit Netzhautablösung und Glaskörpertrübung. Ich mußte ein viertel Jahr im Krankenhaus bleiben. Ich bekam Spritzen, damit die Regenbogenhautentzündung weggehen sollte. Die ging und ging nicht weg, und da bekam ich eine Kur im Schwarzwald bewilligt. Diese Luftveränderung sollte helfen.

Als ich 14 Tage da war, bekam ich die zweite Augenblutung, und dadurch ist es so schlimm geworden, daß man nichts mehr machen konnte. Meinen Mann habe ich erst später kennengelernt.

Ich hatte jedes Jahr eine Schwangerschaft — von 1964 bis 1968. Die letzte war dann 1973. Verhütungsmittel habe ich wegen der Augen nicht genommen. Gegen Medikamente bin ich sehr empfindlich. Dann hatte ich auch mal gehört, daß man Krebs davon kriegt. So ist es dann passiert, daß ich in Umständen war. Erst habe ich gedacht, daß die Regel später einsetzt. Habe gewartet und gewartet, und als sie dann nicht kam, bin ich zum Arzt gegangen. Der Arzt hat mich untersucht und hat dann die Schwangerschaft festgestellt. Ich konnte gar nichts sagen, ich habe nur geweint. Das einzige, was der Arzt darauf sagte, war: ‚Ja, wollen Sie das Kind denn nicht haben?' — Nein, ich wollte es nicht mehr. Ich habe gedacht, daß ich es nicht mehr schaffe. Mein Gesundheitszustand war nicht gut zu dem Zeitpunkt. Ich hatte viel zu hohen Blutdruck, war übernervös, hatte ein Ekzem, und dann das mit meinen Augen. Es war schrecklich für mich: Diese vier Kinder hatte ich ja schon, und dann noch so ein Kleines, wo die anderen schon groß waren.

Bei der Untersuchung habe ich den Arzt gefragt, ob es nicht möglich wäre, daß man einen Abbruch machen könnte. Es war schon ziemlich weit, ich hatte noch 14 Tage für einen Abbruch Zeit. Er hat mir die Adresse der Ärztekammer gegeben und gesagt, daß wir uns dahin wenden sollten. Mein Mann sollte einen Antrag stellen, und dann sollten wir ihn da abgeben. Das müßte aber so schnell wie möglich weg, weil die Zeit sehr kurz wäre, damit es bis zur 12. Woche gemacht werden könnte. Zu diesem Arzt bin ich nie mehr gegangen.

Mein Mann fand das auch richtig, den Abbruch zu beantragen, denn für ihn ist das ja auch zuviel. Er muß im Haushalt mithelfen, er kommt nach Haus und muß auch schon das Essen kochen. Dann muß er noch mit den Kindern Schulsachen machen, das kann ich ja auch nicht. Das muß er alles noch neben der Arbeit tun — mein Mann ist auch ein bißchen nervös. Dann macht er noch Überstunden.

Am gleichen Tag haben wir den Antrag noch abgeschickt. Wir haben meinen Blindenausweis dazugelegt. Nach drei Tagen kam der Bescheid, daß die Gründe nicht ausreichen für einen Abbruch und der Antrag abgelehnt sei. Mein Mann hatte vorher noch telefonisch nachgefragt. Da sagten sie ihm schon, daß der Antrag abgelehnt wäre. Mein Mann hat dann nochmals mit dem Arzt bei der Gutachterstelle telefoniert und gesagt, daß das für mich sehr schlimm wäre, weil ich während der Schwangerschaft immer einen sehr hohen Blutdruck hätte und durch die Anstrengungen der Geburt Augenblutungen bekäme. Der Arzt hat gesagt, das wäre dann was anderes. Wir sollten ein Attest einreichen, und sie wollten nochmals alles prüfen. Dann haben wir das Attest hingeschickt — von meinem Augenarzt und vom Hautarzt, dann vom Hausarzt wegen zu hohem Blutdruck, Kreislaufstörungen und Nervosität. Aber das hat alles nicht gereicht. Sie haben es wieder abgelehnt, das zweitemal. Sie haben geschrieben, daß sei kein Grund, bei einer Blindheit die Schwangerschaft abzubrechen, sie haben eine Sterilisation empfohlen."

Damit konnte Frau C. in ihrer konkreten Situation überhaupt nicht geholfen werden. Sie war körperlich und seelisch kaum in der Lage, diese Schwangerschaft fortzusetzen. Ein weiteres Kind bedeutete auch eine kaum tragbare finanzielle Belastung. Obwohl alle Ärzte, bei denen sie gewesen war, diese extreme Notsituation kannten, hat keiner auch nur ein Minimum an Verständnis aufgebracht und Hilfeleistung angeboten. Nicht ein-

mal bei der Formulierung und Begründung des Antrages auf Abbruch hat ein Arzt geholfen. Jedem der beteiligten Ärzte mußte doch klar sein, daß der Antrag zu der damaligen Zeit so keine Aussicht auf Erfolg haben konnte, weil es die soziale Indikation noch nicht gab und eine medizinische Indikation nicht eindeutig war. Dabei wäre es für jeden Mediziner leicht möglich gewesen, eine Abtreibung aus medizinischen Gründen, die zur Genüge vorhanden waren, zu begründen und zu empfehlen.

Als es längst zu spät war, traf Frau C. auf einen engagierten Arzt: „Der war sehr empört, weil mein Antrag abgelehnt worden war. Er wollte den Fall sogar in der Ärztezeitung veröffentlichen. Wir wollten das aber nicht an die große Glocke hängen. Er hat gesagt, daß er die Abtreibung durchgebracht hätte. Ich bin aber zu spät gekommen. Sonst wäre doch wohl alles ganz anders gekommen, wie er mir gesagt hat.

Ich hatte fest damit gerechnet, daß der Abbruch genehmigt würde. Diese Ablehnung war für mich das Schlimmste, was ich mir vorstellen konnte. Ich habe gedacht, daß das nicht gutgehen würde, daß die Ehe auseinandergehen könnte, daß meinem Mann das zuviel werden könnte.

Wir haben uns viele Gedanken darüber gemacht, ob ich nach Holland fahren sollte. Aber wir hatten eben nicht das Geld dafür. Damals hat mein Mann noch ein bißchen weniger als jetzt verdient. Da hatte er so eben seine 1000 DM, da ging das unmöglich. Ich kann gar nicht mehr beschreiben, wie das so war. Es war schlimm. Gerade war ich froh, daß die Kinder groß waren, die Kleinste war fünf Jahre alt. Es ging uns zum erstenmal etwas besser. Und nun noch ein Kind . . . Mein Mann war auch ganz daneben.

Als das Kind geboren wurde, hatten wir gar nichts mehr für ein Kleinkind. Das mußten wir alles neu kaufen. Das hat furchtbar viel Geld gekostet. Dann mußten wir immer die Gläser mit Babynahrung kaufen. Wenn mein Mann von der Schicht kam, war es für ein so Kleines viel zu spät. Und Fertignahrung konnte ich allein machen. Das mach ich heute noch so. Dann ißt es zweimal Gemüse, um 12.00 und um 4.00 Uhr mit uns.

Ich muß doch fast alles alleine machen, das Kind baden und so. Und eine Hilfe hatte ich ja auch nicht; meine Eltern und Schwiegereltern sind tot. Es war sehr schwer, mich nach fünf Jahren wieder an alles zu gewöhnen. Ich hatte Angst, das Kind könnte ersticken, weil ich ja nicht in das Zimmer gehen und nach ihm sehen konnte. Ich mußte immer hingehen und fühlen, ob es nicht erstickt. Ich denke sehr oft, daß ich mit allem nicht fertig werde, und setze mich oft hin und weine.

Zum Glück kann mir das heute nicht nochmal passieren, weil der andere Arzt mich sterilisiert hat."

Wir haben Frau C. gefragt, was sie für sich aus der Erfahrung mit Ärzten und Gutachterstellen gelernt hat. Dazu hat sie geantwortet: „Wenn ich noch einmal in dieselbe Lage käme und schwanger wäre — ich wüßte nicht, ob ich es nochmal versuchen würde, weil die Ärzte es ja doch ablehnen. Besser wäre es wohl, den Antrag gar nicht erst zu stellen."

So freundlich und mitfühlend sehen die Ablehnungsschreiben aus, die die betroffenen Frauen erhalten!

Kleine Bibliothek

61 *Menschik* (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. 424 S. DM 9,80

62 *Kühnl*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 512 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus (II)*)

Von Kurt Bayertz

2.1 Die politische Philosophie des kritischen Rationalismus

Die von seiten der sozialdemokratischen Parteiführung intensivierte politisch-ideologische Verarbeitung des kritischen Rationalismus steht in einer bemerkenswerten Ungleichzeitigkeit mit dem Niedergang der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie Poppers. In der internationalen philosophischen Diskussion nimmt der Einfluß des kritischen Rationalismus rapide ab: die von den angelsächsischen Ländern ausgehenden neuen wissenschaftstheoretischen Strömungen haben sich in Auseinandersetzungen mit Poppers „Logik der Forschung" herausgebildet und stehen in strikter Opposition zum kritischen Rationalismus ebenso wie zum logischen Positivismus [39]). Einen Popper-Boom gibt es gegenwärtig ausschließlich in der BRD, und dieser hat ausschließlich politische Gründe und Ursachen, die einleitend dargestellt wurden. Poppers Wissenschaftstheorie ist tot — aber in der Sozialdemokratie läßt man seine politische Philosophie hochleben.

Es müssen allerdings erhebliche Zweifel angemeldet werden, ob ein derart halbierter Popper lebensfähig ist. Nach seinem eigenen Zeugnis nämlich besteht seine politische Philosophie in einer einfachen Übertragung der Ergebnisse seiner Erkenntnistheorie auf den gesellschaftlichen Bereich. „Das Charakteristische ist gerade die Verbindung meiner Erkenntnistheorie und meiner Wissenschaftsphilosophie. Die Hauptthese meines ersten Buches ‚Logik der Forschung', kann man so formulieren: Wir können von unseren Fehlern lernen ... Es ist eine These meiner Wissenschaftstheorie, daß in der Wissenschaft noch etwas besonderes dazukommt, nämlich der bewußte kritische Versuch, unsere Theorien zu falsifizieren ... Charakteristisch für meine politische Philosophie (sie ist sehr einfach) ist, daß man in der Politik dasselbe tun soll. Während der Politiker gewöhnlich zu beweisen versucht, daß er keine Fehler macht, schlage ich vor, daß der Politiker sich darüber klar werden soll, daß er, wie jeder Mensch, Fehler macht und machen muß. Er sollte deshalb darauf ausgehen, die Fehler möglichst früh zu entdecken, um deren bösartige Folgen möglichst früh vermeiden zu können" [40]). Die Trivialität dieser „politischen Philosophie" (sie ist in der Tat „sehr einfach") sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein in der Praxis sehr wirksames gesellschaftspolitisches Programm formuliert ist. Ausgangspunkt dieses Programms ist ein Begriff von *Rationalität,* den Popper aus seiner Untersuchung der Methode naturwissenschaftlicher Forschung gewonnen hatte; diese Rationalitätsauffassung wird in den politisch-gesellschaftlichen Bereich hinein verlängert, und die kritischen Rationalisten erscheinen so als die Verfechter einer „Konzeption der Rationalität, die sich nicht auf einen bestimmten Bereich

*) Vgl. Heft 3/1976, S. 278 ff.
39) Vgl. dazu den zitierten Sammelband: „Kritik und Erkenntnisfortschritt", a.a.O.
40) Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen, ebd.

einschränken läßt, weil sie die Struktur eines adäquaten Problemlösungsverhaltens überhaupt betrifft" [41]).

Das Kardinalprinzip dieses „adäquaten Problemlösungsverhaltens" ist das der Fehlbarkeit, der Unzulänglichkeit, der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit aller unserer Erkenntnisse. So wie wir unsere Erkenntnisse stets der kritischen Prüfung unterziehen müssen, so sind auch die jeweils bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen für Kritik und alternative Lösungen offenzuhalten. „Der kritische Rationalismus ist eine Theorie der Fehlbarkeit menschlicher Vernunft, die, wie wir gesehen haben, politische Konsequenzen hat, vor allem die Konsequenz, daß die Ordnung der Gesellschaft dieser Fehlbarkeit Rechnung tragen muß. Sie zeigt, daß es, wie in der Wissenschaft, so auch im sozialen und politischen Leben, keine perfekten und daher unrevidierbaren Problemlösungen geben kann und daß die Gewißheit, sich im Besitze einer solchen Lösung zu befinden, etwa der Konzeption einer vollkommenen — herrschaftsfreien, konfliktlosen, harmonischen — Gesellschaftsordnung die Träger dieses Bewußtseins nicht etwa als Vertreter kritisch-rationalen Denkens auszeichnet, sondern sie eher verdächtig machen muß. Institutionelle Vorkehrungen aller Art, ob im Bereich der Bildung und Erziehung, der industriellen Produktion, der politischen Willensbildung oder in anderen Bereichen, sind stets als in jedem Fall unvollkommene Lösungen sozialer Probleme anzusehen, die sich zu bewähren haben und auch bei Bewährung noch der Kritik und Revision offenstehen müssen" [42]). Was sich hier als prinzipieller Antidogmatismus, als vor-nichts-haltmachende Kritik präsentiert, scheint die rechte Kost für reformbestrebte Sozialisten zu sein. Da ist kein Platz, so meint man, für theoretische Orthodoxie oder für konservatives Beharren auf überkommenen Positionen: die Kritik wird universal; sie ist hier weit mehr geworden als ein erkenntnistheoretisches Gebaren: Sie ist der „Entwurf einer Lebensweise, einer sozialen Praxis" [43]). Der nüchterne Zeitgenosse allerdings wird sich fragen, ob durch Kritisieren allein die universelle Menschheitsbeglückung erzielt werden kann, die Albert mit seiner Parole „Kritik als Lebensweise" verkündet. Selbst Anhänger der Lehre Poppers haben inzwischen zu bedenken gegeben, daß die Maxime „koche, singe, liebe, putze nach den methodischen Prinzipien des kritischen Rationalismus" [44]) durchaus nicht so rational ist, wie vorgegeben wird. „Wer das bezweifelt, möge im Falle der Ehefrau (oder Geliebten), Erbtante, eines Diktators oder auch eines kritischen Rationalisten die Probe aufs Exempel machen, sofern er sich nicht scheut, mit diesem Experiment seine Aussichten auf eine glückliche Ehe (oder Liebschaft), eine reiche Erbschaft, Freiheit und Leben oder die weitere Freundschaft des kritischen Rationalisten aufs Spiel zu setzen. Als Entwurf einer Lebensform scheint das Programm des kritischen Rationalismus also weniger empfehlenswert zu sein" [45]). Hier geht es einem kritischen Rationalisten offenbar wie dem Famulus Wagner in Goethes „Faust": „Mir wird, bei meinem kritischen Bestreben,/Doch oft um Kopf und Busen bang."

Allerdings erweist sich die Kritikfreudigkeit auch derjenigen Popperianer, die von solcher Bangigkeit noch nicht befallen sind, als weit weniger radikal, als es zunächst scheinen mag. Wenn nämlich die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse keineswegs vollkommen, sondern vorläufig und verbesserungsbedürftig sind, so sind es die möglichen Veränderungen und Alternativen ebenfalls. Es gibt nur unsicheres, fehlbares Wissen, und es sei daher ein viel zu risikobelade-

41) Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, ebd., S. 67.
42) Ebd., S. 70.
43) Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1969, S. 41.
44) Helmut Spinner, Pluralismus als Erkenntnismodell, ebd., S. 225.
45) Ebd., S. 226.

nes Unterfangen — so hört man, auf der Grundlage solchen Wissens tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen vorzunehmen. Eine rationale politische Praxis müsse einkalkulieren, daß Eingriffe in die bestehende soziale Ordnung stets Folgen haben werden, die über die beabsichtigten Effekte hinausgehen; je umfassender diese Eingriffe sind, desto unabsehbarer die Folgen. Eine rationale Politik unterscheide sich daher von utopischen Heilslehren durch das Bewußtsein des Risikos, das mit gesellschaftlichen Veränderungen verbunden ist [46]). Utopisten aller Art (vor allem natürlich Marxisten) zeichnen sich vor allem durch den Glauben aus, „daß man den Himmel auf Erden verwirklichen könnte und daß es Leute gibt, die wissen, wie man den Himmel auf Erden verwirklichen könnte" [47]).

Der kritische Rationalist geht demgegenüber nicht von idealen Gesellschaftszuständen aus, die er durch seine politische Tätigkeit zu verwirklichen trachtet, sondern er ist auf die direkte Beseitigung konkreter Mißstände aus. Ausgangspunkt einer solchen rationalen Politik sind stets die existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einsicht, „daß jede politische Aktion einen Eingriff in mehr oder weniger stark strukturierte soziale Situationen involviert und daß man daher gut daran tut, das *institutionelle Apriori* in Rechnung zu stellen, durch das diese Situationen geprägt sind" [48]). Dieses „institutionelle Apriori" macht es unmöglich, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, in der Art, wie man ein Haus baut: zunächst macht man einen Entwurf auf dem Reißbrett und setzt diesen Entwurf dann in die Realität um. Die kritisch-rationalistische Politik gleicht dem Umbau eines schon bestehenden Hauses: hier wird nicht zuerst abgerissen und dann radikal neu gebaut, sondern durch schrittweise Veränderung, durch die Beseitigung konkreter Mißstände eine ständige Verbesserung durchgeführt. Es handelt sich mithin um eine „Stückwerk-Sozialtechnologie" [49]), die die Gefahren revolutionärer Systemveränderung erkannt hat und daher nicht glaubt, mit einem einzigen Schritt die Gesellschaft grundlegend reformieren zu können. Daß eine solche politische Theorie den Vorstellungen derjenigen entgegenkommen muß, die sich auf eine reformistische Politik im Rahmen der bestehenden Verhältnisse festgelegt haben, liegt auf der Hand. Auch Helmut Schmidt hält daher grundlegende Veränderungen der bestehenden Gesellschaft weder für wünschenswert, „weil die Risiken des Fehlschlags und der negativen Auswirkungen für Millionen von Menschen dabei nicht kalkuliert und nicht limitiert werden können" [50]), noch für möglich, weil sie dem Grundgesetz und den Verfahrensregeln für die Verfassungs- und Gesetzgebung angeblich widersprechen. „Eine demokratische, eine offene Gesellschaft pervertiert nur zu leicht zum geschlossenen, totalitären Staat, wenn zugunsten eines abstrakten Ideals die Pluralität der politischen Zielsetzungen selbst aufgegeben wird. Wenn man unseren Staat davor bewahren will, so bleibt der Politiker angewiesen auf eine dergestalt schrittweise Veränderung, daß jedem einzelnen Schritt ein dafür ausreichender Konsensus (und das heißt: Kompromiß!) vorausgeht. Nur dies kann der Demokrat eine *rationale* Art der Politik nennen" [51]).

Der kritische Rationalismus erweist sich als eine erkenntnistheoretisch fundierte Variante jenes von Marx kritisierten „konservativen oder Bourgeoissozialismus", der versucht, „der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern

46) Karl Popper, Das Elend des Historizismus, ebd., S. 55.
47) Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen, ebd.
48) Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, ebd., S. 41.
49) Das Elend des Historizismus, ebd., S. 47 ff.
50) Helmut Schmidt, Vorwort, ebd., S. VIII.
51) Ebd.

nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen" [52]).

2.2 *Rationales Handeln jenseits gesellschaftlicher Interessen?*

Die Kernthese der politischen Philosophie Poppers ist die, daß politisches Handeln den gleichen Rationalitätskriterien gehorchen muß, die in den exakten Naturwissenschaften Gültigkeit haben. Diese Kriterien lassen sich in der „Idee der kritischen Prüfung" (Albert) zusammenfassen, derzufolge wir nur aus unseren Fehlern lernen können. Nun hat sich gezeigt, daß die Ansicht, die Methode der Falsifikation sei der wissenschaftsphilosophische Ausdruck des im realen Forschungsprozeß angewandten Erkenntnisverfahrens, eine arge Täuschung ist. Th. Kuhn hat darauf hingewiesen, daß eine tatsächliche Anwendung kritisch-rationalistischer Prinzipien im Wissenschaftsprozeß den Erkenntnisfortschritt zum Stillstand bringen würde, anstatt ihm die von Popper und seinen Anhängern gewünschten Impulse zu geben [53]). Wenn die Methodologie Poppers jedoch nicht einmal auf ihrem ureigensten Gebiet, der Theorie der empirischen Wissenschaften, *rational* genannt werden kann (denn sie hätte den Zusammenbruch der Wissenschaft zur Folge), dann muß ihr Anspruch, Grundlage einer Theorie rationaler Politik zu sein, erst recht in Frage gestellt werden.

Dies wird sofort deutlich, wenn man sich die *gesellschaftstheoretischen Grundlagen* vergegenwärtigt, auf denen Poppers Konzeption rationaler Politik beruht. Gemäß dem allgemeinen Wissenschaftsprogramm des Positivismus geht Popper in seiner Gesellschaftsanalyse vom Beobachtbaren, vom sinnlich Gegebenen, vom konstant sich Wiederholenden, kurz: von Oberflächenerscheinungen aus. Gegen ein solches Verfahren ist solange nichts einzuwenden, wie die Theorie sich bemüht, hinter dem gesellschaftlichen Schein das gesellschaftliche Wesen zu enthüllen. Denn „alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen" [54]). Gerade eine solche Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung lehnt Popper jedoch strikt ab [55]). Für die Gesellschaftstheorie folgt daraus, daß als ihr einziger Gegenstand das *Verhalten der Individuen* anerkannt wird. Nach Popper besteht die „rein objektive Methode" [56]) der Soziologie darin, „daß sie die Situation des handelnden Menschen hinreichend analysiert, um die Handlung aus der Situation heraus ... zu erklären" [57]). Popper bezeichnet diesen Typ der Soziologie als „Situationslogik"; diese beruht auf einem mechanistischen Ursache-Wirkungs-Schema: die jeweilige soziale Situation (Ursache) determiniert die Handlungen der Individuen (Wirkung). „Das objektive ‚Verstehen' besteht darin, daß wir sehen, daß die Handlung objektiv situationsgerecht war" [58]).

---

52) K. Marx/F. Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 489.
53) Thomas S. Kuhn, Bemerkungen zu meinen Kritikern, in: Kritik und Erkenntnisfortschritt, ebd., S. 236.
54) K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, S. 825.
55) Das Elend des Historizismus, ebd., S. 21 ff.
56) Karl R. Popper, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Th. W. Adorno u. a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Neuwied und Berlin (West) 1967, S. 120.
57) Ebd.
58) Ebd., S. 121.

Diese gesellschaftstheoretische Konzeption einer „Situationslogik" reduziert die Gesellschaft auf ein Konglomerat einzelner Individuen, die — jedes für sich — mit einzelnen „Situationen" konfrontiert sind, auf die sie zu reagieren haben. Popper unterschlägt mit dieser Konzeption jedoch, daß die Menschen sich nicht einfach „verhalten", sondern sich stets *unter bestimmten sozialen Voraussetzungen verhalten.* Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, sosehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflußt werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden" [59]). Das Verhalten der Menschen ist daher keine ursprüngliche Gegebenheit, sondern hängt von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, deren Teil sie sind. Der positivistische Grundfehler in Poppers Theorie sozialen Handelns besteht also nicht darin, alles gesellschaftliche Geschehen als menschliches Handeln oder als dessen Produkt anzusehen, sondern darin, daß dieses Handeln nicht auf seine treibenden Beweggründe hin befragt wird. Poppers Situationslogik unterschlägt diese treibenden Beweggründe und reduziert das menschliche Handeln auf ein behaviouristisches Stimulus-response-Schema, das die grundlegenden Differenzen zwischen bewußter menschlicher Tätigkeit und der Speichelabsonderung bei Pawlowschen Hunden auf nur noch graduelle Unterschiede einebnet. Im Gegensatz zur Natur sind die in der Geschichte der Gesellschaft „Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaft handelnde, auf bestimmte Zwecke hin arbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel" [60]). Diese Zwecke und Ziele, die die Menschen bewußt verfolgen, sind Ausdruck ihrer sozialen *Interessen,* welche sich aus dem Platz des jeweiligen Individuums in der gesellschaftlichen Produktion ergeben. Menschliches Verhalten ist daher nie bloßes Echo gegebener Situationen, sondern es verfolgt in der Reaktion auf die Situation bestimmte Ziele; das Handeln ist somit die Resultante aus der Diskrepanz zwischen „ist" und „soll".

Daraus ergibt sich, daß verschiedene Individuen, die aufgrund ihrer sozialen Stellung unterschiedliche Interessen haben, in gleichen Situationen verschieden reagieren. Ein Arbeiter mag angesichts verschärfter Inflation eine Lohnerhöhung fordern, während ein Unternehmer diese Lohnerhöhung strikt ablehnt, weil sie vorgeblich eine „Kostenexplosion" verursache, die die Preise noch mehr in die Höhe treibt. Die Situation ist in beiden Fällen die gleiche, die Reaktion jedoch grundverschieden, da die materiellen Interessen der Handelnden grundverschieden sind. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist die Reaktion eines Individuums durch einen Komplex vermittelnder Instanzen bestimmt, unter denen die Stellung dieses Individuums in der materiellen Produktion die entscheidende Rolle spielt. Es ist daher ein fundamentaler Irrtum, wenn Albert die „Handlungen und Entscheidungen sozialer Rollenträger" von „Faktoren dispositionellen Charakters wie Motivstrukturen, Einstellungen, Wertorientierungen usw." [61]) abhängig macht. Dies würde bedeuten, daß die Angehörigen der Arbeiterklasse ihre Arbeitskraft einem Kapitalisten verkaufen, nicht weil sie vom Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen sind, sondern weil ihre „Motivstruktur" oder „Wertorientierung" es verlangt. Ebensowenig ergibt sich das Streben der Kapitalisten nach Profitmaximierung aus einer profitsüchtigen „Einstellung"; es ist vielmehr Ausdruck ihrer objektiven Interessen.

59) F. Engels, Brief an Borgius v. 25. 1. 1894, in: MEW, Bd. 39, S. 206.
60) F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 296.
61) Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin (West) 1967, S. 362.

In der Popperschen „Situationslogik" wird der *Zusammenhang zwischen Interesse und Handeln* systematisch ignoriert. Dies ist keineswegs zufällig, sondern eine notwendige Voraussetzung des Popperschen Rationalitätsbegriffes: die Doktrin, politisches Handeln könne (und müsse) den gleichen Rationalitätskriterien folgen, die in den exakten Naturwissenschaften gültig sind, *muß* das menschliche Handeln seiner sozialen Vermitteltheit entkleiden. Die Anerkennung der zwischen Situation und Handlung intervenierenden Interessen, würde dem Rationalitätsbegriff Poppers den Boden entziehen, wie Popper selbst implizit deutlich macht: „Eine sehr verderbliche philosophische Auffassung kann in die Worte gefaßt werden: ‚Die Ansichten eines Menschen sind immer bestimmt durch seine ökonomischen oder politischen Interessen.' ... Diese Art Philosophie ist deshalb so verderblich, weil sie ernsthafte Diskussionen unmöglich macht. Sie verführt zum Verfall des Interesses, die Wahrheit über die Dinge herauszufinden. Denn an die Stelle des Problems ‚Wie steht es in Wahrheit um diese Sache' tritt die Frage ‚Was sind Deine Motive?' Und diese Frage ist offensichtlich von geringer Bedeutung" [62]). Popper scheint hier übersehen zu haben, daß die das Handeln der Menschen beeinflussenden Interessen nicht die Erfindung „verderblicher Philosophen" sind, sondern eine empirische Tatsache, über die sich Popper in seinen Büchern mokieren mag, die aber nichtsdestoweniger objektiv wirksam sind. Oder hat man je gehört, daß z. B. Angehörige herrschender Schichten sich in „ernsthaften Diskussionen" durch die Kraft rationaler Argumente zu einem freiwilligen und freudigen Verzicht auf ihre Privilegien hätten bewegen lassen?

2.3 *Der Utopist Karl Popper kritisiert den Utopismus*

Es ist eine schlechterdings unübersehbare Tatsache, daß sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht die besseren Argumente, sondern diejenigen durchsetzen, die über politische und ökonomische Macht verfügen. Selbst da, wo diese Auseinandersetzungen die Form institutionalisierter Diskussionen angenommen haben (z. B. bei Tarifverhandlungen), entscheidet letztlich nicht die Rationalität der wechselseitigen Argumente über das Ergebnis, sondern die hinter diesen Argumenten stehende Macht (Kampfbereitschaft der Arbeiter, gefüllte Streikkassen etc.).

Diesen „empirischen" Argumenten mag Popper entgegenhalten, sie bewiesen nur, wie notwendig es sei, sich für mehr Rationalität im politischen Leben einzusetzen, und wie weit wir noch von dem Ziel einer *Gesellschaft rational handelnder Individuen* entfernt sind. In einer solchen Gesellschaft würden nicht objektive Interessen die menschlichen Handlungen steuern, sondern unvoreingenommene Diskussionen und rationale Argumente. Es ist jedoch unübersehbar, daß eine solche Gesellschaft, in der sich eine universelle Rationalität großzügig über antagonistische Interessen hinwegsetzt, eine *utopische Fiktion* ist. Poppers politische Philosophie mag sich noch so kritisch-rational gebärden: indem sie ein aus philosophischen Überlegungen gewonnenes Ideal, die „Idee der kritischen Vernunft", zur Grundlage eines Gesellschaftsmodells macht, erweist sie sich als Prototyp utopischen Denkens. Hier wird eine politische Konzeption nicht aus einer Analyse der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse gewonnen, sondern aus willkürlich erdachten erkenntnistheoretischen Prinzipien [63]). Popper konstruiert zwar keine Vorstellungen von einem idealen Staat, aber deshalb ist seine Hoffnung auf eine allumfassende Rationalität nicht weniger utopisch, zeigt doch

[62]) Karl Popper, Interview mit Bryan Magee, in: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 57.
[63]) Popper betont in seiner „Logik der Forschung" sehr nachdrücklich, daß die von ihm vertretene Erkenntnistheorie auf Festsetzungen beruhe, mit denen man übereinstimmen könne oder nicht (S. 22 ff.).

eine Analyse der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse, daß die aus ihnen resultierenden antagonistischen Interessen es nicht erlauben, das politische Handeln der Menschen auf „rationale Entscheidungen" nach dem Muster der naturwissenschaftlichen Methodologie zu reduzieren.

Dieser Poppersche Utopismus ist um so pikanter, als Popper selbst nicht nachdrücklich genug betonen kann, für wie schädlich er jede Form des politischen Utopismus hält, denn dieser sei unwissenschaftlich und führe zu rücksichtsloser Gewaltanwendung. Der Utopismus gehe von der These aus, eine Handlung sei rational, „wenn sie von allen verfügbaren Mitteln Gebrauch macht, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen... Es scheint also eine Voraussetzung jeder vernünftigen politischen Handlung zu sein, daß wir uns zuerst so weit wie möglich über unsere letzten politischen Ziele klar werden; zum Beispiel über die Struktur des Staates oder der Gesellschaft, die wir für die beste halten. Und erst wenn wir uns über das Ziel klar sind, können wir anfangen, über die Mittel nachzudenken, die am besten geeignet sind, um das Ziel zu verwirklichen; oder um ihm wenigstens langsam näher zu kommen, wobei wir das politische Ziel als Ziel eines historischen Prozesses ansehen können, den wir bis zu einem gewissen Grade beeinflussen oder auf das gewählte Ziel hinlenken können. Diese Auffassung ist es, die ich Utopismus nenne" [64]). Eine rationale Politik setze sich demgegenüber nicht für die Verwirklichung abstrakter Ideale ein, sondern kämpfe für die Beseitigung der jeweils schlimmsten Mißstände der betreffenden Gesellschaft. „Es ist eine Tatsache, und nicht einmal sehr merkwürdig, daß es gar nicht so schwierig ist, durch Diskussion eine Einigung darüber zu erzielen, was die unerträglichsten Übel unserer Gesellschaft sind, und auch darüber, welche sozialen Reformen die dringlichsten sind. Es ist viel leichter, eine solche Einigung zu erreichen als eine Einigung über die ideale Form des sozialen Lebens" [65]).

An dieser Äußerung verblüfft zunächst die Tollkühnheit, mit der Popper es als eine „Tatsache" bezeichnet, daß eine Einigung über die größten Übel der Gesellschaft leicht zu erzielen sei. Hätte er es jemals versucht, dann wäre er wohl auf den desillusionierenden Umstand gestoßen, daß die Skala der „größten Übel" — je nach Interessenlage der Befragten — von dem „Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung" bis zum bösartigen „Machtstreben der Gewerkschaften und ihren überhöhten Lohnforderungen" reicht. Setzt man spaßeshalber jedoch voraus, eine solche Einigung wäre gelungen: alle hätten sich auf die galoppierende Inflation als das größte Übel geeinigt. Die Situation wäre kaum besser, denn sofort begänne der Streit über die geeigneten *Mittel,* gegen sie vorzugehen: auch hier würde es wieder ein breites Spektrum geben, das vom Lohnverzicht und Abbau der Sozialleistungen bis zur Anwendung der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes auf die preistreibenden Konzerne reicht.

Popper mag sich drehen und wenden, wie er will, der Utopismus seiner politischen Konzeption bleibt bestehen, denn so schön sein Loblied auf die Rationalität auch klingen mag, den Antagonismus der sozialen Interessen vermag es nicht zu eskamotieren. Das Besondere an Poppers Utopismus ist jedoch, daß er überhaupt nicht auf eine zu errichtende Gesellschaft orientiert, sondern auf die Erhaltung der bestehenden. So paradox es scheinen mag: Poppers Utopismus ist konservativ. Indem er nämlich die Bestimmtheit menschlichen Handelns

64) Karl Popper, Utopie und Gewalt, in: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 307/08.
65) Ebd., S. 311/12.

durch gesellschaftliche Interessen leugnet, schränkt er dieses Handeln auf einen passiven Reflex auf die jeweilige „Situation" ein. Damit wird die Situation zu einer das Verhalten der Individuen total steuernden Instanz; die Menschen gelten nicht mehr als *Subjekte,* die selbstbewußt ihre sozialen Beziehungen regeln, sondern müssen sich mit einem bloßen Reagieren auf externe Reize begnügen, ohne diese je beeinflussen zu können. Die „Situationslogik" reduziert das menschliche Handeln auf eine Anpassung an vorgegebene Situationen und schneidet es ab von der Möglichkeit, diese Situationen selbst zu verändern. Poppers Ausschaltung des Interesses erweist sich so als der Versuch, das *Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen* zu liquidieren. Sein Utopismus-Begriff denunziert jene gesellschaftspolitischen Ziele, die über das Bestehende hinausweisen, während die Maxime der von ihm favorisierten Politik: „Arbeite lieber für die Beseitigung von konkreten Mißständen als für die Verwirklichung abstrakter Ideale" [66]), jedes kurzatmige Sich-Durchwursteln als „rationale Politik" ausgibt.

Ziel dieser gesamten Argumentation ist es, einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Bekämpfung konkreter Mißstände und dem Streben nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen aufzubauen. Popper kann seiner politischen Konzeption, für die er selbst den nicht unzutreffenden Ausdruck des „Herumbastelns" [67]) eingeführt hat, nur dann Plausibilität verleihen, wenn es ihm gelingt, zu suggerieren, die einzige Alternative dazu sei ein unwissenschaftlicher Utopismus, der ideale Gesellschaftssysteme aus dem Blauen konstruiert. Daß schon in der gegenwärtigen Gesellschaft die Perspektive auf eine künftige objektiv angelegt ist — das ist Popper nicht in den Sinn gekommen. Von daher verfehlt Poppers Utopismus-Kritik auch den wissenschaftlichen Sozialismus, den sie offensichtlich vor allem treffen sollte. Der Marxismus denkt sich nämlich keine idealen gesellschaftlichen Zustände aus und versucht diese dann zu verwirklichen; er kommt vielmehr durch eine Analyse der *gegebenen* kapitalistischen Gesellschaft zu dem Schluß, daß die Arbeiterklasse aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung in der Lage ist, durch die Erringung der politischen Macht und durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Voraussetzung für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu schaffen. Der Kommunismus ist für Marx und Engels daher auch „nicht ein *Zustand,* der hergestellt werden soll, ein *Ideal,* wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung" [68]). Der Kommunismus entspringt daher auch nicht den Köpfen einiger genialischer Denker, die am Reißbrett die beste aller Welten ersinnen, sondern er ergibt sich aus dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft, das erstmals in der Geschichte der Menschheit die Möglichkeit einer freien Gesellschaft und diejenige soziale Kraft hervorgebracht hat, die diese freie Gesellschaft zu verwirklichen imstande ist. Wenn sich also utopische Politik „auf eine mehr oder weniger deutliche und detaillierte Beschreibung oder Bauzeichnung unseres idealen Staates" [69]) gründet, dann trifft Popper mit dieser Definition bestenfalls den Frühsozialismus.

2.4 Kritischer Rationalismus und wissenschaftlich-technische Revolution

Es sollte deutlich geworden sein, daß der kritische Rationalismus mehr ist als eine antimarxistische Modeströmung der bürgerlichen Philosophie. Mit seiner

[66]) Ebd., S. 311.
[67]) Das Elend des Historizismus, S. 47.
[68]) K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.
[69]) Utopie und Gewalt, a.a.O., S. 308.

Konzeption einer umfassenden Rationalität präsentiert er sich als Theorie, die menschliches Handeln in *allen* gesellschaftlichen Lebensbereichen positiv zu orientieren vermag. Deshalb funktioniert der gegenwärtige Popper-Boom in der offiziell abgesegneten sozialdemokratischen Theorieproduktion durchaus nicht *nur* als Bollwerk gegen den Marxismus, sondern vor allem auch als eine positive Handlungsorientierung, die besser als jede andere zur Zeit kursierende Ideologie dem wissenschaftlich-technischen Zeitalter zu entsprechen scheint. Die starke Akzentuierung der Rolle der Wissenschaft in allen Lebensbereichen ist es vor allem, die den kritischen Rationalismus so attraktiv und in bezug auf andere Positionen überlegen macht:

— gegenüber *irrationalistischen* und *metaphysischen* Strömungen insistiert Popper auf der Objektivität der Wissenschaft sowie auf ihrer immensen Bedeutung für das theoretische und praktische Problemlösungsverhalten der Menschen;

Einladung zur Fachtagung

„Umwelt und industrielle Entwicklung — Die Aufgaben der Wissenschaftler bei der Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt"

am 11. und 12. Juni 1976 in Hamburg

Auf dieser Tagung sollen die gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen einer rationalen und humanen Umwelt und die Möglichkeiten eines Engagements von Wissenschaftlern geprüft sowie bisherige Erfahrungen ausgetauscht werden.

Folgendes Programm ist vorgesehen:

In einer Podiumsdiskussion am 11. Juni sollen vor allem Probleme des Baus von Kernkraftwerken erörtert werden. Am 12. Juni tagen das Plenum und vier Arbeitsgruppen mit folgender Themenstellung:

I. Energiepolitik und technologische Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Kernkraftwerkbaus.

II. Die Konkurrenz von Produktion und Reproduktion am Beispiel Raumplanung, Stadtplanung, Denkmalschutz, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gesundheitsvorsorge.

III. Gesellschaftliche Voraussetzungen der Konkurrenz von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit. Möglichkeiten ihrer Überwindung.

IV. Rechtliche Fragen der Bürgerbeteiligung und der Teilnahme von Wissenschaftlern an Planungsprozessen.

Alle Wissenschaftler, die sich an unserer Diskussion beteiligen wollen, sind eingeladen.

Sie können von der Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Postfach 1162, 3550 Marburg, weitere Informationen erhalten.

Bund demokratischer Wissenschaftler e.V.

— gegenüber dem *Positivismus* hebt er den kritischen Charakter der Wissenschaft hervor und betont ihre Relevanz für den gesellschaftlichen und politischen Bereich [70];

— gegenüber dem *Marxismus* schließlich macht er die Wertfreiheit der Wissenschaft geltend, und tritt gegen dessen Prognostizierung gesellschaftlicher Umwälzungen auf.

Mit dieser Stoßrichtung ist der kritische Rationalismus geradezu prädestiniert für die nach einem theoretisch fundierten Selbstverständnis suchende wissenschaftlich-technische Intelligenz. Für sie droht der kritische Rationalismus nicht nur philosophisches Alibi für eine systemstabilisierende Reformpolitik zu werden, sondern vor allem eine erkenntnistheoretische Rechtfertigung der Entfremdung der Wissenschaft im Kapitalismus. Die Entfaltung des Produktivkraftcharakters der Wissenschaft ist ja nicht gleichbedeutend mit der Entfaltung ihrer befreienden Potenzen: unter kapitalistischen Bedingungen werden die Errungenschaften der Wissenschaft in Dienst genommen für die Interessen einer herrschenden Minderheit, deren Macht sie befestigen soll. Für die wissenschaftlich Tätigen stellt sich dieser Prozeß dar als die Entfremdung von den Produkten ihrer Arbeit: die Verfügung über die Resultate ihrer Forschung ist ihnen entzogen. So wenig der Chemiker darüber entscheiden kann, ob seine Forschungsergebnisse zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln oder zur Produktion von Kampfstoffen verwendet wird, so wenig liegt es im Machtbereich eines in der Politikberatung tätigen Gesellschaftswissenschaftlers, darüber zu bestimmen, in wessen Interesse seine Vorschläge genutzt werden. Die *Zwecke* ihrer Tätigkeit liegen stets außerhalb der Kompetenz der Wissenschaftler; sie haben lediglich die Mittel bereitzustellen, über die andere dann je nach Belieben oder Interesse verfügen.

Genau diesen Zustand segnet Popper erkenntnistheoretisch ab: „Die Stückwerk-Sozialtechnik ähnelt der naturbearbeitenden Technik insofern, als sie wie diese die *Endziele* als außerhalb des Bereichs der Technik liegend betrachtet. (Alles was die Technologie über die Endziele sagen kann, ist, ob sie miteinander verträglich und ob sie erreichbar sind oder nicht.) In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Stückwerk-Sozialtechnik vom Historizismus, der die Endziele menschlichen Tuns als von geschichtlichen Kräften abhängig und daher in seinem Bereich liegend betrachtet" [71]. Die Erfahrungen dieses Jahrhunderts haben gelehrt, welche Folgen die hier als Moral gepredigte politische Verantwortungslosigkeit haben kann. Sie reduziert den Wissenschaftler auf den willenlosen Zuträger für beliebige Machenschaften der jeweils Herrschenden.

Doch die Unbekümmertheit, mit der hier der „Natur der Sache" in die Schuhe geschoben wird, was in Wirklichkeit auf das Konto der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu schreiben wäre, geht noch weiter. Setzt sich angesichts der zunehmenden Dynamik der wissenschaftlich-technischen Revolution mehr und mehr die Einsicht durch, daß *Planung* nicht irgendeine fixe Idee marxistischer Utopisten ist, sondern eine objektive historische Notwendigkeit, so proklamiert Popper hartnäckig die „logische Unmöglichkeit" von Planung. Da Planung notwendig auf Prognosen beruht, wird hier Poppers wenig bescheidener Anspruch relevant, den exakten Nachweis geführt zu haben, „daß es uns aus

[70] Auf Poppers Verhältnis zum Positivismus kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel: Popper hat sich von den Auffassungen des „Wiener Kreises" distanziert und diese einer — vielfach treffenden — Kritik unterzogen. Zugleich jedoch teilt er mit ihnen bestimmte erkenntnistheoretische Grundpositionen, so daß es gerechtfertigt ist, ihn unter einen weiter gefaßten Positivismusbegriff zu fassen.
[71] Das Elend des Historizismus, a.a.O., S. 52.

streng logischen Gründen unmöglich ist, den zukünftigen Verlauf der Geschichte mit rationalen Methoden vorherzusagen" [72]). Dieser Beweis geht so: erstens wird die Geschichte sehr stark durch das Anwachsen des Wissens beeinflußt; zweitens können wir heute noch nicht wissen, was wir morgen wissen werden; daher ist drittens keine historische Voraussage möglich [73]).

Abgesehen davon, daß dieser „Beweis" auf der (idealistischen) Voraussetzung beruht, daß die Geschichte von Ideen beherrscht wird (von unserem Wissen); abgesehen weiterhin davon, daß dieser „Beweis" zu der offenkundig absurden Folgerung führt, die Geschichte sei um so eher prognostizierbar, je weniger die Menschen wissen: der Poppersche „Beweis" ist längst durch eine jahrzehntelange *Praxis* gesellschaftlicher Planung in den sozialistischen Ländern falsifiziert, der (trotz aller Probleme) weder Existenz noch Erfolg ernsthaft abzusprechen ist. Die vorgeblich „logische" Unmöglichkeit von Planung stellt sich bei näherem Hinsehen als eine gesellschaftliche heraus: unter der Bedingung privaten Eigentums an den Produktionsmitteln ist gesamtgesellschaftliche Planung in der Tat ausgeschlossen. Die Kritikfreudigkeit des kritischen Rationalismus findet stets da ein abruptes Ende, wo hinter der sichtbaren Fassade die Strukturen der Gesellschaftsordnung erkennbar werden.

Hier liegt denn auch der ideologische Sinn des kritischen Rationalismus: mit Hilfe eines naturwissenschaftlich orientierten Rationalitätsbegriffes werden die Produktions- und Eigentumsverhältnisse eskamotiert, um den Eindruck zu erwecken, für die gesellschaftlichen Probleme von heute und für die Gestaltung der Lebensverhältnisse von morgen sei die Frage der Gesellschaftsordnung irrelevant geworden. Die Verantwortung für etwaige Krisen und Katastrophen ist damit verlagert von den Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft auf einen Mangel an Rationalität im Handeln des einzelnen. Daß aus dieser Perspektive sich die Frage nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen als Ausfluß eines dogmatischen und utopischen Denkens stellen muß, leuchtet ein; ob sich in der politischen Praxis jedoch rationales Handeln auf stückweises Herumbasteln reduzieren lassen wird, ist eine andere Frage. Die gesellschaftliche Entwicklung selbst wird zeigen, daß wirklicher Fortschritt mehr sein muß als der Fortschritt des Bestehenden.

72) Ebd., S. XI.
73) Ebd.

Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika. Protokoll

Herausgegeben vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK)
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen Bd. 21, 80 Seiten (Doppelband), DM 6,–

Der Band enthält das vollständige Protokoll des am 15. Februar 1975 in Bonn von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) veranstalteten Südafrika-Tribunals, das international starke Beachtung gefunden hat. U. a. sagten Vertreter der Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika), SWAPO (Namibia) sowie ZANU und ZAPU (Zimbabwe) über die Situation in ihren Ländern aus, und Sachverständige erhoben Anklage u. a. gegen bekannte Konzerne der BRD wegen ihrer Rolle im südlichen Afrika.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

ERFAHRUNGEN MIT DEM TOD

In den Fernseh-Kriminalserien ist der Tod ein häufig vorkommendes Ereignis. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in der Mehrzahl der Filme auch ein Mord Ausgangspunkt des Geschehens ist. In den meisten Fällen zieht eine andere kriminelle Tat erst während der Aufklärungsarbeit der Polizei einen oder mehrere Morde nach sich. Dies läßt sich vom Gesichtspunkt der Produzenten her dadurch begründen, daß ein für den Unterhaltungswert und die Spannung erforderlicher großer Verfolgungsapparat unglaubwürdig wirken würde, wenn es nur um leichtere Delikte ginge. Und die Vorstellungen der Zuschauer gehen dabei nicht ganz mit dem Strafgesetzbuch konform: der Mord ist als einziges Kapitalverbrechen so fest verankert, daß andere Vergehen ihm gegenüber zu komplex oder bagatellhaft erscheinen und für eine richtige Krimihandlung durch Mord *aufgestockt* werden müssen.

Die Zuschauer machen häufige und gleichartige Erfahrungen mit dem Tod: er ist gewaltsam, das Ergebnis einer unwiderruflichen Tat, seine Funktion ist, eindeutige Klarheit zu schaffen über die Schuld des Täters. Das Ausgangsdelikt ist bedeutungslos, zum Motiv für die zweite, den Täter richtende Tat geworden. Die Verhandlung über Motive ist geschlossen, von jetzt an darf die Hatz skrupellos sein. Und wenn der Täter dabei selber zu Tode kommt, was besonders häufig dann geschieht, wenn die Tat Folge von zum Nachdenken zwingenden Ereignissen ist, erübrigt sich das Abwägen solcher Momente, denn der höhere Richter hat gesprochen.

Am Abend des 19. März, einem Freitag, brachte das ZDF einen Fernsehfilm über das Schicksal eines Ehepaares, das durch die unheilbare Krankheit des Mannes einer besonderen Bewährungsprobe ausgesetzt ist. Die Frau, Gabi, hat diese Ehe im Bewußtsein auf sich genommen, daß ihr Mann noch wenige Monate zu leben hat. Für sie kann der Sinn dieser Ehe konkret eigentlich nur darin bestehen, daß sie ihm diese Zeit so angenehm wie möglich gestaltet. Hannes, der Mann, verlangt im Bewußtsein seines Schicksals jede auch sinnlose Rücksichtnahme, aber seine Ungerechtigkeiten, seine Launen sind angesichts der Würde seiner Situation von vorneherein entschuldigt.

Zu bewähren hat sich ausschließlich die Frau. Indem sie nach und nach alle Beziehungen zu Beruf und sozialer Umwelt auf Verlangen ihres Mannes aufgibt, hat sie sicher auch eine Vorstellung von dem Sinn ihrer Opfer. Schon anläßlich ihrer Hochzeit hat sich das Fernsehen für diesen Fall einer außergewöhnlichen Liebe interessiert, und ein Reporter ist ihr auch jetzt wieder auf den Fersen, um die Story der beiden zu veröffentlichen. Daß der Film den Titel „Die Story" trägt, weist auf ein ursprüngliches kritisches Konzept hin, das aber im Film selbst völlig in den Hintergrund geraten ist. Trotzdem kann man an dem Motiv des öffentlichen Interesses, das durch die verkümmerte kritische Perspektive in den Film hineinkommt, noch das Bestreben des Autors ablesen, dem konstruierten Extremfall exemplarische Bedeutung zukommen zu lassen. Wird sich dieses Paar bewähren, wird sich in ihm die Vorstellung von einer Liebe bewähren, die ihren Adel durch ihren Ewigkeitsanspruch (bis daß der Tod euch scheidet) legitimiert?

In Fragen von solcher Tragweite verwickelt zu sein, ist sicher das wichtigste Motiv für Gabi, alle diese Opfer zu bringen, auch die, die Hannes nicht direkt helfen. Sinnvoll ist dies jedoch nur, wenn ihr Dienst am Liebesideal nicht mit dem Tod ihres Mannes vergessen wird. Ihre Opfer haben nur als dokumentierte, veröffentlichte einen Sinn, die Kraft dazu erwächst ihr nur aus der Hoffnung, ihr Verhalten später öffentlich als beispielhaft sanktioniert zu bekommen.

Es muß vielleicht an dieser Stelle betont werden, daß hier nicht das Pro-

blem des Verhaltens gegenüber Todkranken zur Diskussion steht, sondern ein filmisches Handlungskonstrukt und seine Konsequenzen. Durch dieses Konstrukt wird der feststehende Tod des Mannes zum alleinigen Bezugspunkt für das Verhalten beider Partner. Die Schwere des ihnen auferlegten Schicksals läßt ihr Scheitern (die zunehmende Rücksichtslosigkeit des Mannes, das *Fremdgehen* der Frau am Tage der ersten ernsten Krise in der Krankheit) verständlich erscheinen. Die einsträngige Zentrierung beider Figuren auf die Motivation durch den drohenden Tod und durch die Angst, vor einem abstrakten Liebesideal zu scheitern, läßt alle *normalen* Probleme einer Liebesbeziehung bedeutungslos werden. Und sie werden im Film auch vernachlässigt, was ihn untauglich macht als Beitrag zu einer Diskussion des oben angedeuteten Problems des Verhaltens Todkranken gegenüber: keinen Aufschluß gibt der Film darüber, worauf die Liebe der beiden sich gründet, welche gemeinsamen Interessen, welche gemeinsamen Erfahrungen und Perspektiven ihre Beziehung konstituieren. Vor dem Tod scheinen diese Fragen banal zu werden, sind sie's nicht also überhaupt, *wo wir doch alle sterben müssen?* Der Tod, wo er die Handlung lenkt, schafft klärende, aber abstrakte Kategorien, er läßt nur noch von der realistischen Blickweise gereinigte radikale Alternativen zu. Hier sich zu bewähren, ist heldenhaft, hier zu scheitern, ist ehrenvoll.

In unseren Kinos läuft zur Zeit ein amerikanischer Film, über den ein wahrer Oskar-Regen niedergegangen ist: „Einer flog über das Kuckucksnest". Der Film enthält eine hervorragend beobachtete und inszenierte Kritik an der Behandlungspraxis in amerikanischen psychiatrischen Anstalten, die nach Aussagen des Regisseurs zugleich eine Kritik an der amerikanischen Gesellschaft sein soll. Hauptsächlicher Handlungsträger und Bezugsebene für die Kritik ist die Figur eines zur Beobachtung eingelieferten *normalen* Kriminellen, MacMurphy, unter dessen Einfluß viele der Patienten in der Anstalt zunehmend an Konturen gewinnen, zu Personen werden, normale, d. h. aufsässige Verhaltensweisen entwickeln. Und dies trotz der lächerlichen Therapie und skandalösen Behandlung, denen sie unterworfen sind.

Diese sehr konsequent und überzeugend gestaltete Entwicklung nimmt gegen Ende des Films dadurch ein jähes Ende, daß MacMurphy — der während einer von ihm organisierten nächtlichen Orgie die Gelegenheit zum Ausbrechen trottligerweise verschlafen hat — einen genüßlich ausgiebigen abgefilmten Mordversuch an der verhaßten Ärztin unternimmt. Es gibt viele Argumente für die *Glaubhaftigkeit* dieses und der im Film nun folgenden Ereignisse. Sie sind psychologisch begründet und durch tatsächliche Vorkommnisse belegbar. Aber im Handlungszusammenhang dieses Films schaffen sie durch das — als dramatische Steigerung wirksame, aber nicht logisch notwendige — Hineinbringen der Dimension des Todes (ein Selbstmord und ein bewußter Mord an dem durch eine Operation seiner Identität beraubten MacMurphy folgen) einen transzendentalen Bezug, der die vorher geleistete Arbeit der kritischen Bestandsaufnahme in Fatalismus münden läßt. Der Indianer vollzieht, indem er MacMurphy erwürgt, nur dessen Selbstaufgabe im Augenblick des sinnlosen Abgriffs auf die Ärztin, sein *ehrenvolles* Scheitern wird durch den Freundesdienst mit dem Tode geadelt. Wenn der Film Kritik sein soll an der US-Wirklichkeit, so ist zu fragen, welche Wirkung die Darstellung des heldenhaften Selbstopfers der kritischen Kräfte haben wird.

Es ist kaum zu hoffen, daß ein durch die eingangs geschilderten Erfahrungen mit dem Tod geprägter Zuschauer zwischen *Katharsis* und *Show Down* wird unterscheiden können.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zur Einkommensentwicklung der Selbständigen in der BRD

Die in der Öffentlichkeit als Ausdruck für die Unternehmergewinne benutzte Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" ist statistisch eine Restgröße. Sie bleibt übrig, wenn vom Bruttoinlandsprodukt alle anderen Bestandteile wie Abschreibungen, indirekte Steuern, Einkommen aus unselbständiger Arbeit abgezogen worden sind.

Obwohl die Mängel eines so gewonnenen Wertes offensichtlich sind, spielt diese Kategorie eine zentrale Rolle in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Daher wird hier ebenfalls mit ihr gearbeitet.

Bruttoeinkommen/Nettoeinkommen der Selbständigen in der BRD

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1972	*200*	*+ 7,9*	*160*	*+ 8,1*	*94*	*+ 9,9*	*254*	*—*	*4220*	*60 190*	*—*
1973	*215*	*+ 7,6*	*166*	*+ 3,2*	*103*	*+ 10,2*	*267*	*+ 5,1*	*4148*	*64 368*	*+ 6,9*
1974	*219*	*+ 1,5*	*167*	*+ 1,1*	*116*	*+ 12,3*	*283*	*+ 6,0*	*4063*	*69 653*	*+ 8,2*
1975	*225*	*+ 3,1*	*176*	*+ 5,3*	*126*	*+ 8,9*	*302*	*+ 6,7*	*3952*	*76 417*	*+ 9,7*
1. Hj.	*105*	*+ 0,8*	*82*	*+ 4,0*	*62*	*+ 10,6*	*144*	*+ 6,7*	*3979*	*36 190*	*+ 9,6*
2. Hj.	*121*	*+ 5,1*	*94*	*+ 6,5*	*64*	*+ 7,4*	*158*	*+ 6,8*	*3924*	*40 265*	*+ 9,8*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/1976; eigene Berechnungen.

Spaltenbezeichnung:
1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Mrd.
2) Zuwachs in %.
3) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Mrd.
4) Zuwachs in %.
5) Abschreibungen in Mrd.
6) Zuwachs in %.
7) Nettoeinkommen + Abschreibungen.
8) Zuwachs in %.
9) Zahl der Selbständigen in 1000.
10) Einkommen + Abschreibungen je Selbständigen in DM.
11) Zuwachs in %.

Die Tabelle zeigt, daß, ausgehend von der zunächst unkritisch übernommenen Kategorie der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", die Pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen in den letzten Jahren durchaus kräftig zugenommen haben. Obwohl der Benutzer dieser Zahlen sich im klaren darüber sein muß, daß damit nur wenig über die Entwicklung der Profite ausgesagt ist, sind sie für die tägliche Auseinandersetzung doch nützlich. Denn nur selten besteht die Möglichkeit, so eine statistische Kategorie kritisch zu diskutieren. Meist wird der gewerkschaftlich engagierte Demokrat gezwungen sein, zunächst einmal im Rahmen der üblichen statistischen Kategorien zu argumentieren. Die oben zusammengestellte Tabelle kann unter diesen Bedingungen nützlich sein, weil sie über einige einfache manipulative Tricks hinausgeht, die von den unternehmerfreundlichen Massenmedien gern angewandt werden und sozusagen innerhalb des Rahmens einer ohnehin an den Interessen der Unternehmer orientierten Statistik die Verhältnisse zusätzlich verschleiern.

Der Ausgangspunkt der „Gewinnanalysen" sind meist die Bruttoeinkommen der Selbständigen. Die meisten Massenmedien bleiben schon an diesem Punkt stehen. Die Tabelle zeigt, daß die Bruttoeinkommen in den letzten 2 Jahren relativ langsam gestiegen sind. Wenn über real rückläufige Unternehmergewinne geklagt wird, dann wird meist stillschweigend die Entwicklung der „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" zugrunde gelegt, wie sie in Spalte 1 dargestellt ist.

Tatsächlich aber ist das Steuersystem ja auch ein Instrument der Einkommensumverteilung. Während die hohen Einkommen, vor allem die Gewinne, meist jenseits der Progressionszone des Steuertarifs liegen, wachsen die Arbeitseinkommen erst voll in diesen

Bereich hinein. Das führt quasi automatisch dazu, daß selbst bei gleichem prozentualen Zuwachs von Löhnen und Gewinnen die Nettogewinne schneller als die Nettolöhne zunehmen, die Steuerlast, die die Lohnabhängigen zu tragen haben also auch relativ wächst. Dagegen sinkt die Steuerlast auf die Unternehmergewinne eher leicht.

Es muß also von den Nettoeinkommen ausgegangen werden. Die Tabelle zeigt die relativ entlastende Funktion des Steuersystems für die Unternehmer allerdings nur für das Jahr 1975: die Ergebnisse der drei vorangegangenen Jahre sind durch Konjunkturzuschläge und Stabilitätszuschläge bzw. durch deren Rückzahlung verzerrt. Das zeigt sich, wenn man die Einkommensentwicklung der Selbständigen über einen längeren Zeitraum verfolgt. Von 1967 bis 1975 — also über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg — sind die Bruttoeinkommen der Selbständigen mit 77,2 % etwas langsamer gestiegen als die Nettoeinkommen mit 81,1 %.

Wichtiger aber als die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen ist für die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg die Berücksichtigung der Abschreibungen. Wie die Tabelle zeigt, sind diese trotz zurückhaltender Investitionstätigkeit in den Jahren nach 1970 ständig erheblich schneller angestiegen als die Selbständigeneinkommen. Das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) weist darauf hin, „daß die gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf der Basis von Wiederbeschaffungspreisen der Anlagen bewertet werden und einen ständig wachsenden Teil des Produktionsergebnisses gebunden haben, der nicht als Einkommen aus Unternehmertätigkeit, wohl aber als Eigenmittel zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung stand" („DIW-Wochenbericht", 9/1976, S. 76). Durch die Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen werden die Auswirkungen inflationärer Preissteigerungen bei den Abschreibungen ausgeschaltet, so daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die um die so berechneten Abschreibungen bereinigt sind, teilweise schon Realeinkommen sind.

Nun würde von Unternehmerseite dagegen behauptet werden, daß die Abschreibungen ja nur den Ersatz von verschlissenen Anlagen decken sollen, während von den Gewinnen zusätzliche Anlagen finanziert werden müssen. Insofern würden die echten Gewinne bzw. deren Anstieg — wie die Löhne und Gehälter — reine Nominalgrößen sein, d. h. ebenfalls um die Inflationsrate bereinigt werden müssen. Die Bewertung der Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen würde lediglich verhindern, daß „Scheingewinne" entstehen.

Dagegen kann einmal eingewendet werden, daß ja auch die Arbeiter und Angestellten von ihrem nominalen Einkommen z. B. ihren PKW ersetzen müssen, wenn er verschlissen ist. Um eine mit den Selbständigeneinkommen vergleichbare Größe zu erhalten, müßte dann praktisch der jährliche Wertverlust der langlebigen Konsumgüter in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, bewertet zu den Wiederbeschaffungspreisen dieser langlebigen Gebrauchsgüter, vom Arbeitseinkommen abgezogen werden. Im Ergebnis würden die so bereinigten Löhne und Gehälter natürlich langsamer zunehmen, weil — entsprechend der Argumentation der Unternehmer — die „Scheingewinne" herausgerechnet worden sind, die dadurch entstehen, daß eben z. B. der Ersatz eines privaten PKW, der verschrottet werden mußte, in jeweiligen Preisen größere Kosten verursacht als der ursprüngliche Anschaffungspreis des verschrotteten Wagens. Die PKW-Preise steigen inflationär bedingt ebenso wie die Preise für Maschinen und Gebäude.

Es ist natürlich klar, daß langlebige Konsumgüter und Produktionsmittel ökonomisch andere Funktionen erfüllen und insofern ihr Charakter im Reproduktionsprodukionsprozeß sich unterscheidet. Trotzdem scheint ein Vergleich, wie er oben gezogen wurde, durchaus legitim. Er macht die unterschiedliche Behandlung der Einkommensarten durch die Statistik und die damit verbundenen Verzerrungen deutlich.

Doch ganz abgesehen von diesem Argument, werden die Abschreibungen ja so berechnet, daß sie nicht nur den Ersatz verschlissener Anlagen, sondern zusätzlich auch die Erweiterung des Produktionsapparates ermöglichen. Die Steuergesetzgebung benutzt

Abschreibungserleichterungen ganz bewußt als gezieltes Instrument zur Begünstigung der Unternehmer. So ist zum Teil die statistische Merkwürdigkeit zu erklären, daß im Bereich der Wohnungswirtschaft negative Einkommen aus Unternehmertätigkeit die Regel sind, d. h. ständig statistische Verluste gemacht werden. Tatsächlich werden natürlich auch dort Gewinne gemacht, sonst würde das private Kapital diesen Sektor längst gemieden haben. Der Wertansatz für Abschreibungen ist aber so überhöht, daß faktische Gewinne teilweise dadurch verdeckt werden. Der hohe Abschreibungssatz geht natürlich auch als Kostenfaktor in die Kalkulation der Mieten ein und treibt diese mit hoch.

Diese Abschreibungserleichterungen aber stellen durchaus Teile des Selbständigeneinkommens dar, sie müssen also bei einer Beurteilung der Einkommensentwicklung berücksichtigt werden. Da es aber nicht möglich ist, aus der Gesamtsumme der Abschreibungen jenen Teil herauszurechnen, der dem echten Verschleiß von Anlagen und Gebäuden im Produktionsprozeß entspricht, muß von der Gesamtgröße ausgegangen werden. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß nicht die absolute Höhe, sondern nur die Entwicklung im Zeitablauf aussagekräftig ist. Der Durchschnittswert der Spalte 10 ist also absolut etwas überhöht. Bei einem Zeitvergleich aber, d. h. bei einer Argumentation mit den Steigerungsraten der Unternehmereinkommen, ist es unerläßlich, die Abschreibungssumme bzw. deren Entwicklung einzubeziehen. Wie die Spalte 8 zeigt, unterscheiden die Ergebnisse sich nun sehr deutlich von der Entwicklung der Ausgangsgröße, d. h. der „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen". Vor allem in der Krise stellt die Entwicklung der Abschreibungen, die die gezielten staatlichen Vergünstigungen mitenthalten, ein wichtiges Korrektiv zur Gewinnentwicklung dar.

Natürlich sind die in den Abschreibungen versteckten Gewinnanteile nicht der großen Masse der kleinen selbständigen Händler und Handwerker zuzurechnen, sondern vor allem den großen kapitalintensiven Konzernen. Es liegt auf der Hand, daß der in der Abschreibungsentwicklung versteckte Umverteilungsprozeß in der Krise vorwiegend die Gewinnsituation dieser letzteren gestützt hat. Die vergleichsweise rasche Zunahme der Abschreibungen ist also auch Ausdruck der besseren Gewinnlage der großen Konzerne. Schließlich vermeiden es die bürgerlichen Medien bei Einkommensvergleichen in der Regel peinlich, die Entwicklung der Selbständigeneinkommen pro Kopf der Selbständigen zu nennen. Zwar werden die Löhne und Gehälter meist pro Beschäftigten berechnet — wodurch besonders in der Krise noch relativ hohe Zuwächse herauskommen, weil dann die Beschäftigtenzahlen rasch abgebaut werden —, während eine solche Berechnung bezogen auf die Selbständigeneinkommen unüblich ist. Da aber die Zahl der Selbständigen kontinuierlich sinkt — nicht nur konjunkturbedingt —, müssen die Pro-Kopf-Einkommen natürlich im Zeitablauf schneller zunehmen als die Einkommenssumme der Selbständigen.

Zum Vergleich sei die Entwicklung der Selbständigeneinkommen einschließlich der Abschreibungen der entsprechenden Entwicklung der Einkommen der Lohnabhängigen, jeweils bezogen auf die Zahl der Einkommensbezieher, noch einmal gegenübergestellt, wobei hier nur die Zuwachsraten interessieren.

Einkommensentwicklung je Selbständigen bzw. je Lohnabhängigen

	1973	*1974*	*1975*	*1. Hj.*	*2. Hj.*
Selbständige	+ 6,9 %	+ 8,2 %	+ 9,7 %	+ 9,6 %	+ 9,8 %
Lohnabhängige	+ 8,2 %	+ 9,8 %	+ 7,2 %	+ 8,2 %	+ 6,3 %

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/1976.

Zwar ist in den Jahren 1973 und 1974 das durchschnittliche Selbständigeneinkommen tatsächlich etwas schneller gestiegen als das durchschnittliche Einkommen der Lohnabhängigen. Diese relativ geringe Differenz wurde aber schon im Jahre 1975 fast vollständig wieder aufgeholt. Nimmt man den Zeitraum 1973 bis 1975 als eine Einheit, dann hat sich in diesem Krisenzeitraum das Selbständigeneinkommen keineswegs langsamer entwickelt als das durchschnittliche Arbeitseinkommen. Damit ist natürlich — daran sei nochmals erinnert — keine Feststellung über die Entwicklung der Unternehmergewinne gemacht.

Aber schon ohne daß die grundlegenden Kategorien der Verteilungsstatistik der Bundesrepublik kritisiert werden, im Rahmen der auch bei seriöseren bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstituten und Statistikern üblichen Berechnungen, können die zentralen empirischen Aussagen der Massenmedien über die Einkommensentwicklung widerlegt werden. Wenn auch vor zu weitreichenden Schlüssen aus den vorgeführten Zahlen gewarnt werden muß, so zeigen sie doch, in welchem Maße die Unternehmer die Krise nutzen konnten, um die Entwicklung der Löhne und Gehälter real praktisch zu stoppen. Im Gegensatz zur Krise 1966/67 ist es in diesem Konjunkturzyklus schon mitten in der Krise gelungen, den Gewinnen einen Vorsprung vor den Löhnen zu verschaffen. Es ist zudem zu berücksichtigen, daß sich die Instrumente staatlicher Umverteilung, die Progression der Lohnsteuer und die Erhöhung der Sozialabgaben erst im laufenden Jahr voll auswirken werden.

Jörg Goldberg

Unglückliche Entscheidungen

Als „unglückliche Entscheidung" und bedauerlichen „Mangel an Fingerspitzengefühl" hat Bundeswirtschaftsminister Friderichs die Erhöhung der Automobilpreise bezeichnet, die die Ford-Werke Anfang März bekanntgegeben haben. Bundeskanzler Schmidt mißbilligte diese Preissteigerung und nannte sie eine „Instinktlosigkeit".

Die unglücklichen Entscheidungen haben sich mittlerweile gehäuft: Nach Ford haben auch Audi, Opel und NSU ihre Verkaufspreise heraufgesetzt, BMW und Daimler Benz dasselbe angekündigt. Das alljährliche Frühjahrsschauspiel der mehr oder minder abgestimmten Preistreiberei durch die großen Automobilkonzerne ist wieder in vollem Gange.

Und der Mangel an Fingerspitzengefühl ist dabei eigentlich weniger eine Frage der Moral: die jährliche Instinktlosigkeit hat immerhin dazu geführt, daß man heute für ein neues Auto ungefähr die Hälfte mehr bezahlen muß als noch Anfang der 70er Jahre. Allein seit Anfang 1973 hat das Volkswagenwerk seine Preise mittlerweile sechsmal um insgesamt mehr als ein Drittel heraufgesetzt.

Erbittern muß darüber hinaus, wie in diesem Zusammenhang der Verstand der Menschen mißhandelt und auf ihre Vergeßlichkeit spekuliert wird. Die Argumentationen, mit denen die Preissteigerungen begründet werden, wechseln von Jahr zu Jahr, das Ergebnis ist immer dasselbe: Sanierung der Großunternehmen auf Kosten des Verbrauchers, profitable Ergänzung zu Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierung und Lohndruck als Sanierung der Großunternehmen auf Kosten der Arbeitnehmer. 1973 war die Politik der Bundesregierung an den steigenden Preisen schuld; 1974 mußten die steigenden Energiepreise herhalten für Preiserhöhungen, die in ihrem Umfang aber auch gar nichts mehr mit gestiegenen Rohölkosten zu tun hatten; 1975 verlangte die Wirtschaftskrise nach Gegenmaßnahmen der Unternehmen, und Preissteigerungen boten sich für die an, die sie durchsetzen konnten; und 1976 tut sich ein „Marktspielraum" auf, der von den Unternehmen in Voraussicht der auf sie zukommenden Mehrbelastungen zur Verbesserung der „unbefriedigenden Erlössituation" in vollem Umfang genutzt wird.

Daß kein Zusammenhang zwischen den vorgenommenen Preiserhöhungen und erfolgten oder „zu erwartenden" Kostensteigerungen besteht, ist längst bekannt und nachweisbar. Und das gewiß keiner gewerkschaftsfreundlichen Neigungen verdächtige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin hat es jüngst bestätigt: Selbst wenn die Produktivität pro Erwerbstätigen in der Automobilindustrie in diesem Jahr überhaupt nicht steigen sollte, hätte die volle Erfüllung einer Lohnforderung von 8,5 % nur eine Mehrbelastung von 4,4 % gebracht; die tatsächlich ausgehandelte Lohnerhöhung von gut 5 % hätte die Kosten nur um 2,6 % erhöht. Die Produktivität bleibt aber nicht konstant, sondern sie steigt, und sie steigt im Aufschwung bei stärker ausgelasteten Kapazitäten besonders stark. Wenn man im Aufschwungjahr 1976 einen Produktivitätsfortschritt zugrundelegt, der dem des Aufschwungjahres 1969 entspricht, hat die für die Automobilindustrie durchgeführte Lohnerhöhung die Unternehmen von der Kosten-

seite her sogar noch um 1,7 % *ent*lastet, sind die Kosten also um 1,7 % gesunken — so immer noch das DIW. Fürwahr ein starkes Argument für vorgezogene neue Lohnverhandlungen im Sommer dieses Jahres.

Es ist also nicht der Kostendruck und erst gar nicht der Lohnkostendruck, der zu Preiserhöhungen zwingt, vielmehr ist es die marktbeherrschende Position der Konzerne, die die Preistreiberei ermöglicht, denen Verbraucher und Arbeitnehmer ausgeliefert sind.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Ehrenberg, hat das Verhalten der Automobilwerke kritisiert und es mit dem Legen von „Tretminen" auf dem Weg zum stabilen Wachstum verglichen. Ein solches Verhalten provoziere Forderungen nach größeren Möglichkeiten des Bundeskartellamtes zu Preiskontrollen. Das sind starke Worte, aber die dahinter stehende Drohung wird wohl kaum so ganz ernstgenommen werden. Schließlich haben die Konzerne ihre guten Erfahrungen mit der Politik, die die Bundesregierung dem Kartellamt erlaubt: Noch nie ist ein Mißbrauchsverfahren des Bundeskartellamtes auf einen Wink von Wirtschaftsminister Friderichs so schnell wieder eingestellt worden wie das am 24. Mai 1973 eröffnete Verfahren gegen das Volkswagenwerk: obwohl VW die Preise bei sinkendem Absatz heraufgesetzt hatte und über eine Marktbeherrschung von rund einem Fünftel verfügt, konnte schon am 31. Mai „der Mißbrauchsverdacht nicht mehr aufrechterhalten" werden. Schließlich alimentiert der Staat die Flut der Preissteigerungen ja auf seine Weise kräftig mit: die am stärksten gestiegenen Preise der letzten Jahre sind die für Strom, Gas, Wasser, Nahverkehrstarife und Sozialmieten, die in der Regel kommunaler bzw. bundesstaatlicher Regelung unterliegen.

Eine Wirtschaftspolitik jedoch, die die Flanke der Preisbewegungen nicht sichern kann, ist in der hochkonzentrierten Wirtschaft der Bundesrepublik zur Erfolglosigkeit verurteilt — sofern sie den Erfolg wenigstens zu einem Teil auch immer noch an der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Mitglieder der Gesellschaft bemißt. Sie muß ohne energisches Durchgreifen an der Preisfront immer mehr zum direkten Agenten von immer unverhohlener zum Ausdruck gebrachten Monopolinteressen werden und — wie es die forcierten Diskussionen über die Krankenkassenkosten bereits auf einem neuen Feld ankündigen — eine Politik immer radikalerer Umverteilung zuungunsten der Bevölkerung betreiben. Das aber verstärkt nicht nur die wirtschaftliche Vergeudung und den parasitären Charakter der Wirtschaft; es beeinträchtigt auch die materielle Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft; schließlich zersetzt es in zunehmendem Maße jene Loyalität vorwiegend der Arbeitnehmer, auf die sich eine reformistische Massenpartei wie die SPD bisher noch immer stützen konnte. Die zahlreichen Mieterinitiativen gegen die Erhöhung der Sozialmieten, die Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen, die Stimmen gegen die Stillegung der Hälfte des Bahnnetzes usw. stammen zu einem großen Teil von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, und auch die mehr als eine halbe Million unterschriebenen Preisstopp-Begehren sollten zu denken geben.

Das Krisenmanagement der Konzerne — Senkung der Produktion und Steigerung der Preise — wird zunehmend als das empfunden, was es ist, als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, der nur durch die demokratische Kontrolle der ihm zugrundeliegenden wirtschaftlichen Macht abgestellt werden kann. Die Bundesregierung, die Länderregierungen und die kommunalen Behörden werden sich zu überlegen haben, ob sie energische Schritte zur Durchsetzung der öffentlichen Kontrolle privater Macht unternehmen oder ob sie sich der Macht des Großkapitals noch stärker unterwerfen, sich noch weiter von ihrer Basis entfernen und damit riskieren wollen, die politische Grundlage aller fortschrittlichen Reformpolitik zu verlieren.

Jörg Huffschmid

Redaktionelle Bemerkung: Dieser Ausgabe liegt ein Gesamtverzeichnis des Verlags Kiepenheuer & Witsch bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *BETHGE, Horst,* geb. 1935, Lehrer in Hamburg, Bildungspolitischer Sprecher der DFU; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHILLING, Wilfried,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *LUTZ, Dieter S.,* geb. 1949 in Gaildorf, Studium der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaften, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STORZ, Ulrich,* geb. 1947 in Stuttgart, Studium der Politikwissenschaften und der Romanistik, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WALLRAFF, Günter,* geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen und Berichte. *** *SANDAGLIA, Ferdinand,* geb. 1945 in Juazeiro do Norte/Brasilien, Studium der Volkswirtschaft an der Bundesuniversität von Pernambuco, Studium der Soziologie an der Universität Köln. *** *RESCHER, Hubertus J.,* geb. 1947 in Meschede, Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und der Ethnosoziologie an der Universität Marburg, Doktorand. *** *BAYERTZ, Kurt,* geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik an den Universitäten Frankfurt/M. und Düsseldorf, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *MENSCHIK, Jutta,* geb. 1944, Dipl.-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Berlin (West); Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

A. Diedenhofen Lb
Geldern 1
Neuhausweg 22

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *BETHGE, Horst,* geb. 1935, Lehrer in Hamburg, Bildungspolitischer Sprecher der DFU; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHILLING, Wilfried,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *LUTZ, Dieter S.,* geb. 1949 in Gaildorf, Studium der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaften, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STORZ, Ulrich,* geb. 1947 in Stuttgart, Studium der Politikwissenschaften und der Romanistik, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WALLRAFF, Günter,* geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen und Berichte. *** *SANDAGLIA, Ferdinand,* geb. 1945 in Juazeiro do Norte/Brasilien, Studium der Volkswirtschaft an der Bundesuniversität von Pernambuco, Studium der Soziologie an der Universität Köln. *** *RESCHER, Hubertus J.,* geb. 1947 in Meschede, Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und der Ethnosoziologie an der Universität Marburg, Doktorand. *** *BAYERTZ, Kurt,* geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik an den Universitäten Frankfurt/M. und Düsseldorf, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *MENSCHIK, Jutta,* geb. 1944, Dipl.-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Berlin (West); Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.